40. Jahrgang 1992 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

HANS-PETER SCHWARZ
Brief an Karl Dietrich Bracher zum 70. Geburtstag

HELGA HAFTENDORN
Die NATO in der Krise
Der Harmel-Bericht von 1967

PIOTR MADAJCZYK
Annäherung durch Vergebung
Deutsch-polnische Kirchenkontakte 1965

WERNER BÜHRER
Der Bundesverband der Deutschen Industrie
und Adenauers Außenpolitik

IAN KERSHAW
Hitler – Ideologe und Propagandist

DOKUMENTATION
Hitler, Ribbentrop, die NSDAP und der Niedergang
des Britischen Empire 1935–1938
(Geoffrey T. Waddington)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Hans Woller
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

40. Jahrgang | Heft 2 | April 1992

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hans-Peter Schwarz — Brief an Karl Dietrich Bracher zum 70. Geburtstag . . . 163

Helga Haftendorn — Entstehung und Bedeutung des Harmel-Berichtes der NATO von 1967 . . . 169

Piotr Madajczyk — Annäherung durch Vergebung. Die Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt vom 18. November 1965 . . . 223

Werner Bührer — Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren . . . 241

Ian Kershaw — Ideologe und Propagandist. Hitler im Lichte seiner Reden, Schriften und Anordnungen 1925–1928 . . . 263

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Geoffrey T. Waddington Hitler, Ribbentrop, die NSDAP und der Niedergang des Britischen Empire 1935–1938 273

NOTIZEN

Hitler – Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933 *(Clemens Vollnhals)* 307

Deutsche Aktenbestände im Moskauer Zentralen Staatsarchiv *(Bernd Wegner)* 311

ABSTRACTS 321

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 1992 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Annette Werner.
Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hans-Peter Schwarz
Bonn

13. März 1992

Lieber Herr Broches,

wenn die Aprilnummer unserer Vierteljahrshefte in Ihre Hände gelangt, werden Sie bereits – frisch und lebendig wie ein Fünfzigjähriger – den 70. Geburtstag begangen haben. Zu jenen Eigenschaften, die Sie anziehend machen, gehört auch eine spürbare Abneigung gegenüber pompösen Feierlichkeiten, bei denen große und rühmende Ansprachen zu vernehmen sind. So fanden Sie es am schönsten, auch am stilvollsten, den runden Geburtstag zusammen mit Ihrer Frau, ohne deren Ausstrahlung weder Ihre Persönlichkeit noch Ihr Werk vorstellbar wäre, auf einer immer wieder von Geschichte erfaßten Mittelmeerinsel zu verbringen. „Man mag so alt, so gelehrt, so weise und geschmackvoll sein, als man will – eine Reise nach Italien gibt immer noch dem Geist ein neues Gepräge": dieser Feststellung des alten Lichtenberg würden auch Sie nicht widersprechen. Und so hielten Sie auf sieben lange und kurze Jahrzehnte Rückblick, steinerne Monumente der Megalithkulturen, phönizische, römische, arabische, normannische Altertümer, Johanniterburgen und die zivilisatorische Hinterlassenschaft des britischen Empire in Reichweite.

Denn Sie gehören zu jenen nicht allzu zahlreichen Zeitgeschichtsforschern, die von der Alten Geschichte herkommend zu ihrer Berufung gefunden haben. Daher die Neigung, immer wieder einmal zum 20. Jahrhundert auf Distanz zu gehen und sich von Moden und Ideologien nicht sonderlich beeindrucken zu lassen: „Wer nicht von dreitausend Jahren/Sich weiß Rechenschaft zu geben, /Bleib im Dunkeln unerfahren,/Mag von Tag zu Tage leben." Deshalb vermochten Sie im Auf und Ab unserer Zeitgeschichte auch nie an ein Ende der Geschichte zu glauben – weder an ein Ende dank Erreichung eines Idealzustandes noch an das Ende im Weltenbrand oder inmitten ökologischer Müllhalden. Ihre liebsten Aufenthaltsorte in einem Ozean von Aufgeregtheiten sind deshalb die Inseln des gesunden Menschenverstandes, auf denen allerdings die Altertümer, die Bücher und Erinnerungen an Epochen geglückter politischer Ordnung nicht ganz fehlen dürfen.

Jedenfalls ist erst jetzt nach Ihrer Rückkehr Gelegenheit gegeben, zu Ihrem Festtag allerschönste Glückwünsche zu formulieren. Ich mache mich damit auch zum Sprecher der Redaktion unserer Zeitschrift, an deren Spitze der Chefredakteur Hermann Graml steht, seit Jahrzehnten der gute Geist des Unternehmens. Diese Redaktion hat mit Ihnen zusammen und jeden Augenblick von Ihrem weitgespannten Wissen inspiriert, schon zahllose Stunden über den vorliegenden Manuskripten beraten, seit wir uns zur gemeinsamen Arbeit zusammenfanden. Keiner der Beteiligten möchte diese Beratungen missen, und wenn es alles in allem doch gelungen sein mag, die „Vierteljahrshefte" frisch, solide, informativ und niveauvoll zu erhalten, dann in stärkstem Maße dank Ihrem Judizium. Sie verstehen sich dabei stets als Diener der Leser, und daher mag es an dieser Stelle auch erlaubt und geboten sein, daß ich mich mit diesen Zeilen zu deren Sprecher

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufwerfe, aber auch jener vielen, die aus Ihren großen Monographien gelernt haben, die Ihre zahlreichen Aufsätze prüfend auf sich wirken ließen, die Ihren Vorträgen zuhörten und bei dem allem zu respektvollsten Verehrern geworden sind.

Wer gleich Ihnen über lange Jahrzehnte hinweg einer ganzen Republik die Geschichte des 20. Jahrhunderts dargestellt, gedeutet und kritisch bewertet hat („das Fundament der Republik", lautet die Überschrift der Würdigung in einer unserer großen Zeitungen), wer also so in die Breite und in die Tiefe wirkt, der besitzt landauf, landab eine Vielzahl meist unbekannter, aber dankbarer Leser, wenn nicht gar von Bewunderern. Somit muß er es sich schon gefallen lassen, freundlich-skeptische Zurückhaltung hin oder her, wenn diese verehrungsvolle Grundstimmung an einem runden Geburtstag auch einmal öffentlich zum Ausdruck gebracht wird.

Vor genau 31 Jahren erhielt Hans Rothfels, zusammen mit Theodor Eschenburg Gründer der „Vierteljahrshefte" und Ihr Vorgänger als Herausgeber, von Theodor Schieder einen ähnlichen „offenen" Geburtstagsbrief. Sie selbst hatten damals eben zusammen mit Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz das Werk „Die nationalsozialistische Machtergreifung" veröffentlicht – eine „unersetzbare Studie", wie der dann leider früh dahingeschiedene Klaus Epstein seinerzeit bemerkt hat. Die Bundesrepublik Deutschland war erst 12 Jahre alt und Sie mit 39 Jahren ein vergleichsweise junger Bonner Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte. Das Land stand noch inmitten der Anstrengungen des Wiederaufbaus in allen Dimensionen, auf die es ankommt, zugleich mitten in den Bedrängnissen der Berlinkrise. Es kündigte sich bereits das Ende der Ära Adenauer an. Aber niemand, auch Sie nicht, vermochte so rundum zuversichtlich zu prognostizieren, daß die Jahrzehnte der Weltkriege und der inneren Erschütterungen bereits Vergangenheit sein würden. Mancher fragte besorgt, ob es mit der „Zweiten Republik" wirklich weiterhin gut vorangehen könnte, und mit Blick auf eine mögliche Wiedervereinigung herrschte schon damals resignative Skepsis.

Sie wurden damals bereits als einer der kommenden Leute jener Generation verstanden, die im Dritten Reich und im Krieg, auch in einer längeren Gefangenschaft ihre prägenden Erfahrungen gemacht hatte. Im Ausland hatte man mit einer gewissen Berechtigung befürchtet, daß mit einer so problematisch sozialisierten politischen Generation kein demokratischer Staat zu machen sei. Tatsächlich hat sich aber rasch gezeigt, daß gerade Ihre Generation es war, der die Konsolidierung und die positive Weiterentwicklung unseres demokratischen Verfassungsstaates zu verdanken ist. Und zu Recht gelten Sie als einer jener Zeithistoriker und Politikwissenschaftler, die an der Orientierung der erneuerten wissenschaftlichen Disziplinen und der von diesen stark beeinflußten Öffentlichkeit einen maßgebenden Anteil hatten und immer noch haben. Persönliche Lebensgeschichte und Wissenschaftsgeschichte lassen sich auch in Ihrem beispielhaften Fall nicht auseinanderdividieren. „Über Geschichte kann niemand urteilen", so lesen wir bei Goethe, „als wer an sich selbst Geschichte erlebt hat". Das gilt natürlich auch für Sie.

In dieser Hinsicht wäre es auch falsch, nur an die bewegten ersten vier Jahrzehnte Ihres Lebens zu denken. Gewiß, so wie die gesamte Bundesrepublik durften auch Sie seit den fünfziger Jahren lange Perioden eindrucksvoller Stabilität und der Abwesenheit von lebensgefährlichen Erschütterungen erleben. Ruhe ist freilich immer ein recht

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

relativer Begriff. Wer diese Jahrzehnte miterlebt hat, erinnert sich an die vielfach heftigen ideologischen Kontroversen, an die tiefen Besorgnisse in verschiedensten Sektoren des politischen Spektrums, auch an den Haß, der des öfteren zwischen den innenpolitischen Lagern aufflammte, von den Gegensätzen des Ost-West-Konfliktes ganz zu schweigen. An diesen Kontroversen haben Sie sich unablässig beteiligt, nie zügellos, aber immer mit verhaltener Leidenschaft. Und wenn die von vielen befürchteten Katastrophen nie eintraten, wenn auf die Erschütterungen wieder Ruheperioden folgten, wenn es doch glückte, zwischen den verfeindeten politischen Lagern immer wieder den Geist duldsamen Leben- und Gewährenlassens aufleben zu lassen, wenn es zugleich gelungen ist, dem Ideologiequatsch und der Hysterie zu widerstehen, so eben auch deshalb, weil die Republik führende Gelehrte gleich Ihnen besaß, die – mit Jacob Burckhardt zu sprechen – „den Kopf über den Wolken" hatten. So kam es, daß diese mehr als 30 Jahre, von denen eben die Rede war, zwar wie im Grunde ja alle Perioden im Auf und Ab der Geschichte bewegt und gefährdet gewesen sind, aber eben doch nicht stärker, als dies stets ertragen und bewältigt werden muß.

Heute, an Ihrem 70. Geburtstag, stellt sich die Welt anders dar als vor 30 Jahren. Zwar pflegen die Politiker des 20. Jahrhunderts das, was sie gerade eben mit Mühe und Not erreicht haben, Jahr für Jahr als historische Entscheidungen und Einschnitte auszugeben. Aber heute hat es doch den Anschein, als ob unser Land und die Welt in eine völlig neue Epoche eingetreten sind. Hans Rothfels hat seinerzeit in der wegweisenden ersten Nummer unserer „Vierteljahrshefte" die Epoche seit 1917/18 bis zur aktuellen Gegenwart als eigentlichen Forschungsraum moderner deutscher und europäischer Zeitgeschichte bezeichnet. Sie selbst haben dies verschiedentlich aufgegriffen und – beispielsweise in dem weitgespannten Werk „Europa in der Krise" (1979) – die Jahrzehnte vom Ersten Weltkrieg bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Buches als eine einzige große Epoche von innerem Zusammenhang begriffen, zu untergliedern durch fünf Perioden von je etwa anderthalb Jahrzehnten. Diese große Epoche, in deren Mittelpunkt auch die Realität des sowjetischen Imperiums stand und die Herausforderung der westlichen Demokratien, sich gegen den Ansturm innerer und äußerer Totalitarismen zu behaupten – sie ist in den Jahren 1989 bis 1991 abrupt zu Ende gegangen.

Wohin von jetzt an die Reise geht, weiß niemand. Doch dreierlei dürfte sicher sein. Zum ersten hat der demokratische deutsche Kernstaat im Westen bis heute alle Bewährungsproben bestanden. Die vom nationalsozialistischen Regime unterbrochene verfassungsstaatliche und demokratische Tradition hat sich nach verschiedenen Irrwegen schließlich doch durchgesetzt. Bonn ist nicht Weimar geworden, sondern hat das positive Erbe von Weimar weiterentwickelt und die Giftstoffe ausgeschieden.

Die Bundesrepublik Deutschland vermochte – zweitens – die Altlast einer epochalen Sonderentwicklung dank dauerhafter Einbindung in die westlichen Demokratien abzuwerfen. Damit ist nicht nur die Gefahr des Rückfalls in den autochthonen nationalsozialistischen Totalitarismus verhindert worden, vor dem Sie, verehrter Herr Bracher, lange Jahre und durchaus zu Recht gewarnt haben.

Das Land hat zugleich auch dem säkularen Sog des marxistischen Totalitarismus widerstanden. Während man sich aber in den letzten Jahrzehnten in sehr zahlreicher Ge-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sellschaft befand, solange es galt, dem Kadaver des nationalsozialistischen Löwen einen weiteren Fußtritt zu verpassen, war das Häuflein der Politologen und der Zeithistoriker nicht allzu zahlreich, die sich mit derselben unbarmherzigen Entschiedenheit gegen die höchst lebendige Bestie des kommunistischen Totalitarismus wandten.

Für manchen wankenden Geist unter den Fachkollegen war es von großer Bedeutung, zu vernehmen und immer wieder zu lesen, daß Karl Dietrich Bracher, an dessen ernsthafter Ablehnung des NS-Totalitarismus kein Zweifel möglich war, den marxistischen Totalitarismus mit derselben Entschiedenheit wissenschaftlich analysiert und politisch bekämpft hat.

Jedenfalls erwies sich die Bundesrepublik schließlich – drittens – stark und klug genug, sich nicht bloß zu behaupten, sondern im richtigen Moment die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit herbeizuführen, ohne dabei aber die Einbindung in die westliche Gemeinschaft zur Disposition zu stellen.

Was haben derart makro-politische Feststellungen mit Ihrer Vita und mit Ihrem Oeuvre zu tun? Nun, sehr viel, wenn nicht alles. Man verstünde nämlich Ihr ganzes wissenschaftliches Fragen und Forschen nicht, würde man nicht erkennen, daß es genuin politischen Antrieben entspringt. Dies steht durchaus nicht im Widerspruch zu den Erfordernissen historischer Analyse, von der vorurteilsfreies Verstehen, objektives Geltenlassen der Tatsachen, abgewogene Bewertung der Faktoren und unparteiische Strenge zu verlangen sind. Doch Ihre leitenden Fragestellungen, aber auch die Entschiedenheit, mit der Sie Ihre wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse in die öffentliche Diskussion einführen – sie ergeben sich aus politischen Motiven.

In der Tat war und ist es der eben skizzierte Gang der neuesten deutschen und europäischen Zeitgeschichte, aus dem Sie die großen Themen Ihrer weitgespannten Forschung, Ihrer akademischen Lehre, auch Ihrer vielbeachteten Publizistik beziehen: Durchsetzung und Stabilisierung der bürgerlichen Demokratie; die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts und der politische Imperativ einer Überwindung deutscher Sonderentwicklung durch Integration in die Gemeinschaft der freien Staaten des Westens.

Die Beharrlichkeit, mit der Sie über die Jahrzehnte hinweg an diesen Themen gearbeitet haben, beeindruckt ebenso wie die Souveränität, mit der Sie den Radius Ihrer Forschungen und Darstellungen von Buch zu Buch und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weiter gespannt, auch auf jeweils andere Dimensionen erweitert haben. Das begann im Jahr 1955 mit einer bis heute als meisterlich gerühmten Analyse des „Machtverfalls der Demokratie" in der Spätzeit von Weimar, wurde fortgesetzt mit weiteren Einzelanalysen der Ursachen deutscher Fehlentwicklungen im späten neunzehnten und im frühen zwanzigsten Jahrhundert, mündete schließlich in eine Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus ein („Die deutsche Diktatur", 1969) und führte später zu den vielschichtigen Untersuchungen „Europa in der Krise. Innenpolitik und Weltpolitik seit 1917" (1979) und „Zeit der Ideologien" (1982) – eine kritische Bestandsaufnahme der Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert. Wer die Entwicklung Ihrer zeitdiagnostischen Analysen verfolgt, erhofft sich nun und erwartet eigentlich aus Ihrer

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Feder auch eine Darstellung und Bewertung der überraschenden Art und Weise, in der die große Epoche der Katastrophen und Antagonismen des 20. Jahrhunderts in den achtziger sowie in den frühen neunziger Jahren ihren Abschluß gefunden hat.

Unumstritten sind Ihre Deutungen nie gewesen. Manchen mißfiel in den fünfziger und in den sechziger Jahren der bohrende Nachdruck, mit dem Sie fragwürdige deutsche Traditionsbestände herausgearbeitet und die Anfälligkeit konservativer Schichten für Nationalismen oder für nicht-demokratische Ordnungsvorstellungen beleuchtet haben. In den siebziger und in den achtziger Jahren waren es dann eher die Marxisten und – mit Raymond Aron zu sprechen – die Para-Marxisten der Linken, denen Ihr Insistieren auf dem Totalitarismusbegriff unangenehm war, weil sie mit dem Kommunismus ihren Frieden machen wollten. Doch die Zeiten ändern sich. Schon gegen Ende der sechziger Jahre war Ihre Interpretation der Ursachen und der Verursacher der nationalsozialistischen Katastrophe in weiten Teilen der Wissenschaft bereits unumstrittenes conventional wisdom; auch eine breite Öffentlichkeit machte sich die von Ihnen vertretenen Erklärungen für das Scheitern der Weimarer Republik, aber auch für die Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945 zu eigen. Und seit dem Jahr 1990 sind alle diejenigen auffällig stumm geworden, die noch wenige Jahre zuvor das Totalitarismus-Konzept als verfehlt, vor allem aber auf die kommunistischen Systeme als nicht eigentlich anwendbar bezeichnet haben.

So dürfen Sie in diesen Jahren und Monaten mit Genugtuung feststellen, daß sich nicht allein der demokratische Verfassungsstaat und die Marktwirtschaft Europaweit durchsetzen oder zumindest gute Durchsetzungschancen besitzen, sondern auch Ihre über Jahrzehnte hinweg festgehaltene wissenschaftliche Bewertung der Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. In der Ihnen eigenen Vornehmheit verzichten Sie freilich auf Triumphalismus. Doch die Geschichte hat die Richtigkeit Ihrer Grundbegriffe und Ihrer Analysen bestätigt.

Das gilt auch für die Fragenkreise Nation und europäische Zusammenarbeit, die zwar nicht im Vordergrund Ihrer Arbeiten standen, ohne aber deshalb vernachlässigt zu werden. Vergleicht man in dem schon erwähnten Geburtstagsbrief für Hans Rothfels dessen Lebensthemen mit den Ihren, die sich in vierzigjähriger wissenschaftlicher Produktivität entfaltet haben, dann fallen doch symptomatische Umakzentuierungen ins Auge, die zugleich den Bewußtseinswandel zweier politischer Generationen erfassen lassen. Zwar war Rothfels vom NS-Totalitarismus existentiell getroffen und hat nicht zufällig eine der ersten, wegweisenden Studien über den deutschen Widerstand im Dritten Reich verfaßt. Im Zentrum seines Forschens stand aber doch die Problematik des von Bismarck geschaffenen Nationalstaates, seiner Enstehung, seiner Gefährdungen und Katastrophen, doch auch seiner möglichen Zukunft.

Sie selbst haben sich demgegenüber von Anfang an als Forscher einer jüngeren Generation verstanden. Ihre vordringliche Aufmerksamkeit richtete sich auf die Entstehung, die Krise, den Zusammenbruch, die Wiedererrichtung und die mögliche Zukunft des demokratischen Verfassungsstaates. Zugespitzt könnte man formulieren: Kreisten die Forschungen der Generation von Hans Rothfels, Gerhard Ritter, Hans Herzfeld, Theodor Schieder und anderer Gelehrter der älteren Jahrgänge um die Na-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion, so ging es Ihnen vorrangig um die Demokratie. Diese letztere Sicht des Problems der neuesten deutschen Zeitgeschichte hat sich auch dank Ihrer Arbeiten durchgesetzt.

Gewiß, Sie haben von den fünfziger Jahren an bis heute nicht zu denen gehört, die dem deutschen Nationalstaat noch nachträglich Haß und Abneigung entgegenbrachten. Dafür war Ihr politischer Verstand viel zu ausgebildet, auch Ihr historischer Sinn. Deshalb brauchten Sie auch während der Wiedervereinigung und jetzt danach anders als so viele Zunftgenossen Ihre Meinungen nicht zu revozieren, genauer gesagt: schweigend aus dem Verkehr zu ziehen.

Aber Sie haben die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates nur deshalb als einen wünschenswerten Vorgang bewerten können, weil sich dieser Vorgang im Rahmen einer die Nationen zusehends transzendierenden Europäischen Gemeinschaft vollzogen hat. Für Sie galt und gilt, daß nicht die Nation und der Nationalstaat das Primäre sind, vielmehr der Rechtsstaat und die freiheitliche, die soziale, auch – Sie sind und bleiben ein stammesstolzer Württemberger – die föderalistisch strukturierte Demokratie. Wenn der Primat der demokratischen Staatsform eindeutig feststeht, dann mag sich damit Ihrer Meinung nach auch ein vernünftig geltend gemachtes, durch internationale Verträglichkeit gemäßigtes nationales Bewußtsein in dienender Rolle verbinden.

Doch es gibt keinen Stillstand, weder in der Geschichte noch im Leben eines Gelehrten. Auch die Zeitgeschichte unseres Kontinents und unseres Globus geht weiter. Somit werden auch Sie sich weiterhin herausgefordert sehen, vom jeweils erreichten Standpunkt aus die Entwicklungslinien neu zu untersuchen und einzuordnen. Wissenschaftliche Analyse und politisch zu verantwortende Bewertung müssen sich dabei wie bisher miteinander verbinden, und auch Wachsamkeit ist immer noch vonnöten. In einer weitgespannten Untersuchung zum Problem der Macht haben Sie am 24. Oktober 1990, kurz nach dem Abschluß der Wiedervereinigung, vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften ausgeführt: „Auf dem Felde der Menschenrechte wurde immer wieder blitzartig klar, wie prinzipiell der Unterschied zwischen freiheitlicher Demokratie und sozialistischer Diktatur ist und wie unvereinbar liberales und totalitäres Menschenbild und Gesellschaftsverständnis. Hoffen wir, daß die großen Umbrüche von 1989 auch das Denken verändert haben. Rückfälle bleiben möglich."

Rückfälle bleiben möglich. Deshalb erwarten Ihre Freunde und eine breite Öffentlichkeit von Ihnen, daß Sie den Aufgaben des Historikers weiterhin in so vorbildlicher Weise gerecht werden wie in den vergangenen Jahrzehnten. Goethe hat diese Berufung gelegentlich wie folgt umschrieben: „Pflicht des Historikers: das Wahre vom Falschen, das Gewisse vom Ungewissen, das Zweifelhafte vom Verwerflichen zu unterscheiden." Mögen Ihnen noch auf lange Jahre die Gesundheit und die innere Spannkraft erhalten bleiben, dem zu entsprechen zum Nutzen deutscher und internationaler Zeitgeschichtsforschung, doch auch zum Besten der freiheitlichen Demokratie hierzulande.

Ihr dankbarer Hochschätzung, herzlich

Ihr Hans-Peter Schwarz

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HELGA HAFTENDORN

ENTSTEHUNG UND BEDEUTUNG DES HARMEL-BERICHTES DER NATO VON 1967[1]

Auf der Frühjahrstagung des NATO-Rates im Mai 1964 konstatierte der amtierende Ratspräsident, der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak, daß das Bündnis sich nur noch in der Deutschland- und Berlin-Frage einig sei, während die Partner in allen anderen Bereichen unterschiedliche Positionen verträten. Besonders evident sei dies im Hinblick auf den Vietnam- und den Zypern-Konflikt. Seine Ministerkollegen ergänzten: die Konsultationen seien ungenügend, die Diskussion über eine gemeinsame militärische Strategie bleibe stecken und das Bündnis leide unter den ungelösten Nuklearproblemen[2].

1. Die Krise des Atlantischen Bündnisses

Ende 1966 gab es im Bündnis auch keinen Konsens mehr in der deutschen Frage. Immer weniger waren die Partner der Bundesrepublik bereit, deren Positionen in der deutschen Frage mitzutragen[3]. Bei einem Besuch in Moskau hatte Staatspräsident de Gaulle der sowjetischen Führung ein Verhandlungspaket vorgeschlagen, das zusammen mit der Wiedervereinigung Deutschlands die Schaffung eines kollektiven europäi-

---

[1] Diese Studie geht auf eine Anregung von Uwe Nerlich zurück und wurde während eines Forschungsaufenthaltes der Verfasserin an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen begonnen. Sie basiert auf einer Auswertung der zugänglichen Dokumente und Presseveröffentlichungen in Deutschland, Belgien, Großbritannien und in den USA sowie auf Gesprächen mit ca. 20 „Zeitzeugen" in diesen Ländern, die wichtige Hinweise lieferten. Das Nuclear History Program und die Volkswagen-Stiftung haben meine Forschung mit Reisemitteln und mit einem Akademie-Stipendium finanziell unterstützt. Robert Charles, Fletcher School of Law and Diplomacy, verdanke ich wichtige Hinweise bei der Dokumentenbeschaffung; Frank Hartmann, FU Berlin, hat mir als Forschungsassistent in vielfältiger Weise bei der Materialbeschaffung geholfen. Ihnen allen spreche ich meinen herzlichen Dank aus.

[2] Vgl. La pensée européenne et atlantique de Paul Henri Spaak (1942–1972). Textes réunis et présentés par Paul F. Smets. Préface d'André de Staercke. Bruxelles o. J., S. 1047–1053.

[3] Vgl. dazu Wiedervereinigung: Schweigen Ehrensache, in: Der Spiegel, 20. Jg., Nr. 44, 24. Oktober 1966, S. 27 f. Gegenstand des Artikels ist ein Lagebericht von Staatssekretär Karl Carstens vor dem Bundeskabinett am 14. Oktober 1966 zur Bonner Deutschland-Politik.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Sicherheitssystems und den Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa vorsah[4].

Diese Vorschläge waren nicht mit Bonn abgestimmt worden; sie stellten Positionen in Frage, welche die verschiedenen Bundesregierungen seit der Ablehnung der Stalin-Note 1952 eingenommen hatten. Für die Bundesrepublik war weder eine Wiedervereinigung unter Aufgabe der engen Bindungen an die westeuropäischen Partner und an die USA denkbar noch wollte Bonn diskriminierende Sonderregelungen akzeptieren. Der Konflikt über die deutsche Frage zwischen Bonn und einem seiner wichtigsten Partner war aber nur die Spitze eines Eisbergs. Darunter verbargen sich grundlegende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Allianz über die Einschätzung der Bedrohung durch die Sowjetunion, über die Aussichten und Ziele der westlichen Entspannungspolitik und über die Möglichkeiten eines abgestimmten Vorgehens gegenüber der UdSSR und den anderen osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR.

Nicht nur Frankreich, sondern auch die Vereinigten Staaten, und damit Bonns wichtigste Verbündete, hatten den Weg einer begrenzten Kooperation mit der Sowjetunion beschritten. In seiner viel beachteten „Brückenbau"-Rede vom Oktober 1966 forderte Präsident Johnson die Partner zur Überwindung der Gräben zwischen Ost und West auf, ohne dabei die Wiedervereinigung Deutschlands als Voraussetzung zu erwähnen[5], wie es der Position der Bundesregierung entsprach. Bereits das Test-Stop-Abkommen vom August 1963 hatte zu einer Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen geführt, da die Bundesregierung von einer Mitgliedschaft der DDR eine Aufwertung derselben fürchtete. Eine weitere Belastung der Beziehungen zwischen Bonn und Washington ergab sich, als deutlich wurde, daß Washington einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Nichtverbreitung von Kernwaffen Vorrang gab vor einer bündnisinternen Lösung des nuklearen Problems. Die als Ersatz für die geplante und dann gescheiterte nukleare NATO-Atomstreitmacht (MLF) von US-Verteidigungsminister Robert McNamara vorgeschlagene Konsultationslösung in Form eines Sonderausschusses für Nukleare Planung (NPWG) wurde von der Bundesregierung zunächst sehr skeptisch beurteilt.

Auch andere Partner, so zum Beispiel Belgien, Dänemark und Italien, unternahmen ihrerseits Schritte, um die Kontakte mit den osteuropäischen Staaten zu vertiefen. Zum Teil ging es ihnen um die Wiederherstellung der im Kalten Krieg eingefrorenen politischen und kulturellen Beziehungen, zum Teil hofften sie, in Osteuropa Investitionsmöglichkeiten und neue Absatzmärkte für ihre Produkte erschließen zu können.

Nur sehr zögernd schwenkte die Bundesregierung auf den Entspannungskurs ihrer

---

[4] Pers. Information von George Soutou, Paris, an die Verfasserin, Juli 1991. Eine ähnliche Zielsetzung findet sich in der Studie des Centre d'Etudes de Politique Etrangère, Paris, „Modèles de securité européenne", in: Politique Etrangère, Nr. 6 (1967), S. 519–541, abgedruckt in Europa-Archiv, Folge 2/1968, S. 51–64.

[5] Vgl. Rede von U.S. Präsident Lyndon B. Johnson auf einer Konferenz amerikanischer Zeitungsredakteure am 7. Oktober 1966 in New York, in: Europa-Archiv, Folge 20/1966, S. D 517–521; zur deutschen Reaktion darauf vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt 1981, IV. Reihe, Bd. 12 (2. Halbband), S. 1478.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partner ein. Sie fand sich in der mißlichen Lage, daß sie aufgrund der Politik Moskaus weiterhin allen Anlaß hatte, der Sowjetunion zu mißtrauen, zugleich aber auch nicht mehr darauf vertrauen konnte, daß ihre Verbündeten ihre Position in der deutschen Frage bedingungslos unterstützen würden. Mit der „Friedensnote" vom März 1966 unternahm Bonn daher den Versuch, seine Entspannungsbereitschaft zu dokumentieren und zugleich an den hergebrachten Positionen in der Deutschland-Politik festzuhalten[6]. Im Dezember 1966 gelang es Bonn noch einmal, die Verabschiedung einer Deutschland-Erklärung der Vier Mächte zu erreichen. Anstatt jedoch den Anspruch der Bundesregierung zu bekräftigen, sie handele als allein legitimierte Sprecherin Deutschlands, hieß es in der Erklärung lediglich, eine Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und in einem Klima der Entspannung sei eine Voraussetzung für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West. Außerdem wurden die von der Bundesrepublik eingeleiteten menschlichen Erleichterungen und Schritte zur Ost-West-Entspannung hervorgehoben[7].

Gleichzeitig stagnierte die Westeuropäische Integration. 1963 war der Beitritt Großbritanniens zur EWG am Veto de Gaulles gescheitert. Auch die Verhandlungen über den „Fouchet-Plan" zur Errichtung einer Politischen Union kamen nicht voran; Frankreich weigerte sich, im Rat Mehrheitsbeschlüsse – wie in den Römischen Verträgen vorgesehen – zu akzeptieren, und praktizierte statt dessen eine Politik des „leeren Stuhls". 1966 wurde zwar ein Kompromiß gefunden, durch den aber die supranationalen Elemente der Gemeinschaft zugunsten der Rechte der nationalen Regierungen geschwächt wurden.

Zu weiteren Belastungen im Bündnis führten der Streit über die gültige NATO-Strategie. Seit der Rede McNamaras auf der Frühjahrssitzung des NATO-Rates im Mai 1962 in Athen drängten die Vereinigten Staaten auf Änderungen im strategischen Konzept der Allianz. Sie wollten die damals noch gültige Strategie der „Massiven Vergeltung" (MC 14/2) durch eine solche der „Flexiblen Erwiderung" ersetzen, nachdem erstere unter den Bedingungen des „nuklearen Patt" an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Außerdem forderten die USA von den Verbündeten größere konventionelle Anstrengungen[8].

Ein erster Versuch, ein neues strategisches Konzept zu entwickeln und darauf bezogene Streitkräfteziele aufzustellen, war von der französischen Regierung im November

---

[6] Vgl. Zirkularnote der Bundesregierung zur Friedenspolitik vom 25. März 1966, in: Europa-Archiv, Folge 7/1966, S. D 171–175. Zu ihrer Entstehung und Wirkung vgl. Helga Haftendorn, Die Politik des Gewaltverzichts, in: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden [2]1986, S. 269–294.

[7] Vgl. Kommuniqué über die Tagung des NATO-Ministerrates am 15. und 16. Dezember 1966 und die von den Ministern verabschiedete Erklärung über Deutschland, in: NATO Final Communiqués, 1949–1974, Brüssel 1975, S. 177–182; ferner L(othar) R(ühl), Das Kommuniqué verdeckt Differenzen, in: Die Welt, 20. Dezember 1966.

[8] Vgl. Secretary Robert S. McNamara, Speech to NATO Council, Athens, 5 May 1962, in: U. S. Nuclear Strategy. A Reader, hrsg. v. Philip Bobbitt, Lawrence Freedman, Gregory F. Treverton, London 1989, S. 205–222.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1963 zu Fall gebracht worden[9]. Meinungsverschiedenheiten bestanden vor allem in der Bedrohungsanalyse, in der Frage, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen im Falle eines militärischen Konfliktes in Europa Kernwaffen eingesetzt werden sollten, und in der Stärke der benötigten konventionellen Streitkräfte. Im Juli 1966 waren zwar Fortschritte bei der NATO-Streitkräfte-Planung erzielt worden, ein Abschluß der Arbeiten an der Entwicklung eines neuen strategischen Konzeptes (MC 14/3) war Ende 1966 jedoch noch nicht in Sicht.

Die Beziehungen zwischen den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten wurden weiter durch handels- und währungspolitische Probleme belastet. Ließ sich der Streit über die Agrarpreise in den GATT-Verhandlungen noch als ein regelmäßig wiederkehrendes Ritual der jeweils auf den Schutz der eigenen Agrarlobby bedachten Regierungen interpretieren, für die in der Regel pragmatische Lösungen gefunden wurden, so erforderten die negativen Zahlungsbilanzen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens entschiedenere Maßnahmen, wenn sie nicht zu Truppenabzügen aus der Bundesrepublik führen sollten. Da aber auch die Zahlungskraft der Bundesrepublik begrenzt war – die Haushaltskrise im Herbst 1966 und die Weigerung Präsident Johnsons, die Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik im Rahmen des laufenden Offset-Abkommens zu reduzieren, hatten maßgeblich zum Sturz der Regierung Erhard beigetragen –, mußten andere Lösungen gesucht werden. Ein Kompromiß in der Frage von Truppenpräsenz und Devisenausgleich hing jedoch von einer vorherigen Einigung über die künftige Strategie und der zu ihrer Implementierung erforderlichen Streitkräfte ab. Rasche Übereinkünfte waren daher nicht zu erwarten[10].

Schließlich gab der Vietnam-Krieg Anlaß zu weiteren Konflikten innerhalb der Allianz. Die meisten westeuropäischen Staaten standen der „Domino-Theorie" skeptisch gegenüber, nach der die USA in Indochina auch die Freiheit Westeuropas verteidigten. Während die USA Mitte der sechziger Jahre 285 000 GIs nach Vietnam entsandt und zur Führung des Krieges beträchtliche Ressourcen mobilisiert hatten, beschränkten sich die Europäer im wesentlichen auf eine rhetorische Unterstützung. Ein weiterer außereuropäischer Krisenfall entstand, als Ägypten Anfang 1967 den Golf von Akaba für die internationale Schiffahrt sperrte und die Vereinigten Staaten die Verbündeten aufforderten, sich an einer internationalen Flotte zur Kontrolle des Golfs und zum Schutz der westlichen Interessen in der Region zu beteiligen. Während des Sieben-Tage-Krieges im Juni 1967 gelang es den NATO-Verbündeten zwar, ihre Meinungsverschiedenheiten einzugrenzen, aber sie waren nicht in der Lage, Übereinstimmung über angemessene Reaktionsweisen bei Konflikten außerhalb des NATO-Vertragsgebiets („out of area") zu erzielen.

---

[9] Vgl. Jane E. Stromseth, The Origins of Flexible Response: NATO's debate over strategy in the 1960s, New York 1988, S. 52.

[10] Vgl. (Rolf) PR(andelt), Dreiergespräche: Erster Akt beendet, in: Industriekurier, 22. Oktober 1966; H(annes) B(urger), Dreiergespräche: Zuerst Bündnisstrategie – dann Devisenforderungen, in: Die Welt, 25. Oktober 1966.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Akut wurde die NATO-Krise jedoch durch den Schritt Frankreichs, die integrierte Verteidigungsstruktur des Bündnisses zu verlassen. Bereits 1959, nach dem Amtsantritt von Staatspräsident Charles de Gaulle, hatte Frankreich seine Mittelmeerflotte aus der NATO-Assignierung zurückgezogen. Am 10. März 1966 teilte nun die französische Regierung mit, daß sich Frankreich mit Wirkung vom 1. Juli 1966 ganz aus der integrierten Struktur des Bündnisses zurückziehen werde und daß bis zum 1. April 1967 alle alliierten Stäbe und militärischen Einrichtungen aus dem Land verlegt werden sollten[11].

Die französische Entscheidung gab zu der Sorge Anlaß, andere Staaten könnten einen ähnlichen Schritt tun oder das Bündnis 1969 mit einjähriger Frist kündigen[12]. In verschiedenen Erklärungen betonte die Bundesregierung, unter den Vertragspartnern habe Übereinstimmung darüber bestanden, daß der Vertrag auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen worden sei. Diese Auffassung sei anläßlich der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz im Oktober 1954 noch einmal ausdrücklich bekräftigt worden[13]. Nichtsdestoweniger waren auch Bonner Politiker besorgt, der französische Schritt könnte Nachahmer finden oder die gegenwärtigen Schwierigkeiten könnten dazu führen, daß das Jahr 1969 zu einer Wasserscheide für die Allianz werde, an der sich ihr Fortbestand entschied, falls es vorher nicht gelänge, das Bündnis zu revitalisieren.

Der Rückzug Frankreichs aus der NATO-Integration hatte jedoch sehr unterschiedliche Auswirkungen auf das Bündnis. Während der französische Schritt in der Allianz ein Gefühl der „Malaise" ausgelöst hatte, das zum Anlaß für die Überprüfung der Rolle und Funktion der Allianz sowie ihrer künftigen Aufgaben durch den Harmel-Ausschuß wurde, beseitigte er auf militärischem Gebiet einige der Hindernisse für eine Reorganisation der NATO sowie für den Abschluß der Arbeiten am strategischen Konzept der Allianz, der bisher durch die europäischen, vor allem aber französischen Einwände verhindert worden war.

2. Der Vorschlag Harmels: eine Studie über die Zukunft der Allianz

Angesichts der langen Liste der Meinungsverschiedenheiten und der im Bündnis verbreiteten Krisenstimmung war es ein Wunder, daß die Mitglieder die Dinge nicht einfach treiben ließen, sondern eine Initiative des belgischen Außenministers Pierre Harmel unterstützten, mit Hilfe einer Standort- und Aufgabenbestimmung den Zusammenhalt der Allianz zu stärken und diese zu revitalisieren. Es zeigte sich aber

[11] Vgl. Aide-mémoire der französischen Regierung an die 14 NATO-Partner vom 11. März 1966 sowie zweites französisches Aide-mémoire vom 29. März 1966, in: Europa-Archiv, Folge 9/1966, S. D 229 ff. sowie S. D 241 ff.

[12] Gemäß Art. 13 NATO-Vertrag kann jeder NATO-Staat nach 20jähriger Laufzeit des Vertrages mit einjähriger Kündigungsfrist aus dem Bündnis ausscheiden.

[13] Vgl. die Ausführungen von Außenminister Dr. Gerhard Schröder im August 1964 vor dem Deutschen Bundestag.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch, daß das Bündnis für viele Mitglieder – z. B. die Bundesrepublik, Großbritannien und die Vereinigten Staaten – aus z. T. sehr unterschiedlichen Gründen einen hohen politischen Stellenwert besaß und sie deshalb bereit waren, beträchtliche Energien in dieses Unternehmen zu investieren.

Es ist hier nicht der Ort, die Motive des belgischen Außenministers im einzelnen nachzuzeichnen, die – außer in seiner Sorge um den Fortbestand des Bündnisses – in der belgischen Innenpolitik zu suchen sind. Dort ging es darum, die Kritiker am belgischen Engagement für die NATO und zugunsten ihres Umzugs nach Belgien, vor allem innerhalb der sozialistischen Opposition, davon zu überzeugen, daß dieses Eintreten für die Allianz nicht im Widerspruch zu der auch von den Regierungsparteien gewünschten Entspannung in den Ost-West-Beziehungen stand[14].

Zunächst dachte Harmel an Gespräche unter den europäischen Mitgliedern der Allianz, durch welche ihr Zusammenhalt gestärkt und ein europäischer „Caucus" innerhalb des Bündnisses gebildet werden könnte, der sich dann später zu einem gleichgewichtigen Pfeiler fortentwickeln ließe[15]. Bei Gesprächen im Herbst 1966 in Washington mit der amerikanischen Regierung, vor allem mit Eugene V. Rostow, dem Undersecretary of State for Political Affairs, modifizierte Harmel seine Vorschläge und schlug eine Untersuchung vor, an der sich alle Bündnispartner beteiligen sollten.

Harmel und Rostow vereinbarten, daß im Rahmen der NATO eine Studie über die Zukunft der Allianz erarbeitet werden sollte, mit der dargelegt werden würde, daß das Bündnis auch über das Jahr 1969 hinaus erhalten bleiben müßte. Unter Hinweis auf die einschlägigen Studien der Allianz aus den Jahren 1951/52 und 1956[16] sollten Empfehlungen über verbesserte Methoden der politischen Konsultation und Abstimmung unter den Verbündeten ausgearbeitet werden, wobei auch die heikle Frage der Zusammenarbeit des Bündnisses im Fall von Bedrohungen, die ihren Ursprung außerhalb des Bündnisgebietes haben, erörtert werden sollte[17].

---

[14] Vgl. Pierre Harmel, Forty Years of East-West Relations: Hopes, Fears, and Challenges, in: The Atlantic Community Quarterly, Jg. 25, Nr. 3 (1987), S. 259–269. J. Robert Charles, Fletcher School of Law and Diplomacy, arbeitet an einer Dissertation über den Harmel-Bericht, in der die Motive Harmels näher untersucht werden.

[15] Vgl. Bernard Noel, Procédons à un réexamen des objectifs et des structures de notre alliance, in: Le Figaro, 16. Dezember 1966; ferner Harlan Cleveland, NATO: The Transatlantic Bargain, New York u. a. 1970, S. 142 f.

[16] Im September 1951 hatte der NATO-Rat einen aus fünf Ländern bestehenden Ministerausschuß beauftragt, Möglichkeiten zur Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft und zur Umsetzung von Art. 2 des NATO-Vertrages zu prüfen. Die Minister legten im November 1951 einen Interim-Bericht und im Februar 1952 ihren Schlußbericht vor. Im Jahre 1956 beauftragte der NATO-Rat die Außenminister Italiens, Kanadas und Norwegens, einen weiteren Bericht über die nichtmilitärische Kooperation im Bündnis vorzulegen. Dieser „Bericht der Drei Weisen" wurde am 13. Dezember 1956 vom NATO-Rat zur Kenntnis genommen. Vgl. Das Atlantische Bündnis: Tatsachen und Dokumente, Brüssel [7]1990, S. 411–430.

[17] Vgl. Eugene V. Rostow, A Practical Program for Peace: The Twentieth Anniversary of the Harmel Report, in: Atlantic Community Quarterly, Jg. 25, Nr. 3 (1987), S. 270–277.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den folgenden Wochen stimmten Harmel und Rostow dieses Programm mit NATO-Generalsekretär Manlio Brosio und den Regierungen der Verbündeten ab. Ein Problem war dabei, daß Harmel und die Amerikaner möglichst bindende Ergebnisse anstrebten, während einige Mitgliedsregierungen nur zu einer unverbindlichen „Studie" bereit waren.

Besonders wichtig war für die meisten Beteiligten, daß Frankreich von Anbeginn an in das Vorhaben einbezogen wurde. Rostow reiste zu diesem Zweck nach Paris, um die Zustimmung des französischen Außenministers, Maurice Couve de Murville, zu erlangen. Das Gespräch mit Couve de Murville wurde dadurch erleichtert, daß sich beide aus ihrer gemeinsamen Zeit 1943 in Algier gut kannten. Die französische Regierung stand der Initiative Harmels zwar mit großer Skepsis gegenüber, gab dann aber doch ihre Zustimmung, nachdem ihr zugesichert worden war, daß es sich um eine unverbindliche Untersuchung handeln und die französischen Vorbehalte gegen jede Art von supranationalen Aktivitäten beachtet würden[18].

An Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger erging ein persönliches Schreiben von Harmel. In seiner Antwort betonte Kiesinger, daß es aus deutscher Sicht auch darum gehen müsse, die Bündnispolitik mit der Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik in Übereinstimmung zu bringen und mit Hilfe der Détente-Politik des Bündnisses den Status quo negotiabel zu machen. Dies müsse die deutsche Frage einschließen. Die Bundesregierung war jedoch skeptisch, ob durch eine theoretische Studie das Bündnis wirklich gestärkt werden könnte. Wie auch die britische Regierung wollte sie nichts tun, durch das die Zusammenarbeit zwischen den 14 im DPC und zwischen den 15 im NATO-Rat gelockert werden könnte. Der usprüngliche Gedanke Harmels, einen europäischen „Caucus" zu schaffen, war für sie nicht akzeptabel.

Die Bundesregierung betrachtete die Krisenerscheinungen in der NATO seit langem mit großer Sorge. Für sie war das Atlantische Bündnis ein unverzichtbarer Garant ihrer Sicherheit ebenso wie ihre Mitgliedschaft in demselben eine Voraussetzung für ihre gleichberechtigte Mitsprache in atlantischen und europäischen Fragen war. Bonn war daher auf gute und enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten angewiesen. Die Verbindung mit den USA und ihrem nuklearen Potential ebenso wie mit ihren in Westeuropa stationierten konventionellen und taktisch-nuklearen Streitkräften war eine Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik, für die es keinen glaubwürdigen europäischen Ersatz gab und die benötigt wurde, solange die Sowjetunion eine militärische Bedrohung darstellte.

Ein weiterer Stützpfeiler ihrer Politik war die Freundschaft mit Frankreich, wie sie im deutsch-französischen Vertrag von 1963 kodifiziert worden war. Sie war eine grundlegende Voraussetzung für die europäische Integration und für die Errichtung einer Politischen Union. Spannungen zwischen den USA und Frankreich – und es gab viele! – führten regelmäßig zu einem Prioritätenkonflikt in der Außenpolitik der Bundesrepublik, der ihren außenpolitischen Handlungsspielraum nachhaltig einschränk-

[18] Vgl. ebenda, S. 272.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te[19]. Die Bundesregierung unterstützte daher alle Initiativen, die geeignet waren, die Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu überbrücken; sie suchte vor allem nach Möglichkeiten, um Paris im Bündniskontext zu halten, ohne jedoch einen Konflikt mit den USA heraufzubeschwören.

Bereits Mitte der sechziger Jahre hatte die Bundesregierung eine Reihe von Studien für eine Reform des Bündnisses in Auftrag gegeben. Eine vom Bundesministerium der Verteidigung eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des ehemaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr, General a. D. Adolf Heusinger, legte im Juli 1965 einen Bericht über „Möglichkeiten und Grenzen des Verteidigungsbündnisses" vor[20], in dem die enge Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und den USA bekräftigt, der Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten unterstützt und ein gutes deutsch-französisches Verhältnis als wichtig bezeichnet wurden. Anstelle organisatorischer Reformen wurde eine bessere Nutzung der innerhalb des Bündnisses vorhandenen Konsultationsmöglichkeiten empfohlen. Regionalen Rüstungskontrollvorschlägen sollte die Bundesrepublik nur zustimmen, wenn dadurch weder die Sicherheit des Bündnisses beeinträchtigt noch die Teilung Deutschlands und Europas verhärtet wurde.

Als der belgische Außenminister auf der Tagung des NATO-Rates am 15. und 16. Dezember 1966 seinen Vorschlag für eine neue NATO-Studie zur Diskussion stellte, fand dieser die Zustimmung aller Mitglieder. Allerdings legten die größeren Mitgliedsländer deutlich weniger Enthusiasmus an den Tag als die kleineren. Der Rat beschloß, eine breit angelegte Untersuchung der internationalen Entwicklung seit der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrages im Jahre 1949 vorzunehmen. Dabei sollten der Einfluß dieser Entwicklung auf das Bündnis festgestellt und Vorschläge entwickelt werden, durch die es als Faktor eines dauerhaften Friedens gestärkt werden könnte. Um zu verhindern, daß das Vorhaben das Schicksal früherer Studienaufträge erleiden würde, die im Ständigen NATO-Rat versandet waren, bestimmten sie, daß diese Untersuchung auf „hoher politischer Ebene" erfolgen sollte[21].

---

[19] Vgl. Helga Haftendorn, Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum. Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, 30. Jg., H. 1 (1989), S. 32–49.

[20] Möglichkeiten und Grenzen des Verteidigungsbündnisses (Heusinger Studien I), Juli 1965, zit. in: Haftendorn, Sicherheit und Entspannung, S. 521.

[21] Vgl. Kommuniqué über die Tagung des NATO-Ministerrates am 15. und 16. Dezember 1966 in Paris, in: Europa-Archiv, Folge 2/1967, S. D 42–46; ferner Henry Tanner, Paris Meeting of NATO Council Emphasizes Change in Alliance, in: New York Times, 17./18. Dezember 1966; F(red) L(uchsinger), Die Allianz auf Wegen der Entspannung, in: Neue Zürcher Zeitung, 18. Dezember 1966; A(ndré) F(ontaine), M. Harmel préconise une vaste étude sur les moyens d'adapter l'alliance à un monde transformé, in: Le Monde, 16. Dezember 1966.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Die Arbeit der Special Group: Einigung über Untersuchungsthemen und Beschluß zur Einsetzung von Untergruppen

Der Erfolg des von den Ministerien erteilten Studienauftrags hing davon ab, daß es gelang, das weitgefaßte Mandat thematisch einzugrenzen und zu spezifizieren. Nach vorbereitenden Gesprächen zwischen Vertretern der Mitgliedsregierungen und mit NATO-Generalsekretär Manlio Brosio wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß in der Studie die grundlegenden Veränderungen der vergangenen 20 Jahre untersucht und daraus Schlußfolgerungen für die künftige Arbeit der Allianz gezogen werden sollten. Im Vordergrund sollten dabei die Ost-West-Beziehungen einschließlich der deutschen Frage, das Verhältnis zwischen Europäern und Amerikanern innerhalb des Bündnisses und die Probleme außerhalb des Bündnis-Gebietes stehen.

NATO-Generalsekretär Manlio Brosio stand dem Unterfangen zunächst recht skeptisch gegenüber, zumal durch den belgischen Vorschlag, mit den Arbeiten einen Sonderausschuß auf hoher Ebene zu betrauen, verhindert werden sollte, daß dem Generalsekretär ein zu großer Einfluß eingeräumt wurde. Vor allem aber hatte Brosio die Sorge, daß durch eine Akzentuierung der Ost-West-Entspannung und des Rückgangs der militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt Zusammenhalt und Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses geschwächt werden könnten. Im Verlauf der „Harmel-Exercise" wuchs dem Generalsekretär jedoch eine wichtige Rolle als „clearing house" für die Interessen der Mitgliedsregierungen zu.

Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rates am 15. Februar 1967 legte der Generalsekretär einen Vorschlag für ein zweistufiges Verfahren vor. Danach sollten zunächst die innere und äußere Lage der Sowjetunion, die Probleme der europäischen Sicherheit und Deutschlands, die Beziehungen zwischen den europäischen und den nordamerikanischen Mitgliedern der Allianz sowie die Entwicklungen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes untersucht werden. Anschließend sollten deren Auswirkungen auf die künftige Politik der Allianz analysiert werden. Im Vordergrund sollten dabei folgende Fragen stehen:

- die Sicherheit des Bündnisses als Ganzem und die der einzelnen Bündnismitglieder;
- die allgemeine Struktur der Allianz unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der europäischen Mitglieder (einschließlich der „Zwei-Säulen"-Theorie, Funktion der WEU und einer „Europäischen Gruppe" innerhalb des Bündnisses);
- mögliche Aktionen des Bündnisses im Hinblick auf die deutsche Frage, Ost-West-Beziehungen und Abrüstung sowie Rüstungskontrolle;
- Grundsätze und Verfahren allianzinterner Konsultationen;
- der Nordatlantik-Vertrag, insbes. Art. 4 und 5, vor dem Hintergrund gegenwärtiger Gefahren und neuer Herausforderungen;
- die Rolle und die Verpflichtungen der Bündnismitglieder in bezug auf Ereignisse in Gebieten außerhalb des Vertragsgebietes der NATO;
- die Aussichten für den Nordatlantik-Vertrag nach 1970.

Zum Verfahren wurde vorgeschlagen, daß der Rat die Aufsicht über die Studie füh-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren, aus Praktikabilitätsgründen aber einen Sonderausschuß einsetzen sollte, dem hochrangige Vertreter der Mitgliedsregierungen angehören sollten und der seinerseits Unterausschüsse einsetzen konnte. Diese Formel stellte einen Kompromiß zwischen der Auffassung derjenigen Regierungen dar, die wie die Bundesregierung den NATO-Rat nicht durch ein Sondergremium entwertet sehen wollten, und jenen, die originelle Vorschläge nur dann erwarteten, wenn als Bearbeiter anstelle der NATO-Botschafter hochrangigere und unabhängigere Politiker gewonnen werden könnten. Für die Frühjahrssitzung des NATO-Rates im Juni 1967 war die Vorlage eines Interimsberichtes vorgesehen; der Abschlußbericht und die Empfehlungen sollten zum 15. Oktober fertiggestellt werden, um sie den Ministern auf der Dezember-Tagung des NATO-Rates vorlegen zu können[22].

Auf der Sitzung am 15. März, an der mehrere Minister und andere hohe Beamte aus den Mitgliedsländern teilnahmen, wurden weitere Themenvorschläge vorgelegt. Außenminister Harmel schlug eine weitgefaßte Bestandsaufnahme der Allianz im Lichte der Entwicklung in Osteuropa, der Verhältnisse in Europa und in der Dritten Welt sowie der aus diesen Entwicklungen für die Allianz zu ziehenden Schlußfolgerungen vor. Sehr viel spezifischer waren die britischen und amerikanischen Vorschläge. Der britische Minister of State im Foreign Office, George Thomson, nannte den Gesamtzusammenhang von strategischem Konzept und Streitkräftestruktur der Allianz, Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen einschließlich einer Verringerung der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes, ferner eine Straffung der militärischen Struktur der NATO und eine Verbesserung der politischen Konsultationen. Unterstaatssekretär Rostow regte die Prüfung folgender Themen an: eine Ost-West-Vereinbarung zur Verminderung der Streitkräfte in Europa, europäische Sicherheitskonferenz, China-Frage und Rüstungswettlauf im Mittleren Osten. Gleichzeitig ließen die USA ihre Verbündeten wissen, daß das Harmel-Projekt nicht der richtige Ort sei, um Fragen der militärischen Sicherheit zu erörtern[23].

Mit der Teilnahme des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Klaus Schütz, an der Sitzung wurde die Bedeutung unterstrichen, die die Bundesregierung der Harmel-Studie zumaß. Schütz schloß sich der amerikanischen Auffassung an, daß militärische Themen nicht im Rahmen des geplanten Sonderausschusses erörtert werden sollten, da für diese das DPC und andere NATO-Gremien zuständig seien, in deren Zuständigkeit nicht eingegriffen werden sollte. Außerdem könnte dadurch Frankreich, das an der integrierten NATO-Verteidigung nicht mehr teilnahm, in eine schwierige Lage gebracht werden. Aus diesem Grund lehnte er die von Großbritannien vorgeschlagenen Themen, mit Ausnahme von Streitkräfteverminderungen, ab. Statt dessen sollten im Rahmen der geplanten Studie vorrangig die Ziele und Möglichkeiten der Allianz über-

[22] Vgl. Le Conseil atlantique adopte une résolution sur le „plan Harmel", in: Le Monde, 17. Februar 1967; Fried Wesemann, NATO-Reform wird aktuell, in: Frankfurter Rundschau, 17. Februar 1967.

[23] Vgl. United States Relations with NATO: 6. NATO Political Consultations – The Harmel Exercise. Document DDC 1984 (002164), declassified 1-10-84; Lyndon B. Johnson Library, Austin, Texas (zit. LBJ Library).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

prüft werden. Nach Auffassung der Bundesregierung sollte sich die Untersuchung auf die politischen Ziele und Methoden der Sowjetunion, die europäische Sicherheit und allgemeine Fragen der Entspannung sowie auf Möglichkeiten für eine Verminderung von Streitkräften der NATO und des Warschauer Paktes konzentrieren.

Bonn war jedoch skeptisch, ob eine derartige Studie praktische Auswirkungen haben würde, da nicht alle Verbündeten die von britischer Seite vorgeschlagene engere politische Konsultation innerhalb der NATO wünschten und deshalb entsprechenden Vorschlägen kaum zustimmen würden. In Verfahrensfragen unterstützte die Bundesregierung weitgehend die Vorschläge Brosios. Wie Harmel und dieser befürwortete die Bundesregierung eine relativ weitgespannte Studie, auf deren Grundlage dann in einem zweiten Schritt konkrete Schlußfolgerungen für die künftigen Aufgaben der Allianz gezogen werden könnten. Die aktuellen politischen Streitpunkte sollten jedoch ausgeklammert werden, da Bonn alles vermeiden wollte, was zu einer Vertiefung der Konflikte mit Frankreich führen könnte. Die delikate Frage, welche Rolle die europäischen Partner innerhalb der Allianz spielen sollten und ob die Allianz gemäß dem Prinzip der atlantischen Partnerschaft organisiert werden könnte, wollte Bonn zunächst in zweiseitigen Gesprächen, gegebenenfalls auch im Kreis der Sechs und im Rat der WEU, erörtern.

Die Bundesregierung wollte alles in ihren Möglichkeiten stehende tun, um die Allianz über das Jahr 1969 hinaus zu erhalten und um ihren inneren Zusammenhalt in einer Periode der Entspannung und verstärkter bilateraler Kontakte mit den osteuropäischen Staaten zu fördern. Die Arbeiten der Special Group sollten auch dazu dienen, den Verbündeten die Auffassungen der Bundesregierung zur Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer dauerhaften europäischen Friedensordnung nahezubringen. Gegenüber allen Versuchen der Sowjetunion, Deutschland aus der Entspannungspolitik auszuklammern, sollte die Solidarität des Bündnisses mit diesem deutschen Anliegen und die Unteilbarkeit der Entspannung demonstriert werden.

Im Anschluß an die Sitzung am 15. Februar, auf der es noch nicht gelang, Einvernehmen über Verfahren und Themenstellung der Special Group zu erzielen, reiste der belgische Außenminister in verschiedene europäische Hauptstädte, darunter am 20. Februar nach Bonn. In einem Gespräch mit Außenminister Willy Brandt versuchte Harmel, eine Annäherung der Standpunkte hinsichtlich der Themen der geplanten Untersuchung herbeizuführen[24]. Brandt sagte im Gespräch mit seinem Besucher, daß nach deutscher Auffassung drei Fragen im Vordergrund stehen sollten:

1. Wie könnten die Mitglieder der Allianz die neuen Ost-West-Beziehungen und die Entspannung für ihre Interessen nutzen? Ziel der Überlegungen müßte es sein, die Situation in Mitteleuropa so zu verändern, daß eine Überwindung des Eisernen Vorhangs und eine Lösung der Deutschland-Frage möglich werde.
2. Wie könnten die europäischen Staaten im NATO-Rahmen ihre Solidarität untereinander stärken, und zwar auch im Verteidigungsbereich? Dabei sollte man pragma-

[24] Vgl. Europa-Archiv, Folge 6/1967, S. Z 58.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tisch vorgehen, um Frankreich nicht vor den Kopf zu stoßen. Ein erörterungswertes Thema sei aber z. B. die europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.

3. Wie könnte die politische und militärische Solidarität im Atlantischen Bündnis erhalten und gestärkt werden? Die Entspannung dürfte nicht zu einer Schwächung der NATO führen; die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa, der amerikanische atomare Schutz und die Mitwirkung der USA bei den europäischen Sicherheitsfragen seien nach deutscher Auffassung auch weiterhin unerläßliche Voraussetzungen einer erfolgreichen Politik gegenüber der Sowjetunion.

Zu einer Annäherung der Standpunkte über das Verfahren und die zu behandelnden Themen kam es bei einer informellen Zusammenkunft, zu der der belgische NATO-Botschafter André de Staercke am 22. Februar seine amerikanischen, britischen, deutschen, italienischen, kanadischen und niederländischen Kollegen eingeladen hatte. Dabei wurde das Problem diskutiert, daß nur von Zeit zu Zeit mit der Anwesenheit hochrangiger Regierungsvertreter gerechnet werden könnte, die laufende Arbeit aber von anderen getan werden müßte, sei es von den Ständigen Vertretern oder von entsandten Beamten aus den Hauptstädten. Der Kompromiß zwischen dem ursprünglichen belgischen Wunsch nach einer „hochrangigen" Gruppe und den praktischen Gegebenheiten sah so aus, daß Untergruppen gebildet werden sollten, von denen die eigentliche Studienarbeit geleistet und deren Mitglieder von den NATO-Botschaften gestellt oder aus den nationalen Hauptstädten entsandt würden. Für die Berichterstattung sollten jedoch hochrangige nationale Rapporteure bestellt werden. Ihre Berichte sollten der Special Group vorgelegt und von dieser gebilligt werden.

Im Hinblick auf die zu untersuchenden Themen schlug der amerikanische Botschafter, Harlan Cleveland, vor, den Stoff in die vier Kategorien Entwicklung in Westeuropa, Situation in der Sowjetunion und in Osteuropa, Faktoren außerhalb der Allianz und Zukunft des militärischen Gleichgewichts zu gliedern. Der britische Botschafter, Sir Bernard Burrows, wünschte als fünfte Kategorie das Bild der NATO in der öffentlichen Meinung hinzugefügt zu sehen. Der Botschafter der Bundesrepublik, Wilhelm Grewe, trat wie Brosio für ein Zwei-Phasen-Konzept ein, wobei in der ersten Phase die Entwicklung in zentralen Bereichen (Sowjetunion, China, europäische Sicherheit und Entspannung) durch Experten untersucht und dann in einer zweiten Phase Folgerungen aus diesen Ergebnissen für die Allianz gezogen werden sollten. Grewe empfahl außerdem, die Reformvorschläge der „Drei Weisen" von 1956 zu studieren und zu prüfen, weshalb diese Vorschläge nicht verwirklicht worden waren und ob Verbesserungen der damals gemachten Vorschläge auf organisatorischem Gebiet überhaupt vorstellbar seien.

Auf der am gleichen Tag stattfindenden Sitzung des Ständigen NATO-Rats einigte sich dieser darauf, daß unter seiner Oberaufsicht und unter dem Vorsitz des Generalsekretärs eine Sondergruppe („open-ended special group") eingerichtet werden sollte, in welche die Mitgliedsregierungen hochrangige Vertreter entsenden würden. Ihre Aufgabe wäre es, a) die internationale Entwicklung zu untersuchen, soweit diese die Ziele der Allianz beeinflusse, und b) daraus für deren künftige Aufgaben Schlußfolgerungen zu ziehen. Im übrigen sollte es der Gruppe überlassen werden, geeignete Ver-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fahren für ihre Arbeit zu entwickeln, einschließlich der Einrichtung von Untergruppen, der Bestellung von Rapporteuren, der Heranziehung von Experten etc.[25].

Am 6. März 1967 trat dann die Special Group zum ersten Mal zusammen. Allerdings tagte sie nur auf der Ebene der Ständigen Vertreter, d. h. der NATO-Botschafter, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Dies zeigte bereits, daß die Annahme illusionär war, hochrangige Vertreter der nationalen Regierungen könnten mit einer gewissen Regelmäßigkeit an einer derartigen Studie mitarbeiten. Die Special Group beschloß, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die aus den vorliegenden Papieren ein Arbeitsprogramm zusammenstellen sollte. Der Generalsekretär wurde gebeten, dafür einen Vorentwurf vorzulegen.

Diese Arbeitsgruppe tagte am 13. März. Der Generalsekretär hatte die bisher gemachten Vorschläge in sieben Themenkomplexen zusammengefaßt. Bei ihrer Diskussion wurde vom Vertreter der Bundesrepublik darauf hingewiesen, daß die deutsche Frage zunächst lediglich unter dem Gesichtspunkt des „fact-finding" behandelt werden könnte. Dadurch sollte vermieden werden, daß diejenigen Regierungen, die in dem Beharren Bonns auf Offenhalten des Status quo in der deutschen Frage ein Entspannungshindernis sahen, die Diskussion prägen würden. Die Botschafter Frankreichs, Pierre de Leusse, und der USA, Cleveland, betonten ihrerseits die besondere Viermächte-Verantwortung für Deutschland und markierten damit die Grenzen für eine Behandlung der deutschen Frage im Rahmen der 15. Von deutscher und von amerikanischer Seite wurden außerdem Bedenken gegen die Einbeziehung militärischer Themen, z. B. von Fragen der Strategie und des Streitkräftebedarfs, geltend gemacht, da diese im DPC und in seinen Ausschüssen behandelt würden. Es wurde daraufhin Einvernehmen darüber erzielt, daß im Rahmen der Harmel-Studie nur die allgemeinen politischen Aspekte der Sicherheit untersucht werden sollten. Angesichts des Füllhorns an vorgeschlagenen Themen sprachen sich die Teilnehmer im Interesse einer Vereinfachung der Arbeit dafür aus, nur vier Untergruppen zu bilden, in denen die vom Generalsekretär genannten Fragen diskutiert werden sollten.

Die genaue Aufteilung wurde auf der nächsten Sitzung der Special Group am 17. März vorgenommen. Es wurde beschlossen, folgende vier Untergruppen einzusetzen:

1. *Ost-West-Beziehungen:* Die politischen Ziele des Bündnisses a) in bezug auf die Ost-West-Beziehungen und im Lichte einer Analyse der Außenpolitik der Sowjetunion und der Länder Osteuropas; b) in bezug auf europäische Sicherheit, deutsche Frage und die Art einer europäischen Friedensregelung („European settlement");
2. *Interalliierte Beziehungen:* Möglichkeiten zur Stärkung der Bindungen zwischen allen Mitgliedern der Allianz; Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses; lang- und kurzfristige Folgen der europäischen Einigung; gemeinsame ideologische Grundlagen der Allianz;
3. *Allgemeine Fragen der Verteidigungspolitik:* Entwicklung kollektiver und regionaler Sicherheit; die der Strategie der Allianz sowie der Aufstellung von Streitkräften zu-

[25] Vgl. NATO Document C-M (67)11, 22. Februar 1967, unclassified; LBJ Library; ferner NATO Information Service, Paris, 22. Februar 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grundeliegenden Prinzipien; Auswirkungen verschiedener Vorschläge – Rüstungskontrolle und Abrüstung, ausgewogene Reduzierungen von Streitkräften, nukleare Arrangements – auf das Kräftegleichgewicht;

4. *Entwicklungen in Regionen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes*[26].

Außerdem wurde darüber beraten, welche Nationen Rapporteure stellen sollten. Der Generalsekretär wollte dies ursprünglich den kleineren Nationen überlassen. Verschiedene Länder erklärten jedoch in der Sitzung, daß sie kein Interesse an der Übernahme einer Untergruppe hätten oder keine geeignete Persönlichkeit nominieren könnten. Dann wurden die belgische, die kanadische, die britische und die amerikanische Delegation für das eine oder andere Thema vorgeschlagen. Daraufhin machte der Vertreter der Bundesrepublik ein deutsches Interesse an der Übernahme der zweiten Hälfte des ersten Themas, europäische Sicherheit und deutsche Frage, geltend. Ein Vorschlag des Generalsekretärs, der Bundesrepublik die Berichterstattung für die Untergruppe 1 zu übertragen, stieß bei einigen Botschaftern, insbesondere bei dem Vertreter Norwegens, auf Widerspruch. Letzterer trat dafür ein, Großbritannien mit dieser Aufgabe zu beauftragen.

Grund der Vorbehalte gegen die Benennung eines deutschen Berichterstatters für das Thema der Ost-West-Beziehungen war, daß die Haltung der Bundesregierung in der deutschen Frage nicht von allen Mitgliedern geteilt wurde. Einige der kleineren Staaten befürchteten, daß auf diese Weise konstruktive Vorschläge für eine Fortentwicklung der Ost-West-Beziehungen verhindert würden. Von Großbritannien, das 1967 von Labour regiert wurde, wurde demgegenüber eine entspannungsfreundlichere Haltung erwartet.

Der Kompromiß sah so aus, daß der erste Themenkomplex umformuliert und Großbritannien gebeten wurde, die Berichterstattung über den Teil a) Ost-West-Beziehungen, und die Bundesrepublik über den Teil b) europäische Sicherheit, deutsche Frage und Europäische Friedensordnung, zu übernehmen. Belgien wollte den Rapporteur für die Untergruppe 2 und die USA denjenigen für die Untergruppe 3 stellen. Kanada wurde gebeten, einen Berichterstatter für die Untergruppe 4 zu benennen. Als sich später zeigte, daß kein kanadischer oder ersatzweise ein italienischer Rapporteur zur Verfügung stand, sprangen die Niederlande ein. Die Untergruppen sollten die Freiheit haben, ihre Arbeitsweise selbst zu bestimmen; ihre Arbeiten sollten von der Special Group begleitet und koordiniert werden. Am 22. März 1967 stimmten alle Mitglieder der Special Group diesen Vorschlägen zu[27]. Die Mitgliedsregierungen wurden gebeten, bis Ende März die Rapporteure und die Mitglieder der vier Untergruppen zu benennen.

Die Bestellung der Rapporteure erfolgte am 29. März. Die Bundesregierung hatte Staatssekretär Schütz als Berichterstatter für den zweiten Teil des ersten Themas „Ost-West-Beziehungen" benannt; Großbritannien den Assistant Undersecretary im Foreign Office, J. H. Adam Watson, für den ersten Teil. Als Rapporteur für die Unter-

[26] Vgl. United States Relations with NATO, Harmel Exercise, LBJ Library.

[27] Vgl. J(an) R(eifenberg), Die Nato auf der Suche nach einer neuen Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. April 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gruppe 2, „Bündnisinterne Beziehungen", stand der ehemalige NATO-Generalsekretär und langjährige belgische Außenminister, Paul-Henri Spaak, zur Verfügung. Für die Gruppe 3, „Allgemeine Fragen der Verteidigungspolitik", wurde der amerikanische Deputy Undersecretary of State, Foy Kohler, vorgesehen. Für die Gruppe 4, „Entwicklungen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes", wurde von der niederländischen Regierung ein Außenseiter vorgeschlagen, der ehemalige Abgeordnete und derzeitige Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Utrecht, Oudstaatsraad Constantijn Leopold Patijn.

Bei der Nominierung der Mitglieder der Untergruppen fällt auf, daß einige Länder hochrangige Vertreter aus den nationalen Hauptstädten benannten, andere dagegen Angehörige ihrer NATO-Botschaften mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betrauten. Die Entsendung renommierter nationaler Vertreter kann als Ausdruck eines besonderen Interesses für einen bestimmten Themenbereich gewertet werden. Belgien (Vicomte Etienne Davignon, Kabinettschef von Außenminister Harmel), Dänemark (Unterstaatssekretär Erik Seidenfaden), Norwegen (Staatssekretär Frithjof Jacobsen) und vor allem die USA (Professor Zbigniew Brzeszinski, Mitglied des Planungsstabs, und Helmut Sonnenfeldt, Leiter des Büros für Forschung und Analyse des Ostblocks) signalisierten auf diese Weise ihr Engagement für die Arbeit der Untergruppe 1. Demgegenüber fällt auf, daß die anderen Untergruppen weit weniger prominent zusammengesetzt waren.

In Bonn war innerhalb des Auswärtigen Amtes die Abteilung II A mit der Federführung für die Arbeiten der Special Group betraut worden. Als Vertreter von Staatssekretär Schütz in der Untergruppe 1 wurde der Leiter der Abt. II, Ministerialdirektor Dr. Hans Hellmuth Ruete bzw. der Leiter der Unterabteilung II A, Ministerialdirigent Dr. Ulrich Sahm, bestimmt; federführend war das Referat II A 3 „Strukturfragen des Ostens" (VLR I Dr. Erwin Wickert/VLR Jürgen von Alten). Die Federführung für die Untergruppe 2 lag bei der Unterabteilung I A, Ministerialdirektor Dr. Paul Frank, in Abstimmung mit dem NATO-Referat der Abteilung II; Vertreter in der Untergruppe war in der Regel der Gesandte an der NATO-Botschaft Brüssel, Dr. Dirk Oncken. Die Federführung für die Untergruppe 3 hatte die Unterabteilung II A, und hier das Referat II A 7 „NATO, WEU und Verteidigung" (VLR Wolfgang Behrends) in Zusammenarbeit mit den Referaten II A 3 und II B 2 „Europäische Sicherheit" (VLR I Dr. Hans Christian Lankes), die eng mit dem Referat Fü S III 3 des Bundesministeriums der Verteidigung (Kapitän z.S. Armin Zimmermann) zusammenarbeiteten. Lankes wurde auch für die Vertretung in der Untergruppe benannt. Federführend für die Untergruppe 4 war die Unterabteilung I B, Ministerialdirigent Alexander Böker, der auch die Vertretung in der Untergruppe wahrnehmen sollte. Obwohl bei der Regelung der Zuständigkeiten die Anweisung erging, daß im Amt vorzubereitende Papiere, wenn langfristige Pläne ausgearbeitet würden, mit dem Planungsstab abgesprochen werden sollten, hat dieser nach Auskunft seines damaligen Leiters, Ministerialdirektor Günter Diehl, am Harmel-Bericht nicht mitgearbeitet[28]. Bei der Koordinierung der Arbeiten

[28] Schriftliche Auskunft von Botschafter a.D. Günter Diehl vom 6. November 1991 an die Verfasserin. Am 15. November 1967 wurde Diehl als Leiter des Planungsstabes durch den bisherigen Botschafter

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Harmel-Bericht im Auswärtigen Amt kam dem Leiter der Unterabteilung II A, Sahm, eine Schlüsselrolle zu, während am Ort in Paris bzw. ab Oktober Brüssel meist Botschafter Prof. Dr. Wilhelm Grewe und sein Vertreter, Gesandter Oncken, gelegentlich auch Botschaftsrat Berndt von Staden, an den Sitzungen der Special Group und der Untergruppen teilnahmen. Auf die Mitwirkung von militärischen Beratern wurde – im Gegensatz zu einem Wunsch des Verteidigungsministeriums – verzichtet.

Auf der ersten Sitzung der Untergruppen am 17. und 18. April in Paris legten die Rapporteure jeweils Vorschläge für ein Arbeitsprogramm vor, sei es in Form einer Gedankenskizze, eines Fragebogens oder einer Gliederung[29]. Im Mai, z. T. auch im Juni, fanden weitere Sitzungen der Untergruppen statt, in denen das Arbeitsprogramm weiter diskutiert wurde. Wie schon für die Special Group wurde auch für die Arbeitsgruppen Vertraulichkeit vereinbart. Eine schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgte nur für den internen Gebrauch, sie wurde in der Regel von einem Mitglied des Internationalen Sekretariats angefertigt, das als Sekretär der Arbeitsgruppe fungierte.

Mitte Mai legten die Berichterstatter einen „status report" über den Stand ihrer Arbeiten vor, der dem Generalsekretär als Grundlage für den Zwischenbericht diente. Sein Entwurf wurde am 29. Mai 1967 in der Special Group diskutiert, wobei zahlreiche Änderungswünsche vorgebracht wurden. Diese verabschiedete dann eine überarbeitete und gekürzte Fassung des Zwischenberichtes, der sich auf die Darstellung des Verfahrens, die Themen der vier Untergruppen und den Stand der Arbeiten beschränkte. Dieser Bericht wurde vom NATO-Ministerrat auf seiner Sitzung am 14. Juni 1967 in Luxemburg zur Kenntnis genommen[30]. Einige Außenminister, darunter Harmel und Brandt, benutzten die Sitzung, um sich zu Fragen des Ost-West-Verhältnisses und zur Zukunft der Atlantischen Allianz zu äußern. Außerdem drängten sie auf einen raschen Abschluß der Arbeiten am Harmel-Bericht[31].

4. Dissens über die deutsche Frage in der Untergruppe 1

Die Skepsis, die von einigen Mitgliedern der Special Group hinsichtlich der Benennung eines deutschen Rapporteurs für die Untergruppe 1 entgegengebracht worden war, war ein Vorgeschmack auf die bei den Sachdiskussionen zu erwartenden Meinungsverschiedenheiten. Die Situation der deutschen Vertreter in dieser Gruppe wurde zusätzlich da-

---

z. b. V. und engen Vertrauten von Außenminister Brandt, Egon Bahr, abgelöst. Diehl wurde Leiter des Presse- und Informationsamtes sowie Sprecher der Bundesregierung.

29 Vgl. J(an) R(eifenberg), Die Nato auf der Suche nach einer neuen Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. April 1967.

30 Vgl. Kommuniqué über die Tagung des NATO-Ministerrates am 13. und 14. Juni 1967 in Luxemburg, in: Europa-Archiv, Folge 15/1967, S. D 369 ff.

31 Vgl. die Ausführungen von Außenminister Willy Brandt am 14. Juni 1967 vor dem Deutschen Bundestag, in: 5. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, Bd. 64, S. 5693 f.; sowie das Interview von Brandt vom 30. Juni/2. Juli 1967 für den Deutschlandfunk, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Bd. 1 (2. Hbd.), S. 1402–1409 (S. 1406).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch erschwert, daß es in Bonn – unterhalb der offiziellen Regierungsposition – keine einheitlichen Auffassungen in der deutschen Frage gab. Die Große Koalition aus CDU/CSU und Sozialdemokraten war ein auf Teilhabe an der Regierungsgewalt ausgerichtetes Zweckbündnis. In der deutschen Frage hatten sich die Koalitionäre auf einen Mindestkonsens verständigt, wie ihn Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 zum Ausdruck gebracht hatte[32].

Danach unterstützte die Bundesregierung das Bemühen um eine europäische Regelung, in deren Rahmen ohne Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik und ohne Aufgabe ihrer Westbindung ein europäischer Interessenausgleich angebahnt und im Verlauf einer europäischen Wiedervereinigung eine Lösung für die deutsche Frage gefunden werden könnte. Bis zu einer endgültigen Friedensregelung müßten jedoch die Rechtspositionen in bezug auf die deutsche Frage gewahrt und der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik erhalten bleiben. Um die Voraussetzungen für eine Entspannung innerhalb Deutschlands zu schaffen, seien aber eine Vielzahl von Maßnahmen denkbar, mit denen das tägliche Leben der Menschen in beiden Teilen Deutschlands erleichtert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt und der wissenschaftliche, technische und kulturelle Austausch erweitert werden könnten[33].

Verschiedene öffentliche Stellungnahmen des Außenministers ließen aber deutlich werden, daß Brandt die Lösung der deutschen Frage einer europäischen Friedensordnung unterordnete und zu positionalen Zugeständnissen gegenüber der DDR bereit war, wenn dadurch die Situation im zweiten deutschen Staat entkrampft und die Lage der Menschen verbessert werden konnte[34]. Die Folge war, daß es zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt wie auch innerhalb des letzteren Bewertungsunterschiede in der Deutschland-Politik gab, die dazu führten, daß gelegentlich eine Abstimmung auf Abteilungsleiter- oder Staatssekretärsebene erforderlich wurde. Bedeutsamer als parteipolitische Präferenzen war ein „Generationenkonflikt" zwischen den sehr grundsätzlich orientierten älteren Beamten, die häufig legalistisch und moralisch argumentierten – nach dem Motto: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders" –, und einer jüngeren, professionellen Diplomatengeneration, die sich am Machbaren orientierte und eine internationale Isolierung der Bundesrepublik vermeiden wollte[35]. Angesichts des hohen Maßes an

[32] Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Georg Kiesinger am 13. Dezember 1966 im Deutschen Bundestag, in: 5. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, Bd. 56, S. 3656–3665; siehe ferner Acht-Punkte-Programm der SPD: Aufgaben einer neuen Bundesregierung, vom 12. November 1966, in: SPD-Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 540, 12. November 1966.

[33] Vgl. Leitsätze der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 38, 14. April 1967, S. 313. Vgl. auch das Schreiben von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger an Ministerpräsident Willi Stoph vom 13. Juni 1967, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 63, 15. Juni 1967, S. 533.

[34] Vgl. Willy Brandt, Entspannungspolitik mit langem Atem, in: Außenpolitik, Nr. 8, 1967, abgedruckt in: Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Europapolitik. Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt, Berlin 1968, S. 95–101; ders., Interview vom 30. Juni/2. Juli 1967 mit dem Deutschlandfunk, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Bd. 1 (2. Hbd.), S. 1402–1409.

[35] So die Wertung eines der damaligen Akteure, der sich selbst zur jüngeren Diplomatengeneration zählte.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Loyalität der Beamten des Auswärtigen Dienstes wurden diese Meinungsverschiedenheiten nach außen selten als innerer Dissens, sondern eher als ein über das Normale hinausgehendes Maß an Zurückhaltung in kritischen Fragen sichtbar.

Für die Arbeitsgruppe 1, für deren zweiten Teil die Bundesrepublik mit Staatssekretär Schütz den Berichterstatter stellte, setzte dies einen doppelten Verhandlungsprozeß voraus. Zum einen mußten die von Schütz und seinen Beamten vertretenen Auffassungen innerhalb des Hauses abgestimmt werden, wobei sich gelegentlich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Außenminister Brandt nahestehenden, jedoch im Hause neuen Staatssekretär und denjenigen Mitarbeitern des Hauses ergaben, die eher traditionelle Positionen in der deutschen Frage vertraten. Zu letzteren gehörte der Leiter der Unterabteilung II B, Botschafter Swidbert Schnippenkoetter, der wiederholt vor der Aufgabe von Rechtspositionen warnte. Er konnte sich dabei auf die Unterstützung durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler, Freiherr Karl Theodor zu Guttenberg, berufen[36]. Dem Leiter der Politischen Abteilung II, Ministerialdirektor Ruete, fiel dann die undankbare Aufgabe zu, zwischen seinen Beamten zu vermitteln – oder aber die Entscheidung auf die Leitungsebene zu schieben.

Zum anderen – und das sollte sich bei der Abfassung der Harmel-Studie als der schwierigere Teil erweisen – war ein mühsamer Diskussionsprozeß mit den Vertretern der anderen Bündnisregierungen erforderlich, um deren Zustimmung zu den von der Bundesregierung vertretenen Positionen zu erhalten. Dabei zeigte sich bald, daß die wenigsten bereit waren, die zögernde Haltung Bonns bei der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen weiterhin zu akzeptieren. Vor allem teilten sie nicht die Bonner Sorge, daß multilaterale Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt, eine europäische Sicherheitskonferenz oder die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR zu einer internationalen Aufwertung derselben und damit zu einer Aushöhlung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik führen könnten.

Für die erste Sitzung der Untergruppe 1 am 17. April legten beide Berichterstatter jeweils eine Gedankenskizze vor: Watson einen Entwurf für einen „Code of Behaviour", der Teil einer „Declaration on Europe" sein sollte, und Schütz einen Vorschlag für den Komplex „European Settlement", die er als dauerhafte, gerechte Europäische Friedensordnung verstanden wissen wollte. Über diese beiden Papiere wurde nur sehr allgemein diskutiert. Mehr Raum nahm die Besprechung des weiteren Vorgehens ein. Es wurde vereinbart, daß die Rapporteure einen gemeinsamen Fragebogen zirkulieren lassen sollten, der in seiner Anlage bereits dem späteren Bericht entsprechen würde. Dazu sollten die Ausschußmitglieder schriftlich Stellung nehmen, ehe die Untergruppe am 11. Mai wieder zusammenkam.

Am 4. Mai reiste Wickert nach London, um im Auftrag von Schütz den Dispositionsentwurf mit Watson abzustimmen. Beide vereinbarten, daß die Federführung für die Teile I und IV, „Ost-West-Beziehungen" und „Praktische Schritte und Verfahren", bei

[36] Vgl. Karl Theodor zu Guttenberg, Fußnoten, Stuttgart [4]1971, S. 140.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Briten und für die Teile II und III, „europäische Sicherheit" sowie „deutsche Frage und Europäische Friedensordnung", bei den Deutschen liegen sollte. Nachher wurde jedoch im Auswärtigen Amt überlegt, ob es nicht besser wäre, keine völlige Trennung zwischen den beiden Themenkomplexen vorzunehmen. Es könnte von Vorteil sein, wenn der endgültige Bericht als ein gemeinsames deutsch-britisches Papier erschiene und die Briten die Ansichten der Bundesregierung in den für sie essentiellen Problemen unterstützten.

Bei der nächsten Zusammenkunft am 11. Mai wurde das britisch-deutsche Dispositionspapier kurz diskutiert, wobei sich die Aussprache im wesentlichen auf den britischen Teil beschränkte. Sodann wurde der Zwischenbericht an das Special Committee besprochen. Außerdem wurde eine Studie des NATO-Generalsekretariats zum Thema „Soviet Foreign Policy and Europe" verteilt, in der einige der jüngsten Entwicklungen kritisch analysiert wurden. Ferner legte Brzezinski eine Studie mit zwei alternativen Szenarien vor, in denen die Entwicklung in Europa während der nächsten fünf Jahre einmal mit optimistischen, einmal mit pessimistischen Augen gesehen wurde. In der Diskussion ergaben sich aber wenig Unterschiede in der Beurteilung der westlichen Entspannungspolitik. Diese wurde nicht als Ziel der westlichen Politik, sondern nur als ein Instrument oder Weg gesehen, der zu einer gerechten und dauerhaften Europäischen Friedensordnung führen könnte. Unterschiedliche Akzentsetzungen gab es in der Präferenz von bilateralen oder multilateralen Ost-West-Kontakten, wobei vor allem das Problem gesehen wurde, wie bei verstärkten zweiseitigen Kontakten eine Abstimmung und Harmonisierung im Bündnis erfolgen sollte.

Watson konnte sich in der Sitzung nicht mit seiner Anregung durchsetzen, daß in dem Interimsbericht bereits einige substantielle Fragen erwähnt werden sollten, z. B. Möglichkeiten einer beiderseitigen Truppenverminderung, die von der Arbeitsgruppe zu diesem Zeitpunkt noch nicht diskutiert worden waren. Dieser britische Vorstoß verstärkte den Eindruck, daß für einige NATO-Partner die Öffentlichkeitswirkung des Harmel-Berichtes Vorrang vor einer ernsthaften Prüfung der Aufgaben der Allianz und ihrer Rolle bei der Herbeiführung einer europäischen Friedensregelung hatte, wie sie zu diesem Zeitpunkt noch von der Bundesregierung angestrebt wurde.

Schließlich ließ NATO-Generalsekretär Brosio einen Brief an Staatssekretär Schütz sowie einen Kommentar zu der Disposition für den Bericht der Untergruppe verteilen. Brosio äußerte sich besorgt, daß sich die Alliierten einzeln und ohne vorherige Abstimmung an einer europäischen Sicherheitskonferenz beteiligen könnten. Brosio bezog sich dabei auf Äußerungen von Außenminister Brandt, der mehrfach für eine Prüfung dieses Vorschlags der Staaten des Warschauer Paktes eingetreten war[37]. Er bat um Klärung, wie sich die Bundesrepublik und die anderen Länder künftige Ost-West-Verhandlungen vorstellten, wie der Standpunkt der Allianz am besten gemeinsam vertreten werden könnte und ob Bonn deshalb einen „bloc-to-bloc approach" ablehne, weil es von einem solchen eine Aufwertung der DDR befürchtete.

[37] Vgl. die Pressekonferenz von Außenminister Willy Brandt am 2. Mai 1967, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Bd. 1 (1. Hbd.), S. 1084–1090 (S. 1085).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In seiner Antwort wies Staatssekretär Schütz darauf hin, daß zunächst die allgemeinen Prinzipien erörtert werden müßten, auf die sich eine europäische Friedensordnung gründen sollte, ehe über die Art des Verhandlungsgremiums entschieden werden könnte. Von deutscher Seite sei der Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz in den Themenkatalog der Untergruppe nur unter dem Gesichtspunkt aufgenommen worden, daß auch solche Vorschläge diskutiert werden sollten, die von den Staaten des Warschauer Paktes ausgingen. Dies ändere jedoch nichts an der Auffassung der Bundesregierung, daß sie eine derartige Konferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für opportun halte. Block-zu-Block-Verhandlungen lehne sie vor allem deshalb ab, weil dadurch die sowjetischen Bestrebungen, Osteuropa wieder stärker im Warschauer Pakt zusammenzuschließen, gefördert würden. Natürlich fürchtete die Bundesregierung auch – obwohl sie dies nicht aussprach –, daß durch derartige Verhandlungen die DDR weiter aufgewertet würde[38].

Für den 27. und 28. Juni war ursprünglich die Diskussion des von der Bundesregierung verantworteten Teils des Untergruppenberichts vorgesehen worden. Ein erster Entwurf dieses unter der Federführung von Sahm entstandenen Berichtes lag zwar seit Ende Mai vor, konnte aber innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgestimmt werden. Deshalb reiste Schütz nicht selbst nach Paris. Sahm und Wickert argumentierten vielmehr, daß zunächst eine sorgfältige Diskussion über die bereits vorliegenden britischen Teile stattfinden sollte.

Die Meinungsverschiedenheiten in Bonn bezogen sich vor allem auf die Frage, ob eine grundlegende Veränderung der Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion und der DDR, angestrebt werden sollte, ohne daß sich konkrete Fortschritte im Hinblick auf die deutsche Frage ergaben. Das deutsche Papier mußte so formuliert werden, daß es weder der Auffassung des Bundeskanzlers noch derjenigen des Außenministers widersprach. „Man kann sich vorstellen, daß es ein recht blasses Papier wurde, das sich im wesentlichen auf die Wiedergabe der seit Jahren unverändert gültigen Standpunkte beschränkte. Die anderen Mitglieder der Arbeitsgruppe waren zutiefst enttäuscht. Man hatte neue Ideen für die Eröffnung eines konstruktiven Dialogs mit dem Osten erwartet"[39]. Sie standen auch im Gegensatz zu der wiederholten Aussage von Außenminister Brandt, daß sich die Bundesregierung um „konstruktive Beiträge" zu den Harmel-Studien bemühe[40].

Ein erster, abgestimmter Entwurf des Teils II, „deutsche Frage", lag Mitte Juli vor. Auf die Formulierung eines eigenständigen Teils III, „europäische Friedensregelung", war verzichtet worden; einige diesbezügliche Ausführungen sollten in den Teil I integriert werden. Erst Ende Juli wurde dieser Entwurf, nach weiteren amtsinternen Abstimmungen, Watson übermittelt, und zwar zusammen mit Ergänzungen und Ände-

---

38 Ebenda.

39 Ulrich Sahm, Ein Rückblick auf den Harmel-Bericht. Zeitzeugenbeitrag im Rahmen des Nuclear History Program, Ebenhausen, 10. November 1989, S. 14.

40 Vgl. das Interview von Außenminister Willy Brandt für das Handelsblatt vom 8. September 1967, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 97, 12. September 1967, S. 833 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungsvorschlägen zu den von den Briten verfaßten Teilen I und IV. Im Auswärtigen Amt war die sehr optimistische Einschätzung der Entspannungspolitik durch Watson kritisiert worden. Außerdem wurde vorgeschlagen, bilaterale und multilaterale Kontakte zueinander in Bezug zu setzen, um dem Dilemma zu entgehen, daß eine bilaterale Ausgestaltung der Ost-West-Beziehungen das Problem mangelnder bündnisinterner Koordinierung, multilaterale Konferenzen jedoch die Gefahr einer Aufwertung der DDR mit sich brachten. Ende Juli übermittelte Watson einen neuen Entwurf für die Teile I und III (ursprünglich Teil IV) des Berichtes, in denen einigen der deutschen Bedenken Rechnung getragen wurde.

Am 30. und 31. August reiste Wickert erneut nach London, um auf der Grundlage des vom Auswärtigen Amt gebilligten deutschen Entwurfs einen mit der britischen Regierung abgestimmten Text auszuarbeiten. Eine weitere telegrafische und telefonische Abstimmung erfolgte Anfang September. Besonders hart wurde darum gerungen, ob vor Schritten zur Verminderung der Spannungen in den Ost-West-Beziehungen innerhalb des Bündnisses „Konsultationen" oder nur „Diskussionen", wie Watson vorschlug, stattfinden sollten. Während derartige Konsultationen ursprünglich von britischer Seite vorgeschlagen worden waren, scheute London vor der Bindungswirkung bündnisinterner Vorabstimmungen zurück. Diese Frage erwies sich als so schwierig, daß sie erst auf der Sitzung der Arbeitsgruppe zugunsten der weicheren Formulierung gelöst werden konnte. Den deutschen Vertretern fiel dort ein Nachgeben leichter, als sie sahen, daß für die Franzosen die Forderung nach einer engen vorherigen Abstimmung in keiner Weise akzeptabel war. Die französische Regierung sollte nicht zu einer Ablehnung des gesamten Berichtes provoziert werden. Ein weiterer britischer Änderungsvorschlag betraf die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten seitens der Bundesrepublik und der Alliierten in der deutschen Frage. Der Abstimmungsprozeß verlief jedoch insgesamt sehr konstruktiv, da beide Seiten bemüht waren, auf die besonderen Interessen des Partners Rücksicht zu nehmen.

Anschließend wurde der Text des gesamten Berichtes den übrigen Mitgliedern der Arbeitsgruppe zur Rückäußerung übermittelt. Auf der Sitzung der Untergruppe am 18. September wurde dann insbesondere der Teil des deutsch-britischen Berichtsentwurfs kritisiert, der sich mit der deutschen Frage befaßte. Wortführer der Kritik waren die Vertreter Belgiens, Dänemarks, Kanadas, der Niederlande und Norwegens. Bemängelt wurde vor allem, daß den Partnern keine größeren Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf die DDR eingeräumt wurden. Der holländische Vertreter sprach in diesem Zusammenhang sogar davon, daß sich die Bundesrepublik eines „Monopols" in den Beziehungen zu Ostdeutschland erfreue. Sie ebenso wie verschiedene andere Länder waren vor allem an einer Erweiterung des Osthandels interessiert und verübelten es der Bundesrepublik, daß diese sie nicht am innerdeutschen Handel partizipieren lassen wollte.

Die Bundesregierung wies in ihrer Erwiderung darauf hin, daß die Bundesrepublik gegenüber der DDR eine besondere Verpflichtung und Aufgabe habe, die von den Alliierten in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 ausdrücklich anerkannt worden sei. Das sei etwas anderes als ein „Monopol". Bonn legte Wert darauf, daß die Mittlerrolle der Bundesrepublik bei der Erleichterung der Teilnahme der ostdeutschen

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bevölkerung am internationalen Leben und die Bedeutung des innerdeutschen Handels als Bindeglied zwischen den beiden Teilen Deutschlands in dem Bericht ausdrücklich anerkannt wurde. Die Bundesregierung wandte sich auch gegen die Behauptung, die Haltung der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Verbündeten gegenüber der Bundesrepublik sei durch Mißtrauen und Feindseligkeit geprägt. Dies sei eine Verallgemeinerung; vielmehr versuche die sowjetische Propaganda Mißtrauen gegen die Bundesrepublik zu schüren, um bei der eigenen Bevölkerung Verständnis für ihre eigene starre Politik zu erwecken und darüber hinaus die Bundesrepublik bei ihren Alliierten verdächtigen zu können. Bonn begrüße es daher immer, wenn ihre Verbündeten sich von dieser Propaganda nicht beeindrucken ließen, sondern ihr entschlossen entgegenträten[41].

Am 22. September übermittelte Brosio Watson ein Schreiben, in dem der Generalsekretär die in dem Bericht enthaltene sehr optimistische Einschätzung der Möglichkeiten zur Überwindung der Spaltung Europas kritisierte. Er gab außerdem seiner Besorgnis Ausdruck, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands zur Beendigung der Teilnahme Deutschlands an der Atlantischen Allianz führen könnte. Mit diesem Hinweis wurde ein Dilemma sichtbar, das die Politik der NATO-Verbündeten prägte: zum einen verübelten sie es der Bundesrepublik, daß diese als Bremser der von ihnen gewünschten Entspannungspolitik auftrat, auf der anderen Seite trieb sie die Sorge um, daß eine durchgreifende Ost-West-Entspannung zu einer Situation führen könnte, in der die Bundesrepublik das Bündnis nicht mehr brauchen und sich aus demselben lösen würde. Einige Äußerungen von Außenminister Brandt, nach denen langfristig an die Stelle der bestehenden Bündnisse ein europäisches Sicherheitssystem treten könnte, begünstigten allerdings diese Spekulationen über die künftigen deutschen Absichten[42].

Eine erneute deutsch-britische Abstimmung über den Bericht der Untergruppe 1 erfolgte am 2. Oktober, wiederum in London. Dabei wurde versucht, einige der von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe geäußerten Bedenken zu berücksichtigen. Dies betraf vor allem den Teil II zur deutschen Frage, bei dem es gelang, verschiedene Kritikpunkte mit Hilfe von einigen von britischer Seite beigesteuerten diplomatischen Formulierungen abzuschwächen, aber auch den Teil III, in dem z. B. nun die Möglichkeiten einer verstärkten Ost-West-Kooperation auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet herausgestellt wurden.

Der von Watson und Schütz verantwortete Bericht war ein sorgfältig austariertes Dokument, in dem die britische Seite ihrer positiven Einschätzung der Ost-West-Beziehungen und den konstruktiven Möglichkeiten der Entspannungspolitik Ausdruck gab, jedoch angemerkt wurde, daß es bei ihrer Bewertung Auffassungsunterschiede gebe. Die deutsche Seite hatte dagegen ihre Grundauffassungen in der deutschen Frage

[41] Vgl. die Rede von Außenminister Willy Brandt auf der Jahrestagung des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30. November 1967 in Düsseldorf, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Bd. 1 (2. Hbd.), S. 2085–2089.

[42] Vgl. das Interview von Außenminister Willy Brandt vom 30. Juni/2. Juli 1967 für den Deutschlandfunk, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Bd. 1 (2. Hbd.), S. 1405.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchgesetzt. In dem Bericht wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik, die Alliierten (insbesondere die Drei Mächte) und das Bündnis als Ganzes im Rahmen der Entspannungspolitik jeweils spezifische Aufgaben hätten. Aufgabe der Bundesrepublik sei es, durch interne Kontakte mit den Behörden und der Bevölkerung der Sowjetzone das Leben für die Menschen in Ostdeutschland erträglicher zu machen und die Spannungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu verringern. Aufgabe der Alliierten wäre es, entsprechende Anstrengungen zur Verminderung der Spannungen zu unternehmen, gleichzeitig aber den Bemühungen Moskaus und Ostberlins entgegenzuwirken, diese Kontakte als völkerrechtliche Beziehungen zwischen zwei deutschen Staaten zu interpretieren. Aufgabe der gesamten Allianz sei es, bei der Harmonisierung und Koordinierung dieser Politik der Bundesregierung und der anderen Alliierten mitzuwirken sowie die Freiheit und die Lebensfähigkeit Berlins zu sichern.

In den Ausführungen über praktische Schritte und Verfahren wurde vermieden, zu der umstrittenen Frage Stellung zu nehmen, ob bilateralen oder multilateralen Kontakten und Verhandlungen der Vorzug gegeben werden sollte. Vielmehr wurden die Vor- und Nachteile beider dargestellt und zugleich Vorbedingungen für eine Ost-West-Konferenz aufgelistet. Schließlich wurde in dem Bericht die Einrichtung eines besonderen Ausschusses angeregt, der sich weiter mit dem Problemkomplex der europäischen Sicherheit und der Regelung der offenen politischen Fragen befassen sowie geeignete Verfahren für Ost-West-Verhandlungen erarbeiten sollte[43].

An dem Text des Berichtes wurden lediglich kleinere Änderungen vorgenommen, ehe er – zusammen mit den Berichten der anderen Arbeitsgruppen – dem Special Committee vorgelegt und den Mitgliedsregierungen zur Stellungnahme übersandt wurde. Diese leiteten ihrerseits eine Prüfung des Gesamtdokumentes ein. Die Arbeitsgruppe hatte den Bericht auf ihrer Sitzung im September nur zur Kenntnis genommen. Sie wertete ihn als eine persönliche Stellungnahme der beiden Berichterstatter, für den deren Regierungen, aber nicht die Arbeitsgruppe als Ganze die Verantwortung trugen. Eine inhaltliche Zustimmung durch alle Mitglieder war angesichts der unterschiedlichen Beurteilung der Ost-West-Beziehungen und der deutschen Frage nicht möglich gewesen. Für die deutschen Vertreter war es eine bedrückende Erfahrung, „daß die von Adenauer und allen seinen Nachfolgern kontinuierlich fortgesetzte Politik nicht mehr wie bisher mit der Unterstützung durch die Verbündeten rechnen konnte, und daß wir mit unseren Standpunkten wie Hallstein-Doktrin, Alleinvertretungsanspruch, Wiedervereinigung oder Oder-Neiße-Linie derart isoliert waren"[44].

5. Diskussion über die politische Qualität des Bündnisses in der Untergruppe 2

Die Untergruppe 2 wurde sehr wesentlich von der Persönlichkeit Paul-Henri Spaaks dominiert und durch seine Absicht geprägt, mit seinem Bericht der Atlantischen Allianz

[43] Vgl. United States Relations with NATO, Harmel Exercise, LBJ Library.

[44] Vgl. Sahm, Ein Rückblick auf den Harmel-Bericht, S. 15.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine neue, politische Qualität zu geben. In vielem war er damit das Sprachrohr seines Außenministers Harmel. Seine Erfahrung als ehemaliger NATO-Generalsekretär (1957–1961) und belgischer Außenminister verlieh ihm für diese Aufgabe die notwendige Autorität – die allerdings nicht von allen Mitgliedsregierungen in gleicher Weise akzeptiert wurde. Viele waren eher von seinem Verhalten irritiert. Die Bundesregierung versuchte mehrfach, das Bestreben Spaaks abzuwehren, nicht nur für den Bericht der Untergruppe die Feder zu führen, sondern das Gesamtprojekt zu koordinieren. Diese Aufgabe sollte nach ihrer Auffassung dem NATO-Generalsekretär zukommen.[45]

Bereits zur ersten Sitzung am 18. April legte Spaak den Mitgliedern einen umfangreichen Fragebogen zu den Themen der Arbeitsgruppe vor[46]. Unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe bestand darüber Übereinstimmung, daß im Vordergrund der Beratungen nicht die bisherige Entwicklung, sondern eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Probleme stehen sollte. Die Bundesregierung war jedoch skeptisch, ob es gelingen würde, ein über den Bericht der „Drei Weisen" von 1956 hinausgehendes konkretes Aktionsprogramm für die Beziehungen der Mitglieder untereinander zu entwickeln. Statt dessen sollte es die Aufgabe des Ausschusses sein, gemeinsame Auffassungen über die Aufgaben der Allianz zu erarbeiten.

In den weiteren Diskussionen der Arbeitsgruppe – diese tagte bis zur Vorlage eines Interimsberichts im Juni insgesamt viermal und damit wesentlich häufiger als die anderen Untergruppen – wurde ein breites Spektrum von Problemen erörtert. Spaak nahm allerdings nicht an allen Sitzungen teil; er ließ sich dann durch den belgischen Botschafter bei der NATO, André de Staercke, vertreten. Auch andere Länder beauftragten in der Regel ihre Botschafter oder deren Vertreter mit der Teilnahme an den Sitzungen der Untergruppe 2. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, daß sie deren Beratungen keine große politische Bedeutung beimaßen. Ähnlich wie zu den Arbeiten der Untergruppe 1 äußerte sich Generalsekretär Brosio auch zu dem Arbeitspapier von Spaak und drängte darauf, daß sich die Untergruppe vor allen Dingen mit solchen Fragen befassen sollte, für die das Bündnis in unmittelbarer Zukunft praktische Lösungen finden mußte.

Ende Juni legte Spaak einen Entwurf für seinen Schlußbericht vor, der am 4. Juli von der Untergruppe diskutiert wurde. Am einfachsten war es, sich über die Notwendigkeit einer Fortführung der Allianz über das Jahr 1969 hinaus zu einigen. Einige Botschafter betonten jedoch, daß diese so attraktiv gestaltet werden müßte, damit ihre Fortsetzung nicht in Frage gestellt werden könnte. Meinungsunterschiede gab es in der Frage, welche Möglichkeiten die Entspannungspolitik zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes angesichts des Fortbestands der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion bot. Spaak war zwar optimistisch hinsichtlich ihrer Chancen und forderte, daß die NATO, die bisher Sicherheit und Stabilität in Europa garantiert habe, sich nun auch schöpferisch an der Entwicklung einer europäischen Friedensordnung betei-

[45] Ein britischer Teilnehmer berichtete, „some ... found Monsieur Spaak's attitude alarming; others wearily described it as familiar."

[46] Materialien zur politischen Tätigkeit von Spaak, darunter auch zum Harmel-Bericht, befinden sich bei der Fondation Paul-Henri Spaak, Brüssel.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ligen müßte. Er warnte jedoch vor einer Überbewertung des bereits im Osten eingetretenen Wandels. Détente sei keine einseitige Angelegenheit des Westens, sondern setze Konzessionen beider Seiten voraus. Außerdem sei westliche Einigkeit vonnöten.

Heftig diskutiert wurde auch darüber, wie das Bündnis seine Politik gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten gestalten sollte. Einige Delegierte gaben einem „Block-zu-Block" Ansatz den Vorzug, während andere für weitgehende Handlungsfreiheit plädierten, um auf dem Weg zur Détente nicht durch das langsamste Mitglied aufgehalten zu werden. Letzterer Auffassung widersprachen die Vertreter der Bundesrepublik heftig, da sie politische Alleingänge auf Kosten der deutschen Interessen fürchteten.

Bei der Frage bündnisinterner Konsultationen, die innerhalb der Diskussion einen breiten Raum einnahm, sahen viele Delegierte keinen Vorteil in der Einrichtung neuer Konsultationsgremien; sie plädierten vielmehr dafür, die bereits vorhandenen besser zu nutzen. Würden neue Institutionen eingerichtet, dann müßten sie „open-ended" sein, d. h. allen Mitgliedern zur Mitwirkung offenstehen. Insbesondere der türkische Delegierte warnte vor versteckten Übereinkünften der größeren Länder. Ein weiteres Thema war die Frage, wieweit Konsultationen unter den europäischen Mitgliedern der Allianz gehen konnten, ohne den Konsens mit den beiden nordamerikanischen Mitgliedern zu gefährden.

Schließlich wurde noch darüber diskutiert, wie der Bericht formuliert werden sollte. Der niederländische und der dänische Botschafter schlugen vor, ihn so abzufassen, daß er auch bei der der NATO kritisch gegenüberstehenden jungen Generation Anklang fand. Spaak betonte jedoch, es sei nicht Aufgabe der Allianz, einen Kurs einzuschlagen, der bei der Jugend oder der Öffentlichkeit Anklang finde, vielmehr müsse sie das als richtig Erkannte erklären und in der Öffentlichkeit verständlich machen[47].

Mitte September leitete Spaak allen Delegationen die Endfassung seines Berichtes zur Stellungnahme zu. Dieser enthielt eine zurückhaltende Einschätzung der politischen Wirkungsmöglichkeiten des Bündnisses, gleichzeitig jedoch ein Bekenntnis zur Mitgliedschaft Großbritanniens im Gemeinsamen Markt sowie kritische Bemerkungen zur französischen Bündnis- und Europa-Politik[48]. Die Bundesregierung war über diese Ausführungen sehr beunruhigt; sie teilte zwar die Auffassungen Spaaks, hatte aber die Sorge, daß Frankreich sie zum Anlaß nehmen könnte, um seine weitere Mitarbeit am Harmel-Bericht aufzukündigen. Sie wies daher ihre NATO-Vertretung an, bei der nächsten Sitzung der Untergruppe darauf hinzuwirken, daß bei der Diskussion des Berichtes die Gegensätze nicht verschärft würden, die das Bündnis ohnehin schon belasteten. Durch entsprechende Änderungen am Text sollte versucht werden, französischen Bedenken Rechnung zu tragen.

Dieser Versuch ging insofern ins Leere, als der französische Gesandte Jacques Schricke gleich bei Sitzungsbeginn am 26. September erklärte, daß seine Regierung aus

---

[47] Vgl. M. Spaak expose ses vues sur l'adaption de l'Organisation atlantique, in: Le Monde, 18. Oktober 1967.

[48] Vgl. Murray Marder, Accord is Sought by NATO, in: Washington Post, 10. November 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den bekannten Gründen nicht in der Lage sei, dem Bericht Spaaks inhaltlich zuzustimmen; dieser könnte nicht als Diskussionsgrundlage dienen. Schricke bezog sich dabei vor allem auf die Bemühungen Spaaks, für wesentliche Bereiche der Allianzpolitik den Grundsatz gemeinsamen Handelns aufzustellen[49]. Von anderen Delegierten wurde – wie schon auf vorangegangenen Sitzungen – die Interpretation der Ost-West-Beziehungen durch Spaak und seine relativ skeptische Einschätzung der Möglichkeiten der Détente-Politik kritisiert. Nachdem die Änderungsvorschläge einen beträchtlichen Umfang angenommen hatten, erklärte Spaak, daß er den Bericht so abfassen werde, wie er es für richtig halte. Er sehe die Möglichkeit, kleinere Modifikationen vorzunehmen, sei aber nicht zu substantiellen Änderungen bereit, insbesondere nicht bei den Aussagen über die künftigen Aufgaben der Allianz[50]. Die Untergruppe ging angesichts der aufgetretenen Interessenunterschiede auseinander, ohne den Bericht zu billigen oder auch nur förmlich zur Kenntnis zu nehmen.

Der Endbericht Spaaks war daher stark persönlich gefärbt. Nach einer Darstellung der Atlantischen Allianz zur Zeit ihrer Gründung und der Entwicklung seit 1949 wurden die politischen Auswirkungen der Détente auf das Bündnis erörtert und zum Schluß die Frage diskutiert, was die Allianz morgen sein könnte. Spaak trat dabei für eine enge Abstimmung der Politik auf den verschiedensten Bereichen zwischen den Partnern ein. Dabei wurden explizit deutsche Frage, Abrüstung, Sicherheit und Verteidigung, Beziehungen zur Sowjetunion sowie europäisch-amerikanische Beziehungen genannt. Die Bundesregierung wurde aufgefordert zu definieren, auf welche Bereiche sie ihre Bemühungen um eine Wiedervereinigung konzentrieren wolle; die Allianzpartner wurden ihrerseits ermahnt, die Bundesrepublik auf dem gemeinsam festgelegten Weg zu unterstützen.

Spaak kritisierte den in Europa verbreiteten Inferioritätskomplex gegenüber den Vereinigten Staaten. Er könnte sich nicht daran erinnern, daß die USA jemals den anderen Mitgliedern ihre Auffassung über militärische oder politische Aktionen innerhalb des Bündnisgebietes aufgezwungen oder eine Annäherung an die Sowjetunion verhindert hätten. Langfristig sei jedoch die Zukunft der Atlantischen Allianz von Fortschritten bei der Vereinigung Europas abhängig. Nur dann könnte das Europa der Sechs, bzw. nach dem Beitritt Großbritanniens der Sieben, über die wirtschaftliche Vereinigung Europas hinaus eine neue politische Qualität gewinnen und ein wertvoller und wichtiger Partner der Vereinigten Staaten werden[51].

---

[49] Vgl. United States Relations with NATO, Harmel Exercise, LBJ Library; ferner Ronald Koven, French Seem to Be Winning Bid to Dilute NATO Planning, in: International Herald Tribune, 23. November 1967; wg. (Wolfgang Wagner), Meinungsverschiedenheiten über die künftige politische Rolle der NATO, in: Der Tagesspiegel, 1. November 1967.

[50] Spaak war nur zum Verzicht auf einige besonders pointierte Formulierungen bereit, z. B. auf den Vorwurf, einige Länder zögen sich auf einen antiquierten Nationalismus und eine illusionäre Form der Neutralität zurück. Vgl. Murray Marder, Accord Is Sought By NATO, in: Washington Post, 10. November 1967.

[51] Vgl. Paul-Henri Spaak, The Indispensible Alliance, in: The Atlantic Community Quarterly, Bd. 5, Nr. 4, 1967, S. 497–503.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Übereinstimmung über die künftige Sicherheitspolitik der Allianz in der Untergruppe 3

Bereits vor dem ersten Treffen der Untergruppe 3 gab es Abstimmungen zwischen der amerikanischen Delegation, die mit dem stellvertretenden Unterstaatssekretär Foy Kohler den Berichterstatter stellte, und anderen Delegationen über das Vorgehen in der Arbeitsgruppe. Die Vereinigten Staaten wollten vermeiden, daß Fragen der Strategie und der Streitkräfte in der Arbeitsgruppe besprochen würden, die, ebenso wie andere sicherheitsrelevante Themen, in die Zuständigkeit des DPC fielen. Damit wollten sie verhindern, daß die Arbeiten an dem neuen strategischen Konzept der Allianz verzögert würden. Insbesondere sollte vor dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister am 9. Mai 1967, auf dem die Verabschiedung von Richtlinien für die neue Strategie auf der Tagesordnung stand, die Entscheidung der 14 nicht in irgendeiner Weise präjudiziert werden.

Wichtigstes Thema der Untergruppe 3 sollte nach amerikanischer Auffassung die Frage sein, welche Auswirkungen die Existenz von Allianzstreitkräften auf die politischen Ziele der NATO hatte, welche Bedeutung diese für den Zusammenhalt des Bündnisses besaßen und welcher Wert ihnen im politischen Entspannungsprozeß zukam. Außerdem könnte untersucht werden, wie die Verfahren nach Art. IV des Nordatlantik-Vertrags (Konsultationsklausel), vor allem beim Krisenmanagement, verbessert werden könnten. Fragen der Rüstungsbegrenzung sollten in der Arbeitsgruppe 3 nur am Rande behandelt werden[52].

Die erste Sitzung der Untergruppe 3 fand am 18. April 1967 statt. Sie wurde von Jeffrey Kitchen, Deputy Assistant Secretary of State for Political-Military Affairs, geleitet, der den verhinderten Kohler vertrat. Am Vortage hatte Kitchen den anderen Delegationen eine vorläufige Disposition für die Tätigkeit der Arbeitsgruppe übermittelt. Darin wurde noch einmal betont, daß sich die geplante Studie mit den politischen Aspekten und nicht mit dem Streitkräftebedarf oder den strategischen Konzepten der Allianz befassen sollte, auch wenn es nicht möglich sei, diese Dinge immer ganz klar voneinander zu trennen. Im Mittelpunkt der Erörterungen sollten die gegenwärtige politische und militärische Situation und die Anforderungen stehen, welche an die Militärstrategie der Allianz gestellt werden müßten. Das Bemühen, die Arbeiten der Untergruppe 3 getrennt von den Arbeiten des DPC, der NPG und des MC zu halten, wurde mit einem Anhang deutlich gemacht, in dem die in anderen NATO-Gremien anhängigen Arbeiten aufgeführt wurden. Auf der Sitzung wurde vereinbart, vor allem die Beziehungen zwischen der NATO-Verteidigungspolitik und den politischen Zielen der Allianz zu behandeln.

---

[52] Vgl. Secret Telegram 117710 from Department of State, Washington, to U.S. Delegation to NATO, Paris, January 12, 1967, declassified 1-10-1984; Confidential Telegram 147037 from Department of State, Washington, to U.S. Delegation to NATO, Paris, March 2, 1967, declassified 1-10-84; beide LBJ Library.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf deutschen Vorschlag wurde in der zweiten Sitzung am 18. Mai beschlossen, für die zu behandelnde Thematik den Oberbegriff „Sicherheitspolitik der Allianz" einzuführen. Die deutsche Delegation hatte ebenfalls Vorschläge für eine Modifikation der Agenda vorgelegt, nach der sich die Studie auf die Analyse der künftigen Bedingungen der Sicherheit des Westens konzentrieren sollte. Dabei sollten u. a. die Auswirkungen von Entspannungs- und Rüstungsbeschränkungs-Maßnahmen auf die Verteidigungsanstrengungen sowie auf den inneren Zusammenhalt der NATO untersucht werden. Hier dachte Bonn vor allem an den Nichtverbreitungsvertrag und an Streitkräftereduzierungen.

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Vorschläge formulierte die Arbeitsgruppe folgende Fragestellung: Welches sind die wesentlichen Elemente einer Sicherheitspolitik, die auch in Zukunft die Sicherheit und Freiheit des Westens als unabdingbare Grundlage für politische Lösungen verbürgt, nach Möglichkeit aber auch einen direkten Beitrag zu den umfassenden politischen Zielen der Allianz, insbesondere zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung, leistet[53]?

Ende Mai übermittelte Kohler dem NATO-Generalsekretariat einen kurzen Status-Bericht über den Stand der Arbeiten der Arbeitsgruppe, dem eine ausführliche Disposition für den Gesamtbericht beigefügt war. In einem Schreiben an die Rapporteure, in dem er zugleich mitteilte, daß er zu seinem Bedauern nicht an dem Treffen der Rapporteure im Juli auf dem Petersberg bei Bonn teilnehmen könnte, legte Kohler seine Überlegungen zum Fortgang und zur Substanz der Arbeit der Untergruppe dar. Es sei seiner Auffassung nach unverändert notwendig, daß die NATO in Westeuropa eine angemessene Abschreckungskapazität aufrechterhalte. Er äußerte sich in diesem Zusammenhang besorgt über die Tendenz verschiedener Seiten, die konventionellen Streitkräfte der Allianz in einer Zeit zu reduzieren, in der die Sowjets ihre strategischen Nuklearstreitkräfte rapide aufbauten. Seiner Ansicht nach benutze Moskau die selektive Verminderung von Spannungen, um seine eigenen Interessen zu fördern, den Zusammenhalt des Bündnisses zu schwächen und vor allem, um einen Keil zwischen die Verbündeten in Westeuropa und in Nordamerika zu treiben. Dennoch wollte Kohler daraus nicht den Schluß ziehen, daß der Westen von seinem Bemühen ablassen sollte, das Ost-West-Verhältnis zu verbessern.

Am 1. September ließ Kohler den Entwurf des Abschlußberichtes in einer vorläufigen Fassung zirkulieren, die dann auf der Sitzung der Untergruppe am 21. und 22. September diskutiert wurde. Diese fand – entgegen der üblichen Praxis, die Tagungen am Sitz der NATO abzuhalten – auf besonderen Wunsch Kohlers in Washington statt. Am 27. September erhielten die Delegationen eine überarbeitete Fassung und am 6. Oktober die Endfassung des Berichtes zur Stellungnahme. Er betonte in seinem Begleitschreiben, daß es sich um seine eigene Interpretation der in der Arbeitsgruppe geäußerten Auffassungen handele. Zur Überraschung einiger Regierungen war in dem Bericht das Kapitel II, Nukleare Planung, unter Hinweis auf die Diskussion in der Arbeits-

[53] Vgl. United States Relations With NATO, Harmel Exercise; LBJ Library.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gruppe am 21. und 22. September um fünf Seiten, und zwar um die Abschnitte „a) Tactical Nuclear Weapons" und „b) The Strategic Balance", erweitert worden. Damit war dieser Bericht jetzt doppelt so umfangreich wie diejenigen der anderen Arbeitsgruppen.

Mit diesem neuen Teil des Berichtes wurde die ursprünglich beabsichtigte Trennung zwischen den politischen und den militärischen Aspekten der Sicherheit wieder aufgehoben. Zum einen waren in der Zwischenzeit bei den Arbeiten am strategischen Konzept wesentliche Fortschritte erzielt worden, die es nun erlaubten, auch im Harmel-Bericht Aussagen zur Rolle der taktischen Kernwaffen und zum strategischen Kräfteverhältnis zu machen. Zum anderen drückten sie die Absicht der Regierung in Washington aus, auch auf dieser Ebene die Unterstützung für einige für sie besonders wichtige strategische Grundprinzipien zu erhalten.

Allerdings wurden in dem Einschub weniger Antworten gegeben, als vielmehr klärungsbedürftige Fragen aufgeworfen. So hieß es im Abschnitt über die taktischen Nuklearwaffen, daß die Frage des selektiven Einsatzes derselben, vor allem in einer Krisensituation, die eine rasche Entscheidung erforderlich machte, innerhalb der NPG noch geklärt werden müßte. Das strategische Gleichgewicht wurde als stabil dargestellt, da weder die USA noch die Sowjetunion in der Lage seien, eine glaubwürdige Erstschlagfähigkeit zu erlangen. Noch sei der Westen der Sowjetunion auf dem Gebiet der strategischen Waffen überlegen; diese Überlegenheit habe jedoch nur einen begrenzten Abschreckungswert, wenn sie nicht durch ein taktisches nukleares Potential und starke konventionelle Streitkräfte ergänzt werde. Das auf beiden Seiten vorhandene strategische Nuklearpotential überschreite dagegen bei weitem die Erfordernisse einer gesicherten Zweitschlagfähigkeit. Da sie keinen Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion wollten, strebten die USA den Abschluß eines Rüstungsbegrenzungs-Abkommens mit der Sowjetunion an, durch das jedoch die Sicherheit des Bündnisses nicht gefährdet werden dürfte.

Zukunftweisend war in dem Bericht die Aussage, daß die Sicherheit der Mitglieder der Allianz auf zwei Säulen ruhe: zum einen auf angemessener militärischer Stärke und politischer Solidarität, um einen Angriff abzuschrecken und das Territorium seiner Mitglieder zu verteidigen, und zum anderen auf realistischen Maßnahmen zur Verminderung von Spannungen einschließlich Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen. Künftige europäische Sicherheitsvereinbarungen sollten vor allem beiderseitige Verminderungen der Streitkräfte und Rüstungen sowie konkrete Fortschritte bei der Lösung der deutschen Frage einschließen. Weiter wurden Vereinbarungen über einen Gewaltverzicht zwischen NATO und Warschauer Pakt, der Austausch von militärischen Verbindungsmissionen oder Beobachtungsposten und eine Verminderung der auf Westeuropa gerichteten sowjetischen Mittelstrecken-Raketen im Rahmen einer Begrenzung der strategischen nuklearen Trägerwaffen genannt. Die NATO-Streitkräfte in Europa müßten jedoch stark genug bleiben, um mit begrenzten Konflikten fertig zu werden. Auch sei eine sichtbare US-Präsenz weiterhin wichtig.

Um Rüstungskontrollmaßnahmen mit dem Auftrag des Bündnisses vereinbar zu halten, wurde in dem Bericht die Bildung eines ständigen (Rats-)Ausschusses für Rü-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stungskontrolle und Abrüstung vorgeschlagen. Auf diese Weise sollte die Rüstungskontrolle als ein Element der NATO-Sicherheitspolitik institutionalisiert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Betonung von Konsultationen in Krisensituationen, die sowohl bilateral wie auf Bündnisebene verbessert werden müßten. Abschließend wurden die Auswirkungen technologischer Entwicklungen auf die Allianz behandelt. Auch bei der Forschung und Entwicklung von Rüstungsgütern wurden eine engere europäische Zusammenarbeit und eine Verstärkung der amerikanisch-europäischen Kooperation empfohlen[54].

Der Bericht der Untergruppe 3 stieß in Bonn sowohl beim Auswärtigen Amt als auch beim Bundesministerium der Verteidigung auf ein hohes Maß an Zustimmung. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß dies der aktiven Mitarbeit der deutschen Vertreter zu verdanken sei. Hinzu kam, daß Dr. Lankes nicht nur deutscher Vertreter in der Harmel-Arbeitsgruppe war, sondern zusammen mit dem Referatsleiter des NATO-Referates, Behrends, auch an den sogen. „Heusinger-Studien II" mitwirkte, in deren Rahmen die Vor- und Nachteile von Streitkräfte-Reduzierungen untersucht wurden[55]. Außerdem waren inzwischen bei den Arbeiten des DPC und des MC zur Streitkräfteplanung und zum strategischen Konzept des Bündnisses von den 14 konsensual die Parameter festgelegt worden, innerhalb derer sich eine politische Bewertung der Verteidigungspolitik bewegen mußte. In der Arbeitsgruppe traten daher nur graduelle Meinungsunterschiede auf, z. B. wenn von deutscher Seite Zweifel an der Fähigkeit der Streitkräfte der Allianz geäußert wurde, mit lokal begrenzten Zusammenstößen und Grenzverletzungen konventionell fertigzuwerden, oder wenn vor Reduzierungen der taktischen Nuklearstreitkräfte im Zusammenhang mit strategischen Reduzierungen gewarnt wurde[56].

Insgesamt gesehen bestand jedoch in dieser Arbeitsgruppe das vergleichsweise größte Maß an Übereinstimmung. Dies war erstaunlich, da seit der von den USA vollzogenen Abkehr von der Strategie der „Massiven Vergeltung" sicherheitspolitische Grundsatzfragen in der Regel umstritten waren. Durch die bei der Streitkräfteplanung und der Entwicklung eines neuen strategischen Konzepts der Allianz gemachten Fortschritte sowie aufgrund der ersten positiven Erfahrungen in der neu geschaffenen nuklearen Planungsgruppe der NATO war das Maß an Übereinstimmung aber wesentlich gewachsen. Insofern waren die Arbeiten an der MC 14/3 – auch wenn kein direkter Zusammenhang zwischen beiden Prozessen bestand – hilfreich bei der Erstellung des Harmel-Berichtes[57]. Möglicherweise entlastete letzterer auch die Arbeiten an

---

[54] Vgl. Peter Grose, 14 Allies Propose Plan To Give NATO A Political Role, in: New York Times, 17. Oktober 1967; Zr. (Willy Zeller), Die Zukunft des atlantischen Bündnisses, in: Neue Zürcher Zeitung, 10. November 1967.

[55] Vgl. Studien über eine Reduzierung der Streitkräfte der NATO im Bereich Europa-Mitte, 1967–68 (Heusinger Studien II), zit. in: Haftendorn, Sicherheit und Entspannung, S. 521–524.

[56] Vgl. dazu auch das Interview von Verteidigungsminister Gerhard Schröder mit dem Bonner Journalisten Dr. Wolfgang Wagner vom 29. Mai 1967, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 58, 2. Juni 1967, S. 493 f.

[57] Zur Entwicklung der MC 14/4 vgl. Stromseth, The Origins of Flexible Response.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der neuen Strategie, da es nunmehr ein anderes Gremium gab, in dem die strittigen politischen Fragen diskutiert werden konnten.

Die eigentlich strittige Frage war, ob der Bericht der Untergruppe 3 so formuliert werden sollte, daß er auch für die Franzosen annehmbar war. Zunächst wurde dies versucht. Besonders der Bundesregierung lag daran, daß der Harmel-Bericht nicht zu einer weiteren Lockerung der Beziehungen zu Frankreich führte. Etwa im September wurde jedoch deutlich, daß Frankreich sich nicht durch die Aussagen in dem von Kohler formulierten Bericht gebunden fühlen würde, auch wenn in demselben zwischen Aufgaben für das gesamte Bündnis und solchen unterschieden wurde, die nur die 14 am integrierten Verteidigungsprogramm des Bündnisses beteiligten Staaten banden. Kohler selbst war es jedoch wichtiger, ein Zeichen für die 14 zu setzen, als auf ein französisches Einlenken zu spekulieren. Dafür sprach auch der Einschub zu den taktischen und strategischen Nuklearwaffen.

7. Die „Out-of-Area"-Problematik in der Untergruppe 4

Ähnlich auf die Person des Berichterstatters bezogen wie der Bericht Spaaks für die Untergruppe 2 war derjenige Professor Patijns zur „Out-of-Area"-Problematik. Auf ihrer ersten Sitzung am 18. April fand zunächst eine allgemeine Aussprache über die Interessen und Verpflichtungen der verschiedenen NATO-Mitglieder in Regionen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets statt. Es wurde darüber diskutiert, in welcher Weise sie die Allianz berührten, ob das Bündnis Aufgaben außerhalb des eigentlichen Vertragsgebietes habe und ob es sich mit Fragen der Entwicklungshilfe befassen sollte. Schließlich wurde erörtert, ob die politischen Konsultationen auf akute Krisensituationen ausgedehnt, ob Regeln für den Umgang mit globalen Problemen erarbeitet und ob dafür ein gemeinsames Planungsinstrumentarium entwickelt werden sollte.

In den beiden darauffolgenden Sitzungen am 23. Mai und 29. Juni legte Patijn eine Disposition sowie Teile seines geplanten Berichtes vor. Letztere betrafen Möglichkeiten verbesserter politischer Konsultation und Überlegungen zur Rolle der NATO in der internationalen Politik. Strittig war in der Arbeitsgruppe, ob das Bündnis eine gemeinsame Politik gegenüber der Dritten Welt formulieren sollte und inwieweit durch das gemeinsame Interesse an einer solchen Politik die unterschiedlichen nationalen Vorstellungen und Standpunkte überwunden werden könnten. Die Vorschläge Patijns für verschiedene neue Institutionen – z. B. ein Planungsgremium neben NATO-Rat und Internationalem Stab, kleine Gruppen von Mitgliedern zum Studium spezifischer Probleme oder die Bildung einer NATO-Gruppe innerhalb der Vereinten Nationen – wurden von den meisten Mitgliedern mit Skepsis betrachtet.

Im Gegenzug schlug der US-Botschafter Cleveland vor, zwei nicht auf einen bestimmten Mitgliederkreis beschränkte Ausschüsse zu bilden, in denen sich die Bündnispartner ständig über die Sicherheitslage im Mittelmeerraum und im Mittleren Osten sowie angesichts der gewachsenen Bedrohung durch China in Asien konsultieren sollten. Insgesamt herrschte die Auffassung vor, daß die Untergruppe nicht von dem poli-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Idealfall weitgehender Interessenübereinstimmung ausgehen könnte, sondern sich auf den Boden der Realitäten stellen und Vorschläge machen müßte, die Aussicht hätten, verwirklicht zu werden[58].

Für die Stimmung in der Arbeitsgruppe kennzeichnend ist das folgende Zitat: „Professor Patijn ist voll der besten Absichten, idealiter unbeschwert von Kenntnissen über das praktische Funktionieren der Allianz, professoral und leider unbelehrbar; daraus haben sich bisher die meisten Schwierigkeiten zwischen ihm und den Ausschüssen ergeben. Wenn der jetzt vorliegende Entwurf nicht noch stark abgeändert wird, steht zu befürchten, daß der endgültige Bericht theoretisch und wirklichkeitsfremd wirkt. Der französische Vertreter im Ausschuß hat . . . erklärt, daß dies seiner Regierung durchaus willkommen sei; dann werde es den Außenministern um so leichter fallen, den Bericht in Bausch und Bogen abzulehnen."[59]

Der niederländische Botschafter verteidigte seinen Landsmann Patijn jedoch mit dem Argument, daß Phantasie notwendig sei, wenn die NATO an ihre neuen Aufgaben angepaßt werden solle. Er bedauerte, daß schon in diesem Kreise Bedenken gegen kühne Vorschläge geltend gemacht würden. Unterstützung erhielt Patijn auch von den Amerikanern, die ihn verschiedentlich wissen ließen, daß sie eine stärkere Abstimmung zwischen den NATO-Verbündeten über ihre weltweite Politik begrüßen würden. Sie drängten ihn, einen Atlantischen Caucus innerhalb der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen vorzuschlagen, und empfahlen ihm, die Ideen Alastair Buchans, des Direktors des Institutes für Strategische Studien in London, für ein gemeinsames Krisenmanagement näher zu prüfen. Andere Delegierte, wie z. B. der britische Vertreter, waren besorgt, daß entsprechende Vorschläge innerhalb des Bündnisses dessen Zusammenhalt schwächen und außerhalb desselben kontraproduktiv sein würden.

Anfang September ging den Delegationen der Gesamtbericht in überarbeiteter Form zu. Zunächst wurde in demselben ein Überblick über die Entwicklungen in Gebieten außerhalb des NATO-Vertragsgebietes gegeben, soweit sie die NATO insgesamt oder die Interessen einzelner Allianzpartner berührten. Dabei wurde auf die unterschiedlichen völkerrechtlichen und politischen Verantwortlichkeiten der Mitglieder hingewiesen. In Zukunft sollte die Allianz die Aufgabe haben, für ihre Mitglieder eine gemeinsame Politik im Hinblick auf Probleme außerhalb des NATO-Bereichs zu formulieren und als „Clearing House" für gegenseitige Informationen zu dienen. Diese Aussage wurde jedoch dahingehend differenziert, daß es verschiedene Kategorien von Problemen gebe, die das Bündnis in unterschiedlicher Weise berührten:

1. Politische Ereignisse, die die Sicherheit des NATO-Gebietes unmittelbar berührten (Konflikte mit Eskalationsmöglichkeiten, nukleare Entwicklungen, China);

[58] Vgl. Confidential letter from U.S. Permanent Representative to NATO, Paris, to Professor C. L. Patijn, September 22, 1967, declassified 12-9-91, LBJ Library; ferner Cleveland, NATO: The Transatlantic Bargain, S. 143.

[59] Vertraulicher Bericht im Besitz der Verfasserin.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Politische Ereignisse, die die Sicherheit des NATO-Gebietes nicht unmittelbar berührten, in die aber NATO-Mitglieder verwickelt sind; und
3. Internationale Probleme universellen Charakters, bei denen der Westen einen klaren Standpunkt einnehmen müsse (z. B. die Beziehungen zur Dritten Welt).

Konsultationen seien für die Kategorien 1 und 3 wesentlich und für die Kategorie 2 ratsam. Vor allem bei Problemen der Kategorie 1 müßte die Allianz eine gemeinsame Haltung einnehmen. Zur Verbesserung von Konsultation und Koordinierung innerhalb des Bündnisses wurde die Bildung von Arbeitsgemeinschaften für festumrissene Probleme, die Schaffung eines von den nationalen Regierungen unabhängigen Forschungsinstitutes zur Beratung des NATO-Rates und die verstärkte Mitarbeit von unabhängigen Politikern vorgeschlagen[60].

Die Arbeitsgruppe diskutierte diesen Bericht auf ihrer letzten Sitzung am 14. September. Dabei wurde heftige Kritik an einigen Aussagen des Berichtes geäußert und zahlreiche Verbesserungsvorschläge gemacht. Patijn akzeptierte jedoch nur wenige Änderungen, die er als sachlich zutreffende Verbesserungen bezeichnete. Im übrigen verwies er darauf, daß er allein für den Bericht verantwortlich sei. Die französischen Vertreter hatten sich zwar aktiv und mit zahlreichen Änderungsvorschlägen an der Diskussion beteiligt; sie ließen jedoch erkennen, daß die französische Regierung voraussichtlich das ganze Dokument ablehnen werde. Am Ende der Sitzung war die Mehrzahl der Anwesenden nicht unglücklich darüber, daß der Bericht Patijns nur als persönliche Meinungsäußerung des Berichterstatters an das Special Committee weitergeleitet wurde.

8. Schwierige Beratungen über das dem Ministerrat vorzulegende Endergebnis

Am 12. Juli 1967 trafen sich die Ständigen Vertreter im NATO-Rat auf Einladung von NATO-Generalsekretär Brosio zu einer informellen Sitzung, um über den Stand der Arbeiten am Harmel-Bericht und das weitere Vorgehen zu beraten. Bei dieser Besprechung wurde von einigen Anwesenden, insbesondere aus denjenigen Ländern, die keinen Berichterstatter stellten, heftige Kritik am Gang der Untersuchung geäußert. Die Arbeiten gingen nicht nur zu langsam voran, die Themenkomplexe überschnitten sich weitgehend, es fehle an zentraler Koordinierung, und einige der Vorschläge entfernten sich so weit von der Realität, daß sie keine Aussicht auf Annahme hätten. Brosio stellte in Aussicht, daß er die Special Group zum Zweck der Koordinierung noch vor der Wiederaufnahme der Untergruppensitzungen im Herbst einberufen werde. Im übrigen verwies er auf das für Ende Juli geplante Treffen der fünf Rapporteure.

Dieser Zusammenkunft vorausgegangen war eine Einladung von Spaak zu einem informellen Gespräch, gegen das einige Regierungen – so auch die Bundesregierung – jedoch Bedenken hatten, da sie mit Mißtrauen die Absicht Spaaks beobachteten, sich zu

[60] Vgl. -eh., Harmel-Plan ohne Politisierung der NATO, in: Die Welt, 2. Dezember 1967; Peter Grose, 14 Allies Propose Plan To Give NATO A Political Role, in: New York Times, 17. Oktober 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Art „Superrapporteur" und Koordinator der Harmel-Studien aufzuwerten. Bonn wollte dieses Gespräch niedriger gehängt sehen und hatte daher Schütz von einer persönlichen Teilnahme abgeraten; andere Regierungen hatten den NATO-Generalsekretär ersucht, seinerseits die Initiative zu ergreifen.

Am 13. Juli fand dann das Gespräch, zu dem Spaak eingeladen hatte, im Val Duchesse bei Brüssel statt. An ihm nahmen neben Spaak Watson und Patijn sowie Sahm (in Vertretung von Schütz), Robert Bowie („Councelor" des State Department und früherer Chef des Planungsstabes), Michael Pallister (Privatsekretär von Premierminister Wilson) sowie zusätzlich von belgischer Seite Vte. Davignon und der Protokollchef des belgischen Außenministeriums, Carlos van Bellingen, teil. Bei dem Treffen wurden vor allem Fragen des von Spaak zu erstattenden Berichtes der Untergruppe 2 besprochen.

Außerdem einigten sich die Anwesenden auf ein Verfahren für die Sitzung der Rapporteure Ende des Monats in der Nähe von Bonn. Sie vereinbarten u. a., daß Watson ein Papier über „basic principles" vorlegen sollte, in dem die Hauptaufgaben des Bündnisses dargelegt würden und das allen Berichten als gemeinsame Grundlage dienen könnte. Im weiteren Verfahren sollten die Berichte der Rapporteure den Untergruppen zur Billigung der allgemeinen Linie, nicht aber aller Einzelheiten, vorgelegt werden. Die Berichte der Untergruppen sollten dem Hauptbericht, den NATO-Generalsekretär Brosio ausarbeiten würde, als Anlagen beigefügt werden.

Die erste offizielle Sitzung der Rapporteure fand am 21. Juli 1967 im Hotel Petersberg bei Bonn statt. An ihr nahmen neben Generalsekretär Brosio und J. W. Sims aus dem NATO-Sekretariat vier der fünf Berichterstatter und in Vertretung von Kohler der amerikanische Geschäftsträger bei der NATO, Philipp Farley, sowie einige enge Mitarbeiter dieser Herren teil. Das Auswärtige Amt war durch die Leiter der verschiedenen federführenden Referate vertreten. Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf das weitere Vorgehen. Breiten Raum nahm die Frage ein, ob die Berichterstatter einen gemeinsamen Bericht verfassen sollten. Es wurde beschlossen, daß die Rapporteure ihre Berichte individuell abfassen und ihren Untergruppen vorlegen, dabei aber die Möglichkeit eines Gesamtberichtes im Auge behalten sollten. Spaak würde eine Gliederung für einen Gesamtbericht zirkulieren lassen, anhand derer diese Frage weiter geprüft werden könnte. Außerdem vereinbarten die Rapporteure, Anfang Oktober in London zu einem weiteren Treffen zusammenzukommen.

Bei der Diskussion des Inhaltes der vier Berichte entspann sich insbesondere über die Aussichten der Ost-West-Entspannung und den Stellenwert der deutschen Frage eine lebhafte Debatte. Dabei wurden einige der Ausführungen von Watson als zu optimistisch kritisiert, und es wurde gefordert, das Bündnis müsse sich stärker mit den sowjetischen Zielen auseinandersetzen und auf die Grenzen der Entspannung hinweisen. Die ausführliche Darstellung der deutschen Frage im Bericht von Schütz führte zu der Bemerkung, ob diese in den Rahmen der Harmel-Studie gehöre bzw. ob es geschickt sei, ihr derartig breiten Raum zu geben. Dadurch könnte innerhalb des Bündnisses eine Diskussion ausgelöst werden, die die Gefahr mangelnden Einverständnisses in sich berge, die man vermeiden sollte. Kritik wurde auch an den Berichten von Spaak

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Patijn geäußert. Es wurde anerkannt, daß es für den Gang der Untersuchung richtig gewesen sei, unbequeme Fragen zu stellen. Für das Schlußdokument sei es jedoch wichtig, daß die einzelnen Berichte aufeinander abgestimmt würden und realistische Vorschläge enthielten[61].

Im Vorfeld des zweiten Treffens der Rapporteure im Oktober wurde in den Hauptstädten der Mitgliedsländer ebenso wie in zahlreichen zweiseitigen Gesprächen die Frage erörtert, ob die vier Berichte zu einem Dokument vereinigt werden sollten, für das die fünf Rapporteure gemeinsam verantwortlich sein, oder ob die Berichte getrennt bleiben und die Rapporteure lediglich eine gemeinsame Einleitung verfassen sollten. Eine weitere Möglichkeit war, daß der Generalsekretär beauftragt wurde, eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse der vier Berichte zu entwerfen, die sich zur Veröffentlichung eignen würde und die so formuliert war, daß ihr alle Mitgliedsregierungen – also auch Frankreich, woran der Bundesregierung sehr lag – zustimmen konnten. Bereits bei dem Treffen in Königswinter wie auch bei der Durchsicht der Anfang Oktober allen Regierungen zugesandten Berichtsentwürfe war deutlich geworden, daß diese reichlich Sprengstoff und wenig Aussicht auf eine einstimmige Annahme boten[62].

Anfang Oktober reiste NATO-Generalsekretär Brosio in verschiedene Hauptstädte, darunter auch nach Bonn und Paris. Bei einem Gespräch mit Außenminister Brandt am 9. Oktober in Bonn berichtete Brosio, daß Außenminister Couve de Murville ihm gegenüber die ernste Warnung ausgesprochen habe, die französische Regierung werde den Harmel-Bericht nicht akzeptieren, wenn in diesem empfohlen würde, der Allianz größere politische Verantwortung zu übertragen. Die Aufgabe der NATO sei militärisch-defensiver Natur. Paris wünsche nicht, daß das Bündnis als Träger einer gemeinsamen Entspannungspolitik in Erscheinung trete. Couve habe angeregt, entweder einen Zwischenbericht zu verfassen, dem auch die Franzosen zustimmen könnten und in dem keine institutionellen Änderungen der Allianz vorgeschlagen würden, oder der NATO-Ministerkonferenz im Dezember einen Bericht vorzulegen, in dem die verschiedenen Auffassungen zu dieser Frage offen angesprochen würden[63].

Brandt betonte in dem Gespräch mit Brosio, daß auf jeden Fall eine Konfrontation mit der französischen Regierung vermieden werden sollte. Nach seiner Auffassung sollten die Zusammenfassungen der einzelnen Berichte zusammengefügt und dazu die Zustimmung der Special Group erreicht werden. Man müsse einen gemeinsamen Nenner finden, auch wenn dieser verhältnismäßig niedrig liege. Im Hinblick auf die Fragen der europäischen Sicherheit und einer Europäischen Friedensordnung, die Brandt gerne weiterbehandelt sehen wollte, schlug er die Bildung eines „open ended commit-

---

61 Zum Inhalt der vier Berichte vgl. Nato sets itself new tasks, in: The Times, 7. Dezember 1967; Kurt Becker, Gescheiterte NATO-Reform. Die Harmel-Studie blieb im Ansatz stecken, in: Die Zeit, 8. Dezember 1967; Alfred Frisch, Die NATO im Zwielicht, in: Rheinischer Merkur, 3. November 1967.

62 Vgl. Etienne Anthérieu, Le Plan Harmel d'extension des responsabilités de l'alliance atlantique soumis à un groupe spécial d'étude, in: Le Figaro, 19. Oktober 1967.

63 Vgl. W(alther) I(mhoff), „Harmel-Studie" der NATO, in: Neue Zürcher Zeitung, 19. Oktober 1967; -eh., Harmel-Plan ohne Politisierung der NATO, in: Die Welt, 2. Dezember 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tee" vor, in dem jedoch dann die Vier Mächte, ggf. auch die Italiener, die Hauptarbeit tun müßten, z. B. als Berichterstatter. Außerdem erklärte Brandt, er werde selbst auch noch einmal mit dem französischen Außenminister sprechen[64].

Der Kreis der Teilnehmer an dem zweiten Treffen der Rapporteure am 10. und 11. Oktober in Ditchley Park bei London entsprach im wesentlichen demjenigen auf dem Petersberg. Diesmal war Foy Kohler anwesend; Spaak, der erkrankt war, wurde durch van Bellingen vertreten, der bereits auf dem Petersberg dabei gewesen war. Anstelle von Schütz, der im Juli sein Amt als Rapporteur niedergelegt hatte[65], nahmen von deutscher Seite Sahm, Lankes und von Staden teil. Angesichts des großen Interesses einiger Regierungen an einem erfolgreichen Abschluß – vor allem der USA, natürlich auch Belgiens und verschiedener kleinerer Staaten – mußte ein Verfahren gefunden werden, das eine Annahme des Schlußberichtes durch den NATO-Ministerrat im Dezember garantierte. Dabei schien es leichter, die Zustimmung zu einem vom Generalsekretär erstellten Kurzbericht mit einigen geeigneten Empfehlungen zu erhalten als zu einer von den Rapporteuren gemeinsam erstellten Vorlage. Entsprechend argumentierte der Vertreter der Bundesregierung bei der Zusammenkunft in Ditchley Park. Eine andere Möglichkeit, die von Italien ins Gespräch gebracht wurde, bestand darin, das Mandat der Special Group zu verlängern oder diese in einen ständigen Ausschuß umzuwandeln, so daß an den Berichten weiter gearbeitet und sie auf diese Weise entschärft werden könnten.

Aufgrund einer informellen Absprache zwischen den Rapporteuren hatten Bowie und van Bellingen für die Sitzung in Ditchley Park eine Zusammenfassung aller vier Berichte verfaßt, wobei sie sich im wesentlichen darauf beschränkt hatten, die Zusammenfassungen der einzelnen Berichte mit Schere und Klebstoff neu zusammenzufügen. Der sog. „Ditchley Report" enthielt im Prinzip keine neuen Gedanken, gab jedoch den in den verschiedenen Berichten enthaltenen Stoff in gegliederter und gestraffter Form wieder. Dieser Text wurde nach der Ditchley-Konferenz von den Verfassern noch einmal überarbeitet und den Einzelberichten vorangestellt, ehe diese den Regierungen zur Stellungnahme übermittelt wurden[66].

Der von Bowie und Bellingen zusammengestellte Bericht fand auf dem Treffen eine sehr zwiespältige Aufnahme. Ein britischer Teilnehmer nannte ihn „an ingenious but indigestible amalgam", Patijn beklagte, nicht zu Unrecht, daß in dieser Zusammenfassung der spezielle Charakter der Einzelberichte ebenso wie alles das verloren gegangen war, was neu und originell gewesen sei. Die Deutschen fürchteten, daß diese Zusammenfassung erst recht eine französische Ablehnung provozieren würde, nachdem Couve de Murville das Verhalten der Rapporteure mehrfach als unverantwortlich bezeichnet hatte. Sie wiesen darauf hin, daß es eine Absprache gegeben habe, dem Special Committee lediglich die vier Berichte und ihre jeweiligen Zusammenfassungen vorzu-

[64] Vgl. Brosio in Bonn, in: Neue Zürcher Zeitung, 11. Oktober 1967.

[65] Dies wurde mit der Arbeitsüberlastung von Schütz begründet. Am 17. Oktober 1967 wurde Schütz in Berlin zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

[66] Pers. Information von Robert Bowie an die Verfasserin.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legen und dann den Generalsekretär zu beauftragen, einen Kurzbericht zur Vorlage für den Ministerrat zu erstellen. Amerikaner, Briten und Belgier traten jedoch mit Nachdruck dafür ein, den „Ditchley Report" als gemeinsame Vorlage aller Rapporteure an die Special Group und damit als Grundlage für den von dieser zu verabschiedenden Bericht an die Minister zu billigen[67].

Auch Generalsekretär Brosio hielt eine starre Ablehnung des Papiers für nicht möglich. Die deutsche Seite konnte sich daher nicht mit ihrer Auffassung durchsetzen, daß ein einheitliches Papier nur den Franzosen die Ablehnung des gesamten Vorhabens erleichtern würde. Sie verlangte jedoch vom NATO-Generalsekretär, dieser sollte bei der Übermittlung der Berichte an die Special Group darauf hinweisen, daß für sie nur die Rapporteure die Verantwortung trügen und daß die in Ditchley Park gefertigte Zusammenfassung diese nicht ersetzen sollte. Mit ihr sollte lediglich den Mitgliedsregierungen eine Stellungnahme erleichtert werden. Außerdem wirkte sie darauf hin, daß in die Zusammenfassung der Deutschland betreffende Teil wieder geschlossen in der ursprünglichen Form aufgenommen wurde, nachdem er in dem Entwurf von Bowie/Bellingen in viele Einzelstücke aufgespalten und auf verschiedene Kapitel verteilt worden war.

In der Frage des gemeinsamen Berichtes kamen bei den Gesprächen in Ditchley Park deutlich zwei entgegengesetzte Auffassungen hinsichtlich der Berücksichtigung der französischen Vorbehalte zum Ausdruck. Amerikaner, Engländer und Belgier waren der Ansicht, daß Frankreich sich nicht mehr wie ein Mitglied der Allianz verhalte und es daher nicht mehr angängig sei, durch Rücksichtnahme auf Paris die Arbeit der NATO zu beeinträchtigen. Es müsse jetzt ganz klar ausgesprochen werden, wie das Bündnis in Zukunft aussehen und arbeiten sollte. Diese Klärung könnte nicht weiter herausgeschoben werden, wenn das Bündnis nicht Schaden nehmen sollte. Wenn die Franzosen sich dem nicht oder nur teilweise anschließen könnten, dann sollten sie sich von den betreffenden Aktivitäten fernhalten und sie den übrigen 14 Mitgliedern überlassen. Von deutscher Seite wurde demgegenüber betont, daß es im Interesse des Bündnisses liege, Frankreich soweit wie möglich an dessen Arbeit zu beteiligen. Die 14 dürften keine Initiativen ergreifen, durch die Frankreich hinausgedrängt werde. Die Konstituierung der 14 als Gruppe im DPC sei eine auf militärische Fragen beschränkte Zwangsläufigkeit gewesen; es sei aber nicht sinnvoll, ihre Zuständigkeiten zu erweitern.

Um die aufgetretenen Schwierigkeiten zu überwinden, fanden im Oktober mehrere informelle Gespräche zwischen dem Generalsekretär und den Ständigen Vertretern sowie verschiedenen Mitgliedsregierungen statt. Dabei ging es vor allem um die Frage, auf welcher Ebene weiterverhandelt werden, wer den ersten Berichtsentwurf an die Minister formulieren und auf welcher Grundlage dieser abgefaßt werden sollte.

Auf einer vertraulichen Sitzung der Botschafter am 25. Oktober sprachen sich der

[67] Vgl. David Spanier, Changes in NATO Aims Forecast, in: The Times, 13. Oktober 1967; Peter Grose, 14 Allies propose Plan To Give NATO A Political Role, in: New York Times, 17. Oktober 1967; W(alther) I(mhoff), „Harmel-Studie" der NATO, in: Neue Zürcher Zeitung, 19. Oktober 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

amerikanische, belgische, britische und dänische Vertreter dafür aus, die in Ditchley Park verfaßte Zusammenfassung der vier Berichte als Diskussionsgrundlage und gegebenenfalls auch als ersten Entwurf für den Bericht an die Minister zu benutzen. Demgegenüber bestritt der französische Botschafter die Eignung der Zusammenfassung, da diese einerseits den Inhalt der vier Berichte nicht genau wiedergebe und andererseits viele Punkte enthalte, die seine Delegation schon in den Einzelberichten nicht hätte akzeptieren können. Auch Botschafter Grewe stellte fest, daß der „Ditchley Report" ein Arbeitspapier ohne jeden Status sei, bei dem noch nicht feststehe, ob er für den endgültigen Bericht verwendet werden könnte. Zunächst müßten die Übereinstimmungen und Unterschiede in den Auffassungen klarer herausgearbeitet werden. Dazu sei als Arbeitsgrundlage eine kürzere und straffere Zusammenfassung erforderlich. Dieser Auffassung schloß sich die Mehrheit der Delegierten an. In seiner Zusammenfassung betonte Generalsekretär Brosio, daß den Ministern im Dezember ein substantielles Papier vorgelegt werden müßte. Dazu sollten auf der Sitzung am 7. November Fragen der Substanz eingehend erörtert werden. Das Generalsekretariat werde dazu eine Liste der Probleme ausarbeiten, die besprochen werden könnten. Den Mitgliedern der Special Group sollte es jedoch freigestellt bleiben, ihren Beiträgen die in Ditchley Park erstellte Zusammenfassung, die vier Berichte oder ein anderes Papier zugrundezulegen[68].

Für die nächste Sitzung der Special Group am 7. November stimmte die Bundesregierung ihre Haltung auf einer Ressortbesprechung sorgfältig ab. Es wurde angestrebt, die Berichte der Rapporteure den Ministern im Dezember als „Material" vorzulegen. Eine Zusammenfassung wurde mit dem Argument abgelehnt, daß sie die Einzelberichte abwerten würde. Der Hauptgrund war jedoch, daß es die Bundesregierung nicht zu einem neuen Konfikt im Bündnis kommen lassen wollte und erwartete, daß eine kurze, vom Generalsekretär formulierte Erklärung weniger verfänglich sein würde. Außerdem sollte auf der Ministertagung kein formeller Beschluß über die Harmel-Studie gefaßt werden, sondern das Ergebnis – ähnlich wie 1956 der Bericht der „Drei Weisen" – nur im Anhang zum Kommuniqué behandelt werden[69].

Zu den Einzelstudien wurden eine Reihe von Hinweisen gegeben. Im Falle erheblicher Kritik am Deutschland-Teil des Berichtes der Untergruppe 1 sollte darauf verwiesen werden, daß die Bundesregierung die Auffassungen des Rapporteurs teile und Kritik daher nur im Ministerrat angebracht werden könnte. In der Studie 2 wurde die Klarheit der Darstellung, vor allem im historischen Teil, hervorgehoben, auch wenn sich die Bundesregierung nicht mit allen Formulierungen und Akzentuierungen identifizieren wollte. Die Studie 3 begrüßte sie als besonders konstruktiv, vor allem die dort angesprochene Zwei-Säulen-Theorie. Allerdings schlug sie einige kleinere Änderungen vor. Bei der Studie 4 lobte sie die Systematik, war jedoch im übrigen skeptisch, ob sich ihre Empfehlungen in die Praxis umsetzen lassen würden. Die in den Berichten

[68] Vgl. Arbeit an der Harmel-Studie für die NATO geht weiter, in: USIS, 17. Oktober 1967.

[69] Vgl. August Graf von Kageneck, Das Atlantische Bündnis im Wandel – Bleibt de Gaulle in der NATO oder nur bei ihr? In: Bayern-Kurier, 28. Oktober 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorgeschlagenen Ausschüsse für Fragen der Ost-West-Beziehungen und zu Abrüstung und Rüstungskontrolle wollte sie unterstützen[70].

Das Bundesministerium der Verteidigung war vorher um eine Stellungnahme gebeten worden. Diese konzentrierte sich vor allem auf den Bericht der Untergruppe 3, der in der vorliegenden Form begrüßt wurde, da er im Einklang stände mit den zur Zeit gültigen und in Bearbeitung befindlichen Dokumenten zur NATO-Strategie. Allerdings wollte das Verteidigungsministerium den Hinweis auf mögliche Reduzierungen von taktischen Nuklearwaffen als Folge einer Begrenzung der strategischen Systeme gestrichen sehen. Ebenfalls wurde eine Umformulierung der Aussage vorgeschlagen, daß ein lokaler Konflikt ausschließlich durch konventionelle Kräfte bereinigt werden sollte[71].

Die Sitzung der Special Group am 7. und 8. November, an der Außenminister Harmel, die Unterstaatssekretäre Mulley und Rostow sowie eine Reihe weiterer hochrangiger Vertreter teilnahmen, stand unter dem Eindruck einer kurz vor Sitzungsbeginn bekanntgewordenen Verhärtung der französischen Haltung. Botschafter Roger Seydoux[72] deutete an, daß die französische Regierung keiner Erklärung der Minister über den Rahmen des Kommuniqués hinaus zustimmen werde (auch nicht einem Anhang zum Kommuniqué) und daß sie weiterhin einer Übermittlung der vier Berichte an die Minister, auch wenn dies nur zur Kenntnisnahme geschehe, ihre Zustimmung versagen werde. Außerdem lehne sie die Bildung irgendwelcher neuen Arbeitsgruppen ab. Frankreich sei der Meinung, daß die von den Rapporteuren behandelten Themen in den Zuständigkeitsbereich des Rates gehörten und dort zu behandeln seien. Seydoux sagte, daß Präsident de Gaulle keine Beschlüsse wolle, die das Gesicht der NATO so verändern könnten, daß er sie hinterher nicht mehr wiedererkenne. Die übrigen Teilnehmer waren jedoch der Auffassung von Harmel, daß den Ministern als Arbeitsergebnis ein substantieller inhaltlicher Bericht vorgelegt und daß dieser auch veröffentlicht werden sollte[73].

Die Diskussion konzentrierte sich danach vor allem auf die Substanz der Berichte. Als Grundlage diente ein vom Generalsekretär vorbereiteter umfangreicher Problemkatalog, in dem die offenen Fragen aufgelistet waren, die sich aus den Berichten der Rapporteure ergaben. Die Teilnehmer versuchten, wenigstens unter den 14 einen Konsens in den Sachfragen zu erreichen, der es Brosio dann erlauben würde, auf dieser

---

70 Vgl. C(arl) E(rhardt), NATO-Partner sollen Ostpolitik koordinieren, in: Handelsblatt, 2. November 1967.

71 Vgl. dazu Lothar Rühl, Der nukleare Schutz – ein Mythos? In: Die Welt, 6. Oktober 1967; ders., Es geht nicht nur um gesparte Soldaten, in: Die Welt, 17. Oktober 1967.

72 Roger Seydoux de Clausonne hatte Mitte 1967 Pierre de Leusse als französischer NATO-Botschafter abgelöst.

73 Vgl. -eh., Harmel-Plan stößt auf Widerstand, in: Die Welt, 1. November 1967; wg. (Wolfgang Wagner), Meinungsverschiedenheiten über die künftige politische Rolle der NATO, in: Der Tagesspiegel, 1. November 1967; E(rnst) K(obbert), Harmels Plan zur Nato-Reform in Brüssel beraten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. November 1967; Keine Einigung über NATO-Reform, in: Süddeutsche Zeitung, 9. November 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grundlage einen Berichtsentwurf zu verfassen. Der französische Botschafter verweigerte aber am Schluß des ersten Tages selbst einem derartigen Verfahren die Zustimmung. Unmittelbar vor Sitzungsbeginn am zweiten Tag erhielt Seydoux jedoch Instuktionen[74], die es ihm erlaubten, der Abfassung eines Berichtsentwurfs durch den Generalsekretär, wenn auch mit diversen Vorbehalten, zuzustimmen. Dieser sollte der Special Group bei einer erneuten Zusammenkunft am 22. November vorgelegt werden[75].

In der Zwischenzeit fanden wieder eine Reihe von informellen Gesprächen über das weitere Vorgehen statt. Am 14. November lud Generalsekretär Brosio die NATO-Botschafter der Bundesrepublik, Großbritanniens, Kanadas und der USA – Grewe, Burrows, Campbell und Cleveland – zu einem privaten Gespräch ein, bei dem es um den von ihm zu erstellenden Berichtsentwurf ging. Brosio berichtete, daß sein Stab[76] einen sehr wenig aussagekräftigen Entwurf verfaßt hätte, der zwar alle wichtigen Aussagen beinhalte, in dem aber das künftige Arbeitsprogramm bis fast zur Unkenntlichkeit verwässert worden sei. Brosio erwähnte bei dem Gespräch, daß er kürzlich von Harmel einige Anregungen für einen Bericht erhalten hätte, die in ihrer Aussagekraft jedoch hinter früheren Ausführungen des belgischen Außenministers zurückblieben. Vor allem Cleveland drängte darauf, daß sich die Bündnispartner nicht schon im vorhinein auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner festlegen, sondern die Aussagen treffen sollten, die die meisten von ihnen für richtig hielten. Grewe sprach sich dafür aus, den Entwurf des Internationalen Stabes als eine Rückfallposition zu betrachten, zunächst jedoch ein aussagekräftigeres Dokument vorzubereiten. Ross Campbell argumentierte dagegen, es sei wichtig, neuen Krach mit den Franzosen zu vermeiden. Burrows plädierte seinerseits für einen Bericht mit überzeugender Öffentlichkeitswirkung. Brosio wies zu Recht darauf hin, daß zunächst ein Bericht für die Minister verfaßt werden müßte, der nach Möglichkeit dann auch veröffentlicht werden sollte[77].

Am folgenden Tag übermittelte Brosio der amerikanischen und der belgischen NATO-Delegation vorab den Text seines Berichtsentwurfs für die Sitzung der Special Group am 22. und 23. November. Dieser insgesamt 26 Punkte umfassende Text ging am folgenden Tag auch den anderen NATO-Delegationen zu. Er entsprach der Ab-

---

[74] Robert Bowie erinnerte sich, daß er auf einem an die Sitzung anschließenden Empfang Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem französischen Außenminister hatte und sich bei ihm über die starre Haltung seines Botschafters beschwerte. Couve de Murville habe daraufhin eine Überprüfung der französischen Position zugesagt.

[75] Vgl. Alfred Frisch, Die NATO im Zwielicht. Wird der Harmel-Plan zur Kraftprobe für die Allianz? In: Rheinischer Merkur, 3. November 1967; Gordon Weill, France Agrees to a Study On Revamping of NATO: Draft Plan Expected Soon, in: International Herald Tribune, 9. November 1967; Zr. (Willy Zeller), Die Zukunft des Atlantischen Bündnisses: Beratungen über den Harmel-Plan, in: Neue Zürcher Zeitung, 10. November 1967.

[76] Dieser wurde von dem Stellvertretenden Generalsekretär für Politische Fragen, dem deutschen Diplomaten Joachim Jänicke, geleitet; der eigentliche „ghostwriter" für Brosio war jedoch dessen Stellvertreter, Tony King-Harmon.

[77] Vgl. Secret Telegram 417 from US Mission to NATO to Secretary of State in Washington, 15 November 1967, declassified 12-9-91, LBJ Library.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sicht des Generalsekretärs, unter der Bezeichnung „Planning for the 1970s" ein klares Arbeitsprogramm zu formulieren[78].

Die Bundesrepublik bemühte sich ihrerseits, im Rahmen der verschiedenen mit der Ausarbeitung der Harmel-Studie befaßten Gremien zur Rücksicht auf die französischen Vorbehalte zu mahnen und alles zu verhindern, was dazu führen könnte, daß Frankreich noch stärker ausgegrenzt würde. Die deutschen Gesprächspartner versicherten ihren französischen Kollegen bei den bilateralen Gesprächen wiederholt, daß sie volles Verständnis für die französischen Befürchtungen hätten, warnten diese aber andererseits davor, bei den anderen Delegationen ein Gefühl völliger Frustration aufkommen zu lassen. Die deutsche Position war nicht leicht durchzuhalten, da sie die Bundesrepublik bei den Verbündeten dem Verdacht aussetzte, Bonn wollte dem französischen Beispiel folgen und sich vom Bündnis distanzieren; sie stimulierte dadurch Bemühungen, die Bundesrepublik um so stärker in den Bündniskontext einzubinden – auch wenn das den endgültigen Bruch mit Frankreich heraufbeschwor.

Die Bundesregierung versuchte, mit der französischen Regierung eine für diese akzeptable Absprache über das weitere Vorgehen bei der Harmel-Studie zu treffen. Da die Einzelberichte ebensowenig wie der „Ditchley Report" für Paris akzeptabel waren, einigten sich die Vertreter beider Regierungen darauf, daß die Special Group eine Erklärung ausarbeiten sollte, die dem Kommuniqué des NATO-Ministerrates als Anlage beigefügt werden könnte. Die Abstimmung mit Frankreich scheiterte jedoch, als Staatspräsident de Gaulle am 6. November die entgegenkommende Haltung des Quai D'Orsay persönlich mißbilligte. Angesichts dieser Schwierigkeiten war Bonn besorgt, daß es auf der Ministerkonferenz zu einer kritischen Zuspitzung der Gegensätze kommen könnte. Aus diesem Grund taktierten die Vertreter Bonns in den verschiedenen Gesprächen nun noch vorsichtiger und waren bereit, an der Substanz des Berichtes Abstriche zu machen. Sie wollten in Kauf nehmen, daß in der Allianz keine größeren Neuerungen ins Auge gefaßt wurden und es im wesentlichen bei der gegenwärtigen Praxis blieb, wenn dadurch verhindert werden konnte, daß die desintegrativen Tendenzen innerhalb des Bündnisses noch verstärkt wurden[79].

Die deutsch-französischen Gespräche hatten in der Phase ebenso wie ähnliche belgisch-französische Kontakte vor allem die Aufgabe herauszufinden, wie weit der französische Handlungsspielraum bemessen war und welche Aussagen Paris akzeptieren würde. Im Rahmen dieser Kontakte zeigte Harmel Couve de Murville einen, von Vte. Davignon formulierten und sehr allgemein gehaltenen Entwurf, dem Couve ohne Zögern zustimmte, ihn sogar noch um einen Hinweis auf die deutsche Frage ergänzte. Harmel übermittelte diesen Text dem NATO-Generalsekretär, Mulley und Rostow, möglicherweise auch anderen NATO-Botschaftern. Briten und Amerikaner waren der

[78] Vgl. PO/67/832, NATO-Confidential; Text offengelegt als Secret Telegram 420 from US Mission to NATO to Secretary of State in Washington, 15 November 1967, declassified 12-9-91, LBJ Library.

[79] Vgl. Hans Georg Nachtweh, Alle NATO-Partner wollen das Bündnis reformieren, in: Die Welt, 20. November 1967; W(alther) I(mhoff), Amerikanischer Ausblick auf die NATO-Tagung, in: Neue Zürcher Zeitung, 9. Dezember 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auffassung, wenn die Franzosen so weit zu gehen bereit waren, dann sollte man versuchen, diesen Text durch Elemente des Entwurfs von Brosio substantiell anzureichern. In Kooperation mit Vte. Davignon verfaßten sie einen neuen Bericht auf der Grundlage des Entwurfes von Brosio und im Lichte der Aussagen, die Couve de Murville zu akzeptieren bereit war. Dieses Dokument, das im Gegensatz zu dem Entwurf des Generalsekretärs kein explizites Arbeitsprogramm enthielt, wurde am nächsten Tag in die Sitzung der Special Group als „belgischer Entwurf" eingeführt.

Auf der Sitzung der Special Group vom 22.–24. November stand die Ausarbeitung einer gemeinsamen Vorlage für den NATO-Ministerrat auf der Tagesordnung. Den Teilnehmern lagen dazu der Entwurf des Generalsekretärs vom 16. November sowie der unmittelbar vor der Sitzung vorgelegte neue „belgische" Entwurf vor. Nach einer allgemeinen Aussprache über beide Texte wurde beschlossen, eine „drafting group" auf der Ebene der Ständigen Vertreter einzusetzen, welche die Aufgabe hatte, bis zum nächsten Tag auf der Grundlage des sog. „belgischen" Entwurfs unter Berücksichtigung der bisherigen Diskussionsergebnisse ein gemeinsames Arbeitspapier zu erstellen. Am dritten Tag wurde der neue Text dann Abschnitt für Abschnitt diskutiert und verabschiedet.

An diesen Arbeiten beteiligte sich auch der französische Vertreter. Trotz einer sehr konstruktiven Atmosphäre gelang es aber nicht, über alle Passagen Übereinstimmung zu erzielen. Die Bundesrepublik, die auf der Sitzung durch ihren Gesandten Oncken vertreten war, konnte noch einige zusätzliche Aussagen zur deutschen Frage in den Entwurf einbringen, ohne daß dies auf großen Widerstand stieß. Strittig waren neben den sicherheitspolitischen Themen und den Problemen des Mittelmeer-Raumes vor allem die Frage der Abstimmung künftiger ostpolitischer Initiativen unter den Mitgliedsstaaten. Dabei ergab sich häufig eine Frontstellung zwischen den USA und den Niederlanden auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite. Neue Schwierigkeiten entstanden durch die italienische Forderung, die Special Group über die Ministertagung hinaus fortbestehen zu lassen und die Vorlage des Abschlußberichtes auf das nächste Frühjahr zu verschieben. Der italienische Vertreter legte deshalb einen allgemeinen Vorbehalt gegen den Bericht ein. Dennoch gelang es den Teilnehmern, am 24. November einen Gesamtentwurf zu verabschieden, der allerdings noch eine Reihe von Klammervermerken enthielt, über welche die Außenminister auf der Dezember-Sitzung des NATO-Rats entscheiden mußten und der von dem französischen und dem italienischen Vertreter nur ad referendum angenommen wurde[80].

Die meisten Klammervermerke gingen auf das Bestreben der französischen Regie-

[80] Vgl. Zr. (Willy Zeller), Die Gespräche um den „Harmel-Plan" der NATO, in: Neue Zürcher Zeitung, 23. November 1967; Ronald Koven, French Seem to Be Winning Bid to Dilute NATO Planning, in: International Herald Tribune, 23. November 1967; French Prevent Agreement on NATO Plan Draft, in: International Herald Tribune, 24. November 1967; Zr. (Willy Zeller), Der Harmel-Plan: Formulierungsschwierigkeiten im Sonderausschuß, in: Neue Zürcher Zeitung, 24. November 1967; Le Groupe Spécial de l'OTAN a adopté un projet de rapport aux Ministres, in: Le Monde, 26./27. November 1967; -eh., Harmel-Plan ohne Politisierung der NATO, in: Die Welt, 2. Dezember 1967; Nato sets itself new tasks, in: The Times, 7. Dezember 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung zurück, alle Aussagen zu vermeiden, die ihren politischen Handlungsspielraum einschränken konnten. Aus diesen Gründen wandten sie sich gegen jede Herausstellung des Bündnisses als ein wirksamer multilateraler Rahmen zur gemeinsamen politischen Abstimmung, aber auch gegen eine Nennung der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Gefahr eines militärischen Konflikts. Im Gegensatz dazu wollte die britische Regierung jetzt wieder die Notwendigkeit von politischen Konsultationen betont sehen. Belgien nahm erneut eine vermittelnde Position ein. Nach einer unwesentlichen redaktionellen Überarbeitung wurde der von der Special Group verabschiedete Text am 28. November den NATO-Mitgliedern als Beschlußvorlage für die Ministertagung im Dezember übermittelt.

Zwei Probleme mußten jedoch im Vorfeld der Tagung des NATO-Ministerrates noch gelöst werden, wenn es nicht zu dem befürchteten Konflikt auf der Sitzung selbst kommen sollte: der primär innenpolitisch bedingte italienische Vorbehalt gegen die Vorlage eines Abschlußberichtes mußte ausgeräumt und die Zustimmung Frankreichs zur Verabschiedung oder zumindest Kenntnisnahme des Berichtes sowie seine Mitwirkung bei der Auflösung der Klammervermerke erreicht werden. Das erste Problem ließ sich mit der Umformulierung der Ziff. 17 lösen, die für den öffentlichen Konsum in Italien bestimmt war. Im neuen Text wurden die Ständigen Vertreter beauftragt, ohne Verzug Beratungen über diejenigen Probleme aufzunehmen, die noch nicht in allen ihren Aspekten untersucht worden waren, und dem Rat weitere Berichte vorzulegen[81].

Das zweite Problem war angesichts der bekannten französischen Widerstände schwieriger zu lösen, obwohl die Bundesregierung eigentlich davon ausging, daß es Paris über den Harmel-Bericht nicht zum Bruch mit der Allianz kommen lassen würde. Wenn Frankreich endgültig aus der NATO ausscheiden würde, verlöre es viel von seinem „nuisance value", und die Sowjetunion hätte keine Veranlassung mehr, den Franzosen einen Preis für ihre Distanzierung vom Bündnis zu zahlen. Diese Erwartung trog nicht. Zunächst schlug Botschafter Seydoux vor, die strittigen und in Klammern gesetzten Teile nicht zu diskutieren und den Bericht in seiner jetzigen Form unter Aufrechterhaltung der Klammern lediglich zur Kenntnis zu nehmen, ihn jedoch nicht zu veröffentlichen. Gleichzeitig versicherte er, daß Frankreich bereit sei, im Kommuniqué die Vorlage des Harmel-Berichtes bekannt zu geben und in einem Anhang zum Kommuniqué seine operativen Teile anzunehmen und zu veröffentlichen. Eventuell könnten dem Kommuniqué einige Sätze der „Philosophie" des Harmel-Berichtes eingefügt werden. Dazu machte Seydoux einen sehr allgemein gehaltenen Textvorschlag.

Da vor allem Großbritannien, aber auch andere Regierungen nicht bereit waren, auf diesen Vorschlag einzugehen, bestand die Gefahr, daß kein eindeutiger und verbindlicher Text zustande kommen würde. Auch einige andere Länder legten großen Wert darauf, für die heimische Öffentlichkeit etwas Vorzeigbares zu erhalten. Botschafter

[81] Vgl. Die künftigen Aufgaben der Allianz, in: Das Atlantische Bündnis, S. 432 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grewe ebenso wie sein kanadischer Kollege Campbell versuchten, einen Kompromiß zu bewerkstelligen, indem sie darauf verwiesen, daß auch der Bericht der „Drei Weisen" im Jahre 1956 vom Ministerrat nicht förmlich angenommen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen worden sei. Förmlich angenommen wurden nur die Empfehlungen; der Bericht selbst wurde erst später unter der Verantwortung der drei Verfasser veröffentlicht[82].

Eine Reihe von informellen Gesprächen mit dem NATO-Generalsekretär und zwischen den Delegationen brachten keine Fortschritte. Gleichwohl trat eine informelle Arbeitsgruppe aus Vertretern verschiedener Mitgliedsländer unter Einschluß Frankreichs zusammen, um die Klammern in dem Berichtsentwurf zu beseitigen. In einigen Fällen wurde der französische Standpunkt berücksichtigt, in anderen Kompromißformulierungen gefunden[83]. In zweitägigen intensiven Gesprächen gelang es, alle Klammern aufzulösen mit Ausnahme der Klammer um den letzten Satz von Ziff. 15, in dem eine Harmonisierung der Politik in Regionen außerhalb des NATO-Gebietes empfohlen wurde. Auf die Beibehaltung dieses Abschnittes legten die Niederlande besonderen Wert, da es sich um den letzten verbliebenen Rest des „Patijn-Berichtes" handelte. Noch war allerdings weder eine Einigung über die Formulierung des Minister-Kommuniqués noch in der Frage erzielt worden, ob der Harmel-Bericht als Anhang zu demselben veröffentlicht werden sollte. Botschafter Seydoux hielt weiterhin seine Vorbehalte gegen das ganze Projekt aufrecht, wobei er den Bericht als viel zu lang für einen Kommuniqué-Anhang bezeichnete.

Eine Lösung ergab sich erst in Ministergesprächen am Vorabend der NATO-Konferenz. Während des traditionellen „Vierer-Essens" des deutschen Außenministers mit seinen Kollegen aus Frankreich, Großbritannien und den USA bemerkte Couve de Murville in eher beiläufiger Weise, er sehe nicht ein, warum man nicht den ganzen Bericht in toto veröffentlichen könnte, nachdem nunmehr die Klammern entfernt worden seien. In den abschließenden Vorgesprächen am folgenden Tag erklärte sich die französische Delegation offiziell bereit, sowohl den Bericht anzunehmen als auch seiner Veröffentlichung zuzustimmen. Nach dem französischen Einlenken gaben auch die Niederländer in der Auseinandersetzung um den Schlußsatz in Ziff. 15 nach, und die Italiener verzichteten darauf, auf einer Verlängerung des Mandats der Special Group zu insistieren, da beide Länder nicht ihrerseits in Gefahr einer Isolierung geraten wollten. Damit waren alle wesentlichen Hindernisse für eine einvernehmliche Verabschiedung des Harmel-Berichtes aus dem Weg geräumt[84].

Auf der Nachmittagssitzung des NATO-Ministerrates am 13. Dezember 1967 stellte Generalsekretär Brosio den Berichtsentwurf unter dem Tagesordnungspunkt 2 zur

---

82 Vgl. Bericht des Dreierausschusses vom 13. Dezember 1956 über die nichtmilitärische Zusammenarbeit innerhalb der NATO, in: Das Atlantische Bündnis, S. 411–431.

83 Vgl. Hans-Josef Strick, NATO definiert ihre Aufgaben neu, in: Süddeutsche Zeitung, 15. Dezember 1967.

84 Vgl. L'O. T. A. N. examine le „plan Harmel" sur la réorganisation de l'Alliance, in: Le Monde, 12. Dezember 1967; v. F., Vierergespräch über Bonns Ostpolitik, in: Die Welt, 13. Dezember 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diskussion. Dabei wies er darauf hin, daß eine Reihe von Sätzen und Aussagen, u. a. in den Ziffern 5, 10 und 15, in Klammern stünden und von den Ministern entschieden werden müßten. Das gleiche gelte für Ziff. 17, zu dem die italienische Delegation einen eigenen Vorschlag eingebracht habe. Anschließend gab der belgische Außenminister Harmel eine längere Erklärung ab, in der er vor allem auf die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen einging und auf eine konstruktive Weiterentwicklung der Kontakte drängte. Dann meldete sich der französische Außenminister, Couve de Murville, zu Wort und erklärte, seine Regierung sei damit einverstanden, den Entwurf in der vorliegenden Form anzunehmen, mit Ausnahme eines Satzes in Ziff. 15, auf dem bisher die Niederlande bestanden hatten. Nachdem auch Außenminister Luns eingelenkt hatte, erhob der portugiesische Außenminister Nogueira zur Überraschung der anderen Delegierten seinerseits Einwände gegen die Ziff. 15 und die dort enthaltene Bekräftigung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen. Um den Portugiesen entgegenzukommen, die aus Sorge um ihre Kolonialpolitik hartnäckig auf einer Änderung bestanden, wurde die betreffende Aussage abgeschwächt. Auch von einigen anderen Ministern wurden noch kleinere Änderungen vorgeschlagen. Schließlich erklärte sich auch der italienische Außenminister Fanfani mit der umformulierten Ziff. 17 einverstanden, wenn diese die Zustimmung aller anderen Delegationen fände. Abschließend stellte Brosio die Frage, ob dieser Bericht als Anhang zum Kommuniqué veröffentlicht oder nur parallel zum Kommuniqué zur Kenntnis genommen werden sollte. Diese Frage wurde nicht entschieden, sondern dem Kommuniqué-Ausschuß überlassen, der sich für die erste Lösung aussprach[85].

Damit konnte der Harmel-Bericht nach einjähriger Arbeit gebilligt und vom Ministerrat am 14. Dezember 1967 als Anhang zu dem Kommuniqué der Herbsttagung der NATO veröffentlicht werden[86].

9. Bewertung und Implementation

In einem Interview mit der Deutschen Welle erklärte Außenminister Brandt, es sei gelungen, „ein ganz gehaltvolles Dokument über die künftigen Aufgaben, gerade auch über die politischen Aufgaben der Allianz", herauszugeben. Fragen der Ost-West-Beziehungen ebenso wie Fragen der Sicherheitspolitik mit den beiden Säulen Verteidigung und Rüstungsverminderung würden als künftige Aufgaben betont. Nach Auffassung von Brandt könnten die Bemühungen der Bundesregierung um Entspannung

[85] Vgl. Hans-Josef Strick, NATO definiert ihre Aufgaben neu, in: Süddeutsche Zeitung, 15. Dezember 1967; Paul-Jean Franceschini, Le conseil atlantique a adopté le plan Harmel sur les objectifs à long terme de l'alliance, in: Le Monde, 15. Dezember 1967; E(ric) M(ettler), Die doppelte Aufgabe der NATO: Zustimmung der Außenminister zur Harmel-Studie, in: Neue Zürcher Zeitung, 15. Dezember 1967.

[86] Vgl. Die künftigen Aufgaben der Allianz, in: Das Atlantische Bündnis, S. 432 ff.; ferner Kommuniqué über die Tagung des NATO-Ministerrates am 13. und 14. Dezember 1967 in Brüssel, in: Europa-Archiv, Folge 3/1968, S. D 73–77.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nun eingebettet werden in entsprechende Überlegungen des Bündnisses. Dabei könnte sich die Bundesrepublik auf die politische und moralische Unterstützung der Verbündeten verlassen[87].

Sehr viel skeptischer war jedoch das Presseecho[88]. In der Tat bot der Bericht in Sachfragen wenig neue Ansätze. Dies war in Bonn auch nicht erwartet worden. Dort wertete man es bereits als einen Erfolg, daß es überhaupt gelungen war, eine gemeinsame Erklärung mit französischer Zustimmung zu verabschieden. In der deutschen Frage war es mit Mühe gelungen, den Standpunkt der Bundesrepublik in den Bericht einzubringen, ohne daß ihre Auffassungen von allen Mitgliedsregierungen geteilt wurden. Mit Skepsis wurde die Absicht einiger NATO-Partner verfolgt, das Bündnis zu einem Instrument der Entspannungspolitik zu machen. In der Bundesrepublik wurde befürchtet, sie könnte unter dem Druck der Partner gezwungen werden, Abstriche an ihren Positionen in der deutschen Frage zu machen, oder sie würde dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Ost-West-Beziehungen durch die Rücksichtnahme auf Bonn nicht vorankämen. Schließlich war die Bundesregierung nicht davon überzeugt, daß es möglich sein würde, innerhalb des Bündnisses neue Formen der Abstimmung und der gemeinsamen Politikgestaltung zu den globalen Problemen zu finden, nachdem bereits der Versuch der „Drei Weisen" gescheitert war.

Aus amerikanischer Sicht war jedoch die Mehrzahl der angestrebten Ziele erreicht worden. Trotz unterschiedlicher Akzentuierung seitens der einzelnen Partner sei Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß die NATO auf den „zwei Säulen" militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung ruhe. Vor allem sei die politische Rolle des Bündnisses bestätigt worden, die dieses neben seiner militärischen Aufgabe habe und in Zukunft verstärkt spielen müsse. Darüber hinaus sei es gelungen, Schwerpunkte für die künftige Arbeit zu bezeichnen: Verbesserung der Ost-West-Beziehungen; deutsche Frage und europäische Sicherheit; Rüstungskontrolle und Abrüstung; Sicherheitsprobleme im Mittelmeerraum. Schließlich sei in dem Bericht festgehalten worden, daß sich die NATO-Regierungen über alle Probleme in der Welt konsultieren könnten, ohne daß ein Mitglied gezwungen werde, sich an diesen Abstimmungen zu beteiligen. Aber es könnte die anderen auch nicht an derartigen Konsultationen hindern. Dem letzten Punkt maßen die USA besondere Bedeutung bei[89].

Mit dem Harmel-Bericht war das ordnungspolitische Konzept der Vereinigten Staaten bestätigt worden. Angesichts des Fortbestandes der bipolaren Konfrontationsstrukturen und der sowjetischen Bedrohung sollte die Atlantische Allianz als zentrale Institution zur Organisation des westlichen Lagers funktionsfähig erhalten

---

87 Interview von Außenminister Willy Brandt am 18. Dezember 1967 mit der Deutschen Welle, in: Archiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

88 Vgl. z. B. Hans Ulrich Kempski, Wo keinem die Bäume in den Himmel wachsen, in: Süddeutsche Zeitung, 15. Dezember 1967.

89 Vgl. Livingston Hartley, Harmel Report Commentary, in: The Atlantic Community Quarterly, Bd. 6 (1968), Nr. 1, S. 9–18; The Harmel Report: „Future Tasks of the Alliance", NATO Information Service – Speakers Notes SN/1, February 1968; United States Relations with NATO, Harmel Exercise; LBJ Library.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Der französische Verdacht, die USA wollten ihre Rolle als dominierende Macht in Westeuropa stabilisieren, sie mit ihrem südostasiatischen Engagement kompatibel machen und über eine zentrale Kontrolle der Kernwaffen die Möglichkeit eines nicht gewollten Krieges in Europa ausschließen, war also durchaus richtig. Zugleich war aber das französische Streben nach einem größeren nationalen Gestaltungsspielraum anachronistisch. Frankreich konnte sich nicht als europäische Führungsmacht anbieten, da dieses Europa Großbritannien nicht einschloß und da es Deutschland keinen dem amerikanischen vergleichbaren, glaubwürdigen nuklearen Schutz gewähren konnte, solange die amerikanische nukleare Garantie noch gebraucht wurde und hinlänglich glaubwürdig war.

Ihrerseits vor die Wahl gestellt, entweder eine aus ihrer Sicht unnötige und teilweise den eigenen Interessen abträgliche Erklärung hinzunehmen oder dem Bündnis einen möglicherweise tödlichen Schlag zu versetzen, entschied sich die französische Regierung für das erstere und akzeptierte den Harmel-Bericht. Dem Bündnis fiel in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, die Bundesrepublik fest in den westlichen Kontext einzubinden. In der damaligen Situation war die Atlantische Allianz die einzige Organisation, die dies leisten konnte, da die anderen Institutionen aus unterschiedlichen Gründen blockiert waren: die Europäischen Gemeinschaften durch den französischen Widerstand gegen einen britischen Beitritt, ein Wiederaufleben der Vier-Mächte-Kontrolle der Nachkriegszeit durch den Ost-West-Gegensatz ebenso wie durch den Widerstand Bonns gegen derartige Versuche.

Auch die britische Regierung war mit dem Ergebnis nicht unzufrieden, vor allem, nachdem es gelungen war, den französischen Widerstand gegen die Veröffentlichung einer substantiellen Erklärung zu überwinden. Dabei wurde freilich eingeräumt, daß diese nicht gerade in eindrucksvoller „Churchillian Prose" (Rostow) abgefaßt worden war. Jedoch hatte die Allianz autoritativ erklärt, daß ihre Aufgabe nicht nur darin bestehe, eine Aggression abzuschrecken, sondern auch für die Errichtung einer realistischen Europäischen Friedensordnung zu arbeiten. Die bislang ketzerische Idee, das Bündnis könnte eine führende Rolle bei der Verhandlung und Verwirklichung von ausgewogenen Truppenreduzierungen oder anderen Entspannungsschritten spielen, hatte nun sogar Eingang in das Kommuniqué gefunden. Darüber hinaus war innerhalb des Bündnisses während der Arbeit an dem Bericht sowohl das Gefühl der Zusammengehörigkeit als auch die Entschlossenheit gewachsen, dasselbe und seinen transatlantischen Charakter über das Jahr 1969 hinaus zu erhalten. Mit den Berichten der vier Rapporteure war daher aus britischer Sicht eine gute Grundlage für die künftige Arbeit des Bündnisses gelegt worden[90].

Mit dem Harmel-Bericht wurde die Rolle der kleineren NATO-Staaten aufgewertet. Vor allem Belgien wertete ihn als Bestätigung dafür, daß das Bündnis von unkonventionellen Gedanken profitiert habe. In der Diskussion über seine Implementierung meldeten die kleineren Staaten daher auch mit Nachdruck ihren Anspruch an, die bila-

[90] Vgl. NATO Policy in Europe, in: The Times, 15. Dezember 1967.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teralen Kontakte zu den osteuropäischen Staaten nicht nur fortzuführen, sondern auch auf eine breitere Basis zu stellen. Stärker als zuvor war ihnen jedoch die Notwendigkeit rechtzeitiger Konsultationen bewußt, wenn sie auf eine wie auch immer geartete Unterstützung des gesamten Bündnisses rechnen wollten. Insofern wirkte der Harmel-Bericht als Klammer, der die Allianz angesichts zentrifugaler Tendenzen zusammenhielt[91].

Mit der Aussage, die Allianz habe zwei Hauptfunktionen – militärische Sicherheit zu gewährleisten und eine Politik der Entspannung zu betreiben –, war in der Tat ein zentraler und publizistisch eingängiger Kompromiß zwischen einerseits denjenigen im Bündnis gefunden worden, die auch weiterhin die Aufgabe der NATO in der Abschreckung und Verteidigung im Falle einer Aggression seitens der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sahen, und denjenigen, die – sei es aus Überzeugung, sei es aus innenpolitischer Opportunität – mehr Gewicht auf eine aktive Détente-Politik legen wollten. Jede Seite konnte sich damit auf die ihr besonders zusagenden Aussagen berufen und ihre Position mit dem Gütesiegel der Allianz versehen. Das Neue war dabei nicht, daß das Bündnis für sich reklamierte, auch eine politische Funktion zu haben – diese hatte es seit seiner Gründung –, sondern daß es explizit eine Zuständigkeit für die gemeinsame Gestaltung der Entspannungspolitik beanspruchte und damit einen Rahmen für deren Koordinierung bot, der in der Folge an Bedeutung gewann. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Harmel-Bericht keine inhaltlichen Aussagen darüber machte, wie die Politik der Entspannung gegenüber der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas aussehen sollte. Dies war gerade der Grund dafür, daß die „offene" Harmel-Formel auch unter gewandelten internationalen Bedingungen anwendbar blieb.

Zunächst mußte jedoch innerhalb des Bündnisses und zwischen seinen Mitgliedern geklärt werden, wie die sich aus der Harmel-Studie ergebenden Folgerungen umgesetzt werden sollten. Am leichtesten war es, sich auf weitere Studien zur Prüfung ausgewogener Truppenreduzierungen zu verständigen, wobei geklärt werden mußte, ob diese Arbeiten im Rahmen der 15 oder der 14 durchgeführt werden sollten. Die Entscheidung zugunsten der 15 erfolgte am 29. Januar 1968 im Ständigen NATO-Rat, der beschloß, damit den Politischen Ausschuß auf der Ebene der Botschafter-Stellvertreter zu betrauen. Nach Bedarf sollten zusätzlich Abrüstungsexperten aus den Hauptstädten hinzugezogen werden. Zunächst sollten vom Politischen Ausschuß jedoch präzise „terms of reference" ausgearbeitet werden.

Vor allem die Bundesregierung hatte dafür plädiert, die Diskussion im Politischen Ausschuß zu führen, nachdem sie von den Franzosen in deutsch-französischen Konsultationen über deren Interesse an dem Themenkomplex informiert worden war. Wie schon bei den Arbeiten am Harmel-Bericht wollte sie Frankreich, wenn immer möglich, im Bündniskontext integrieren, um Prioritätenkonflikte in ihrer eigenen Politik zu vermeiden, die auf eine enge Zusammenarbeit mit Paris wie mit Washington ange-

[91] Vgl. Pierre Harmel, Die Entspannung ist nicht das Endziel, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 12 (1987), S. 663.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wiesen war. Die Vereinigten Staaten hatten dagegen unter Effektivitätsgesichtspunkten vorgeschlagen, diese Gespräche im DPC unter den 14 weiterzuführen. Angesichts der Zwänge des Vietnam-Krieges und des Druckes im Kongreß, die in Europa stationierten Truppen zu reduzieren, wünschten sie die baldige Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion über beiderseitige Reduzierungen[92].

Der dornigste Punkt war die Frage, wie mit der Empfehlung des Harmel-Berichtes verfahren werden sollte, „politische Maßnahmen zu prüfen, die darauf gerichtet sind, eine gerechte und dauerhafte Ordnung in Europa zu erreichen, die Teilung Deutschlands zu überwinden und die europäische Sicherheit zu fördern" (Ziff. 12). Die Bundesregierung verwies in diesem Zusammenhang auf die in Ziff. 11 des Harmel-Berichtes explizit anerkannte besondere Verantwortlichkeit der Drei Mächte und der Bundesrepublik. Sie forderte, daß bei der Behandlung der mit einer europäischen Friedensordnung zusammenhängenden Fragen vorherige Konsultationen unter den Vier stattfinden müßten, sobald die Deutschland-Frage berührt würde. Im übrigen war sie angesichts des geringen Maßes an im Bündnis verbliebener Übereinstimmung bemüht, die Erörterungen über die deutsche Frage möglichst an das Ende der Beratungsagenda zu schieben. Vor allem die Niederlande drängten jedoch nicht nur auf eine Diskussion, sondern auch auf die Entwicklung von neuen Ansätzen, die auch die deutsche Haltung zu „Staaten und Nichtstaaten" einschließen müßten. Aus Bonner Sicht sollte jedoch nicht über spezifische Deutschland-Probleme diskutiert, sondern diese in die Frage einer Europäischen Friedensordnung eingebettet werden.

Im Zusammenhang mit der Implementierung des Harmel-Berichtes beschäftigte den Politischen Ausschuß auch die Frage, wie die Konsultationen mit den östlichen Staaten fortgeführt werden sollten, insbesondere welches Maß an Abstimmung innerhalb des Bündnisses erfolgen müßte, wenn die Interessen eines anderen Partners oder der Allianz als ganzer berührt wurden. Die Vertreter der „Gruppe der Zehn" (Belgien, die Niederlande, Dänemark und Norwegen, drei östliche Staaten und vier neutrale Staaten), die untereinander einen intensiven Ost-West-Meinungsaustausch pflegten, hielten bündnisinterne Konsultationen zur Vorbereitung ihrer Gespräche mit Ostblockstaaten nicht für angemessen. Sie erklärten sich lediglich bereit, den Rat rechtzeitig über ihre Gespräche zu informieren und dessen Meinung anzuhören. Aus ihrer Sicht war eine Weiterentwicklung der Entspannung und eine Auflockerung des Ostblocks durch bilaterale Kontakte notwendig, die durch Konsultationen im Bündnis nicht beeinträchtigt werden sollten. Dem widersetzten sich jedoch die größeren Partnerstaaten, die zwar die Nützlichkeit bilateraler Kontakte zugaben, jedoch ausreichende vorherige Konsultationen in allen Fragen forderten, die für die Allianz und für einzelne Partnerstaaten wichtig waren. Die Bundesregierung berief sich in dieser Diskussion auf die Ziff. 7 und 12 des Harmel-Berichtes, dessen Zweck nicht erfüllt werde, wenn künftig jeder Staat auf eigene Faust vorginge.

Am 22. April nahm der Politische Ausschuß seine Beratungen über ausgewogene

[92] Vgl. Phil Williams, The Senate and U.S. Troops in Europe, London/Basingstoke 1985, S. 139 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Truppenreduzierungen auf, zu denen Abrüstungs- und militärische Experten hinzugezogen wurden. Aus sehr unterschiedlichen Gründen trat sowohl die belgische als auch die amerikanische Regierung dafür ein, für die nächste Ministertagung des NATO-Rates im Juni eine Empfehlung auf dem Gebiet der Abrüstung vorzubereiten. Die USA schlugen vor, eine Resolution zu erarbeiten, in der die bisher erzielten Fortschritte in der Frage ausgewogener Truppenreduzierungen sowie die Bereitschaft der NATO, exploratorische Gespräche mit dem Osten vorzuschlagen, zum Ausdruck kommen sollten.

Das Ergebnis dieser Arbeiten war der „Appell von Reykjavik" vom Juni 1968, in dem die Allianz dem Warschauer Pakt Verhandlungen über beiderseitige Truppenreduzierungen anbot[93]. Die NATO reagierte damit sowohl auf die wachsende Tendenz im Bündnis zu einseitigen Truppenreduzierungen, als sie auch denjenigen Mitgliedern entgegenkam, welche die östliche Verhandlungsbereitschaft auf die Probe stellen bzw. der vom Warschauer Pakt vorgeschlagenen europäischen Sicherheitskonferenz ein eigenes Verhandlungskonzept entgegenstellen wollten. Da keineswegs sichergestellt war, daß der Osten auf diesen Vorschlag eingehen würde, erhielten zugleich jene Partner einen Aufschub, die zum damaligen Zeitpunkt multilateralen Verhandlungen kritisch gegenüberstanden.

Die Invasion der Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 in der Tschechoslowakei fiel wie Rauhreif auf die von zahlreichen westlichen Politikern gehegten Blütenträume einer fortschreitenden Ost-West-Détente. Zugleich bewahrte sie die Bundesrepublik davor, bei einer Diskussion über europäische Sicherheit und deutsche Frage in die Gefahr einer Isolierung zu geraten, wie sie auch das Bündnis vor den zentrifugalen Tendenzen schützte, die sich aus einer ungebremsten Dynamik bilateraler Ost-West-Kontakte ergeben konnten. Außerdem wurde die Richtigkeit der im Harmel-Bericht vorgenommenen Funktionsbestimmung der Allianz bestätigt, daß das Bündnis sowohl zur Abschreckung und Verteidigung bereit sein müsse, wie es auch in seinem Bemühen um Überwindung der Spaltung Europas nicht nachlassen dürfe.

10. Harmel-Bericht und NATO-Krise

In zweifacher Weise stellte sich die Frage, ob der Harmel-Bericht zur Überwindung der 1966 innerhalb des Bündnisses so stark empfundenen Malaise beitragen konnte und ob er das einstweilige Scheitern der Entspannungspolitik mit der Niederschlagung des „Prager Frühlings" durch die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 überdauern würde.

Zunächst spricht viel dafür, daß im Herbst 1966, als Außenminister Harmel den Vor-

[93] Vgl. Kommuniqué der Tagung des NATO-Ministerrates vom 24. und 25. Juni 1968 in Reykjavik sowie Erklärung der Außenminister und Vertreter der am NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Länder über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen, in: Europa-Archiv, Folge 15/1968, S. 357–360.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlag für das nach ihm benannte Unternehmen bei den Partnern sondierte, der Höhepunkt der NATO-Krise bereits überschritten war. Die in der militärischen Integration verbleibenden Staaten hatten Mittel und Wege gefunden, mit der „Vertreibung" der Allianz aus Frankreich fertig zu werden. Der Umzug des NATO-Hauptquartiers von Paris nach Brüssel und desjenigen von SHAPE nach Mons-Casteau bereitete verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten und wurde am 30. September 1967 programmgemäß abgeschlossen. Das Bündnis begnügte sich jedoch nicht mit der Verlegung der verschiedenen NATO-Institutionen, sondern nahm gleichzeitig eine organisatorische Reform vor. Der Verteidigungs-Planungsausschuß (DPC) wurde nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration zum höchsten Entscheidungsgremium der 14 im Bündnis; der Militärausschuß (MC) wurde umgebildet, mit einem internationalen Stab (IMS) ausgestattet und von Washington nach Brüssel verlegt.

Besondere politische Bedeutung hatte die Schaffung eines neuen institutionellen Instrumentariums für eine verstärkte nukleare Mitwirkung der nichtnuklearen Bündnismitglieder. Das DPC beschloß im Dezember 1966, zwei ständige Gremien für die nukleare Planung einzurichten: den Ausschuß für Nukleare Verteidigungsangelegenheiten (NDAC), der allen Mitgliedern offenstand, und die Nukleare Planungsgruppe (NPG), der sieben Länder angehörten. Diese Gremien nahmen Anfang 1967 ihre Arbeit auf.

Auch bei den Bemühungen um die Entwicklung einer neuen gemeinsamen Strategie und einer damit abgestimmten Streitkräfteplanung konnte das Bündnis Fortschritte verzeichnen. Im Juli 1966 verabschiedeten die Verteidigungsminister ein Fünfjahres-Programm für die Streitkräfteplanung, das auf dem Prinzip der Vorneverteidigung beruhte, die das Bündnis 1963 akzeptiert hatte. Im Januar 1967 wurde die Fortschreibung der Streitkräfteplanung (Defense Planning Review) mittels des erstmals 1966 praktizierten Erhebungsverfahrens in die Wege geleitet. Im Mai 1967 beschlossen die Verteidigungsminister Leitlinien (Ministerial Guidance) für das neue strategische Konzept, das im Dezember 1967 als MC 14/3 verabschiedet wurde.

Außerdem war um die Jahreswende 1966/67 deutlich geworden, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre auf dem europäischen Festland stationierten Truppen aufgrund ihrer angespannten Außenhandelsbilanz zwar reduzieren, aber zur Zurückverlegung bereit halten und keine Abstriche an ihren grundsätzlichen NATO-Verpflichtungen vornehmen würden. Darauf legte vor allem die Bundesregierung Wert. Die deutsch-britisch-amerikanische Dreier-Vereinbarung vom 2. Mai 1967 bestand aus einem Verhandlungspaket von begrenzten alliierten Truppenabzügen, verbesserten Verstärkungs- und Übungsmöglichkeiten vor Ort (POMCUS, REFORGER und Crested Cap) sowie neuen deutschen Offset-Leistungen[94]. Auch über die weitere Sta-

[94] Vgl. Erklärung des Auswärtigen Amtes zum Abschluß der deutsch-britisch-amerikanischen Gespräche über Truppenstationierung und Devisenausgleich vom 2. Mai 1967 sowie Erklärung des U.S. Außenministeriums vom gleichen Tage, in: Europa-Archiv, Folge 11/1967, S. D 254–258; ferner Elke Thiel, Dollar-Dominanz, Lastenteilung und amerikanische Truppenpräsenz in Europa. Zur Frage kritischer Verknüpfung währungs- und stationierungspolitischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, Baden-Baden 1979.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionierung der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik konnte im Dezember 1966 eine Übereinkunft erzielt werden[95].

Schließlich schienen der Regierungswechsel in Bonn und die Beteiligung der Sozialdemokraten an der neuen Koalition darauf hinzudeuten, daß die Bundesrepublik das Bremserhäuschen der westlichen Détente-Politik verlassen und eine vorsichtige gemeinsame Ost- und Entspannungspolitik des Westens unterstützen würde.

Nur vor diesem Hintergrund war die Zustimmung aller Partner zu dem von Harmel vorgeschlagenen Studienauftrag möglich. Während der Arbeiten am Harmel-Bericht zeigte sich, daß trotz aller Meinungsunterschiede untereinander und der 14 mit Frankreich das Bemühen stärker war, zu einem konsensualen Ergebnis zu kommen. Die einvernehmliche Verabschiedung des Harmel-Berichtes wurde zweifellos dadurch erleichtert, daß dieser im Abstimmungsprozeß viel von seiner Brisanz verloren hatte und in seiner politischen Bedeutung relativiert worden war.

Da sich keine Regierung – mit Ausnahme derjenigen Belgiens – mit dem Harmel-Bericht politisch identifizierte, führte der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR auch nicht zu einer politischen Abwertung des Berichtes, die andernfalls zu erwarten gewesen wäre. Dieser war bereits mit den für seine Implementierung gefundenen Formelkompromissen und der Entscheidung, in Zukunft vor allem auf ein Verhandlungsangebot über ausgewogene Truppenreduzierungen hinzuarbeiten, in seiner Bedeutung relativiert worden.

Was macht nun seine politische Wirkung aus, die in den 70er und 80er Jahren viele Staatsmänner des Bündnisses, in Sonderheit deutsche Politiker unterschiedlicher parteipolitischer Couleur, veranlaßte, sich auf den Harmel-Bericht zu berufen? Sein Lebenselixier war die Aussage in Ziff. 5, nach der das Bündnis zwei Funktionen hat, militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung, und daß diese keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung darstellten. Mit der Berufung auf diese Formel konnten sowohl ost- und entspannungspolitische Initiativen für vereinbar mit einer weiterhin auf Abschreckung und Verteidigung gestützten Sicherheitspolitik erklärt werden, als auch in einer Zeit der Ost-West-Entspannung militärische Anstrengungen begründet und gerechtfertigt werden konnten.

In dem Maße, wie Sicherheit und Entspannung zur Raison d'être der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland wurden, avancierte die Harmel-Formel zur inoffiziellen außenpolitischen Doktrin, an der die Bundesregierung unter allen Umständen festzuhalten suchte, da sie weder ihre Bündnis- und Sicherheitspolitik gefährden noch ihre Ost- und Entspannungspolitik aufgeben konnte. Die Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Teilung Europas hat zwar den Harmel-Bericht auf seinem Podest gelassen, zwingt jedoch zur Suche nach einem neuen Konsens über die künftigen Aufgaben der Allianz.

---

[95] Vgl. Deutsch-französische Stationierungsvereinbarung. Das Stationierungsrecht und die Statusfragen der französischen Truppen in Deutschland, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 161, 23. Dezember 1966, S. 1304 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Zeitzeugen" und ihre Funktion 1967

Belgien und Niederlande:
Pierre Harmel, Außenminister Belgiens;
Prof. Dr. Constantijn Leopold Patijn, ehem. Abgeordneter der PvdA in der Zweiten Kammer, Berichterstatter der Untergruppe 4;
André de Staercke, Botschafter Belgiens bei der NATO, Paris, ab Okt. 1967 Brüssel.

Bundesrepublik Deutschland:
Jürgen von Alten, VLR, Referat II A 3, „Strukturfragen des Ostens";
Wolfgang Behrends, VLR, Leiter des Referates II A 7, „NATO, WEU und Verteidigung";
Prof. Dr. Wilhelm Grewe, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, Paris, ab Okt. 1967 Brüssel;
Joachim Jänicke, Assistant Secretary General for Political Affairs (ASG/PA), Paris, ab Okt. 1967 Brüssel;
Dr. Ernst Friedrich Jung, VLR, Leiter des Referates II A 1, „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten" (bis August 1967);
Dr. Hans Christian Lankes, VLR I, Leiter des Referats II B 2, „Europäische Sicherheit";
Dr. Dirk Oncken, Gesandter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, Paris, ab Okt. 1967 Brüssel;
Dr. Ulrich Sahm, MDg., Leiter der Unterabteilung II A;
Klaus Schütz, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (bis Okt. 1967);
Berndt von Staden, BR I an der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, Paris, ab Okt. 1967 Brüssel;
Günther van Well, VLR, Leiter des Referates II A 1, „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten" (ab September 1967);
Dr. Erwin Wickert, VLR I, Leiter des Referates II A 3, „Strukturfragen des Ostens".

Großbritannien:
Arthur Hockaday, Assistant Secretary General for Defence Planning and Policy, Paris, ab Okt. 1967 Brüssel;
Kenneth Hunt, Deputy Standing Group Representative (U.K.), Washington (bis Ende 1966);
Michael Palliser, Private Secretary to the Prime Minister;
J. H. Adam Watson, Undersecretary, Foreign Office.

Vereinigte Staaten:
Robert Bowie, Councelor, Department of State;
George McGhee, Ambassador to the Federal Republic of Germany;
Eugene V. Rostow, Undersecretary for Political Affairs, State Department;
Helmut Sonnenfeldt, Director, Office of Research and Analysis for Soviet Bloc, State Department.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PIOTR MADAJCZYK

ANNÄHERUNG DURCH VERGEBUNG

Die Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt vom 18. November 1965

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Entstehungsgeschichte der Botschaft der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 und dem innenpolitischen Streit, der sich darüber entspann. Dabei bleibt natürlich wenig Raum, die politische Lage Polens in den sechziger Jahren ausführlich zu beschreiben. Nur auf einige wichtige Elemente, oder besser auf einige noch nicht hinreichend geklärte Sachverhalte der damaligen innenpolitischen Situation soll hingewiesen werden, die für das Verständnis der Entstehungsgeschichte und des Verlaufs des Streits um die Botschaft unerläßlich sind. Zum einen ist nicht klar, welche Rolle der Primas der katholischen Kirche Polens, Stefan Wyszyński, damals in der polnischen Gesellschaft spielte. Diese Frage wurde bis jetzt noch nicht wissenschaftlich erforscht. Andrzej Micewski, ein polnischer Historiker und Politiker, und Peter Raina, ein Historiker der Freien Universität Berlin, sehen im Primas einen „Staatsmann", der dem polnischen Volk diente[1]. Unter dem Begriff „Staatsmann" versteht man normalerweise einen hervorragenden Politiker, in der Interpretation der beiden genannten Autoren geht es aber wohl eher um eine Person, die stark im politischen Leben engagiert, aber kein Politiker war. Deshalb fehlt auch die Antwort auf die Frage, über welchen politischen Einfluß der Primas tatsächlich verfügte und wie weit seine Tätigkeit de facto politischen Charakter trug.

Offen ist zum anderen die Frage nach der Rolle der Kirche in der Ära Gomułka. Die Kirche hatte sicherlich entscheidenden Einfluß auf die Weltanschauung der Mehrheit der Bevölkerung; richtig ist aber auch, daß – wie Krzysztof Wolicki schrieb – „der Puls des religiösen Lebens" zwar stark war, daß dieses „Leben (. . .) aber wie abseits der Hauptströmungen des öffentlichen Lebens lief, nicht nur des offiziellen"[2]. Dazu bestand, wie immer in der Geschichte der Kirche, eine Diskrepanz zwischen der Kirche als Glaubensgemeinschaft und als mächtige Organisation der politischen Interessenswahrung. Diese Problematik bildet ebenso ein Forschungsdesiderat wie die Frage, welche Gefahren die Rolle als einzige Opposition für die Kirche mit sich brachte – die Rolle, in welcher, wie Raina zugespitzt schrieb, jeder Kompromiß einer Häresie ähnel-

[1] Peter Raina, Kardynał Wyszyński. Prymas Polski, Bde 1–3, London 1979, 1986, 1988; Andrzej Micewski, Kardynał Wyszyński. Prymas i mąż stanu, Paris 1982.

[2] Krzysztof Wolicki, Przeciw łamentowi i realizmowi na kacu, Warschau 1989, S. 50.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te[3]. Diese Fragen sind heute noch nicht zu beantworten, ein Hinweis auf sie kann aber den Hintergrund der damaligen Ereignisse verständlicher machen.

Die dritte offene Frage bezieht sich auf das politische System in Polen. Es ist heute klar, daß in Polen kein totalitäres System herrschte[4]. Gomułka bildete nach seiner Rückkehr an die Macht – wie der polnische Historiker Jerzy Eisler richtig urteilte – ein autoritäres System ohne Führerprinzip, mit starker Zensur und Polizeikontrolle, wobei letzteres mehr präventive Funktionen hatte[5]. Die Partei (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei – PVAP) erhob keinen Anspruch mehr auf aktive Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben. Sie begnügte sich damit, daß die Bürger, also überwiegend die Katholiken, den Staat nicht „störten". Die Botschaft der polnischen Bischöfe, das sei vorweggenommen, rief nicht zuletzt deshalb so heftige Kritik an der Kirche hervor, weil die Partei darin eine Störung dieses empfindlichen Systems erkannt hatte. Das vierte, ebenfalls noch nicht geklärte Problem besteht schließlich in der Frage der innenpolitischen Instrumentalisierung des Nationalismus. Wichtig ist dabei der Hinweis, daß sich in den sechziger Jahren in der PVAP die nationalistische Gruppe der sogenannten Partisanen mit Mieczysław Moczar (Innenminister von 1964–1968) an der Spitze herausbildete. Der innere Zusammenhalt dieser Gruppe ergab sich aus der maßlos übertriebenen Betonung ihrer Bedeutung im Befreiungskampf im Zweiten Weltkrieg, wobei zu fragen ist, ob diese Gruppe den antideutsch ausgerichteten Nationalismus nicht für den innenpolitischen Machtkampf mißbrauchte.

Der Nationalismus sorgte aber auch auf der anderen, der kirchlichen Seite für Probleme. Die Kirche stützte sich im Konflikt mit Staat und Partei auf die im Bewußtsein vieler Polen sehr stark ausgeprägten Traditionen und nationalen Stereotypen. Das war ihre Stärke, zugleich kräftigte das aber die nationalistischen und traumatischen Gefühle der polnischen Bevölkerung. Im Endeffekt war so die Frage der Verständigung mit Deutschland für einen großen Teil der polnischen Gesellschaft keine rein außenpolitische Frage.

Die Entstehungsgeschichte der Botschaft der polnischen Bischöfe

Es ist bekannt, daß der Brief der polnischen Bischöfe nur ein Schritt auf dem Weg der deutsch-polnischen Verständigung war. Erwähnenswert sind hier die Predigt Kardinal Julius Döpfners vom 16. Oktober 1960 in der Kirche St. Eduard in Berlin, das Tübinger Memorandum vom 6. November 1961 und die Denkschrift der EKD vom 1. Oktober 1965. Unstrittig ist auch, daß die Idee des Versöhnungsbriefes am stärksten vom Breslauer Erzbischof Bolesław Kominek vertreten wurde, der auch der Verfasser der

[3] Raina, Wyszyński, Bd. 1, S. 405.

[4] Vgl. Krystyna Kersten, Polska diabelska alternatywa, „Polityka" Nr. 31 vom 4. 8. 1990; A. Walicki, Czy PRL była państwem totalitarnym, „Polityka" Nr. 29 vom 21. 7. 1990; Andrzej Micewski, Bilans czterdziestolecia, in: Ebenda.

[5] Jerzy Eisler, Władysław Gomułka jako wychowawca społeczeństwa, Referat im Besitz des Verfassers.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Botschaft war; darüber wußten die polnischen Behörden schon in den sechziger Jahren Bescheid[6]. Aufschlußreicher aber erscheint die Frage nach der unterschiedlichen Beurteilung der Initiative durch Kominek und Wyszyński. Hansjakob Stehle stellte Auffassungsunterschiede auf Grund der Äußerungen vom 1. September 1965 anläßlich der Breslauer Sommerfeiern fest. Wyszyński sprach dort mehr über den uralten polnischen Charakter Schlesiens, Kominek über das ganze kulturelle Erbe[7]. Ein solcher Unterschied mußte schon auf Grund von Herkommen und Erziehung bestehen: Kominek war Schlesier und hatte die deutsche Schule besucht, Wyszyński dagegen kannte die Fragen des Grenzlandes nur aus der Theorie. Hinzu kam, daß Kominek schon sehr früh Kontakte zu deutschen Geistlichen aufnahm und von Pfarrer Albertz und Bischof Martin Niemöller besucht wurde – was auch dazu beitragen mochte, daß er sich eine andere Meinung über diese Problematik bildete. Das Gewicht Wyszyńskis in der polnischen Kirche war aber so groß, daß man nicht von einer Rivalität „Kominek – Wyszyński" sprechen kann. Diese zwei unbestritten führenden Persönlichkeiten des polnischen Episkopats waren zwar nicht miteinander befreundet, respektierten und schätzten einander aber[8]. Die Initiative Komineks mußte nach Lage der Dinge den Segen Wyszyńskis haben; aber welche Rolle Wyszyński bei der Entstehung der Botschaft genau spielte, bleibt unklar[9].

Bei Wyszyńskis Entschluß, die Idee der Versöhnung mit den Deutschen zu unterstützen, mag ein – bis dato unbekanntes – Ereignis eine wichtige Rolle gespielt haben. 1957 oder 1958 (Wyszyński erinnerte sich nicht mehr genau daran) sprach der Primas von Polen mit Kardinal Julius Döpfner, der ihm die Botschaft überbrachte, daß „den zuständigen Stellen in Westdeutschland sehr daran läge, daß der Primas von Polen folgendes wisse: Die Regierung in Bonn meint, daß ihr Problem nicht die Revision der Grenzen ist, aber die andere Gestaltung der Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen". Wyszyński war offensichtlich sehr skeptisch, was Kardinal Döpfner aber voller Verständnis akzeptierte[10]. Es ist heute nicht mehr möglich festzustellen, ob Döpfner eine offizielle Ermächtigung zu diesem Schritt hatte; es ist aber höchstwahrscheinlich, daß sich hinter dem Begriff „zuständige Stellen" der deutsche Kanzler verbarg. Vor diesem Hintergrund sah Wyszyński in der schon erwähnten Predigt Döpfners aus dem Jahre 1960 eine offizielle Bestätigung der früheren Äußerungen. Beides zusammen hat ihn vielleicht zu der Meinung gebracht, daß eine polnische Versöh-

---

6 Vgl. Vermerk in: Archiwum Urzędu do Spraw Wyznań (im folgenden: Ud/sW), B. 78/36, Działalność Episkopatu, Orędzie (1965), S. 386–401. Man berief sich dort auf den Aufsatz in „Cahiers Pologne-Allemagne" (3/1959, 1/1960) eines Suffraganes dieser Kurie.

7 Vgl. M. Gehlen, Das publizistische Echo in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR auf den Versöhnungsbriefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe am Ende des zweiten Vatikanischen Konzils, Diplomarbeit Universität Münster, 1987, S. 43 f.

8 Interview mit dem Sekretär Komineks Z. Seremak.

9 Wie bekannt ist, sprach Wyszyński nicht gut deutsch, was von vorneherein seine aktive Rolle begrenzte.

10 Instytut Prymasowski, Prymas Polski Stefan Kardynał Wyszyński, Kazania i przemówienia, Bd. 22, S. 352, Omówienie najważniejszych dokumentów soborowych, 14. 2. 1966.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nungsinitiative, wie Kominek sie vorschlug, auf deutscher Seite positiv aufgenommen würde.

Warum ist diese Initiative gerade damals erfolgt? Zuerst muß man das Zweite Vatikanische Konzil und das Millenium Polens im Jahre 1966 erwähnen. Die Idee der Botschaft stimmte mit Geist und Buchstaben des Konzils überein, insofern auch die Botschaft nach einem Dialog, nach der Überwindung der Grenzen, nach der Verständigung zwischen den Menschen suchte. Mit der Tausendjahrfeier verband Kominek die Hoffnung, daß dadurch die Autorität des polnischen Staates gestärkt werden könnte; dies wiederum konnte eine Phase der Neuorientierung, des Überdenkens traditioneller Meinungen und Stereotypen einleiten[11]. Ermunternd wirkten ferner die schon genannten Schritte von deutscher Seite: die Predigt Döpfners, das Tübinger Memorandum und schließlich die EKD-Denkschrift; letztere war um so wichtiger, weil sie zeitlich schon nach den umstrittenen Breslauer Äußerungen Komineks und Wyszyńskis lag.

Der Zusammenhang zwischen der Botschaft und der Breslauer Sommerfeier ist nicht eindeutig. Kominek sagte im Februar 1966 in seiner Predigt im Breslauer Dom, daß die Botschaft „. . . nicht wider unsere Worte von Allenstein, Stettin, Oppeln und Breslau entstand – wie man das schrieb –, sondern eher wegen dieser Worte"[12]. Diese Formulierung konnte aus der gespannten politischen Lage resultieren. Die Breslauer Feier und die Botschaft standen jedenfalls nicht im Gegensatz zueinander. Möglich ist jedoch auch, daß das polnische Episkopat durch eine neue Initiative die Verärgerung in Deutschland mildern wollte, die man bei den Sommerfeiern insbesondere in Breslau in Kauf genommen oder nicht vorhergesehen hatte. Wie immer dem aber gewesen sein mag, dem Kirchenamt zufolge gab das Zusammentreffen der deutschen und polnischen Bischöfe während des Zweiten Vatikanischen Konzils den Ausschlag für eine polnische Initiative[13]; nur Kardinal Lorenz Jaeger stellte fest, daß die Gespräche schon ein Jahr zuvor begonnen hatten[14]. Ganz ohne Zweifel trugen das Konzil, die gemeinsamen Gespräche und der gute Kontakt zwischen Kominek und Döpfner in Rom zur Entscheidung des polnischen Episkopats bei. Worüber man sich aber während der Treffen in Rom genau unterhielt, bleibt unklar. Nach Raina, der sich auf die leider nicht allgemein zugänglichen Notizen von Wyszyński („Pro Memoria") stützen kann, diskutierte man allgemein über „wichtige Fragen[15], während das Kirchenamt verlautbarte, es sei auch über Einzelheiten gesprochen worden, und man habe folgendes verabredet: 1. Das deutsche Episkopat wird Verständnis für die Einstellung der polnischen Bischöfe bezüglich der Westgebiete Polens zeigen, weil die polnische Kirche einen schwierigen Kampf gegen den Kommunismus führt; 2. das deutsche Episkopat wird die polnischen Bischöfe vor Verleumdungen (vermutlich ging es um Konservatismus

[11] Bolesław Kominek, Chrześcijańskie przebaczenie. Przemówienie wygłoszone w katedrze wrocławskiej 6 lutego 1966, „Więź" 1983, Nr. 3, S. 75, 84.
[12] Ebenda, S. 76.
[13] Wie Anm. 6.
[14] Gehlen, Echo, S. 44.
[15] Raina, Wyszyński, Bd. 3, S. 86–89.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Nationalismus) aus dem Westen in Schutz nehmen; 3. das polnische Episkopat wird die Rolle der westdeutschen Kirche als Erneuerungskraft der deutschen Gesellschaft hervorheben[16]. Aus welchen Quellen diese Informationen stammten, schrieb das Kirchenamt nicht.

Genaueres ist über ein Treffen vom 4. Oktober 1965 in Rom bekannt, zu dem die polnischen Bischöfe ihre deutschen Amtsbrüder (Franz Hengsbach, Otto Spülbeck und Joseph Schröffer) eingeladen hatten. Hengsbach erinnerte sich später an einen herzlichen Empfang und an Gespräche, die eine geistliche Prämisse des Briefes der polnischen Bischöfe waren[17]. Nach Stehle wurde dabei der „in deutsch verfaßte Text [der Botschaft] in manchen Abschnitten ‚getestet'". Er vermutet, daß die herzliche Stimmung, die bei diesem Treffen herrschte, die Hoffnung der polnischen Seite auf eine offene und positive deutsche Antwort gestärkt habe[18].

Gleichzeitig bereitete Kominek einen Artikel für die Krakauer katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny" vor, der die öffentliche Meinung Polens auf den Versöhnungsbrief vorbereiten sollte. „Hoffentlich wird der Artikel nicht zwischen der Scylla und Charybdis der Zensur erdrückt bzw. zerquetscht . . .", schrieb er am 9. November 1965 aus Rom an Stehle[19]. Anlaß zu Hoffnung aber bestand, denn im Mai 1965 war in derselben Wochenzeitung schon ein anderer Artikel erschienen, in dem Kominek über die Notwendigkeit des Dialogs mit den Deutschen geschrieben hatte. Nach dieser Veröffentlichung konnte Kominek sich der halboffiziellen Unterstützung der Behörden sicher[20] sein, von wem genau, läßt sich aus der allgemeinen Formulierung nicht erschließen. Ein weiterer Artikel, der am 21. November erscheinen sollte, wurde jedoch von der Zensur „erdrückt"[21].

Dieser Artikel war ein großes Plädoyer für „Dialog anstatt Polemik". In der deutschen Version – in den Materialien befindet sich ein auf deutsch verfaßter sehr ähnlicher Text – schrieb Kominek: „Daraus folgt, daß der Dialog als soziales Grundgesetz einfach unabwendbar erscheint und zwar auf allen sozialen Ebenen. Der Dialog nicht die Polemik, also auch der Dialog zwischen Deutschland und Polen." In der polnischen Version schrieb er über die Gefahren, die sich mit der Polemik verbinden, über Ärger, Streit und Feindlichkeit. Er betonte die Notwendigkeit des Dialogs, der in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht möglich gewesen war, und unterstrich die Verbindung mit der christlichen Moral: „Die erste große Botschaft von Papst Paul VI. hat die Notwendigkeit eines allgemeinen Dialogs in der heutigen Menschheit Urbi et Orbi verkündet, hat ihn theologisch zu begründen versucht und

---

16 Wie Anm. 6.

17 „Die Zeit", Nr. 1 vom 2. 1. 1966.

18 Hansjakob Stehle, Seit 1960: Der mühsame katholische Dialog über die Grenze, in: Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 160.

19 Ebenda, S. 159.

20 Kominek, Chrześcijańskie, S. 77 f.

21 Sygnały Glúwnego Urzędu Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk, Warschau 17. 11. 1965, in: Ud/sW; hierin befinden sich der Text des Artikels und ein auf deutsch verfaßter Text „Dialog Deutschland–Polen? Gedanken und Vorschläge", die sehr ähnlich sind.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihn sozusagen als elementaren Bestandteil der heutigen kirchlichen Seelsorge erklärt. Miteinander Gedanken und Worte austauschen, ist sozusagen jetzt für uns alle, besonders für alle Christen, ein Gebot der Stunde geworden." Kominek war sich aber auch der Mechanismen der Tagespolitik bewußt, als er feststellte: „Freilich werden auf der einen und der anderen Seite noch gar viele bleiben, die jede Art von Dialog als Verrat empfinden oder doch wenigstens alle Schritte zu einer Annäherung mit Mißtrauen betrachten werden. (. . .) vielleicht gibt es auch solche, denen Polemik und Spannungen eine Lebensnotwendigkeit bedeuten."[22]

Die Botschaft der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 wurde von Erzbischof Kominek verfaßt. Manche meinten auch, der Text sei zuerst in Breslau geschrieben und dann nach Rom gebracht worden; diese Meinung fand aber keine Bestätigung[23]. Den Text der Botschaft schrieb Kominek in einem italienischen Kloster. Dann folgte die sprachliche Korrektur durch Walter Dirks, den Herausgeber der „Frankfurter Hefte"[24]. Mitgearbeitet am Text hat auch der polnische Bischof Kazimierz Kowalski, dessen detaillierte Bemerkungen hier nicht näher betrachtet werden. Es lohnt sich aber auf die Zusammenarbeit beider Bischöfe hinzuweisen, die vielleicht ein Beispiel dafür sein könnte, daß Grenzgebiete auch eine Brücke zwischen Nationen sein können. Erzbischof Kominek wuchs zweisprachig auf, zu Hause sprach er polnisch, in der deutschen Schule deutsch. Er war Schlesier, der die deutsche und polnische Kultur gleichermaßen kannte. Auf einen ähnlichen Lebensweg trifft man bei Bischof Kowalski. Aus einem polnischen Elternhaus in Großpolen stammend, besuchte er das deutsche Gymnasium und wollte in Münster Theologie studieren. Nach 1914 wurde er jedoch in die deutsche Armee eingezogen, im Dezember 1918 kämpfte er aber schon auf der polnischen Seite im Aufstand in Posen.

Der Text der Botschaft wurde am 27. Oktober 1965 vermutlich an Kardinal Döpfner mit der Bitte um Kommentar und Ergänzungen geschickt:

„Ew. Exzellenz!

Fecimus, quod potuimus. Wir haben es nicht nur für das deutsche Volk geschrieben – auch für unser eigenes. Es sind wahrhaftig keine billigen Geschichtsfälschungen darin. – Es scheint uns eine große Chance zu sein – Chance einer Wende des bisherigen. Wir legen dieser Botschaft viel mehr Gewicht bei als den Briefen an andere Episkopate. Die Intention ist Annäherung auf christlicher Ebene. Weisen Sie, bitte, diese beiderseitige Chance nicht zurück.

Gott vergelt's! – Bitte gewünschte Änderungen am Rande bzw. im Text anführen. – Wenn möglich bis morgen – Donnerstag."[25]

Die eigentliche Botschaft begann nach der Einladung, „an den Kirchenfeiern des polnischen Milleniums teilzunehmen". Daran anschließend machte Kominek Ausfüh-

---

[22] Ebenda.

[23] „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2. 12. 1965, S. 6. Der damalige Sekretär Komineks Z. Seremak (Interview) streitet diese Information ab.

[24] Edith Heller, Dokument świętej naiwności, in: „Res Publica" 1990/4, S. 53.

[25] Ud/sW 78/41. Im Original falsche Schreibweise „Werten Sie, (. . .)."

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungen, die „als historischer und zugleich auch sehr aktueller Kommentar unseres Milleniums dienen und vielleicht auch mit Hilfe Gottes unsere beiden Völker im gegenseitigen Dialog einander noch näher bringen" sollten. Kominek gab einen Überblick über die deutsch-polnische Geschichte, die mehr einer Kirchengeschichte mit einem reichbestückten „Heiligenhimmel" glich. Er sah in Polen von Anfang an eine Symbiose aus Christentum, Kirche und Staat, und er schätzte den deutschen Beitrag an der polnischen Geschichte: das Magdeburger Recht, die deutschen Kaufleute, Architekten, Künstler und Siedler. „Wir haben der abendländischen – auch der deutschen Kultur – wahrhaftig sehr viel zu verdanken." Ferner erinnerte er an die deutsche Abstammung der heiligen Hedwig (Jadwiga). Darüber und über andere, heute ganz selbstverständlich erscheinende Dinge sprach man damals in Polen nicht gern. Kominek sah auch keine ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen, die Beziehungen hätten sich aber „in den letzten Jahrhunderten in eine Art nachbarliche ‚Erbfeindschaft' verwandelt", schrieb er unter Hinweis auf die Kreuzritter, „Albrecht von Preußen, Friedrich den Großen, Bismarck und schließlich Hitler als Endpunkt". Außerdem befaßte sich die Botschaft mit dem Leid der Polen im Zweiten Weltkrieg, aber in einem ganz anderen Sinne als die offizielle Historiographie. Kominek betonte das Sicherheitsbedürfnis seiner Landsleute nach dem schrecklichen Krieg, einem für Polen verlorenen Krieg, der mit der Drohung verbunden gewesen war, „in den engen Korridor eines ‚Generalgouvernements'" eingeschränkt zu werden – ohne Ost- und Westgebiete. Dabei erwähnte er auch die Bedeutung der polnischen Westgrenze für Deutschland; er nannte sie „eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges – zusammen mit dem Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen". Kominek präsentierte so eine ganz andere Geschichte Polens und der deutsch-polnischen Beziehungen, als sie damals in den polnischen Büchern zu lesen war. Der bekannteste Satz der Botschaft ist der Schlußsatz: „In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hinüber in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung."

Der am 18. November 1965 schließlich übersandte Text muß eine schon korrigierte Version der Botschaft sein, weil das deutsche Episkopat schon am 16. Oktober bei dem bekannten Kirchenhistoriker schlesischer Abstammung Hubert Jedina eine Expertise über den Text der Botschaft bestellt hatte[26]. Das ist insofern interessant, weil Kominek den Text „aus sich selbst" heraus, ohne Materialien geschrieben hatte; kleine Fehler waren ihm nicht so wichtig gewesen. Das deutsche Episkopat hingegen bestellte für die Antwort ein Gutachten eines Fachmannes – beide Seiten sprachen also auf ganz anderen Ebenen.

Am 18. November 1965 wurden die Botschaft und die Einladungen zur Millenium-Feier an 55 Episkopate verschickt. Besondere Einladungen erhielten Josef Frings (Köln), Döpfner (München) und Alfred Bengsch (Berlin). Dann mußte die polnische Seite auf die Antwort warten. Der Text der Antwort war – wie der Text der Botschaft

[26] Heller, Dokument, S. 62.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– Gegenstand von Konsultationen zwischen beiden Episkopaten, vielleicht auch der Gespräche Wyszyński–Döpfner. Nur die Bischöfe Spülbeck (Meißen) und Schaffran (Görlitz), also beide aus der DDR, waren zu Zugeständnissen bereit[27]. Die Unbeugsamkeit Döpfners findet ihre Erklärung vielleicht in seiner späteren Bemerkung über die Gespräche mit Wyszyński vom 27. Mai 1971, die ein ähnliches Thema betrafen: „Er (Wyszyński) sah darin offensichtlich eine Pflichtübung, über die er möglicherweise [der polnischen Regierung] berichtete, da er von der damaligen Romreise kein greifbares Ergebnis nach Hause brachte."[28] Ähnlich mochte Döpfner im Jahre 1965 gedacht haben. Das beweist aber, daß er die Persönlichkeit des Primas von Polen und vielleicht auch die politische Konstellation in Polen nicht richtig einzuschätzen vermochte.

Die deutsche Anwort erfolgte am Sonntag, dem 5. Dezember 1965. Sie trug die Unterschriften von 41 Bischöfen aus West- und Ostdeutschland. Die Bischöfe nahmen darin die Einladung nach Polen an und luden die polnischen Bischöfe für das Jahr 1968 nach Essen und Meißen (Tausendjahresfest) ein. Sie unterstrichen ihre Hoffnung auf eine Fortsetzung des Dialogs und die Vertiefung der Freundschaft zwischen beiden Völkern. Die Bischöfe hoben die christliche Gemeinsamkeit Europas hervor und betonten ferner, daß sie keinen Sinn in der gegenseitigen Aufrechnung der Schuld sähen. Die Frage des „Rechts auf Heimat" blieb aber ungelöst; dieses Recht wurde von deutscher Seite nicht aufgegeben, es wurde aber anerkannt, daß in Polen „jetzt eine junge Generation heranwachse, die das Land, das ihren Vätern zugewiesen wurde, ebenfalls als ihre Heimat betrachtet". Das alte Dilemma der Vertriebenen, Verzicht auf Gewalt und Streben nach Revision der Grenzen, blieb also bestehen. Die polnische Westgrenze wurde in der Antwort nicht erwähnt. Die Bemerkung über die Notwendigkeit einer gerechten und beide Seiten zufriedenstellenden Lösung, die Gott der Zukunft überlassen habe, legte den Schluß nahe, daß die deutsche Kirche die Änderung des territorialen Status quo unterstützte.

Die Antwort des deutschen Episkopats war wie eine diplomatische Note abgefaßt. Sie „fiel so diplomatisch aus, daß sie von polnischen Kommunisten dazu benutzt werden konnte, sie den polnischen Bischöfen ironisch als Vorbild vorzuhalten"[29]. Treffend bemerkte Edith Heller, daß das damalige Urteil Wyszyńskis über die Antwort: „positiv" überhaupt nicht enthusiastisch klingt[30]. Weniger konnte er in seiner Lage kaum sagen.

Aus diesen Gründen ist auch die geplante gemeinsame Besprechung der beiden Episkopate nicht zustande gekommen. Es wurde nur ein polnisches Kommuniqué veröffentlicht, in dem die deutsche Antwort positiv aufgenommen und festgestellt wurde, daß Meinungsunterschiede zwischen beiden Seiten weiterbestehen würden. Um diese Unterschiede zu erklären, schickte das polnische Episkopat dem deutschen das Buch eines polnischen, im Ausland lebenden Historikers zu – Oskar Halecki: „Dzieje

---

27 Ebenda, S. 61.

28 Hansjakob Stehle, Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970–1971, in: VfZ 31 (1983), S. 551.

29 Ebenda, S. 540.

30 Heller, Dokument, S. 61.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kościola w Polsce" (Die Geschichte der Kirche in Polen)[31]. Was die polnischen Bischöfe wirklich dachten, sagte Wyszyński später ganz offen: „Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, daß die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern auch die Weltmeinung enttäuscht hat. (. . .) Dies ist desto trauriger, als die deutschen Protestanten dem katholischen Polen in einer viel mehr evangelischen Gesinnung entgegenkommen."[32] Mit diesen Worten stellte Wyszyński fest, daß die Initiative fehlgeschlagen war. Wo sah er die Gründe dafür?

Nach den Ausführungen Wyszyńskis berücksichtigte das deutsche Episkopat nicht in genügendem Maße, daß „unsere [die polnische] GRENZFRAGE auch eine KIRCHENFRAGE" ist[33]. Für Wyszyński war die Frage des Katholizismus in Polen zugleich auch die Frage des am weitesten im Osten liegenden katholischen Staates, und er fühlte sich von den deutschen Geistlichen in dieser Hinsicht nicht verstanden. Er betrachtete es deshalb auch als notwendig zu wiederholen: „Die GRENZFRAGE ist für sie [die Polen] eine LEBENSFRAGE geworden . . ."[34] Darin stimmte er ganz mit Gomułka überein, der den „Herzogtum Warschau-Komplex" hatte. Aber nicht nur hier herrschte Übereinstimmung, wie Wyszyński Ende 1970 in Erinnerung an die territorialen Verluste Polens im Osten und angesichts der beginnenden deutsch-sowjetischen Annäherung schrieb: „Darum fürchtet man so sehr, besonders in den Westgebieten, daß auch dieser neue Moskauvertrag Unglück bringen kann."[35] Der „Rapallo-Komplex", die Angst vor einer deutsch-russischen Verständigung, bei welcher Polen entbehrlich würde, spielte auch bei Gomułka eine sehr wichtige Rolle[36]. Übereinstimmung bestand auch in der Frage der immer noch provisorischen kirchlichen Organisation in den polnischen Westgebieten. Nicht nur Gomułka verlangte hier eine Änderung der Einstellung des Vatikans, auch Wyszyński schrieb 1970 mit Erbitterung: „Gerade heute hat man mir gesagt, daß der heilige Stuhl durch den Widerstand des deutschen Episkopats so gelähmt ist, daß er die dringendsten Probleme der westlichen Diözesen nicht lösen kann."[37]

Es zeigte sich, daß das Manövrierfeld in der Außenpolitik in mancher Hinsicht sehr begrenzt war, und zwar ganz gleich, ob entsprechende Initiativen von der kommunistischen Partei oder von der Kirche kamen. Es war deutlich, daß unter den gegebenen Umständen die polnische Kirche von der deutschen Seite ebensowenig erreichen konnte wie die polnischen staatlichen Behörden.

---

31 Kazania, Bd. 22, „Sprawy gorące" Kościoła Millenijnego w Polsce, Gniezno, 3.2. 1966, S. 263 f.
32 Stehle, Briefwechsel, S. 546.
33 Ebenda.
34 Ebenda.
35 Ebenda, S. 547.
36 Interviews mit Andrzej Werblan, Stanisław Trepczyński und Bohdan Lewandowski.
37 Stehle, Briefwechsel, S. 547.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Reaktion in Polen

Wie erfuhren die staatlichen Behörden Polens von der Botschaft der Kirche? Das staatliche Kirchenamt wußte zunächst nichts davon; die diesbezüglichen Materialien, die sich dort befinden, trafen erst ein paar Monate später ein[38]. Eine ähnliche Situation herrschte im Innenministerium, im Departement IV, das mit Kirchenfragen befaßt war. Der zuständige Vizeminister, Franciszek Szlachcic, meinte, daß das Ministerium des Innern keinen genauen Einblick in Belange des Episkopats hatte und es schwer gewesen sei, glaubhafte Informationen zu gewinnen[39]. Es gilt heute als sicher, daß es in der Absicht der Kirche lag, den polnischen Behörden den Text der Botschaft frühzeitig zur Kenntnis zu bringen. Der Sekretär Komineks, Pfarrer Zygmunt Seremak, übermittelte deshalb den Text der Botschaft dem polnischen Pressekorrespondenten Ignacy Krasicki[40]. Seremak las Krasicki später auch den vorbereiteten Text der Antwort der deutschen Bischöfe vor. In diesem Fall unterließ er es jedoch – vielleicht weil es kein eigener Text war –, seinem Gesprächspartner ein Exemplar des Textes zu übergeben[41]. Bis zu diesem Punkt ist der Sachverhalt klar, was später geschah – nicht. Es wurde vermutet, daß Krasicki den Text als „aus eigenen Informationsquellen" stammend übergab[42], ohne darauf hinzuweisen, daß es sich um eine vertrauliche Erkundigung Komineks handelte. Krasicki selbst bestreitet das und behauptet, daß er Kominek „nach seinem besten Wissen"[43] über die positive Einstellung der Behörden informiert habe. Das kann stimmen, weil die Meinungen der Behörden durchaus nicht eindeutig waren. Stehle hingegen behauptete, „daß die Gomułkaführung bereits einen Schlag gegen die kirchliche ‚Einmischung' in ihre Deutschlandpolitik vorbereitete"[44], was aber eine bloße Vermutung bleibt.

Die Verwendung eines so unsicheren Informationskanals, wie ein Pressekorrespondent es war, sollte nicht überraschen. Das gehörte zum damaligen System. Die polnischen Bischöfe in Rom unterhielten keine offiziellen Kontakte zu den polnischen Behörden, weswegen Pressekorrespondenten als Vermittler dienten. Wenn ein Bischof den Behörden eine Botschaft überbringen wollte, sprach er mit dem Pressekorrespondenten, der schon wußte, daß wichtigere Äußerungen nicht nur für ihn selbst bestimmt waren. Der Bischof konnte sicher sein, daß sein Anliegen via polnische Botschaft in Rom meistens noch am gleichen Tag Warschau erreichte[45].

Es war erstaunlich: Obwohl es sich um eine bedeutende Botschaft des polnischen Episkopats handelte, schwiegen die polnischen Massenmedien. Die staatlichen Behör-

38 Interview mit dem langjährigen Vizedirektor im Kirchenamt A. Merker.

39 Nicht autorisiertes Interview mit dem damaligen Vizeminister im Innenministerium F. Szlachcic.

40 Interview mit Z. Seremak. Vgl. dazu auch Hansjakob Stehle, Die Ostpolitik des Vatikans, München 1975, S. 378.

41 Interview mit Z. Seremak.

42 In Polen wiederholte diese These Stehles Andrzej Micewski, Współrządzić czy nie kłamać? PAX i ZNAK w Polsce 1945–1976, Paris 1978, S. 119 f.

43 Heller, Dokument, S. 61.

44 Stehle, Seit 1960, S. 160.

45 Interviews mit Z. Seremak.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den warteten unzweifelhaft auf die deutsche Antwort; jedoch verhieß eine solche Zurückhaltung nichts Gutes. Es ist unmöglich festzustellen, was in dieser Zeit in der PVAP geschah und ob Zenon Kliszko, der vertrauteste Mitarbeiter Gomułkas, die Botschaft wirklich so verstand wie Kominek, nämlich als in der Kontinuität der früheren Politik der Kirche stehend, die ihren Ausdruck auch in den Breslauer Veranstaltungen gefunden hatte[46]. Zu hören war auch, daß die späteren Angriffe gegen die Botschaft auf die Intervention Moskaus zurückgingen. Diese Vermutung stützte sich unter anderem auf die Tatsache, daß Kliszko am 10. Dezember 1965 (als die Kritik einsetzte) aus Moskau zurückkehrte[47]. Otto B. Roegele formulierte das 1966 vorsichtiger, als er über die Suche der polnischen Seite nach Unterstützung in Moskau und über die Schwierigkeiten, eine Übereinstimmung zu erreichen, schrieb[48]. Eine solche Version ist wahrscheinlich, Druck aus Moskau war aber wohl nicht die Ursache der Kritik, weil die Position Gomułkas damals sehr stark war und er einem Druck nicht hätte nachgeben müssen.

Gomułka selbst hielt die Botschaft für verfrüht. Der polnische Diplomat Józef Winiewicz erinnerte sich in diesem Zusammenhang an die Gespräche zwischen Gomułka und dem polnischen Außenminister Adam Rapacki, die er 1966 in New York hörte. „Rapacki schlug (. . .) mehr Aktivität hinsichtlich der Normalisierung der Beziehungen zur BRD vor. (. . .) Gomułka (. . .) stellte fest, daß es noch zu früh ist. Er schickte Rapacki zum Politbüro."[49] Die Anhänger solcher Aktivitäten waren – soweit man das heute feststellen kann – Rapacki, was aber nicht das Außenministerium bedeutete[50], Zenon Kliszko und Premier Józef Cyrankiewicz[51]. Gegner waren die Gruppen um Mieczysław Moczar („Partisanen") und ZK-Sekretär Ryszard Strzelecki, der allem Anschein nach die Unterstützung eines großen Teils des Parteiapparates besaß.

Welche sachlichen Unterschiede bestanden zwischen Rapacki und Gomułka? Gomułka sorgte sich vor allen Dingen um die ungünstige geopolitische Lage Polens,

---

46 „W dniu 6 grudnia 1965r. ok. godz. 12.40. w czasie chwilowej nieobecności w biurze Tow. Dyr. Skarżyńskiego, odebralem telefon od znanego dziennikarza zachodnioniemieckiego Hansa Jakoba Stehlego. (. . .) Zapytał, jakie jest stanowisko Urzędu wobec listu biskupów polskich do biskupów niemieckich. Po zadaniu tego pytania wszedł Tow. Dyr. Skarżyński. Po szybkiej konsultacji z Tow. Dyrektorem odpowiedziałem Stehlemu, że nie ma oficjalnego stanowiska Urzędu, ale nieoficjalnie mogę powiedzieć, że uważamy ten list za przedłużenie linii zajętej przez biskupów polskich w czasie uroczystości we Wrocławiu. (. . .)"; in: Ud/sW 78/36, S. 634, Notiz. Merker meint, daß Skarżyński eine so wichtige Erklärung nicht ohne vorherige Konsultation formulieren würde. Das erklärt auch, warum die Antwort Merkers für Stehle zögernd gegeben wurde; vgl. Stehle, Seit 1960, S. 161.

47 Das hebt besonders hervor Erwin Weit, Ostblock intern, Hamburg 1970, S. 84. Dieses Buch ist aber nicht glaubwürdig.

48 Versöhnung oder Haß? Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen. Eine Dokumentation mit einer Einführung von Otto B. Roegele, Osnabrück 1966, S. 11, 13.

49 Józef Winiewicz, Co pamiętam z długiej drogi życia, Posen 1985, S. 637.

50 Interviews mit B. Lewandowski und S. Trepczyński.

51 Die Meinungen über ihn gehen sehr stark auseinander. Nach S. Trepczyński (und mit ihm eine weitverbreitete Meinung) befaßte er sich nicht mit der Außenpolitik und zog sich meistens zurück. Dem Sekretär Gomułkas, Walery Namiotkiewicz, zufolge war er der vertrauteste Partner Gomułkas (Interview).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

da er weder den Westmächten noch der Sowjetunion vertraute. Diese Befürchtung war durch die Information über einen geplanten Besuch Chruschtschows in Westdeutschland im Jahre 1964 geweckt worden[52]. Für den ersten Sekretär war der eindeutige Verzicht Bonns auf die polnischen Westgebiete (die ehemaligen deutschen Ostgebiete) von entscheidender Bedeutung. Rapacki hingegen meinte, daß sich die polnische Politik nicht auf die Anerkennung der Grenze versteifen sollte; sie sollte nach Wegen für den Ausbau der gegenseitigen Kontakte und Beziehungen suchen, um so die alten Feindschaften und Antagonismen abzubauen[53].

Das soll aber nicht heißen, daß solche Meinungsverschiedenheiten eine überwältigende Rolle gespielt hätten. Sie konnten – bei der Sondierung Krasickis hinsichtlich der Reaktion der Behörden – zu Mißverständnissen führen, wie es wohl tatsächlich geschehen ist. Sie konnten aber wohl kaum die Entscheidung über die Haltung, die es gegenüber der Botschaft einzunehmen galt, um ein paar Tage verschieben, denn erstens waren Cyrankiewicz und Rapacki enge Mitarbeiter Gomułkas, und zweitens war die Position Gomułkas damals unangreifbar; sein Wort entschied eindeutig die Richtung der Politik. Deswegen wird man feststellen können, daß die von der Botschaft überraschten staatlichen Behörden auf die deutsche Antwort vom 7. Dezember warteten, ehe sie reagierten. Weshalb sie bis zum 10. Dezember warteten, läßt sich nicht klären.

Worauf stützte sich, außer auf Gomułkas Überzeugung, daß die Botschaft zu früh kam, die Entscheidung der Partei, die Botschaft heftig zu kritisieren? Diese Ereignisse lassen sich natürlich nicht von den grundsätzlichen Divergenzen zwischen Staat und Kirche trennen. Hier liegt wohl der wirkliche Grund für das große Engagement, das viele Parteimitglieder in dieser Sache zeigten. Bis dahin waren die Möglichkeiten des Staates, gegen die Kirche anzugehen, begrenzt gewesen, weil – wie Micewski richtig urteilt – eine zu weitgehende Konfrontation die Behörden in eine ähnlich mißliche Lage gebracht hätte wie die der Bierutsequipe[54]. Die Botschaft lieferte so einen Vorwand, der geeignet war, auch die Unterstützung der Gesellschaft für eine Aktion gegen die Kirche zu gewinnen.

In der Botschaft fanden sich, meinten die Behörden, Elemente der ideologischen Konfrontation. Wyszyński, so warf man ihm vor, wollte Polen mit dem Westen verbinden[55]. Der Primas hatte tatsächlich häufig über Polen als „Bollwerk des Christentums" gesprochen, was nicht nur dem bekannten polnischen Emigrationsjournalisten Juliusz Mieroszewski (er publizierte in der Pariser „Kultura") mißfiel. Dieser hielt Begriffe wie „Bollwerk des Christentums" für verfehlt, weil damit die Erfahrungen der zurückliegenden fünfzig Jahre mißachtet würden[56]. Wyszyński, immerhin die größte moralische Autorität Polens, unterstützte, wenn er über „Bollwerk des Christentums" sprach, eine

---

52 Interview mit B. Lewandowski.

53 Ebenda.

54 Micewski, Kardynał, S. 184.

55 Romuald Spasowski, Abschied von Warschau, Darmstadt 1987, S. 374; Micewski, Kardynał, S. 26.

56 Vgl. Einführung Juliusz Mieroszewskis, in: Dialog polsko-niemiecki w świetle dokumentów kościelnych, Paris 1969.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestimmte politische Weltanschauung, mit der nicht nur die Kommunisten nicht einverstanden waren.

Hinzu kam, daß zum politischen System Polens nur schlecht die Vorstellung der Kirche paßte, eine Verständigung von unten zu erreichen[57], weil diese beabsichtigte Öffnung des Staates und der Gesellschaft nicht mit dem autoritären System in Einklang stand. Bei einer solchen Öffnung, einer Wandlung der Denkschemen, hätte man intensiv über Themen diskutieren müssen, die damals tabu waren: Westgebiete – Ostgebiete, Aussiedlung der Deutschen, Jalta-System und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg, Erfolg oder Niederlage, wie es in der Botschaft stand. Schließlich war die Botschaft in den Augen der polnischen Behörden „willkürlich" zustande gekommen. Der Staat und die Partei besaßen – ihrer Auffassung nach – das Monopol in der Außenpolitik. Die Kirche verstieß dagegen, indem sie versuchte, eine eigene Linie zu finden. Das war der erste Schritt, das Monopol der Partei zu brechen – ohne daß damit aber gesagt wäre, das polnische Episkopat habe bewußt und zielstrebig so gehandelt.

Die offizielle Kritik an der Botschaft drehte sich um den Vorwurf, die Kirche erhöhe die deutsche Bedrohung und untergrabe die Einheit der polnischen Gesellschaft im Widerstand gegen den deutschen Revisionismus. Solcher Kritik wurde von deutscher Seite zum Teil tatsächlich Vorschub geleistet. Die deutsche Gesellschaft, die Regierungsparteien in Bonn und auch die Kirche wußten sehr lange nicht, wie sie die alten Ressentiments und Traditionen überwinden sollten. Das blieb in Polen nicht unbemerkt, wenn man auch keinen guten Einblick in die deutschen Verhältnisse hatte. Als besonders krasses Beispiel dafür kann die Frage der Presse herangezogen werden. In Polen, wo eine präventive Zensur bestand, hatte das geschriebene Wort eine ganz andere Bedeutung als in der Bundesrepublik. Zitate aus der „Deutschen National-Zeitung" erhielten in einem Staat, in dem jeder neue Begriff in den Zeitungen meistens eine bestimmte politische Bedeutung hatte, einen ganz anderen und viel gewichtigeren politischen Stellenwert, als ihnen tatsächlich zukam.

Die Botschaft der Bischöfe traf freilich auch bei einem beträchtlichen Teil der polnischen Gesellschaft auf Unverständnis. Insbesondere das Wort „vergeben" berührte die Menschen tief: „Wir haben nichts verstanden und wir bedauerten, daß wir so überrascht wurden."[58] Diesen Satz schrieb eine Person, die in der Kirche sehr aktiv war und Kontakt zu Bischof Karol Wojtyła hatte. Viele einfache Menschen auf dem Land und in den kleinen Städten waren der Meinung, daß die Initiative zur Aussöhnung von deutscher Seite hätte ausgehen sollen, sie sollte um Vergebung bitten, und die polnische Kirche hätte darauf durchaus christlich antworten können – aber nicht umgekehrt. Es ging auch das Gerücht um, die Botschaft sei unter dem Einfluß des Vatikans entstanden, der so die deutschen Katholiken gewinnen wollte, während die polnischen sowieso treu bleiben würden. Zuverlässige Unterlagen, die die Einstellung der Bevölkerung zur Botschaft betreffen[59], gibt es aber nicht. Die diesbezügliche Empfindlichkeit der

[57] Wolicki, Przeciw lamentowi, S. 49.

[58] J. Hennelowa, Polsko-niemieckie kładki, in „Tygodnik Powszechny", Nr. 40(2154) vom 7. 10. 1990.

[59] Angeblich wurden Ende 1965 und im Januar 1966 zwei solche Umfragen gemacht. In der Institution,

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Polen, die in ihrer Mehrheit seit 1945 an das Schlagwort vom tausendjährigen deutsch-polnischen Kampf glaubten[60], geht aber aus einigen anderen Umfragen hervor, die verwandte Themen betrafen. Als Beispiel kann hier eine gleichzeitig in Polen, Norwegen und Frankreich gemachte Umfrage dienen[61]:

1. Was ist die größte Bedrohung für die Menschheit?

	Polen	Frankreich	Norwegen
Atomkrieg, Atomwaffen	51	63	59
Weltkrieg	43	27	13
Militarisierung der BRD	12	–	–
Konflikt der Nationen	7	–	–
Kapitalismus	1	6	3
2. Was ist das wichtigste Weltereignis?			
Verzicht auf die Verfolgung der Naziverbrecher	13	–	–
Vatikanisches Konzil	4	7	–
Rüstung in der BRD	3	–	–

Die Schwierigkeiten, auf welche die Idee der Botschaft stieß, spiegelte sich auch in Äußerungen Wyszyńskis. Seiner Ansicht nach teilten einige junge Priester die Auffassung, die Botschaft sei ein Fehler gewesen[62]. Im Hinblick auf die Reaktion vieler Menschen sprach der Primas von der Paganisierung und der „schwierigsten Prüfung"[63]. Die Reaktion der Bevölkerung war für Kominek ein Schock[64].

Die Kritik-Offensive des Staates lief in großem Maße bis Mitte Januar 1966. In den Massenmedien sprach man über Verrat und den Verzicht der Bischöfe auf die polnischen Westgebiete. Wer den Ton der Propaganda bestimmte, muß im dunkeln bleiben – Gomułka wohl nicht, wie er in einer Rede vom 14. Januar 1966 behauptete. Die staatliche Kritik war zu dieser Zeit schon weit über das ursprüngliche Ziel hinausgeschossen. Viele betrachteten die Vorwürfe gegen die Kirche als reine Propaganda. Deswegen wurde die Richtung der Politik wohl auch geändert. Man konzentrierte sich jetzt auf die öffentlich nicht so bekannten Gespräche der Militäroffiziere mit den Priestern[65]. Der Staat verzichtete jedoch nicht auf die Konfrontation. Bei Tausendjahrfeiern konkurrierten die Reden der Bischöfe mit Reden von Politikern: in Posen mit der Rede Gomułkas und in Gnesen mit der Rede von Verteidigungsminister Marian Spychalski.

---

die sich damit beschäftigte (Ośrodek Badania Opinii Publicznej i Studiów Programowych – Polskie Radio), ist aber keine Spur davon zu finden.

60 Vgl. Włodzimierz Borodziej, Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby, London 1990, S. 256–272.

61 A. Siciński, Opinia publiczna a rozbrojenie, Warschau 1966, OP.srodek Badania Opinii Publicznej i Studiów Programowych.

62 Kazania, Bd. 22, S. 272, Anm. 32.

63 Ebenda, S. 284–293, Materiał duszpasterski z 10. 2. 1966. Konferencja Episkopatu.

64 Interview mit Z. Seremak.

65 Materialien darüber befinden sich im Archiv des Kirchenamtes, B. 78/39.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinzu kam, daß weder der Papst noch die Vertreter der eingeladenen ausländischen Episkopate Einreisevisen bekamen.

Die Bedeutung der Botschaft

Der Streit um die Bedeutung der Botschaft wird sich vermutlich noch lange hinziehen. Es ist jedoch klar, daß die Botschaft nicht nur religiösen und moralischen, sondern auch politischen Sinn hatte. Das stellte Wyszyński selbst in seiner – bereits erwähnten – Korrespondenz mit Döpfner aus den Jahren 1970/71 fest. Er schrieb dort über den Sinn des deutsch-polnischen Verständigungsprozesses und auch darüber, daß die Kirche aktiv daran teilnehmen sollte. Diese Tatsache versuchten die polnischen Behörden auszuspielen, als sie eine Broschüre (die jedoch keine weite Verbreitung fand) mit den Texten der von Stehle veröffentlichten Briefe publizierten[66]. Freilich ist einzuräumen, daß die Kirche selbst sich zeitweise nicht allzu häufig auf die Botschaft berief. Das änderte sich aber schnell, als die Zeiten günstiger wurden, nun bezeichnete man die Botschaft als ersten entscheidenden Schritt zu einer deutsch-polnischen Annäherung. Der Text der Botschaft wurde aber erst im Herbst 1990 im „Tygodnik Powszechny" wieder publiziert[67]. Früher, vor dem Treffen Kohl–Mazowiecki, war niemand auf eine solche Idee gekommen.

Der bekannte polnische Publizist Stefan Kisielewski beurteilte die Bedeutung der Botschaft für den polnischen Staat als sehr hoch. Er sah darin einen Versuch, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in welche die deutsch-polnischen Kontakte geraten waren[68], und betonte, daß die polnische Diplomatie sehr schnell den Ton der Botschaft übernommen habe. Er übersieht dabei jedoch, daß auch in der Bundesrepublik ein Wandel eingetreten war, nämlich daß sich dort die Regierung geändert hatte, was einen Vergleich eigentlich kaum fruchtbar macht.

Kominek urteilte über die Bedeutung der Botschaft: „Die Bemühungen des Episkopats waren auf die Schaffung fester, moralisch-psychologischer Grundlagen für die politisch-rechtlichen Tatsachen gerichtet. Die Bischöfe haben geholfen, das Klima und die Weltöffentlichkeit vorzubereiten."[69] Dieses Zitat aus dem Jahre 1977 beinhaltet gewiß die Hauptidee, die der Botschaft zugrunde lag, wenn auch angesichts der Normalisierung in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in sehr entschärfter Form. Ursprünglich hatte Kominek das Millenium Polens auch als eine Möglichkeit des Umdenkens, der Überwindung der Stereotypen betrachtet[70]. Die Botschaft sollte der Überwindung der psychologischen Barrieren dienen.

---

66 Stanisław Markiewicz, Na manowcach „pojednania" biskupów polskich z biskupami zachodnioniemieckimi, Zeszyty dokumentacji politycznej. Wydział informacji KC PZPR, Warschau 1984.

67 „Tygodnik Powszechny", Nr. 40 (2154) vom 7. 10. 1990.

68 Stefan Kisielewski, Stosunki Państwo-Kościół PRL, Warschau 1981, S. 15.

69 Bolesław Kominek, W służbie Ziem Zachodnich, Breslau 1977, S. 300. Auch Stehle, Seit 1960, S. 155, schreibt über die entscheidende Bedeutung des katholischen Dialogs für die Verständigung.

70 Kominek, Chrześcijańskie, S. 75, 84.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei ist sicher auch das politische Element nicht zu vergessen, denn zweifellos hatte die Überwindung der nationalen Stereotypen und Vorurteile – besonders in der damaligen Situation Polens, wo die Beziehungen zu Deutschland eine wichtige Rolle in der Innenpolitik spielten – eine ebenso große politische wie moralische Bedeutung. Die Botschaft hatte an sich einen religiösen Hintergrund; in jedem Staat mußte sie aber darüber hinaus ins Politische weisen. In Polen – wo die Partei ein Monopol auf die Außenpolitik hatte und diese Politik nicht selbständig von Warschau bestimmt wurde – erlangte die politische Dimension eine außerordentliche Bedeutung. Wyszyńskis betonter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Beteiligung der Kirche am deutsch-polnischen Dialog[71] hatte de facto politischen Charakter. Auch hinsichtlich des geplanten Papstbesuches in Polen, auf den die polnische Kirche so große Hoffnungen setzte, ist die Grenze zwischen Politik und Religion nur sehr schwer zu bestimmen. Rein hypothetisch ist aber die Überlegung, daß Wyszyński die Initiative eher politisch und Kominek sie eher idealistisch auffaßte.

Irrig ist die Meinung, die in einer der ersten Publikationen über dieses Thema vertreten wurde[72], daß der polnische Episkopat die Botschaft als Ausdruck des Lebens- und Widerstandswillens der polnischen Kirche betrachtete: als Protest gegen den Kommunismus. Natürlich beweist alles, was die Kirche stärkt, deren Lebens- und Widerstandswillen. Das ist banal, und das Wichtigste gerät dabei leicht außer Betracht. Der Grundgedanke war, die Kirche zu stärken, nicht aber durch eine „Demonstration" mit Stoßrichtung gegen den Staat, sondern durch ihre Einschaltung in die Lösung der wichtigsten Probleme des Lebens. Unreflektierten und rein propagandistischen Charakter hatten die Behauptungen, die Botschaft habe negative Folgen gezeitigt. Politisch ist sie ohne Zweifel fehlgeschlagen, erfolglos geblieben – *erfolglos* bedeutet aber nicht „mit negativen Folgen". In moralischer Hinsicht gewann Polen Kredit, da es sich zur Verständigung bereit zeigte und den Frieden suchte. Diese Art von Gewinn hat in der Politik, zugegeben, nur eine sehr begrenzte Bedeutung, doch ist er in keinem Fall von Nachteil. Der Vorwurf, die Kirche habe die Einheit der polnischen Gesellschaft und des Staats gegenüber Deutschland untergraben, ist nicht ernst zu nehmen; erstens, weil dieser Vorwurf auf einer ideologisch gefärbten und deshalb äußerst einseitigen Interpretation des Begriffs der Stärke des Staates basiert, und zweitens, weil die polnischen Behörden selbst die Meinungsverschiedenheit publik machten. Ohne den frontalen Angriff auf die Bischöfe hätte die Öffentlichkeit an diesen Dingen wohl kaum so großen Anteil genommen.

Das führt zu dem Schluß, daß es wohl doch nicht angängig ist, die Behauptung, die Botschaft habe negative Folgen gezeitigt, als *rein propagandistisch* zu bezeichnen. In Wirklichkeit hatte dieses Denkschema wohl maßgebenden Einfluß auf die Entscheidung der führenden Figuren im Polen Władysław Gomułkas. Ein Indiz dafür kann Gomułkas späteres Urteil über die Ereignisse vom Dezember 1970 sein, die zu seinem Sturz führten. Der Ausgangspunkt ist scheinbar ganz anders, die Argumentation aber

[71] Stehle, Briefwechsel, S. 546.
[72] Versöhnung oder Haß?, S. 13.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sehr ähnlich: Die Dezemberereignisse, so meinte er, haben die internationale Position Polens geschwächt, die Gegner Polens jedoch, also die Revisions- und Revanchekräfte, die sich mit der polnischen Westgrenze nicht abgefunden haben und hoffen, daß die Geschichte ihnen doch noch eine Chance bietet, nach den polnischen Westgebieten zu greifen, gestärkt[73]. Diese Äußerung muß nicht eingehend analysiert werden. Es reicht festzustellen, daß Gomułka den Protest gegen die staatlichen Behörden mit der Unterstützung der revisionistischen Kräfte in Deutschland gleichsetzte. Dieses Denkschema ist bekannt: Alles, was die Partei schwächt, schwächt Polen gegenüber Deutschland. Hier liegt die Wurzel des Urteils, die Botschaft der polnischen Bischöfe habe negative Folgen gezeitigt. Spuren dieses Denkens finden wir noch in dem im Jahre 1985 veröffentlichten Buch über Gomułka, das Mieczysław Tomala verfaßte[74].

In Wirklichkeit hätte die Regierung die Gelegenheit, die die Botschaft der polnischen Bischöfe schuf, besser nutzen können. Nach den erfolglosen Versuchen nach der Machtübernahme der kommunistischen Partei, Kontakte mit Deutschland anzuknüpfen, geriet die polnische Politik in eine Sackgasse. Ein weiterer erfolgloser Versuch hätte die polnische Seite in arge Verlegenheit gebracht. Diese Gefahr nahm die Kirche auf sich, obwohl das nicht ihr Ziel war. Nun aber, da ganz Europa sich über Frieden, Vergebung und Aussöhnung begeisterte, in dieser Aufbruchstimmung, bot sich die Möglichkeit, eigene Konzeptionen zu entwickeln und das „Klima" für ihre Umsetzung zu nützen. Dieses Ziel konnte man etwa durch Besuche von Vertretern ausländischer Episkopate während der Tausendjahrfeiern in Polen erreichen. Dabei wäre für Polen nur eines abträglich gewesen, wenn nämlich keiner der eingeladenen hochkarätigen Bischöfe die Westgebiete (aber auch die Konzentrationslager) hätte besuchen wollen. Das war aber sehr unwahrscheinlich.

Die polnische Regierung war darüber hinaus aber auch „zu Hause" in Schwierigkeiten geraten, im Kampf des Staates gegen die Kirche. Unbestreitbar ist, daß Gomułka die Botschaft der polnischen Bischöfe für einen Fehler hielt und sie entsprechend angriff. Das ist in Rechnung zu stellen, und in dieser Hinsicht sind die verschiedenen außenpolitischen Konzeptionen zu betrachten. Dabei haben aber zum großen Teil die innenpolitischen Fragen eine angemessene Gestaltung der Außenpolitik verhindert, da eine „offenere" Außenpolitik nur schwer mit dem Kampf gegen die Kirche (mit dem Ziel, den Einfluß der Kirche möglichst zu begrenzen) zu verbinden gewesen wäre. Dieses Dilemma spitzte sich angesichts der Tausendjahrfeiern im Jahre 1966 zu – durch die staatlichen Versuche, den Primas von Polen zu kompromittieren, und durch die Angst, der geplante Besuch des Papstes könne die Autorität der Kirche stärken.

Dazu kam noch das zweite Element der Innenpolitik – der Machtkampf im Regierungslager. Diese Frage ist sehr schwer zu klären. Festzustehen scheint aber, daß verschiedene Gruppen versuchten, die Botschaft im eigenen Interesse zu instrumentalisie-

---

[73] Memoriał Władysława Gomułki do członków KC PZPR, marzec 1971, „Nowe Drogi" 1989, Nr. 4, S. 137.

[74] Mieczysław Tomala, Problem niemiecki w spuściźnie Władysława Gomułki, in: Działalność Władysława Gomułki, Warschau 1985, S. 106–120.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren. Darauf weisen die Ungereimtheiten bei der Übermittlung des Textes an die staatlichen Behörden und bei den Gesprächen der Militär-Offiziere mit den Geistlichen im Frühling 1966 hin, auf die hier nicht näher eingegangen werden konnte. Zusammenfassend läßt sich aber sagen, daß die überaus negative staatliche Reaktion auf die Botschaft der polnischen Bischöfe durch außenpolitische wie auch durch innenpolitische Faktoren bestimmt wurde.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WERNER BÜHRER

DER BDI UND DIE AUSSENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IN DEN FÜNFZIGER JAHREN

Die internationale Karriere der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren gehört zu den erstaunlichsten Ereignissen der jüngeren Zeitgeschichte. Zuvor gut vier Jahre lang, wenngleich mit abnehmender Tendenz, Objekt alliierter Politik, mauserte sich der Westen Deutschlands innerhalb eines knappen Jahrzehnts vom begehrten Handelspartner zur wirtschaftlichen Vormacht in Westeuropa, deren Stimme politisch ebenfalls an Bedeutung gewann. Diese schrittweise Rückkehr in den Kreis der europäischen Mächte spiegelte sich im westlichen Ausland nicht nur in einer Reihe von mehr oder weniger seriösen Arbeiten über das „neue Deutschland" wieder[1], sondern beschäftigte auch die Experten in den außenpolitischen Planungsstäben. Der Aufschwung seit 1948, hieß es beispielsweise in einem amerikanischen Memorandum vom September 1952, habe Deutschlands Nachbarn und die Westmächte mit der Tatsache konfrontiert, daß die Bundesrepublik nun, abgesehen von der UdSSR, die stärkste Macht Europas sei; zur Beunruhigung gebe es allerdings keinen Anlaß: „There seems to be little evidence today that Germany consciously aspires to the hegemony of Europe through the instrumentality of European union, or aims to utilize European union as a vantagepoint from which to embark upon a new course of Machtpolitik."[2]

Derart unbefangen war von deutscher „Macht" und „Machtpolitik" hierzulande in jenen Jahren nicht die Rede, denn verständlicherweise waren diese Begriffe aus dem politischen Sprachschatz zunächst weitgehend verbannt[3]. Allenfalls in abgeschwächter

[1] Stellvertretend seien genannt Alistair Horne, Return to Power – a Report on the New Germany, New York 1956 und Karl W. Deutsch/Lewis J. Edinger, Germany Rejoins the Powers. Mass Opinion, Interest Groups and Elites, Stanford, Cal. 1959. Zu den „Untiefen" der westdeutschen „success story" vgl. neuerdings Hans-Peter Schwarz, Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik, in: Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, hrsg. u. eingel. v. Hermann Rudolph, Berlin 1990, S. 151–174. – Die Idee zu diesem Aufsatz geht zurück auf eine Tagung in Florenz über „Europa und die Machtpolitik 1952–1957". Der Tagungsband ist kürzlich erschienen: Ennio Di Nolfo (Hrsg.), Power in Europe? II Great Britain, France, German and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957, Berlin/New York 1992.

[2] Memorandum eines Mitglieds an den Direktor des Policy Planning Staff, Paul Nitze, v. 4. 9. 1952, in: FRUS 1952–1954, Vol. VII, Washington 1986, S. 356–361, hier S. 357.

[3] Vgl. dazu die Bemerkungen von Bernd-Jürgen Wendt, Europe between Power and Powerlessness, in: Josef Becker/Franz Knipping (Hrsg.), Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950, Berlin/New York 1986, S. 539–555, hier S. 540, und Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985, S. 17–59.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Form, als „wirtschaftliche Macht", wurde der Begriff intern gelegentlich gebraucht. Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre war es in der Tat vor allem das westdeutsche Wirtschaftspotential, das in den Augen ausländischer Beobachter die besorgniserregende „Stärke" des jungen Staates ausmachte. Auf deutscher Seite, vor allem in Kreisen der Industrie, nahm man solche Befürchtungen nicht ohne Stolz zur Kenntnis, um sie dann mit großer Geste als völlig überzogen zurückzuweisen, obwohl mancher Politiker oder Industrielle insgeheim vermutlich ähnlich dachte. Damit ist auch schon das Thema des folgenden Beitrags angesprochen: Welche Vorstellungen waren in der westdeutschen Industrie über Rolle und Einfluß der Bundesrepublik im europäischen und weltweiten Machtgeflecht vorherrschend? Wandelten sich diese Perzeptionen im Laufe der fünfziger Jahre? Wenn ja, welche Faktoren waren dafür verantwortlich?

Die damals einflußreichste Vertretung der westdeutschen Unternehmerschaft war zweifellos der Bundesverband der Deutschen Industrie. Der BDI verstand sich zwar nicht als „politisches Gremium im eigentlichen Sinne", aber seine wirtschaftlichen Zielsetzungen waren nach eigener Einschätzung „von der Politik nicht zu trennen". Der Verband bekannte sich nicht nur zur „außenpolitischen Verantwortung", er zählte auch zu denjenigen Organisationen, welche die Außenpolitik gerade des Bundeskanzlers, von wenigen Ausnahmen abgesehen, am aktivsten und nachhaltigsten unterstützten. Schon deshalb kam den außenpolitischen Vorstellungen des Verbandes besonderes Gewicht zu[4].

Eine Beschäftigung mit dem BDI wirft freilich methodische Probleme auf. Auch wer sich von der These zeitgenössischer Beobachter, die deutschen Unternehmer neigten zur politischen Abstinenz, nicht beirren läßt[5], steht vor dem Problem, daß im engeren Sinne politische Diskussionen während der offiziellen Sitzungen der Verbandsgremien eher selten stattfanden bzw. in den offiziellen Protokollen zumindest nicht dokumentiert sind[6]. Um diesen Mangel auszugleichen, werden im folgenden gelegent-

---

[4] Fritz Berg, Industrie und außenpolitische Verantwortung, in: Industriekurier v. 3.5. 1952. Vgl. auch Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, (Taschenbuch-Ausg.) München 1971, bes. Bd. 2, S. 50–58; Dieter Piel, Die außenpolitische Rolle der Wirtschaftsverbände, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 207–215; Kurt P. Tudyka, Gesellschaftliche Interessen und Auswärtige Beziehungen. Materialien zur Außenwirtschaftspolitik der Ära Adenauer, Nijmegen 1978; Roland Raithel, Wirtschaft und Außenpolitik. Der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. als Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Erlangen-Nürnberg 1984.

[5] Vgl. z. B. Gabriel A. Almond, The Politics of German Business, in: Hans Speier/W. Phillips Davison (Hrsg.), West German Leadership and Foreign Policy, Evanston/White Plains 1957, S. 195–241. Es handelt sich dabei um eine 1955 für die Rand Corporation angefertigte Studie. Deren Ergebnisse bekräftigte ein Angehöriger der britischen Botschaft in Bonn im Februar 1956 unter Hinweis auf eigene Beobachtungen in den meisten Punkten. Sykes an Rose v. 25.2. 1956, PRO FO 371/124 587/WG 1108/2.

[6] Ich beziehe mich hier auf die beim BDI zugänglichen Unterlagen aus den fünfziger Jahren. Die Bezeichnung „BDI-Archiv" (im folgenden BDIA) ist zwar sehr hochgegriffen, soll aber der Einfachheit halber doch beibehalten werden. Es handelt sich dabei um wenige Reste von Verbandsarchivalien aus

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich zusätzlich „inoffizielle" Äußerungen und Analysen führender BDI-Mitglieder oder anderer, dem Verband nahestehender Industrieller berücksichtigt. Relativiert wird die These vom „politischen Defizit" allerdings schon dadurch, daß „Macht" in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg generell sehr viel stärker wirtschaftlich definiert wurde[7], und dies war nun freilich das Metier der Unternehmerverbände. Die Instrumentalisierung wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken lag somit nahe, auch für die westdeutschen wirtschaftlichen Eliten und zumal angesichts der anfänglichen politischen und anhaltenden militärischen Machtlosigkeit.

Eine zweite Schwierigkeit bei der Behandlung BDI-spezifischer Macht- und Rollenperzeptionen resultiert schließlich aus der weitgehenden Übereinstimmung zwischen staatlicher Außenpolitik und den Positionen wenigstens der BDI-Spitze. Schon in dem Brief, mit dem Fritz Berg als frisch gewählter Präsident den Bundeskanzler offiziell über die Verbandsgründung informierte, versicherte er, daß seine Organisation in „der großen Linie der auswärtigen Politik völlig" mit dem Regierungschef übereinstimme[8]. Strategiedebatten oder gar Versuche, die Außenpolitik zu beeinflussen, waren dank dieses Grundkonsenses im allgemeinen unnötig, und manche Lagebeurteilungen deckten sich voll und ganz mit entsprechenden Diagnosen und Konzepten Adenauers. Zu bestimmten Fragen gab es aber auch unterschiedliche Auffassungen, und es ist eines der Ziele dieses Aufsatzes, diese Differenzen herauszuarbeiten. Ungeachtet möglicher Abweichungen von der offiziellen Politik ließ der Verband, wie bereits erwähnt, an der „außenpolitischen Verantwortung" der Industrie jedoch keinen Zweifel; der wirtschaftliche Wiederaufbau war aus seiner Sicht zugleich der wichtigste Beitrag zur Außenpolitik der Bundesregierung.

Den Erfolg dieser Politik, welcher mit der Erlangung der formalen Souveränität am 5. Mai 1955 seinen für alle sichtbaren Ausdruck fand, führte Fritz Berg wenige Tage später vor allem auf vier Faktoren zurück: auf das rückhaltlose Bekenntnis zum Westen, das entschiedene Eintreten für ein einiges Europa als Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung, die mit Nachdruck betriebene Verständigung mit Frankreich und das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten[9]. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine neuere Studie zur westdeutschen Außenpolitik, für die folgende „drei miteinander verzahnten Elemente" das außenpolitische Erfolgsrezept aus-

---

den fünfziger und sechziger Jahren, die Umzüge und aus Platzmangel geborene Vernichtungsaktionen überstanden haben; nahezu komplett sind lediglich die Niederschriften der Präsidiumssitzungen – überwiegend in Form von Ergebnisprotokollen – vorhanden. Herrn Franz von der Europaabteilung des BDI sei an dieser Stelle ganz herzlich für die Benutzungsgenehmigung und die freundliche Betreuung gedankt.

7 Vgl. Wendt, Europe, S. 542 ff. Grundsätzlich Richard Rosecrance, Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M. 1987.

8 Berg an Adenauer v. 30. 11. 1949, BDIA 13/Sitzungsprotokolle 1949/50. Vgl. auch Gerard Braunthal, The Federation of German Industry in Politics, Ithaca, N. Y. 1965, bes. S. 284–334; Baring, Außenpolitik, S. 50–58; Raithel, Wirtschaft.

9 Vgl. Bericht über die 6. ordentl. Mitgliederversammlung des BDI, S. 25–29 (= BDI-Drucksache Nr. 36).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machten: „die Konzentration auf Wirtschaftsfragen auch auf dem Gebiet der Außenbeziehungen, die enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika sowie – als Kernstück der anvisierten Westorientierung – die Verständigung mit den westeuropäischen Nachbarn, allen voran Frankreich"[10]. Damit sind zugleich die wichtigsten Handlungsebenen umrissen, auf denen sich die Bundesrepublik bewähren mußte. Sie war dabei nicht so „ohnmächtig", wie es noch Ende der vierziger Jahre schien und manche Politiker und Industrielle insbesondere die ausländische Öffentlichkeit glauben machen wollten. Wie der BDI den raschen Wandel des jungen Staates vom Objekt zum Mitgestalter der internationalen Politik wahrnahm, soll im folgenden gezeigt werden. Dazu wird in einem ersten Schritt die Entwicklung bis zum Mai 1955 skizziert und in einem zweiten danach gefragt, ob der neugewonnene völkerrechtliche Status die Perzeption des Bundesverbandes veränderte.

I.

„Die Besatzungszeit geht zu Ende. Wir beginnen einen neuen Abschnitt unseres Lebens als politisch und wirtschaftlich wieder selbstverantwortlicher Staat." Mit dieser ebenso lapidaren wie programmatischen Feststellung kündigte BDI-Präsident Berg anläßlich der Mitgliederversammlung des Verbandes am 18. Mai 1953 eine neue Etappe der bundesrepublikanischen Nachkriegspolitik an[11]. Die rasante Wandlung „vom ehemaligen Feindstaat zum heutigen Verbündeten des Westens" war kaum noch der Erwähnung wert, so unentbehrlich fühlte sich „die Industrie" mittlerweile „in der Verteidigungsfront der freien Länder des Westens gegen den kommunistischen Andrang des Ostens". Zwar wies Berg in durchaus realistischer Einschätzung auf „gewisse Klippen" hin, die auf dem Weg der „aktiven Eingliederung" der Bundesrepublik noch zu überwinden seien – bis zur Erlangung der formalen Souveränität sollte es ja auch noch fast zwei Jahre dauern –, aber der Optimismus und das Selbstbewußtsein der westdeutschen Industriellen waren doch unverkennbar.

Noch wenige Jahre zuvor hatte es zu solcher Hochstimmung wenig Anlaß gegeben. Die militärische Niederlage und der politische Zusammenbruch des „Dritten Reiches" bedeuteten auf zunächst unabsehbare Zeit das Ende Deutschlands als eigenständiger Machtfaktor. Dies galt nicht allein für den politischen Bereich, sondern auch für die Wirtschaft. Wichtige Industrien wie Eisen und Stahl, Bergbau oder Chemie unterstanden alliierter Kontrolle, der Außenhandel lag zunächst völlig in den Händen der Besatzungsbehörden. Erst mit dem Marshallplan und der Entscheidung für die Einbezie-

[10] Hans-Jürgen Schröder, Kanzler der Alliierten? Die Bedeutung der USA für die Außenpolitik Adenauers, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 118–145, hier S. 118. Vgl. allgemein Hans-Peter Schwarz, Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 593–612.

[11] Kundgebung und Mitgliederversammlung des BDI v. 17.–19.5. 1953, S. 15 (=BDI-Drucksache Nr. 21); dort auch die folgenden Zitate.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hung der Westzonen in das European Recovery Program eröffneten sich wieder günstigere Perspektiven[12]. Vor allem die amerikanische Regierung gab deutlich zu verstehen, daß der westliche Teil Deutschlands einen unverzichtbaren Part in ihrer auf die Stabilisierung Westeuropas zielenden Strategie spielte. Die Chancen, die diese neue Rolle den Westdeutschen bot, wurden in den maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Kreisen rasch erkannt: Eigene, „nationale" Ziele konnten nun in „europäischer" Verpackung sehr viel besser verfolgt werden als zuvor. Da es zunächst darum ging, das westdeutsche Wirtschaftspotential für den Wiederaufbau Westeuropas einzusetzen, kam der Industrie von Anfang an eine Schlüsselrolle zu.

Dabei entstand die bereits angedeutete, nur auf den ersten Blick paradoxe Situation, daß sich die öffentliche Selbstdarstellung der westdeutschen Industriellen deutlich von dem Bild unterschied, das man sich in den westeuropäischen Nachbarländern machte. Insbesondere in Frankreich galt die Industrie jenseits des Rheins nach wie vor als furchteinflößender und übermächtiger Konkurrent, der mit allen Mitteln gebändigt werden mußte, um so mehr, nachdem seit Herbst 1949 mit der Bundesregierung wieder eine zentrale Instanz vorhanden war, die sich zum Verwalter wirtschaftlicher Interessen machen konnte[13]. Adenauer war deshalb, wie auch schon lange vor seiner Kanzlerschaft, darum bemüht, die Besorgnisse der Nachbarn im Westen, allen voran Frankreichs, zu zerstreuen und um Vertrauen für das „neue Deutschland" zu werben.

Einflußreiche Kreise der Industrie unterstützten – nach anfänglichem Zögern – diesen Kurs. Insbesondere der Klöckner-Chef Günter Henle, nicht nur wegen seiner CDU-Mitgliedschaft und seines Bundestagsmandats einer der herausragenden „politischen" Industriellen, machte sich zum engagierten Fürsprecher der deutsch-französischen Verständigung. Obgleich nicht in den Gremien des BDI vertreten, hatte sein Wort gerade in außenpolitischen Fragen auch im Verband beträchtliches Gewicht.

Ausgangspunkt seiner Analyse zu den deutsch-französischen Beziehungen vom November 1949 war die Feststellung, daß sich die Situation der beiden Länder als Folge des „gewaltigen Erdrutsches, der sich in Deutschland seit 1945 vollzogen" habe, einander angeglichen habe[14]. Die Bundesrepublik wolle zum Westen, weil sie sich

---

[12] Vgl. dazu Manfred Knapp, Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im bizonalen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947–1949), in: ders. (Hrsg.), Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration, Frankfurt a. M. 1984, S. 13–93; Werner Bührer, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986, S. 84–113; Hans-Jürgen Schröder, Marshallplan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947–1950; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/87, S. 3–17; neuerdings auch Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program, New York/Oxford 1991.

[13] Vgl. stellvertretend das bekannte Memorandum Jean Monnets zum Schumanplan v. 3. 5. 1950, abgedruckt u. a. in Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 195–200.

[14] Gedanken zu einer deutsch-französischen Aussprache v. 22. 11. 1949, in: Klöckner-Archiv, NL Henle, Europ. Bewegung, 1. 6.–31. 12. 1949; dort auch die folgenden Zitate. Obgleich ungezeichnet, läßt das Dokument kaum Zweifel daran, daß Henle der Verfasser war.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„heute selbst bedroht, exponiert und schutzlos" sehe, also „selbst von jenem Verlangen nach sécurité gepackt" sei, das in Frankreich „schon seit 1918 so stark" dominiere. Unter Hinweis auf das „alles beherrschende Faktum" des „Eisernen Vorhangs" ordnete er die deutsch-französischen Beziehungen in einen größeren Zusammenhang ein und beteuerte, daß „die Welt von vorgestern versunken sei mit all ihren ehrgeizigen Zielen und Ambitionen". Alte Rivalitäten seien angesichts übergreifender weltpolitischer Gegensätze „selbstmörderisch und sinnlos" geworden, die Bundesrepublik habe keine neuen Ziele einer „künftigen Machtpolitik im Westen", sondern sei sich bewußt, daß es „im Zeitalter der Atombomben Machtpolitik des alten Stiles gar nicht mehr geben" könne, sondern nur noch „eine verzweifelt ernste Politik der Sicherung der eigenen Existenz". Anders als in den zwanziger Jahren sei es unter den Bedingungen des Kalten Krieges klar, daß „der Souveränitätsgedanke höheren Erfordernissen zu weichen" habe, wenn es um das „Gesamtwohl und den Fortbestand Europas" gehe. In der Sorge, auf französischer Seite noch nicht alle Zweifel zerstreut zu haben, stellte Henle überdies jegliche Aufrüstungsabsichten in Abrede. Zugleich beharrte er darauf, daß nur ein „deutsch-französischer Zusammenschluß wirtschaftlicher Art" die Probleme beim Wiederaufbau Westeuropas lösen könne, nicht etwa schon ein Zusammenschluß Frankreichs mit den Beneluxstaaten oder Italien. Und in Anspielung auf weitverbreitete Befürchtungen in Frankreich stellte er nachdrücklich heraus, daß man den Nachbarn nicht „verspeisen" wolle, da dies weit über die eigenen Kräfte gehe, wenngleich das Vertrauen in das westdeutsche „Leistungsvermögen" schmeichle. Eine Kategorie wie „Übergewicht" sei mittlerweile veraltet; wer Europa wirklich wolle, müsse sich „von Sentiments dieser Art freimachen".

Diese Analyse und insbesondere die Bewertung des deutsch-französischen Verhältnisses waren repräsentativ für die maßgeblichen Kreise der westdeutschen Industrie: Auch für den BDI war die Aussöhnung mit Frankreich der „Angelpunkt der europäischen Rettung"[15]. Der Verweis auf die eigene Machtlosigkeit war sicherlich keine Koketterie, vielmehr deutete die Beschwörung westeuropäischer Einigkeit darauf hin, daß dieses als real empfundene Defizit durch die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern ausgeglichen werden sollte. Fraglich ist hingegen Henles Behauptung, daß Denkkategorien wie „Hegemonie" überholt seien. Gerade das westdeutsche Wirtschaftspotential begünstigte entsprechende Ambitionen nämlich nach wie vor, und wenn der Klöckner-Chef eine „Machtpolitik alten Stiles" auch demonstrativ verabschiedete, so war damit noch nichts darüber gesagt, ob nicht auf der Ebene der Wirtschaftsbeziehungen Möglichkeiten zu einer Machtpolitik „neuen Stils" gegeben waren; überdies galt der Verzicht ausdrücklich nur gegenüber dem Westen.

Tiefergehende politische Überlegungen dieser Art hatten in Industriekreisen Seltenheitswert. Auf der Gründungsversammlung des Spitzenverbandes im Oktober 1949 war Hermann Reusch von der Gutehoffnungshütte Oberhausen, eine der maßgeblichen Persönlichkeiten im Präsidium, nur knapp auf Fragen der internationalen

[15] Bericht über die Tagung des BDI in Bad Dürkheim, 28. 3. 1950, S. 18 (= BDI-Drucksache Nr. 4).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beziehungen eingegangen. Sein Bekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit resultierte aus der Überzeugung, daß anders die „abendländische Kultur" nicht zu retten sei. Die Rolle, die er der Bundesrepublik dabei zuwies, war recht gewichtig: „Ohne Deutschland und ohne eine starke deutsche Wirtschaft" sei eine „europäische Gemeinschaft" nicht denkbar, sagte er unter Berufung auf die „allgemeine Überzeugung der abendländischen Welt"[16]. Freilich gab sich der BDI keinerlei Illusionen über den Handlungsspielraum der Bundesregierung hin. Die außenpolitische Lage, so stellte Fritz Berg auf einer wirtschaftspolitischen Kundgebung des Verbandes im März 1950 klar, könne von deutscher Seite „noch nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar beeinflußt" werden[17].

Zur Legitimation seines Standpunktes reichten solche Stellungnahmen allerdings völlig aus, standen doch Notwendigkeit und Nutzen internationaler Kooperation für den BDI außer Frage. Im Falle der deutsch-französischen Beziehungen, die aus Sicht des BDI Priorität genossen, tat das gute persönliche Verhältnis Bergs zum Präsidenten des Conseil National du Patronat Français, Georges Villiers, ein übriges. Zwar gab es seit Ende der vierziger Jahre auch zu den Industrien in den meisten anderen westlichen Nachbarländern zufriedenstellende Kontakte[18], doch fehlte ihnen jener ausgeprägt politische Charakter, welcher die Verständigungsversuche mit Frankreich von Anfang an auszeichnete.

Das Ziel, das der BDI mit Hilfe der Verbesserung der bilateralen Beziehungen ebenso wie durch die Mitarbeit am europäischen „Einigungswerk" zu erreichen hoffte, hieß zunächst und vor allem: Gleichberechtigung. Weiter kam es der Verbandsführung darauf an, den deutschen Handlungsspielraum zu erweitern und marktwirtschaftlichen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen. Dies waren zugleich die Kriterien, nach denen der „Wert" der einzelnen Integrationsinitiativen und „Integrationsklubs" beurteilt wurde.

Die erste europäische Organisation, in welche die Bundesrepublik „gleichberechtigt" aufgenommen wurde, war die Organisation for European Economic Cooperation (OEEC). Während der Marshallplan mitunter auf Kritik aus dem BDI stieß, weil er, wie Fritz Berg auf der Mitgliederversammlung vom März 1950 bemängelte, aufgrund seiner „falschen Konzeption" den Aufbau der „nationalen Industrien" gefördert habe[19], genoß die OEEC beim BDI ein bemerkenswert hohes Ansehen während der gesamten fünfziger Jahre. So lobte der Jahresbericht 1954/55 die OEEC als „das bisher erfolgreichste Instrument europäischer wirtschaftspolitischer Integration (...), das ohne supranationale Befugnisse, allein durch die Zustimmung seiner Mitglieder"

---

16 Bericht über die Gründung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände (so der ursprüngliche Name des BDI; W. B.), S. 6 (= BDI-Drucksache Nr. 2).

17 Bericht über die Tagung des BDI in Bad Dürkheim, S. 18.

18 Zu den Kontakten zur britischen und zur belgischen Industrie vgl., mit mehreren Belegen, Haniel-Archiv, Oberhausen (HA), NL H. Reusch, 40010146/231. Für die Beziehungen zur französischen Industrie vgl. Werner Bührer, Wegbereiter der Verständigung. Deutsch-französische Industriellenkontakte 1947–1955, in: Revue d'Allemagne XXIII (1991), S. 73–86.

19 Bericht über die Tagung des BDI in Bad Dürkheim, S. 9.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirke[20]. Diese Charakterisierung läßt zugleich erkennen, was die Industrie an der Pariser Organisation so sehr schätzte: Wegen des Fehlens supranationaler Elemente blieb die Entscheidungskompetenz der einzelnen Regierungen letztlich unangetastet; im Konfliktfall erhielten deshalb meist die „nationalen Interessen" den Vorzug vor den „europäischen", waren doch gravierende Sanktionen nicht zu befürchten. Das war auch der Grund, weshalb das zweite Integrationsmodell, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), im Bundesverband von Anfang an wenig Anhänger fand. Die EGKS, entstanden aus der Initiative des französischen Außenministers Schuman vom Mai 1950, zielte auf die Integration der Montanindustrien Frankreichs, der Bundesrepublik, Italiens und der Beneluxstaaten[21]. Der BDI, in dieser Erwartung von der Bundesregierung unterstützt, erhoffte sich von der Montanunion die Aufhebung der alliierten Kontrollen und Beschränkungen der für den Wiederaufbau so zentralen Grundindustrien. Zumindest 1952, als die EGKS ihre Arbeit aufnahm, war dieses Ziel auch weitgehend erreicht; unerwünschte Folgen der als diskriminierend empfundenen alliierten Dekartellisierungspolitik konnten durch eine „Neuordnung nach der Neuordnung" rasch beseitigt werden. Und obwohl der Vertrag der Ruhrindustrie die Möglichkeit zur Errichtung einer neuerlichen Stahlhegemonie in Westeuropa offenhielt, galt die doch umständliche supranationale Apparatur der Montanunion als störend – in den übrigen Branchen noch mehr als in den beiden unmittelbar betroffenen. Wurde nämlich, was zum damaligen Zeitpunkt durchaus wahrscheinlich war, der Weg der sektoralen Integration fortgesetzt, drohte auch den anderen Industrien ein ähnlicher „Dirigismus". Der BDI warnte denn auch in einer Entschließung vom März 1952 vor einer Nachahmung des EGKS-Modells und plädierte dafür, „das Ziel einer weiteren europäischen Integration nicht durch Teilunionen, sondern durch entschlossene Fortsetzung der Liberalisierung und allmählichen Abbau der Zollsätze anzustreben"[22].

Das Dilemma, in dem sich der Verband und große Teile der Industrie befanden: aus politischer Einsicht einen Schritt vollziehen zu müssen, den man aus wirtschaftlichen Gründen ablehnte, wird am Beispiel der EGKS besonders deutlich, vor allem dann, wenn die – durchweg positiven – öffentlichen mit internen Stellungnahmen konfrontiert werden. So klagte etwa der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans Wellhausen – er versorgte Hermann Reusch, den starken Mann im BDI-Präsidium, mit politischen In-

[20] BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 18. Auch der DIHT schätzte die OEEC sehr, vgl. z. B. Tätigkeitsbericht 1957/58, S. 42.

[21] Vgl. hierzu und zum folgenden Bührer, Ruhrstahl, S. 165–215. Zur Haltung des BDI vgl. Hans-Wolfgang Platzer, Unternehmensverbände in der EG – ihre nationale und transnationale Organisation und Politik, Kehl a. Rh./Straßburg 1984, S. 42–46. Zu den französischen Intentionen vgl. Constantin Goschler/Christoph Buchheim/Werner Bührer, Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: VfZ 37 (1989), S. 171–206. Grundsätzlich neuerdings John Gillingham, Coal, steel, and the rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr conflict to economic community, Cambridge 1991.

[22] Entschließung des BDI zur Frage weiterer wirtschaftlicher Teilunionen v. 26. 3. 1952, in: Bundesarchiv (BA), NL Blücher, 103. Vgl. auch BDI-Jahresbericht 1952/53, S. 25/26.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

formationen – darüber, „daß Deutschland in technischer und wirtschaftlicher Beziehung fast überall bei Eisen und Kohle am längeren Hebelarm" sitze, auf diese „Machtposition" aber weitgehend verzichte und „überwiegend aus politischen Gründen" wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehme[23]. Daß diese Haltung durchaus typisch für die integrationspolitische Einstellung in der Umgebung Reuschs war, zeigt auch ein Brieffentwurf aus der wirtschaftspolitischen Abteilung der Gutehoffnungshütte. Recht unverblümt heißt es dort, eine wirtschaftliche Integration Europas sei schon deswegen notwendig, „um den starken Impulsen, die von der deutschen Wirtschaft ausgehen, genügend Spielraum zu geben". Allerdings sei es „in der letzten Zeit" fraglich geworden, ob die Montanunion diesem Ziel tatsächlich dienlich sei: „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa", so das Fazit, müsse nämlich „ein dynamischer Prozeß sein, der nicht nur der Selbständigkeit der einzelnen Unternehmensführungen, sondern auch dem nationalen Charakter der verschiedenen Volkswirtschaften Rechnung" trage[24].

Es war also nicht nur der größere Einzugsbereich, der den BDI und andere Unternehmerverbände für die OEEC begeisterte, sondern auch der größere Entscheidungsspielraum, der den einzelnen Teilnehmerstaaten blieb. Im Aufbau eines lockeren westeuropäischen Verbundsystems als Zwischenetappe auf dem Weg zur weltwirtschaftlichen Integration nach dem Vorbild der Verhältnisse vor 1914 erblickten diese Kreise die adäquate Bedingung für die rasche Expansion einer exportorientierten Wirtschaft wie der westdeutschen. Und die Möglichkeiten, die eine solche liberale Weltwirtschaft einer starken Wirtschaftsmacht nicht zuletzt in politischer Hinsicht bot, wollte man sich durch die Einbindung in supranationale Entscheidungsstrukturen nicht von vornherein verstellen lassen. Daß ein rasches Comeback jedoch nur durch eine aktive Teilnahme an den Bemühungen um eine wirtschaftliche Integration Westeuropas, in welcher Form auch immer, gewährleistet war, daran gab es in den maßgeblichen Wirtschaftskreisen keinen Zweifel.

Positionsgewinne für die Bundesrepublik erhoffte sich der BDI aber auch durch die Einbeziehung in die militärische Integration. Abgesehen davon, daß die Westalliierten einen nationalen Alleingang in Richtung Wiederbewaffnung ohnehin nicht zugelassen hätten, war der BDI davon überzeugt, daß die Bundesrepublik, auf sich allein gestellt, gegen die, wie Berg sich auszudrücken pflegte, „asiatische Überflutung" machtlos gewesen wäre. Freilich wurden intern hin und wieder auch Zweifel an der Aggressivität der UdSSR laut. So glaubte Reusch selbst während des Koreakrieges nicht daran, daß „Rußland von sich aus einen Schießkrieg in Europa vom Zaune brechen" werde; „viel größer" sei „die Gefahr, daß die Amerikaner den Anfang machen"[25]. Solche Töne, die gar nicht recht zu seinem Image des Hardliners passen wollten, waren allerdings selten. Typischer waren da schon Kommentare, die führende Unternehmer anläßlich eines

---

[23] „Schumann-Plan" (sic!). Notiz Wellhausen für Reusch v. 25.8. 1950, in: HA, NL H.Reusch, 40010146/44.

[24] Entwurf einer Antwort auf den Brief des EGKS-Vizepräsidenten Etzel v. 19.1. 1955, in: Ebenda, 40010146/47.

[25] Reusch an Heinrichsbauer v. 8.12. 1950, in: Ebenda, 40010145/153.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vortrags des Generals a. D. Speidel auf der BDI-Präsidiumssitzung im November 1954 abgaben: eifrige Plädoyers für eine „Politik der Stärke", notfalls „auch um den Preis einer Verzögerung des Freiwerdens der Sowjetzone"; Klagen über „weiche Stellen des Westens" in der Bundesrepublik – „FDP und BHE sind die wirklich schlimmen Leute" – und fehlende Ideale in der Jugend; markige Bekräftigungen deutscher industrieller Leistungsfähigkeit[26]. Zumindest nach außen hin bemühte sich der BDI jedoch darum, jeden Eindruck „nationaler" militär- und rüstungspolitischer Ambitionen zu vermeiden, indem er entsprechende Wünsche und Vorschläge stets als Beitrag zu den gemeinsamen westeuropäisch-atlantischen Verteidigungsanstrengungen deklarierte.

Am meisten interessierten ohnehin die wirtschaftlichen Aspekte internationaler Spannungen und Konflikte. Dabei war es zunächst weniger ein etwaiger Ausschluß aus dem Rüstungsgeschäft, der dem BDI Sorgen bereitete, als vielmehr die im Gefolge des Koreakrieges von den Vereinigten Staaten in Angriff genommene internationale Rohstofflenkung, die auf drastische Weise den zweitrangigen Status der Bundesrepublik und der anderen OEEC-Länder, ausgenommen Frankreich und Großbritannien, demonstrierte[27]. Die Bundesrepublik, so klagte der BDI, habe zwar alle Konsequenzen der Umstellung auf die „Verteidigungswirtschaft" zu tragen, sei aber am „verteidigungswirtschaftlichen Geschehen nicht aktiv" beteiligt, mehr noch, ihr einziger Rohstoff, die Kohle, werde „zu Gunsten der direkt in die Verteidigung eingeschalteten Länder abgezogen". Diese mißliche Lage wurde aus der Sicht des Verbandes noch dadurch verschärft, daß die Vereinigten Staaten deutsche Lieferungen – abgesehen von einigen Engpaßbereichen – noch nicht einmal benötigten. War es also aufgrund wirtschaftlicher Entbehrlichkeit kaum möglich, Einfluß auf die Politik der westlichen Führungsmacht zu gewinnen, so mußte es immerhin als Trost erscheinen, daß die USA wenigstens aus politischen Gründen an der Stabilität der Bundesrepublik interessiert waren[28].

Wenngleich sich die Rohstofflage mit dem Abflauen des Koreakrieges entspannte, blieben die im engeren Sinne „verteidigungswirtschaftlichen Probleme", nämlich die künftigen „Besatzungs- und Truppenaufträge", Bestellungen aus den USA sowie bereits eingeplante Aufträge im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), weiter auf der Tagesordnung[29]. Zur Koordinierung der anfallenden Arbeiten

---

[26] Sitzungsprotokolle 1953/54: Niederschrift Sitzung Präsidium 22. 11. 1954, in: BDIA/13.

[27] Sitzungsprotokolle 1951/52: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 18. 1. 1951; Niederschrift 2. ordentl. Sitzung Hauptausschuß v. 19. 1. 1951, in: Ebenda. Vgl. auch Aufzeichnung Karl Albrecht (Marshallplanministerium; W. B.), „Internationale Rohstoffbewirtschaftung" v. 6. 11. 1950, in: BA, B 146/291. Zu Struktur und Arbeitsweise der International Materials Conference, so der Name dieser Behörde, vgl. Report on Operations of the IMC, February 26, 1951 to March 1, 1952, Washington D. C. (1952), in: BA, B 146, 1024.

[28] Bericht über die Reise der Delegation des BDI nach den USA vom Juli 1951; Anlage zur Niederschrift Sitzung Hauptausschuß v. 27. 9. 1951, in: BDIA 13.

[29] Vgl. z. B. Niederschrift Sitzung Präsidium v. 28. 10. 1952, in: Ebenda; Raithel, Wirtschaft, S. 91 f. Grundsätzlich Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten/Berlin 1966, bes. S. 75–160.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beschloß das BDI-Präsidium im Juli 1952 die Einrichtung eines „Arbeitskreises für Rüstungsfragen". Der Vorschlag eines Präsidiumsmitglieds, aus diesem Anlaß in einer öffentlichen Erklärung darauf hinzuweisen, daß sich die Industrie für Rüstungsaufgaben „pflichtgemäß zur Verfügung (stelle) in vollem Bewußtsein der damit verbundenen Gefahren", fand jedoch keine Mehrheit[30]. Offizielle Verlautbarungen zu dieser brisanten Thematik erschienen der Verbandsführung offenbar weniger dringlich als eine „störungsfreie Eingliederung" der zu erwartenden Aufträge in den normalen Produktionsprozeß. Die Bewältigung dieser Aufgabe unter Vermeidung allzu großer Abweichungen vom marktwirtschaftlichen Pfad genoß denn auch eindeutig Priorität[31].

Aus der Kontroverse, ob der North Atlantic Treaty Organization (NATO) oder der EVG als organisatorischem Rahmen für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands der Vorzug zu geben sei, hatte sich der Verband deshalb herausgehalten, wiewohl er an seiner Präferenz für das NATO-Konzept keinen Zweifel gelassen hatte[32]. Selbst nachdem schließlich die Entscheidung für die EVG-Lösung gefallen war, plante der BDI weiter zweigleisig[33]. Das Scheitern des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung im August 1954 kommentierte die BDI-Führung konsequenterweise recht gelassen; sie erblickte darin lediglich den Beweis für die Untauglichkeit der supranationalen Methode der europäischen Einigung, während die „Überzeugung von der unerläßlichen Notwendigkeit europäischer Zusammenarbeit" unerschüttert geblieben sei[34]. Einen Rückschlag bei den Bemühungen, die staatliche Souveränität zu erlangen, befürchtete der BDI nicht, und die bald darauf erfolgende Ratifizierung der Pariser Verträge sowie die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO gaben dieser Erwartung schließlich auch recht.

Während die Teilnahme am Prozeß der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Integration Westeuropas sowie die deutschen Bemühungen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit den Staaten dieser Region nach Auffassung des BDI vor allem zum Ziel haben mußten, die Gleichberechtigung mit den europäischen Nachbarn zu erreichen, war das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Anfang an von der Einsicht geprägt, daß man es hier mit einer Weltmacht zu tun hatte. Verständlicherweise besaßen die Beziehungen zu den USA für die Verbandsspitze deshalb einen mindestens ebenso hohen Stellenwert wie jene zum „Erbfeind" Frankreich. Ihre überragende Bedeutung für die Wiederankurbelung der europäischen und westdeutschen Wirtschaft hatten die USA ja bereits mit dem Marshallplan demonstriert, und der BDI bemühte sich seit seiner Gründung um die Herstellung guter Kontakte. Im Sommer

---

30 Niederschrift Sitzung Präsidium v. 15. 7. 1952, in: BDIA/13.

31 Vgl. z. B. Niederschrift Besprechung Hauptgeschäftsführer v. 17. 4. 1953, in: HA 40010146/670; Vermerk betr. Generalvertrag und EVG v. 14. 7. 1952, Teil 2, in: Archiv der IHK Augsburg (AIHKA), NL Vogel, BDI 1. 1.–31. 7. 1952.

32 Vgl. Bericht über die USA-Reise (Anm. 28); vgl. auch Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1985, S. 266 ff.; Braunthal, Federation, S. 292–302, behauptet unter Berufung auf Meinungsumfragen eine stärkere Unterstützung für die EVG-Konzeption.

33 Vgl. BDI-Jahresbericht 1953/54, S. 164 f.

34 Vgl. BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 23.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1951 fand, kurz nach der Rückkehr Erhards aus den Vereinigten Staaten, der erste offizielle Besuch einer BDI-Delegation in den USA statt[35], im Dezember desselben Jahres wurden die Beziehungen anläßlich des 1. Internationalen Industriellenkongresses in New York ausgebaut[36]. Anerkennend konstatierte der BDI „eine Macht und ein Wirtschaftspotential (. . .), wie es niemals vorher in der Welt vorhanden" gewesen sei, und eine daraus resultierende „politische Verantwortung für die Führung der westlichen Welt"[37]. Angesichts der „Schlüsselposition des Westens", die viele amerikanische Politiker und Industrielle der Bundesrepublik zuwiesen, erhoffte sich der BDI den raschen Einbau in das „NATO-System", um den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft kontinuierlich fortsetzen zu können.

Neben dem westdeutschen Sicherheitsproblem, dem im Zeitalter der Atomwaffen ohne Frage Priorität zukam, waren es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vor allem drei akute wirtschaftliche Schwierigkeiten, die der BDI mit amerikanischer Hilfe zu überwinden hoffte: den Produktivitätsrückstand, die geringen ausländischen, insbesondere amerikanischen Kapitalinvestitionen sowie den Dollarmangel. Der Verband tadelte mitunter recht massiv protektionistische Tendenzen in den USA, die er für die zum Teil nur langsamen Fortschritte auf diesen Gebieten verantwortlich machte, und erinnerte an die Verantwortung des Landes für das wirtschaftliche und politische Schicksal der westlichen Welt. Aber sogar in solch selbstbewußter Kritik war noch der Rangunterschied zwischen der Bundesrepublik und der westlichen Vormacht zu spüren, den der BDI in den Beziehungen zu den westeuropäischen Nachbarn nicht mehr anzuerkennen bereit war[38]. Die Bedeutung des im Oktober 1954 abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages mit den USA sah der Bundesverband deshalb vor allem darin, daß er die Wirtschaftsbeziehungen zu der „größten Welthandelsnation auf eine langfristige Grundlage" stelle[39]. Dramatische Veränderungen im Handelsvolumen hatte dieses Abkommen nicht zur Folge, es signalisierte jedoch die Entschlossenheit zwei der wichtigsten Handelsnationen, bei der Durchsetzung einer liberalen internationalen Wirtschafspolitik zusammenzuarbeiten, und erhöhte schon allein dadurch das Ansehen der Bundesrepublik.

An der prinzipiellen Asymmetrie der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den USA änderte sich freilich nichts. Als Ende November/Anfang Dezember 1954

---

35 Industriekurier v. 7. 8. („Erfolge der deutschen Industriedelegation") und 8. 8. 1951 („Die USA-Reise der Delegation des Bundesverbandes"); vgl. auch diverse Aktennotizen in: AIHKA, NL Vogel, USA-Reise/Juli 1951.

36 Vgl. dazu 1. Internationaler Industriellenkongreß 1.–5. 12. 1951, in: BDIA/12.

37 BDI-Jahresbericht 1952/53, S. 16, in: Ebenda; Raithel, Wirtschaft, S. 81 ff. Zur Bedeutung der Bundesrepublik aus amerikanischer Sicht vgl. neuerdings Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991.

38 BDI-NAM, Petersberg 10. 6. 1953, Ansprache Berg, in: BDIA/12.

39 BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 109. Der Vertrag trat erst am 14. 7. 1956 in Kraft. Vgl. hierzu auch Manfred Knapp, Politische und wirtschaftliche Interdependenzen im Verhältnis USA–(Bundesrepublik) Deutschland 1945–1975, in: ders./Werner Link/Hans-Jürgen Schröder u. a., Die USA und Deutschland 1918–1975, München 1978, S. 153–219, bes. S. 187 ff.; Schröder, Kanzler, S. 132 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erneut eine BDI-Delegation unter Führung Fritz Bergs in den Vereinigten Staaten weilte, trug der amerikanische Außenminister Dulles, nicht zuletzt auf Drängen des Bundeskanzlers, dem Prestigebedürfnis der Deutschen zwar mit einem Empfang im State Department Rechnung, machte aber zugleich unmißverständlich deutlich, welche Politik die Regierung in Washington von ihnen erwartete: vor allem intensive Bemühungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit in Westeuropa, insbesondere mit Frankreich[40]. Der Platz der Bundesrepublik war, mit anderen Worten, im westeuropäischen Verbund, politische Notwendigkeit rangierte vor ökonomischer Rationalität, und der BDI akzeptierte, wenngleich gelegentlich nur widerstrebend, diese Rangordnung.

Dies zeigte sich insbesondere im Handel mit den Ostblockländern. Schon im März 1950, wenige Monate nach seiner Gründung, hatte sich der Bundesverband auf einer Sitzung seines Außenhandelsausschusses ausführlich mit den speziellen Problemen auf diesem Gebiet beschäftigt. Mehrere Redner hatten die Bedeutung des Osthandels für die westdeutsche Wirtschaft unterstrichen. Immerhin waren zwischen 1928 und 1933 etwa 18 Prozent der deutschen Ausfuhr in diese Region gegangen, gegenüber nur 5 Prozent im Jahre 1949. Die Notwendigkeit einer Intensivierung der Handelsbeziehungen mit diesen Ländern war auch damit begründet worden, daß anders ein Ausgleich der Zahlungsbilanz bis zum Auslaufen des Marshallplanes im Jahre 1952 nicht möglich sei. Um mögliche Befürchtungen in den westlichen Hauptstädten zu zerstreuen, hatten die verhinderten deutschen Osthändler ausdrücklich betont, sie „seien nicht nur darauf angewiesen, mit dem Westen zu arbeiten", sondern fühlten sich „wohl sämtlich als Westeuropäer, die auch den inneren Wunsch hätten, sich zu Westeuropa zu bekennen und hier die politische Zukunft zu suchen". Die Bundesrepublik verlange aufgrund ihrer „geopolitischen Lage" und ihrer „großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten" lediglich das „gleiche Recht zur Ausweitung des Osthandels, wie es einige andere westeuropäische Länder bereits für sich beanspruchten"[41].

Als das BDI-Präsidium im August 1954 erneut über Grundsatzfragen des Osthandels diskutierte, hatte sich an dieser Konstellation kaum etwas geändert. Nach wie vor fühlte sich die westdeutsche Industrie im Handel mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Ostblocks gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz benachteiligt. Während sich die Forderung nach Gleichberechtigung auch auf diesem Gebiet bislang jedoch in erster Linie an die Adresse der drei Westmächte gerichtet hatte, geriet nun die Bundesregierung zunehmend unter Beschuß: Wohl herrschte Konsens,

---

[40] National Archives, Washington D.C. (NA), RG 59, 862 A. 054/12-754: Memorandum of conversation v. 7. 12. 1954 inkl. Anlage. Zur Bewertung des Besuchs aus Sicht des BDI vgl. Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 26. 1. 1955, in: BDIA/13.

[41] Bericht Sitzung Außenhandelsausschuß v. 3. 3. 1950, in: AIHKA, NL Vogel, BDI – Außenhandelsausschuß I, März 1950–Juni 1951. Vgl. auch Braunthal, Federation, S. 305–316; Claudia Wörmann, Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland. Politische Rahmenbedingungen und ökonomische Bedeutung, Frankfurt a.M./New York 1982, S. 12ff.; Reinhard Neebe, Optionen westdeutscher Außenwirtschaftspolitik 1949–1953, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), Marshallplan, S. 163–202.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß es sich beim Ostgeschäft um einen „sehr stark politischen Wirtschaftskomplex" handle und daß es folglich darauf ankomme, „das Risiko abzuwägen, durch eine möglicherweise zu starke Intensivierung des Osthandels die Sympathien des Westens und damit einen politisch sicheren Markt zu verlieren". Dennoch müsse es, „bei aller Anerkennung des Führungsanspruchs der Regierung", künftig der Wirtschaft selbst überlassen bleiben, den günstigsten Zeitpunkt für die Wiederaufnahme des Osthandels zu bestimmen[42].

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung auf der einen und das gestiegene Selbstvertrauen des Verbandes auf der anderen Seite äußerten sich bereits einen Monat später auch noch in einer anderen Frage. Als BDI-Präsident Berg anläßlich einer Erörterung der außenpolitischen Lage auf die Besorgnisse der französischen Industrie „über das Ausmaß und Tempo der Wiederherstellung der deutschen Produktionskapazitäten" hinwies, sprachen sich mehrere Sitzungsteilnehmer aus Rücksicht auf diese Empfindlichkeiten dafür aus, „die unbestreitbar hervorragenden Leistungen der deutschen Industrie nach außen nicht zu betont herauszustellen (. . .), vielleicht sogar statistisch die Überschätzung der deutschen Industriekapazität klarzustellen". Freilich „müsse die Zurückhaltung ihre Grenze in der Notwendigkeit finden, im wirtschaftlichen Wettbewerb mit ausländischen Industrien sich durchzusetzen, wozu es auch einer Verbesserung der Wirtschaftsabteilungen bei den deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland" bedürfe. Damit nicht genug, wurde das Auswärtige Amt mit dem warnenden Hinweis, daß es künftig „den Vorschlägen der deutschen Wirtschaft als des Lebensnervs des deutschen Volkes ein größeres Gewicht beilegen" müsse als bisher, gleich mit in die Kritik einbezogen[43].

Es war unverkennbar: Der BDI präsentierte sich zunehmend selbstbewußter. Er hatte dazu auch einigen Anlaß, denn schließlich war das Konzept, mit dem er, im Einklang mit der Bundesregierung, auf die Herausforderungen der frühen fünfziger Jahre reagiert hatte, im großen und ganzen aufgegangen: Die Aussöhnung mit Frankreich, wichtigste Voraussetzung der von alliierter Seite zur Bedingung des westdeutschen Wiederaufstiegs erhobenen westeuropäischen Zusammenarbeit, machte Fortschritte; das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, von deren militärischer und wirtschaftlicher Stärke die Bundesrepublik abhängig war, konnte intensiviert werden. Eingebettet in dieses Geflecht westeuropäischer und atlantischer Beziehungen war es gelungen, den wirtschaftlichen und politischen Spielraum sukzessive auszudehnen. Worauf es dem Verband dabei besonders ankam, war ein zumindest formal gleichberechtigter Status im Rahmen der jeweiligen „Integrationsklubs". Dazu bedurfte es freilich auch des Verzichts der drei „Besatzungsmächte" auf jene wenigen Vorbehaltsrechte, welche die Bundesrepublik noch von der „Souveränität" trennten.

---

[42] Sitzungsprotokolle 1953/54: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 13. 8. 1954, in: BDIA/13.

[43] Niederschrift Sitzung Präsidium v. 13. 9. 1954, in: Ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Der Aufstieg der Bundesrepublik in den Kreis der europäischen Mächte vollzog sich als kurzer, aber dennoch kontinuierlicher Prozeß. Die Erlangung der formalen Souveränität am 5. Mai 1955 bedeutete deshalb keinen qualitativen Sprung in dieser Entwicklung. Dennoch fiel einem britischen Beobachter der westdeutschen Industrieszene eine markante Veränderung auf: „The restoration of German sovereignty has given a fillip to German self-confidence which has shown itself in rather greater emphasis on a forward economic foreign policy, especially in underdeveloped countries." Weiter konstatierte er, daß „the re-establishment of diplomatic relations with Russia has tended to increase the hopes of those industrialists who look for markets in the East"[44].

Auch für den BDI standen nun, nachdem die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Vertragssystem zum Abschluß gekommen und das Land auf den dritten Rang der Welthandelsnationen aufgerückt war, die Zeichen auf Expansion[45]. Die Bemühungen der westdeutschen Wirtschaft, ihre traditionellen Handelsbeziehungen mit dem Nahen und Mittleren Osten und mit Südamerika wiederzubeleben, waren auf seiten der Westmächte stets mit einer Mischung aus Furcht und Bewunderung verfolgt worden[46]. Die tatsächlichen Außenhandelsumsätze mit den wichtigsten Partnern in diesen Regionen lassen jedoch erkennen, daß die teilweise hektischen Reaktionen in Paris oder London eher auf die Verwunderung darüber zurückzuführen waren, daß die deutsche Konkurrenz überhaupt schon wieder auf bestimmten, sichergeglaubten Märkten auftauchte, als auf spektakuläre deutsche Erfolge. Zwar stieg zwischen 1955 und 1958 der Wert der Exporte nach Indien von 494 auf 1098 und nach Brasilien von 296 auf 617 Millionen DM, doch fielen im gleichen Zeitraum Argentinien, Mexiko und Kolumbien aus der Rangliste der 20 wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik heraus, und der Anteil der Exporte in die außereuropäischen „Entwicklungsländer" an der deutschen Gesamtausfuhr stagnierte bei etwa 21 Prozent[47]. Nüchterne Analysen ausländischer Experten lobten zwar die Tüchtigkeit der deutschen Kaufleute, kamen jedoch insgesamt ebenfalls nicht zu sonderlich beunruhigenden Ergebnissen[48]. Die ersten Versuche zu einer systematischeren Politik gegenüber den Entwicklungsländern, die nach 1955 einsetzten – bis dahin hatte sich in erster Linie die Privatwirtschaft engagiert, freilich mit staatlicher Unterstützung –, änderten daran nur wenig. Wie schon im

---

44 Sykes an Rose v. 25.2. 1956, in: PRO FO 371/124 587/WG 1108/2.

45 Vgl. BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 9–20.

46 Vgl. z. B. den ausführlichen Bericht über die deutschen Aktivitäten im Nahen Osten, in: Ministère des Affaires Étrangères, Archives Diplomatiques, Paris (MAE), EU-Europe 1949–1955, Allemagne, Vol. 349: Bericht der französischen Hohen Kommission an Schuman v. 22.5. 1952.

47 Zahlen nach: BDI-Jahresbericht 1957/58 und 1958/59; Knapp, Interdependenzen, in: Knapp/Link/Schröder u. a., Die USA und Deutschland 1918–1975, S. 200f.

48 Vgl. z. B. den Bericht der United Kingdom Trade Commission in Karatschi vom Juli 1957 über die deutsche Konkurrenz auf dem pakistanischen Markt zwischen 1952 und 1956, in: NA, RG 59, 862 A. 0090D/7-2957.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Falle des Marshallplans und der europäischen Integration kam es der Bundesregierung und der deutschen Industrie dennoch sehr gelegen, daß sich „nationale" oder branchen-, ja selbst firmenspezifische Interessen erneut häufig bruchlos in die amerikanischen Bemühungen zur Zurückdrängung des „kommunistischen" Einflusses in den Entwicklungsländern einfügten[49]. Allerdings operierten die Deutschen recht vorsichtig, so daß sich das State Department gelegentlich sogar veranlaßt sah, größeres Engagement einzufordern: Die Vereinigten Staaten hofften, so hieß es in einem internen Memorandum vom März 1958, „that the Federal Republic, in view of its strong economic and financial position and its political interests in strengthening the free world, will further increase the amounts and very substantially lengthen the maturity dates of German lending not only to India, but also to other less-developed countries"[50].

Während die reale Entwicklung des Handels mit den Entwicklungsländern also nach 1955 keinen spektakulären Anstieg erlebte, profitierte die Bundesrepublik von dem generellen Aufschwung im Osthandel zwischen 1953 und 1958 stärker als die westeuropäischen Konkurrenten: 1956 erreichten die westdeutschen Ostexporte das Niveau der britischen Ausfuhr, ab 1957 übernahm die Bundesrepublik sogar die Führung[51]. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR 1955 dürfte dafür allerdings nicht der Hauptgrund gewesen sein; immerhin dauerte es noch bis 1958, ehe ein umfassendes Handels- und Zahlungsabkommen zustande kam. Es war wohl eher das auf den Investitionsgüterbedarf der potentiellen Kunden im Ostblock zugeschnittene „Exportangebot" der westdeutschen Industrie, das diesen Erfolg ermöglichte. Eine deutschlandpolitische Instrumentalisierung des Osthandels, wie sie die Bundesregierung noch bis ins Jahr 1958 hinein verfolgte, konnte diese Spitzenposition nur gefährden und fand deshalb in den interessierten Wirtschaftskreisen kaum Unterstützung. Die Nachteile „politisierter" Wirtschaftsbeziehungen waren dem BDI durchaus bewußt, auch wenn dies seinen öffentlichen Bekenntnissen zur amerikanischen Globalstrategie und zur Außenpolitik der Bundesregierung nicht immer anzumerken war.

Eingedenk solcher „politischen" Grenzen blieb der BDI, bei allem demonstrativ zur Schau getragenen Bewußtsein eigener Stärke, dennoch realistisch genug, den Einfluß der Bundesregierung oder gar der westdeutschen Industrie auf den Gang der internationalen Politik nicht zu überschätzen. Alleingänge kamen für den Verband, ungeachtet gelegentlicher Versuchungen, letztlich nicht in Betracht, die Einbindung in das westliche Bündnis blieb die entscheidende Konstante seiner außenpolitischen Konzeption. Diesen Kurs galt es aus der Sicht des BDI auch nach dem Eintritt in den Kreis der souveränen Staaten fortzusetzen, jeden Gedanken an ein neues „Rapallo" wies der Verband weit von sich. Die feierliche Beschwörung der deutschen Wiedervereinigung

[49] Zu den einzelnen Etappen der Bonner Entwicklungspolitik vgl. Klaus Bodemer, Programmentwicklung in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Franz Nuscheler (Hrsg.), Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Opladen 1985, S. 278–307.

[50] Positionspapier aus dem State Department v. März 1958, in: NA, RG 59, 862 A. 0091/3-2658. Zur Haltung des BDI vgl. Braunthal, Federation, S. 331 ff.

[51] Vgl. dazu und zum folgenden Wörmann, Osthandel, S. 19–35.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als der ersten Sorge der Nation nahm sich in diesem Zusammenhang eher als Pflichtübung denn als ernstgemeintes Anliegen aus[52].

Auch auf dem Feld der europäisch-atlantischen Wirtschaftsbeziehungen blieb dem BDI zunächst nichts anderes übrig, als zu versuchen, Inhalt und Formen der Zusammenarbeit auf die Bedürfnisse der bundesrepublikanischen Wirtschaft auszurichten. Angesichts der starken Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Außenhandel drängte der Verband mit Nachdruck auf die Harmonisierung der Handels-, Währungs- und Wirtschaftspolitik der NATO-Länder als Voraussetzung für die Konvertibilität der Währungen. Bei allen offiziellen Bekenntnissen zum „Multilateralismus" waren die Experten des BDI jedoch nicht bereit, auf bewährte bilaterale Verfahren prinzipiell zu verzichten, „weil man damit die deutsche Konsumgüterausfuhr eines wesentlichen Schutzes berauben und sich des Einflusses auf diejenigen Länder begeben würde, die durch staatliche Maßnahmen ihre Ein- und Ausfuhr steuern"[53].

Wenngleich das Jahr 1955 für die Politik des BDI also keine Zäsur bedeutete und die Verbandsführung nach außen darauf bedacht war, Kontinuität zu demonstrieren, wollte sie den gestiegenen internationalen Einfluß der Bundesrepublik vorrangig dazu genutzt sehen, die eigenen wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume auszudehnen bzw. zumindest eine weitere Einschränkung zu verhindern. Am deutlichsten zeigte sich diese Tendenz in der Frage der Weiterführung der europäischen Einigungspolitik. Das Konzept der supranationalen Integration war der westdeutschen Industrie, wie bereits erwähnt, seit jeher suspekt gewesen. Hatte sie sich im Falle der Montanunion noch zähneknirschend gefügt, so lieferte das Scheitern der EVG endlich den willkommenen und aus ihrer Sicht unwiderlegbaren Beweis dafür, daß diese Methode ungeeignet war zur Integration der westeuropäischen Staaten. Vor dem Hintergrund der Vorbereitungen zur Konferenz von Messina und den dortigen Beratungen selbst[54] entspann sich deshalb eine heftige Debatte über den einzuschlagenden Kurs. Für den BDI stand von vornherein fest, „daß eine Fortsetzung der Integration auf dem Wege supranationaler Institutionen unter Aufgabe von Souveränitätsrechten nicht mehr angehe, daß vielmehr (. .) der OEEC-Stil der gangbare Weg sei". Vor allem müsse sichergestellt sein, daß „in Zukunft keine autoritäre Stelle bestehe, sondern daß gemeinsame politische Entscheidungen von Fall zu Fall zu treffen seien"[55].

Es waren jedoch nicht nur der BDI und andere Industrieverbände allein, die Front gegen die supranationale Konzeption machten. Gewichtige Unterstützung erhielten sie auch aus dem Regierungslager. Prominentester Verbündeter war Ludwig Erhard, der sich bereits in einer privaten Studie vom Frühjahr 1955 „Gedanken zu den Proble-

---

52 Vgl. Bericht über die 6. ordentl. Mitgliederversammlung, S. 29 (= BDI-Drucksache Nr. 36); Braunthal, Federation, S. 286 ff.

53 Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift 6. ordentl. Mitgliederversammlung v. 17.5. 1955, in: BDIA/13.

54 Vgl. dazu Hanns-Jürgen Küsters, Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.

55 Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 8. 6. 1955, in: BDIA/13. Vgl. auch Platzer, Unternehmensverbände, S. 49–55; Raithel, Wirtschaft, S. 84 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men der Kooperation oder der Integration" gemacht hatte. Für ihn bot die Montanunion „eine wahre Fundgrube für Erkenntnisse, die im ganzen genommen einer Nachahmung dieses Modells nicht gerade förderlich" seien. Was ihn besonders störte, waren die branchenmäßige Begrenzung und der dirigistische Grundzug; überdies war er davon überzeugt, „daß angesichts der Empfindlichkeit der Nationalstaaten in bezug auf die Preisgabe souveräner Rechte gerade auf dem wirtschaftlichen Felde entscheidende Fortschritte nicht zu erwarten" seien. Und wenn er ganz allgemein davon sprach, daß „die Nationalstaaten" immer noch der „mehr oder minder ausgesprochenen Überzeugung" huldigten, daß sie „das wirtschaftliche und soziale Schicksal ihres Landes und Volkes nach eigenen Vorstellungen, Wünschen und Zielen zu gestalten hätten und es gerade hinsichtlich dieses Gegenstandes keine internationale Bindung bzw. keine Unterordnung geben könne oder dürfe", so beschrieb er wohl nicht zuletzt seine eigenen Empfindungen und Vorstellungen zu diesem Thema[56].

Die Bereitschaft, zugunsten europäischer Institutionen auf Souveränitätsrechte zu verzichten, ließ jedenfalls nach dem Mai 1955 merklich nach. Dies zeigte sich besonders deutlich in der Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Bemühungen des BDI, eine „Europäisierung" der Kerntechnik durch bilaterale Abkommen mit Großbritannien und den USA zu unterlaufen, scheiterten jedoch trotz der Unterstützung aus dem Wirtschafts- und dem Atomministerium letztlich am Widerstand der amerikanischen Regierung[57]. Zwar war die Bundesrepublik noch nicht soweit, daß sie im europäischen Einigungsprozeß die politische Führung übernehmen konnte[58], doch auf der Ebene der Experten gelang es immer mehr, der Integration den eigenen marktwirtschaftlichen Stempel aufzudrücken. Auch scheint der Einfluß des BDI doch größer gewesen zu sein, als gelegentlich angenommen wird[59]. Die Verbandsführung verfolgte den Gang der Verhandlungen nicht nur sehr aufmerksam, eine eigens eingesetzte „Präsidialkommission für Fragen der europäischen Integration" sollte den Standpunkt des BDI auch gegenüber Regierung und

---

[56] Ludwig-Erhard-Archiv, NL Erhard I. 1)3. Zur Konzeption Erhards vgl. Volkhard Laitenberger, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen/Zürich 1986, S. 127–137; Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 128–146. Zu den europapolitischen Differenzen zwischen Erhard und Adenauer zuletzt Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 285–307.

[57] Vgl. dazu mit vielen Belegen FRUS 1955–1957, Vol. IV, Washington 1986, bes. S. 335 ff.; Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975, Reinbek b. Hamburg 1983; Michael Eckert, Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37 (1989), S. 115–143.

[58] Vgl. dazu z. B. FRUS 1955–1957, IV, S. 283–287: Memorandum of a conversation, bes. S. 286. In dem Gespräch zwischen Vertretern der Hohen Behörde der EGKS und des State Department ging es u. a. um die Aussichten eines gemeinsamen Marktes. Albert Coppe, einer der Vizepräsidenten der Hohen Behörde, sagte in diesem Zusammenhang, „that the initiative would be taken by the Benelux countries since France was currently unable to take the lead and it was undesirable for Germany to assume leadership, for political reasons".

[59] Vgl. Platzer, Unternehmerverbände, bes. S. 50. Gegenteiliger Meinung ist Küsters, Gründung, S. 275 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Öffentlichkeit zur Geltung bringen[60]. Den im April 1956 vorgelegten „Spaak-Bericht" zur Wirtschafts- und Atomintegration kommentierte das Präsidium recht wohlwollend[61]. Bedenken bestanden zwar gegen den künftigen Wegfall von Agrarimporten als „Verhandlungsmasse" bei Handelsverträgen, gegen die Wettbewerbsregeln sowie gegen die aus der Sicht des Verbandes ungenügende Harmonisierung der Steuersysteme und Arbeitsbedingungen, doch wollte man keinesfalls die Verantwortung für ein mögliches Scheitern des gesamten Projekts übernehmen. Lediglich das Junktim zwischen EURATOM und Gemeinsamem Markt sollte unter allen Umständen verteidigt werden. Daß sich der BDI nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Mitarbeit bereit erklärte, wollte er keinesfalls als vorbehaltlose Zustimmung gewertet sehen; vielmehr kam es ihm nun darauf an, einzelne „Ungereimtheiten" zu beseitigen und die „richtigen" Persönlichkeiten in die europäischen Gremien zu entsenden[62]. Im übrigen vertraute man darauf, daß die „Elastizität" des Vertragswerkes die Möglichkeit biete, „die Erfahrungen der Wirtschaft bei der weiteren Gestaltung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verwerten"[63].

Mit dieser eher nüchternen Bewertung von EWG und EURATOM war der BDI jedenfalls weit entfernt von der euphorischen Prognose Adenauers, daß die „gewaltige wirtschaftliche Kraft" der sechs EWG-Länder, die „ganz sicher auch zu gemeinsamem politischen Handeln im großen" führen werde, „auf die Geschehnisse in dieser Welt ihren Einfluß ausüben" werde[64]. Die Erwartungen des Verbandes gerade in dieser Hinsicht waren nicht besonders hoch. Und so interessierten, neben den Vorteilen des Gemeinsamen Marktes für die Gesamtheit der EWG-Mitglieder, vor allem jene für die „eigene" Industrie. Hier kam der BDI aufgrund einer Analyse der Wettbewerbssituation und der Produktionskosten zu dem Ergebnis, daß, wie es mit fast schon ironisch anmutendem Understatement hieß, „eine gewisse Zuversicht der Deutschen Industrie beim Eintritt in den Gemeinsamen Markt nicht unberechtigt" sei[65]. Dennoch: Das kräfte- und zeitraubende Interessenclearing auf europäischer Ebene war gewiß nicht nach dem Geschmack der Industrie und mancher deutscher Politiker. Weitere Versuche, aus dem Integrationsgeleitzug auszuscheren, wurden nach dem Mißerfolg im Falle von EURATOM allerdings nicht befürwortet. Vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik achtete der BDI darauf, jegliche Irritation bei den Verbündeten zu vermeiden: „Das Verteidigungsgeschehen in der Bundesrepublik", so hieß es beispielsweise im Jahresbericht 1958/59, könne „nur im Rahmen der NATO richtig gesehen werden." Dieses klare Bekenntnis schloß auch die Bereitschaft zur rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit ein, denn der Gedanke an eine „Rüstungsautarkie" sei von staatlichen

---

60 Sitzungsprotokolle 1955/56: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 20. 1. 1956, in: BDIA/13.

61 Vgl. Niederschrift Sitzung Präsidium v. 23. 5. 1956, in: Ebenda; dort auch die folgenden Zitate. Zum „Spaak-Bericht" vgl. Küsters, Gründung, S. 135–268.

62 Vgl. Sitzungsprotokolle 1957/58: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 16. 5. 1957, in: BDIA/13.

63 BDI-Jahresbericht 1956/57, S. 42.

64 Adenauer. Teegespräche 1955–1958, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986, S. 181.

65 BDI-Jahresbericht 1957/58, S. 27.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stellen und „bei der deutschen Industrie seit langem und endgültig beiseite gelegt" worden. Zur Klärung technischer Probleme, aber auch zur politisch-ideologischen Unterrichtung organisierte der Verband Besuche interessierter Industrieller beim NATO-Hauptquartier sowie Vorträge von NATO-Mitarbeitern im verteidigungswirtschaftlichen Ausschuß des BDI[66].

Auf dem wirtschaftlichen Feld verlegte sich der BDI nun verstärkt darauf, die institutionalisierte Zusammenarbeit in Europa über den EWG-Rahmen hinaus auszudehnen. Er wurde zum beredten Fürsprecher einer westeuropäischen Freihandelszone und bot sich als Vermittler zwischen den gegensätzlichen Interessen der französischen und englischen Industrie an[67]. Die EWG, das machte der Verband deutlich, dürfe „nicht das Endziel" sein, weil sonst die Gefahr einer „Aufspaltung des Wirtschaftslebens unserer bisher durch die OEEC gebildeten Gemeinschaft in zwei handelspolitische Blöcke" drohe. Diese Warnung war durchaus berechtigt, waren doch die Länder der späteren European Free Trade Association (EFTA) als Handelspartner der Bundesrepublik bis Ende der fünfziger Jahre kaum weniger wichtig als die EWG-Länder. Aber selbst eine solche „gesamtwesteuropäische" Perspektive erschien dem BDI noch nicht ausreichend: ihm kam es nunmehr, am Ende der fünfziger Jahre, vor allem darauf an, „aus der europäischen Enge" in die „Atlantische Gemeinschaft" hineinzukommen[68]. Die bereits angedeuteten Bemühungen, in den sogenannten Entwicklungsländern Fuß zu fassen, sowie der 1958 von Erfolg gekrönte Einsatz für die Wiederherstellung der Konvertibilität der wichtigsten europäischen Währungen waren wichtige Schritte auf diesem Wege[69].

Dem „wirtschaftlichen Riesen" Bundesrepublik – in dieser Hinsicht hatten sich die Befürchtungen insbesondere in Frankreich vollauf bestätigt – wurde es in „Kleineuropa" also allmählich zu eng. Die Anfang der fünfziger Jahre mehr oder weniger „verständnisvoll" hingenommene Einbindung in supra- und internationale Institutionen empfand man zunehmend als lästig. Der BDI machte sich zum Sprachrohr solcher Stimmungen. Er konnte sich dabei zwar der Unterstützung Ludwig Erhards sicher sein, zugleich mußte er aber darauf achten, zur doch behutsameren Politik des Bundeskanzlers nicht allzusehr in Widerspruch zu geraten. Die Sechsergemeinschaft blieb freilich, allen weitergehenden Ambitionen zum Trotz, vorerst die entscheidende ökonomische Basis nicht nur für die Außenwirtschafts-, sondern auch für die Außenpolitik der Bundesrepublik. Die politische Umsetzung des wachsenden wirtschaftlichen Einflusses in Europa und in der Welt, wie er sich in Handelsbilanzüberschüssen oder steigenden Dollarreserven ausdrückte, erwies sich im Alleingang als unmöglich. Der

[66] Vgl. BDI-Jahresbericht 1958/59, S. 31 f., 251–256; die Zitate S. 251 u. 253.

[67] Vgl. Sitzungsprotokolle 1957/58: Niederschrift Sitzung Präsidium v. 26. 3. 1958, in: BDIA/13.

[68] So das Geschäftsführende Präsidialmitglied, Wilhelm Beutler, auf der 10. Mitgliederversammlung des BDI v. 23. 6. 1959, in: Ebenda, Sitzungsprotokolle 1959.

[69] Vgl. die einschlägigen Abschnitte in den Jahresberichten 1957/58 und 1958/59. Zur Wiederherstellung der Konvertibilität vgl. neuerdings Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990, S. 166–170.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BDI erkannte rasch, daß die Bundesrepublik nur als Mitglied größerer „Integrationsklubs" wie der EWG oder der NATO reüssieren konnte.

III.

Ein Jahrzehnt nach Günter Henle nahm auf einer BDI-Geschäftsführerkonferenz im April 1960 ein Verbandsfunktionär mit wiederum recht pointierten Bemerkungen zur Frage nach Voraussetzungen und Chancen machtpolitischer Ambitionen in Europa Stellung. Sein Befund fiel ganz ähnlich aus: Es bestünden „keine machtpolitischen Aussichten mehr", das „Zeitalter der europäischen Grenzkriege und der europäischen politischen Machtdemonstrationen" sei vorüber; trotz eines „sehr beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwungs" in den letzten zehn Jahren sei „die alte europäische Machtposition verloren". Bemerkenswert ist aber, daß der Redner die Gewichte im westeuropäischen Raum doch anders verteilte als Henle zehn Jahre zuvor. Den „Ruhm einer geistig-geistlichen Führung" billigte er Rom, dem Vatikan, zu; das „politische Schwergewicht" liege in Paris, denn „nach den politischen Ereignissen der letzten Vergangenheit" sei ein deutscher Führungsanspruch „auf lange Zeit, wenn nicht für immer, verspielt". Anders verhalte es sich dagegen mit der Frage der ökonomischen Führung: Die wirtschaftlichen Leistungen der Deutschen nach 1945 hätten „in der ganzen Welt, aber auch bei den europäischen Partnerländern, einen tiefen Eindruck hinterlassen". Es erscheine „nicht ausgeschlossen", daß die Bundesrepublik „in allen Fragen auf der ökonomischen Ebene ein stärkeres Gewicht haben werde als die anderen Partner". Auf diese Weise „könnte Deutschland eine wirtschaftliche zentrale Position zufallen, welche zu bedauern" es keinen Grund gebe[70].

War der Abschied von der Machtpolitik in deutschen Industriekreisen also doch von Dauer? Legt man die traditionelle, gewaltpolitisch und nationalstaatlich akzentuierte Definition zugrunde, wird man diese Frage – jedenfalls für die große Mehrzahl der Industriellen – bejahen können. Geht man hingegen von einem „modernen" Begriff von Machtpolitik aus[71], lautet die Antwort anders: Zwar war die „militärische Kraft" geborgt und die „diplomatische Möglichkeit" noch begrenzt – zusammen mit der unbezweifelbaren „wirtschaftlichen Überlegenheit" gestatteten diese Faktoren jedoch eine deutsche Außenpolitik im westeuropäisch-atlantischen Verbund, die mit dem Terminus „verantwortliche Machtpolitik" zutreffend beschrieben ist.

---

[70] Sitzungsprotokolle 1960: Anlage 3 zur Niederschrift über die BDI-Geschäftsführerkonferenz v. 8. 4. 1960, Rede Born, in: BDIA/13.

[71] Vgl. Schwarz, Die gezähmten Deutschen, bes. S. 153–175.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IAN KERSHAW

IDEOLOGE UND PROPAGANDIST

Hitler im Lichte seiner Reden, Schriften und Anordnungen 1925–1928*

Die Schwierigkeit der Aufgabe, die verstreuten Hitler-Texte zu ermitteln und zusammenzustellen, ist wohl der Grund dafür, daß wir erst ein halbes Jahrhundert nach Ende des Dritten Reiches, wenn dieses Projekt abgeschlossen sein wird, über eine wissenschaftliche Edition der erhalten gebliebenen Reden und Schriften Hitlers aus der Zeit zwischen seinem Eintritt in die Politik und seiner Machtübernahme am 30. Januar 1933 verfügen werden. Bei der Lektüre der nun vorgelegten Bände dieser wichtigen Edition, die den Zeitraum zwischen der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 und der Reichstagswahl im Mai 1928 umfassen[1], fällt es manchmal schwer, im Bewußtsein zu halten, wie unwichtig die Hitler-Bewegung in diesen Jahren war: Nichts weiter als eine kleine, unbedeutende Randerscheinung auf der politischen Bühne. Denn diese Zeitspanne umfaßt die sogenannten goldenen Jahre der Weimarer Republik – die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs, der außenpolitischen Erfolge Stresemanns, des sozialpolitischen Fortschritts, der, wie es schien, Konsolidierung der unruhigen Republik. Selbst für Bayern, wo die NSDAP bis 1928 besser abschnitt als im übrigen Reich, zeigen die Halbmonatsberichte der Regierungspräsidenten und die Tagespresse, wie nebensächlich die NS-Bewegung in dieser Phase als politischer Faktor blieb. Es ist wohl wichtig, dies bei der Analyse der Bände im Auge zu behalten.

Die Bedeutung dieser Edition bezieht sich denn auch hauptsächlich auf die innere Entwicklung der NSDAP in einem Zeitraum, in dem sie von realistischen Machterwartungen weit entfernt war und zunächst mit schweren internen Zwistigkeiten kämpfte. Zugleich und vor allem aber wird es durch die Edition zum ersten Mal möglich, die Entwicklung der politischen Ideen Hitlers in den mittleren zwanziger Jahren systematisch zu verfolgen.

Die Edition setzt mit der Neugründung der NSDAP am 26. Februar 1925 ein. Hitlers Schwierigkeiten, die Fragmentierung der 1924 auseinandergefallenen alten Partei

---

* Der folgende Vortrag wurde am 14. Februar 1992 im Institut für Zeitgeschichte gehalten.

[1] Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Band I: Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925 – Juni 1926. Herausgegeben und kommentiert von Clemens Vollnhals. Band II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichtstagswahl. Juli 1926 – Mai 1928. Herausgegeben und kommentiert von Bärbel Dusik. 2 Teilbände, München usw. 1992. Die folgenden Zitate aus dem Werk werden im Text belegt (z. B. II/2, 761 für Band II, Teilband 2, S. 761).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die Rivalitäten im völkischen Lager zu überwinden, waren zunächst ganz erheblich, zumal die bayerischen Behörden im März 1925 ein Redeverbot gegen ihn verhängt hatten, das ihn vorübergehend seiner mächtigsten Waffe, dem Einsatz seines demagogischen Talents, beraubte. Der erste Teil der Edition beleuchtet diese Schwierigkeiten – den mühsamen Aufbau der Partei in Sachsen, Thüringen und Württemberg, die Konfrontation Hitlers mit den Rivalen Graefe und Reventlow in Norddeutschland und vor allem die Konflikte in den eigenen Reihen. Diese bezogen sich nicht nur auf die umstrittenen Figuren in Hitlers Münchner Kreis und anderswo in Bayern, insbesondere auf Hermann Esser und Julius Streicher, sondern auch auf unterschiedliche Auslegungen der außenpolitischen Richtung der Bewegung, auf Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zu anderen völkischen Gruppen, auf auseinanderklaffende Strategien zu brennend aktuellen Fragen wie der Fürstenenteignung und, nicht zuletzt, auf eine mögliche Änderung des Parteiprogramms – eine Änderung, die immerhin auch die Autorität Hitlers hätte in Frage stellen können. Die Edition ermöglicht es, diese Auseinandersetzungen, wenngleich natürlich nur aus der Perspektive Hitlers, besser als bisher zu verfolgen.

Hitler beschäftigte sich in diesen Monaten vorwiegend mit der Etablierung seiner Autorität innerhalb der NS-Bewegung. Er bestand darauf, daß die Parteizentrale in München bleibe, wo seine persönliche Machtbasis unanfechtbar war, und verteidigte Esser und den für die fränkische Hochburg unverzichtbaren „Frankenführer" Streicher gegenüber ihren Kritikern. Davon abgesehen, war Hitlers Hauptziel in dieser Phase die Ausschaltung seiner völkischen Rivalen, gegenüber denen er in mancher Hinsicht im Vorteil war. Während seiner Haft 1924 hatte er sich bewußt abseits der fragmentierten völkischen Politik gehalten und zugesehen, wie sich keiner seiner Konkurrenten durchsetzen konnte. Schon vor dem Putschversuch waren die Anfänge eines Personenkultes um ihn unübersehbar gewesen; eine Tendenz, die sich seit dem Propagandacoup des Münchner Prozesses rasch verstärkte. Nicht zuletzt als Propagandist und Massenagitator war Hitler für die Bewegung ganz unentbehrlich. Zwar durfte er bis März 1927 in Bayern auf öffentlichen Versammlungen nicht reden, aber es war ihm gestattet, in geschlossenen Parteiversammlungen zu sprechen, und seinem eigenen Urteil zufolge konnte er nach den ersten Wochen aus dem Redeverbot sogar Kapital schlagen und Prestige ziehen.

Bekanntlich wurde Hitlers Rede auf der NS-Führertagung in Bamberg am 14. Februar 1926, die leider nur anhand eines kurzen Zeitungsberichts rekonstruierbar ist (I, 294 ff.), ein Meilenstein auf dem Weg zur Festigung seiner Autorität und der Zurückweisung der von Gregor Straßer, Joseph Goebbels und anderen vertretenen Reformtendenzen. Die Entwicklung einer Führerpartei, in der die „Idee" durch den „Führer" und nicht durch veränderbare Paragraphen eines Programms verkörpert wurde, bahnte sich schon an. Bis zur Generalmitgliederversammlung am 22. Mai 1926 hatte Hitler sich durchgesetzt. Triumphierend sprach er dort von einer „inneren Festigung" der Bewegung und konnte mit einiger Berechtigung behaupten, die „Homogenität" der Partei sei wiederhergestellt (I, 446 bzw. 448). Seine Dominanz unterstrich kurz danach der Weimarer Parteitag, auf dem das Parteiprogramm aus dem Jahre 1920

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für unabänderlich erklärt wurde; seinen äußeren Ausdruck fand der Führerkult in dem innerhalb der Bewegung inzwischen obligatorischen Hitler-Gruß.

Der folgende Parteitag in Nürnberg im August 1927 bewies, in welchem Maße der Führermythos mittlerweile zum Angelpunkt einer Partei geworden war, in der „Idee" und Führer nun untrennbar miteinander verbunden waren. Alle anderen völkischen Gruppierungen waren weitgehend geschwächt, wenn nicht schon gänzlich zusammengebrochen. Ohne die Weltwirtschaftskrise seit 1929 wären diese sektiererischen Auseinandersetzungen für die Entwicklung der Weimarer Demokratie wohl weiterhin unbedeutend geblieben. Dennoch war dies eine Phase, in der – das haben Albrecht Tyrell, Wolfgang Horn und andere gezeigt – die NS-Bewegung ihre Organisation erfolgreich ausbauen und, trotz ihrer noch geringen Anziehungskraft bei den Wählern, einen relativ großen Kern von Aktivisten mobilisieren konnte[2]. Dadurch wurde, weitaus besser als vor 1923, eine organisatorische und weltanschauliche Basis geschaffen, die dann ab 1929 das erfolgreiche Ausschlachten der Todeskrise der Weimarer Republik ermöglichte.

Wichtige Aspekte des organisatorischen Aufbaus der NS-Bewegung spiegelt die Edition in den Anordnungen des Parteiführers Hitler wider. Ihre größte Bedeutung liegt dennoch zweifellos darin, daß sie uns zum ersten Mal die Möglichkeit anbietet, chronologisch und systematisch die Entwicklung von Hitlers eigenen Gedanken in dieser Periode zu untersuchen. Hitler selbst meinte 1927, er bräuchte länger als zwei Stunden, sein weltanschauliches Programm zu erörtern (II/1, 178). Zum Glück bin ich in der Lage, das Wesentliche in wenigen Minuten zusammenzufassen.

Der schon vor Jahren von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn herausgegebene Band[3] beleuchtet die Entwicklung von Hitlers Ideen bis 1924. Der umfassende Radau-Antisemitismus, der fast alle frühen Reden Hitlers beherrschte, richtete sich ursprünglich primär gegen die Juden als „Finanziers", „Kapitalisten", „Schieber" und „Wucherer". Bis Mitte 1920 war demgegenüber eine Änderung eingetreten. Im Zeichen des russischen Bürgerkrieges hatte in Hitlers Gedanken die Identifizierung der Juden mit dem Bolschewismus die Betonung des jüdischen Finanzkapitals weitgehend ersetzt, oder besser gesagt: der „jüdische Bolschewismus" war zu seiner zweiten Zielscheibe geworden und stand inzwischen sogar im Vordergrund. Ab etwa 1922 trat außerdem allmählich der Antimarxismus stärker als der Antisemitismus hervor, wobei Hitler allerdings keinen Zweifel daran ließ, daß der Kampf gegen den Marxismus für ihn mit dem Kampf gegen die Juden identisch war.

Eine zweite Veränderung in Hitlers Weltanschauung in diesen Jahren war die Entwicklung der Lebensraum-Idee, die den anfangs eher konventionell vertretenen Kolonialgedanken durch kontinentale, mit Unterstützung Englands gegen Rußland gerichtete Eroberungsvorstellungen ersetzte. Dennoch findet sich bei Jäckel/Kuhn nur ein

[2] Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1924), Düsseldorf 1972; Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiel . . . Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

[3] Eberhard Jäckel/Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, Stuttgart 1980.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einziges Dokument (vom Herbst 1922[4]) zu dieser Frage, die binnen kurzem eine Schlüsselrolle in Hitlers Weltanschauung einnehmen sollte.

Schließlich zeigt die Edition von Jäckel/Kuhn, soweit ich sehe, daß Hitlers Selbstbildnis bereits 1922/23 im Wandel begriffen war. Albrecht Tyrell hat hervorgehoben, wie wichtig die Haftzeit in Landsberg für das sich wandelnde Selbstverständnis Hitlers war, das heißt für die Erkenntnis, daß er nicht nur der „Trommler" für einen kommenden „Großen", sondern selbst der große Führer des künftigen Deutschlands sei[5]. Dieser Wandel ist jedoch zumindest ansatzweise schon in Hitlers Reden aus den Jahren 1922 und 1923 erkennbar, als er, sichtbar beeinflußt vom Beispiel Mussolinis, das heldenhafte Führertum und die Bedeutung der geschichtlichen Persönlichkeit – manchmal, wie es scheint, auf sich selbst bezogen – wiederholt und immer stärker in den Vordergrund stellte.

1924 war, so läßt sich behaupten, der zentrale Kern von Hitlers Weltanschauung – Geschichte als Rassenkampf und die Vernichtung (was immer das konkret bedeuten sollte) des Judentums sowie seiner gefährlichsten politischen und ideologischen Erscheinung, des Marxismus – längst tief verwurzelt. Dagegen nahm die Lebensraum-Idee, wenngleich schon vorhanden, bis dahin keinen herausragenden Platz in seinem Gedankenraster ein. Und die Idee vom „heldenhaften Führertum" war noch immer nicht völlig formiert.

In „Mein Kampf" kommt dieses Bündel dann bekanntlich zusammen, weniger allerdings im ersten, im Juli 1925 veröffentlichten, als im zweiten, erst im Dezember 1926 erschienenen Band. Der zweite Band wurde 1925/26 geschrieben, also in dem von der vorliegenden Edition umfaßten Zeitraum. Unmittelbar danach, im Sommer 1928, diktierte Hitler den Text seines sogenannten „Zweiten Buches", das sich weit mehr als „Mein Kampf" mit außenpolitischen und „Raumfragen" befaßte[6]. Ein großer Reiz der vorliegenden Edition besteht nun darin, daß sie diese Periode in der Entwicklung von Hitlers Ideen zwischen dem zweiten Band von „Mein Kampf" und dem „Zweiten Buch" umfaßt.

Frappierend ist die zwischen 1926 und 1928 deutlich zunehmende Beschäftigung Hitlers mit der „Raumfrage" bzw. mit „Bodenpolitik" – selbst wenn er das Wort „Lebensraum", soweit ich sehe, nur ein einziges Mal, am 30. März 1928, ausdrücklich verwendete (II/2, 761). Bis Ende 1926 kam er nur selten auf die Frage der „Bodenpolitik" zu sprechen, wie z. B. in einer Rede vom 16. Dezember 1925, in der er die „Erwerbung von Grund und Boden" als den besten Weg charakterisierte, „wirtschaftlich das deutsche Schicksal zu gestalten" (I, 240). Auf dem Weimarer Parteitag im Juli 1926 nahm er das Thema wieder auf, aber als zentraler Bestandteil seiner Reden kam es erst etwa ab März 1927 immer regelmäßiger vor. Zwischen Sommer 1927 und Mai 1928 betonte

[4] Jäckel/Kuhn, S. 773.

[5] Albrecht Tyrell, Vom „Trommler" zum „Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975, S. 170–174.

[6] Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler die „Raumfrage" dann nachdrücklich in fast allen großen Reden – ad nauseam, kann man sagen, in fast immer den gleichen Worten. Einige Passagen aus diesen Reden finden sich beinahe wortwörtlich auch an zentralen Stellen des „Zweiten Buches".

Ihr Inhalt läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Ein deutscher Wiederaufstieg muß auf dem Weg über die Wirtschaft erfolgen. Voraussetzung dafür ist die Überwindung der „Raumnot", und diese ist nur durch den Einsatz von Macht erreichbar. Hitler preist „Ostkolonisation" im Mittelalter, den Imperialismus und das Prinzip der Eroberung durch das Schwert. Rußland erwähnt er nur selten ausdrücklich, aber das ins Auge gefaßte Ziel der Raumpolitik ist unverkennbar. Sein Glaube an die sozialdarwinistische, rassische „Geschichtslehre" kommt voll zum Ausdruck: „Es ist ein *eisernes Prinzip:* der Schwächere fällt, auf daß der Starke das Leben erhält." (II/2, 552) Drei Werte sind laut Hitler für das Schicksal eines Volkes entscheidend: Der Bluts- bzw. Rassenwert, der Wert der Persönlichkeit und der Kampfsinn oder Selbsterhaltungstrieb. Diese in der „arischen Rasse" verkörperten Werte seien durch die drei „Laster" des „jüdischen Marxismus" – Demokratie, Pazifismus und Internationalismus – tödlich bedroht.

Anhand der vorliegenden Dokumentation läßt sich zum ersten Mal zeigen, daß die das „Zweite Buch" beherrschenden Ideen – darunter auch die Südtirolfrage und die Beschäftigung mit der wachsenden wirtschaftlichen Macht der USA – schon im Jahr zuvor entworfen worden waren und in Hitlers Reden bereits 1927/28 immer wieder ihren Ausdruck gefunden hatten.

Die Betonung der Bedeutung der Persönlichkeit spielte in Hitlers Rhetorik eine Schlüsselrolle. Das Thema der Persönlichkeit und des Führertums ist im Grunde genommen ein Leitmotiv aller Reden und Schriften dieser Edition. So überrascht auch nicht die starke Hervorhebung der nur durch den Führer zu erreichenden Einheit der Bewegung in den Jahren 1925/26. In der Rede zur Wiedergründung der NSDAP vom 27. Februar 1925 sieht Hitler zum Beispiel seine „Aufgabe als Führer" darin, „die Auseinanderstrebenden wieder zusammenzuführen" (I, 150). Die „Kunst des Führers" in der Zusammensetzung der „Mosaiksteine" (I, 100), der Führer als „Mittelpunkt" (I, 102) oder als „Wahrer" (II/1, 408) der „Idee" werden, insbesondere in den ersten Monaten nach der Wiedergründung, ständig unterstrichen. Aber auch danach verpaßte Hitler keine Gelegenheit, die Bedeutung der Persönlichkeit – und indirekt dadurch den als zentralen Integrationsmechanismus der Bewegung fungierenden Führermythos – stark hervorzuheben. Seinen eigenen Anspruch auf Größe ließ er, kaum getarnt durch Anspielungen insbesondere auf Bismarck und Friedrich den Großen, immer wieder deutlich anklingen – so zum Beispiel, als er im Hinblick auf Bismarck im Mai 1926 ausführte: „Es war nötig, den nationalen Gedanken in die Masse des Volkes zu tragen", und „ein Riese mußte diese Aufgabe leisten"; wie „langanhaltender Beifall" zeigte, war die implizite Bedeutung dieser Bemerkung seinen Zuhörern kristallklar (I, 426).

Über die Entwicklung von Hitlers Antisemitismus vermag die Edition naturgemäß wenig Neues zu bieten. Der Judenhaß war für ihn bekanntlich weitaus mehr als ein Propagandathema. Gleichwohl ist der bewußt taktische Einsatz des Antisemitismus im Rahmen der Propagandazwecke unübersehbar. So erwähnte Hitler die Juden in seiner berüchtigten Rede vor dem Hamburger Nationalklub im Februar 1926 mit keinem

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wort. Als alleiniges Ziel der NS-Bewegung stellte er die „restlose" Vernichtung des Marxismus dar (I, 297–330). Anders dagegen vor seinem „eigenen" Publikum in den Münchner Bierhallen, wo die brutalsten Angriffe auf die Juden als „Drahtzieher des Börsenkapitals" sowie als „Volksvergifter" und Anhänger der „zersetzenden Doktrin des Marxismus" in fast jeder Rede vorkamen. Mit der zunehmenden Betonung der „Raumfrage" seit 1927/28 lassen die ausgesprochen antisemitischen Tiraden – die nun oft eher ritualistisch klingen – zwar etwas nach und werden zum Teil durch die Hervorhebung des Marxismus als Hauptangriffsziel ersetzt. Aber dies bedeutete keineswegs, daß sich an Hitlers pathologischem Judenhaß das Geringste geändert hätte. Die Vernichtung des Marxismus und die Vernichtung der Juden waren für Hitler identische Ziele. „Der Jude ist und bleibt der Weltfeind", behauptete er typischerweise im Februar 1927, „und seine Waffe, der Marxismus, eine Pestkrankheit der Menschen" (II/1, 158; vgl. auch I, 20 f.).

Der „positive" Inhalt der vielen Hundert in der Edition wiedergegebenen Hitler-Reden und -Schriften ist extrem karg und dürftig. Die einzige „soziale" Komponente der „Idee" bestand darin, die gespaltene Klassengesellschaft eines nationalistisch gesinnten, aber angeblich schwachen und „dekadenten" Bürgertums und eines „marxistisch verseuchten" sozialistischen Proletariats zu beseitigen, Nationalismus und Sozialismus zu verschmelzen und die Klassengegensätze zwischen „Arbeitern der Stirn" und „Arbeitern der Faust" durch die Errichtung einer „Kampfgemeinschaft" zu überwinden. Daraus sollte der neue Geist entstehen, der den Erfolg des „Daseinskampfes" des Volkes gewährleisten würde.

Hitler erklärte immer wieder, er habe kein Interesse an der Tagespolitik. Tatsächlich formulierte er Fernziele, die für seine Zuhörer, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, wohl eher visionäre oder gar metaphorische Bedeutung besaßen, weit entfernt von jeder Realität. Man sucht in dieser großangelegten Edition vergeblich nach jeder Andeutung einer mittelfristigen, „rationalen" Politik und nach einer Prioritätensetzung. Klarheit und präzise Ziele waren weder erwünscht noch möglich; die Mobilisierung zum Kampf um die Macht war das einzige und ausschließliche Ziel. Wie das utopische Endziel zu erreichen war, wußte natürlich auch Hitler nicht. Die Eroberung von „Lebensraum" konnte nur Aggression gegen Rußland bedeuten, war aber für die Zuhörer, wenngleich nicht unbedingt für Hitler selbst, Mitte der zwanziger Jahre wohl kaum mehr als eine Kampfparole. Selbst bezüglich der Juden blieb das eigentliche Ziel unklar. Zwar rief er auf, „das *Judenpack* (. . .) mit eisernem Besen (. . .) aus unserem Vaterlande" hinauszujagen (I, 62), an anderer Stelle aber deutete er an, daß unter Umständen nicht alle Juden aus Deutschland zu vertreiben wären: Man müsse „dem Juden" zeigen, stellte er im Februar 1928 fest, „daß wir Herr im Hause sind; führt er sich gut auf, kann er bleiben, *wenn nicht, dann hinaus damit* (II/2, 67)". Und selbst die grundlegende Voraussetzung für den Rassenkampf, die Überwindung des Marxismus in Deutschland und die Errichtung einer sozial und rassisch homogenen „Volksgemeinschaft", blieb zu diesem Zeitpunkt lediglich eine utopische Vision, die aus der Perspektive der Jahre 1925 bis 1928 wohl nur absoluten Fanatikern realisierbar erscheinen konnte.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was Hitler im Gegensatz zu allen andern völkischen Führern anzubieten hatte, war eine völlig unveränderliche, festgefügte ideologische Vision, die gerade durch ihre Einfachheit, innere Geschlossenheit und ihren umfassenden, auch scheinbar Gegensätzliches integrierenden Charakter Stärke und Überzeugungskraft besaß. Hitler verband die Überzeugung eines fanatischen Gläubigen mit einem im nationalsozialistischen Lager beispiellosen demagogischen Talent. Als selbstproklamierter Verbündeter einer festen Weltsicht konnte er seinem Publikum stets ein grobes Entweder-Oder präsentieren: Schwarz oder Weiß, Sieg oder Untergang. Und er appellierte bekanntlich ebenso meisterhaft wie bewußt an die niedrigsten Instinkte seiner Zuhörer. Die breite Masse wolle keine intellektuellen Ideen, erklärte er im Hamburger Nationalklub, sondern einen Glauben, denn „die breite Masse ist blind und dumm und weiß nicht, was sie tut. (. . .) Die Masse ist primitiv eingestellt. Was stabil ist, ist das Gefühl: der Haß." (I, 315, 320). Gerade durch seine unübertreffliche Fähigkeit, den Haß aufzuwühlen, durch sein demagogisches Talent, dessen Überzeugungskraft sich allerdings aus einer unerschütterlichen Weltanschauung speiste, konnte Hitler bis 1928 seine präeminente Stellung im völkischen Lager konsolidieren – und bei der Gefolgschaft seinen überdimensionalen Führer-Nimbus.

Lassen Sie mich zum Schluß kurz andeuten, was sich aus der neuen Edition in meinen Augen für die gegenwärtige historiographische Diskussion über Hitler und das Dritte Reich ergibt.

Aus der Edition geht eindeutig hervor, daß Hitler bis Mitte der zwanziger Jahre, so intellektuell dürftig und moralisch abscheulich seine Ideen auch waren, eine in sich geschlossene Weltanschauung entwickelt hatte, die weit mehr war als propagandistische Phrasendrescherei. Daß Hitler lediglich ein „prinzipienloser Opportunist" gewesen sei, wie die alte, aber noch immer zu findende Rauschning-These besagt[7], oder daß seine „Ideen" nur Propaganda gewesen seien, erscheint mir als unhaltbar; hinzu kommt, daß eine solche Interpretation kaum in der Lage ist, die persönliche Motivation und die Antriebkräfte Hitlers zu verstehen. Nach der Lektüre der neuen Edition ist meines Erachtens nicht mehr daran zu zweifeln: Hitler war sowohl tiefüberzeugter Ideologe als auch meisterhafter Propagandist; ein Widerspruch zwischen beidem bestand überhaupt nicht. Die Edition stärkt in diesem Sinne jene Interpretationen, die davon ausgehen, man müsse bei der Entwicklung insbesondere der Außen- und Rassenpolitik des Dritten Reiches den persönlichen ideologischen Zielen Hitlers ein großes Gewicht beimessen und dürfe Hitler nicht nur auf die Funktion eines sich kumulativ radikalisierenden Systems reduzieren[8].

---

[7] Die Formulierung, die sich bei Alan Bullock, Hitler. A Study in Tyranny, 2. überarb. Ausg., Long Acre/London 1965, S. 804, befindet, beruht hauptsächlich auf Hermann Rauschning, Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, Zürich/New York 1938, insbes. Teil I.

[8] Der für die Entwicklung des „Dritten Reiches" dennoch m. E. fruchtbare und zutreffende Begriff der „kumulativen Radikalisierung" stammt von Hans Mommsen. Siehe seinen Beitrag: Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 16, Mannheim/Wien/Zürich 1976, S. 785–790.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Andererseits ist, was hier vorliegt, kein „Entwurf einer Herrschaft"[9], wenn „Entwurf" etwas anderes bedeuten soll als die Formulierung utopischer Fernziele. Die Konzentration auf die persönliche Weltanschauung Hitlers, so fanatisch er davon auch getrieben wurde, kann schwerlich erklären, warum eine Gesellschaft, die das Arkanum von Hitlers „Philosophie" kaum teilte, ihm ab 1929 in erstaunlich rasch wachsendem Maße ihre Unterstützung verlieh, und warum die nicht-nationalsozialistischen Eliten bereit waren, ihm bei der „kumulativen Radikalisierung" ab 1933 immer weiter in die Hände zu arbeiten. Selbstverständlich kann eine Edition von Hitlers Reden und Schriften aus den Jahren 1925 bis 1928 nur mittelbar zur Erklärung eines solchen komplexen Problems beitragen. Gleichwohl deutet sie darauf hin, daß der Interpretationsansatz Martin Broszats mit Gewinn auszubauen sein dürfte, wonach Hitlers „Geheimvision" als „Aktionsrichtung" oder sogar als „ideologische Metapher" für die Vielen dienen konnte, die, ohne seinen fanatischen Glauben zu teilen, bereit waren – aus welchen Motiven auch immer –, „im Sinne des Führers ihm entgegen zu arbeiten"[10].

Eine gegenwärtig modische Interpretation des Dritten Reiches geht dahin, Hitler als „bewußten Modernisierer" darzustellen, der ein mehr oder weniger kohärentes Programm für die revolutionäre Restrukturierung der deutschen Gesellschaft besessen habe[11]. Dies soll ein Beitrag zur „Historisierung" Hitlers und des Nationalsozialismus sein. Ich kann für eine solche Interpretation nach der Lektüre von mehr als 1350 Seiten seiner Reden, Schriften und Anordnungen – und ich darf hinzufügen, daß sich darin, sieht man von seinem bissigen Sarkasmus ab, nicht ein einziger Witz findet! – keinen Ansatz erkennen. Hitlers „soziale Idee" bleibt völlig diffus: „Vernichtung des Marxismus" – ja, aber danach folgt kaum etwas Konkreteres als die schon erwähnte Aufhebung der Spaltung zwischen Nationalismus und Sozialismus und die Errichtung einer auf Rasse und Kampf beruhenden „Volksgemeinschaft".

Freilich gibt es in den Jahren 1927/28 Indizien dafür, daß Hitler die Motorisierung und die fortgeschrittene Technologie der USA bewunderte. Deutschlands Möglichkeit, mit den USA zu konkurrieren und sie schließlich zu besiegen, hatte aber, wie er wiederholt erklärte, eine durch das Schwert errungene, territoriale Eroberung in Kontinentaleuropa zur Voraussetzung. Das kommt mir wie die primitivste Form des sozialdarwinistischen Imperialismus aus dem 19. Jahrhundert vor. Was an dieser „Idee" modern sein soll, vermag ich nicht zu sehen. Hitler versprach „Modernisierung" lediglich im Sinne von einer durch Kampf, Krieg und Eroberung gewandelten Gesellschaft. Dies als beabsichtigte gesellschaftliche Modernisierung darzustellen, scheint mir ein begrifflicher Mißbrauch zu sein. Deutschlands Modernisierung erfolgte teilweise in der Tat durch

---

9 Der Untertitel von Eberhard Jäckels Standardwerk, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969.

10 Niedersächsisches Staatsarchiv, Oldenburg, Best. 131, Nr. 303, fol. 131^{V}, Rede von Werner Willikens am 21.2.1934.

11 Dies ist z.B. der Grundtenor der Interpretation von Rainer Zitelmann. Siehe seine Studie Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg/Leamington Spa/New York 1987, sowie seinen Aufsatz: Die totalitäre Seite der Moderne, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 1–20, insbes. S. 12 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitlers Krieg; sie aber in irgendeiner Weise auf Hitlers Absichten zurückzuführen, halte ich für irreführend. Hitler sah sich zwar als Revolutionär, aber seine Revolution war nichts anderes als eine rassische Revolution, eine Revolution der Vernichtung.

Was die vorliegende Edition so bedeutsam macht, ist nicht zuletzt der Umstand, daß sie eine entscheidende Etappe nicht nur in der Formierung von Hitlers Gedanken dokumentiert, sondern auch in der Verwandlung der NSDAP in eine Führer-Bewegung, die sich zunehmend an die visionären Ziele band, die in der Person des charismatischen Führers verkörpert waren. Als Integrations-, Mobilisierungs- und Legitimierungsmechanismus war der Hitler-Mythos für die sich entfaltende Dynamik der NSDAP unerläßlich. Ihre Entwicklung als eine „charismatische Gemeinschaft" (Max Weber) läßt sich anhand dieser Edition klar belegen; die funktionale Konsequenz ist implizit abzulesen: Schon im Februar 1925 betonte Hitler, er könne als „Partei in der Partei" keine Einheit schaffen (I, 25). Der Aufbau des überdimensionalen, unantastbaren Führer-Nimbus, die Notwendigkeit, sein Prestige zu schützen, indem er sich aus jedem Konflikt heraushielt, und die begleitende Notwendigkeit – von seiner persönlichen Neigung ganz zu schweigen –, sich von den täglichen Geschäften der Partei wie später der Regierung fernzuhalten, mußte im Dritten Reich zwangsläufig zu einem immanenten und unüberbrückbaren Widerspruch führen zwischen dem „legal-rationalen", das heißt gesetzlich-bürokratischen Staat und der auf außergesetzlicher „charismatischer" Basis beruhenden destruktiven und schließlich selbstzerstörerischen Führerherrschaft.

Das liegt selbstverständlich weit außerhalb des in dieser Edition behandelten Zeitraums, aber es wird faszinierend sein, in den nächsten Bänden zu verfolgen, wie sich diese Gesichtspunkte in den Jahren des NS-Aufstiegs ab 1929 entwickeln. Doch auch für diese späteren Jahre wird sich der Leser daran erinnern müssen, daß Hitler und die NSDAP aus eigener Kraft nicht imstande waren, die Macht im Staate zu erlangen; daß vielmehr die Aktionen der nichtnationalsozialistischen, von Hitlers persönlicher Weltanschauung kaum beeinflußten „Händler der Macht" dafür entscheidend waren und daß selbst der Massenzustrom zur NSDAP nicht in erster Linie auf Hitlers eigene Weltanschauung zurückzuführen war. Schließlich wird es wichtig sein festzuhalten, daß es nicht so sehr der Nationalsozialismus war, der die erste deutsche Republik zum Tode verurteilte, sondern daß umgekehrt die Unterminierung der Weimarer Demokratie eine Voraussetzung für den Aufstieg der NSDAP bildete.

Eine Wiederholung der strukturellen Zusammenhänge, die eine Übernahme der staatlichen Macht durch einen rabiaten Demagogen und rassischen Ideologen ermöglicht, wie er uns in dieser Edition begegnet, erscheint selbst angesichts der besorgniserregenden neonazistischen Phänomene, die wir infolge der Ereignisse seit 1989 beobachten, – Gott sei Dank – kaum vorstellbar; es sei denn, daß eine völlig unvorhersehbare Katastrophe über Europa hereinbricht.

Die vorliegende Edition und das Projekt, dessen Teil sie ist, wird zu einem tieferen Verständnis der Ideen und Aktionen Hitlers in der Zeit vor der Machtübernahme erheblich beitragen. Die Kluft zwischen der Dürftigkeit der Ideen und der dynamischen Wirksamkeit Hitlers wird dabei ein irritierender Faktor bleiben. Das deutet vielleicht darauf hin, daß eine künftige Studie über Hitler weniger als eine klassische Biographie denn als eine „Gesellschaftsgeschichte Hitlers" angelegt werden sollte.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

GEOFFREY T. WADDINGTON

HITLER, RIBBENTROP, DIE NSDAP UND DER NIEDERGANG DES BRITISCHEN EMPIRE 1935–1938

In der Entfaltung von Hitlers außenpolitischem „Programm" war 1937 ein entscheidendes Jahr. Auch wenn es hinsichtlich der Beziehungen zwischen den europäischen Mächten als relativ ereignisarm erscheint, namentlich im Vergleich mit den Umbrüchen von 1936 und 1938, so fielen in Berlin doch 1937 Entscheidungen, die das englisch-deutsche Verhältnis in der Zeitspanne unmittelbar vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs bestimmen sollten[1]. Im Herbst 1937 hat Hitler, frustriert durch die fortwährende Abweisung seiner Bemühungen um ein bilaterales Arrangement mit London und gekränkt durch Großbritanniens Mangel an Dankbarkeit für das englisch-deutsche Flottenabkommen vom Juni 1935, seinen Traum von einer englisch-deutschen Partnerschaft schließlich aufgegeben und sich dazu entschlossen, seine expansionistischen Ziele in Mittel- und Osteuropa „ohne England" zu verfolgen[2]. Die Erkenntnis, daß die Briten von ihrem Streben nach einer multilateralen allgemeinen Regelung der europäischen Fragen nicht durch die Aussicht auf eine in Einflußzonen aufgeteilte und von englisch-deutscher Macht kontrollierte Welt abgebracht werden konnten, hatte weitreichende Konsequenzen für die künftige Richtung der deutschen Außenpolitik. Insbesondere kam in Hitlers Kalkulationen nun Japan und Italien eine ständig wachsende Bedeutung zu. Auf der Konferenz vom 5. November 1937 („Hoßbach-Konferenz") charakterisierte Hitler das Britische Empire, für dessen Freundschaft ihm in der Zeit zuvor kein Opfer zu hoch erschienen war, bereits als „Haßgegner", der jeder Stärkung der Position Deutschlands entgegen sei, zugleich aber moralisch und materiell unfähig, dem deutschen „Drang nach Osten" den Weg zu verlegen[3].

Diese Revision der Hitlerschen Einstellung zu Großbritannien, die am klarsten in seinen Bemerkungen auf der Hoßbach-Konferenz hervortritt, stellte die Kulmination eines Prozesses dar, der schon Mitte der dreißiger Jahre begonnen hatte und der im Londoner Foreign Office nicht unbemerkt geblieben war. In Whitehall wurden sogar

---

[1] Vgl. Oswald Hauser, The Year 1937: The Decisive Turning Point in British-German Relations, in: Historical Studies, Bd. 10 (1978), S. 132–146.

[2] Vgl. Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935–1939, Boppard 1973, S. 99ff. Auch Axel Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970, S. 202 ff.

[3] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (künftig: ADAP), Serie D: 1937–1945, Bd. 1, Göttingen 1950, Nr. 19.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

starke Besorgnisse laut, die deutsche Politik, die zwischen 1933 und 1935 fast ausschließlich von dem Wunsch nach einer Verständigung mit England geleitet schien, nehme allmählich einen ganz anderen und drohenderen Charakter an. Zum Beispiel hat Sir Robert Craigie, einer der leitenden Beamten des Foreign Office, im Mai 1936, als Joachim v. Ribbentrop London besuchte, bemerkt, daß sich die Haltung des deutschen Emissärs deutlich von jener unterschied, die er ein Jahr zuvor bei den Verhandlungen über das englisch-deutsche Flottenabkommen an den Tag gelegt hatte. „Damals sah er es offensichtlich als eine Sache von größter Bedeutung für Deutschland an, ein Abkommen mit diesem Land, Großbritannien, zu erreichen", schrieb Craigie, „während er jetzt, im Bewußtsein wachsender Stärke, glaubt, daß der Vorteil einer Verständigung mit Deutschland für uns mindestens ebenso groß ist wie für Deutschland selbst"[4]. Der Leiter der Zentralabteilung, Ralph Wigram, stimmte mit dieser Analyse überein und setzte hinzu, daß Sir Eric Phipps, der britische Botschafter in Deutschland, „die gleiche Veränderung auch bei einer Anzahl von Leuten in Berlin erlebt hat"[5].

Kurz darauf erhielt das Foreign Office einen weiteren Hinweis auf die potentiell schädlichen Auswirkungen von Deutschlands zunehmendem Selbstvertrauen. Am 8. Juni 1936, während die britische Regierung vergeblich auf eine Antwort auf ihre Fragebogen zur Remilitarisierung des Rheinlands wartete, bekam Wigram von Ivone Kirkpatrick, damals an der britischen Botschaft in Berlin, zu hören, daß übers Jahr das Verhältnis zwischen Großbritannien und Deutschland wohl genau umgekehrt sein werde als jetzt, da „es dann nicht wir sein werden, die Fragen an Deutschland richten, um herauszufinden, ob es sich lohne, mit ihm zu verhandeln, vielmehr werden die Deutschen überlegen, ob sich Verhandlungen mit uns noch lohnen oder ob sie uns nicht einfach ihre Wünsche diktieren sollen"[6]. Im folgenden Monat berichtete die Berliner Botschaft, die deutsche Regierung und die NSDAP, die es bisher für notwendig gehalten hätten, ausländische, vor allem britische, Reaktionen auf deutsche Handlungen genau zu registrieren, seien jetzt so von ihrer Stärke überzeugt, daß sie sich in der Lage glaubten, „die Meinung in fremden Ländern bis hin zum tatsächlichen Kriegsrisiko zu ignorieren"[7].

Dieser wachsende Geist des Auftrumpfens und der mehr und mehr feindselige Ton der deutschen Propaganda, die bis zum Winter 1936/37 England als die Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands ausgemacht hatte[8], waren für die

---

[4] Notiz Craigie, 3. 6. 1936, auf der Aufzeichnung eines Gesprächs mit Ribbentrop vom 3. 6. 1936, in: Public Records Office (künftig: PRO), FO 371/19838. A 4773/4671/45.

[5] Notiz Wigram vom 5. 6. 1936, in: Ebenda.

[6] Aufzeichnung Wigrams über ein Gespräch mit Kirkpatrick am 9. 6. 1936, in: Documents on British Foreign Policy (künftig: DBFP), Second Series, Vol. XVI, No. 356, London 1977.

[7] Newton an Sargent, 14. 7. 1936, in: PRO, FO 371/19910.C5338/4/18.

[8] Eden an Phipps, 2. 11. 1936, in: PRO, FO 408/66, part LXXVI, No. 77. Phipps hatte selbst die Möglichkeit einer solchen Entwicklung bereits im Februar 1936 angedeutet; vgl. Phipps an Sargent, 11. 2. 1936, in: PRO, FO 371/19885.C968/4/18. Im folgenden Oktober waren Vansittart wie Sargent der Meinung, daß eine „Haßkampagne" gegen Großbritannien inszeniert werde. Sir Robert bekannte, er wäre „nicht überrascht, wenn wir am Ende Rußland als Deutschlands Feind Nr. 1

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

amtlichen Londoner Stellen in der Tat unheilverkündende Anzeichen. Zusammen mit dem Auftauchen der Kolonialfrage als eines der wichtigen Themen in den englisch-deutschen Beziehungen erschienen sie als Symptome einer allmählichen Neubestimmung, die Hitler in seiner Politik gegenüber Großbritannien vornahm, und als Widerspiegelung seiner zunehmenden Irritation durch die britische Festlegung auf eine Politik der multilateralen europäischen Regelung.

Sir Robert Vansittart, der ständige Staatssekretär im Foreign Office, kam auf die Anfänge der Hitlerschen Umorientierung in einer Aufzeichnung zur britischen Deutschlandpolitik zu sprechen, die dem Kabinett im Februar 1936 zuging[9]. Nachdem er den anfänglichen Wunsch Hitlers, eine Verständigung zu erreichen, erwähnt hatte, kontrastierte der Staatssekretär diesen Wunsch mit der „spürbaren Kälte", die zuletzt für Hitlers Haltung charakteristisch gewesen sei. „Sobald die abessinische Krise ausgebrochen war", so schrieb er, „zog Hitler seine Hörner ein und vereitelte jeden weiteren Meinungsaustausch." Als es, am 13. Dezember 1935, schließlich doch Gespräche gegeben habe, seien die Ergebnisse „mehr als negativ" gewesen; tatsächlich seien „sie sogar definitiv ungünstig und sei der Ton zunehmend drohend gewesen". Vansittart machte auch darauf aufmerksam, daß es in Deutschland, namentlich in Wirtschaft und Militär, Kräfte gebe, die sich das Scheitern der Politik der englisch-deutschen Verständigung gerne zunutze machen würden, um die Zusammenarbeit mit der UdSSR zu fördern. „Das Argument lautet, daß wir ihnen ihre Kolonien nicht zurückgeben werden und daß wir von unseren Völkerbundsprinzipien daran gehindert werden, ihre Ausbreitung in Europa zu tolerieren. Deshalb werde die Politik der Verständigung mit England zu keinen greifbaren Vorteilen führen und solle aufgegeben werden."[10]

Auch Sir Eric Phipps berichtete in einem meisterhaften Überblick über die englisch-deutschen Beziehungen, den er im Dezember 1935 verfaßte, daß im deutschen Generalstab und sogar unter Spitzenbeamten des Auswärtigen Amtes eine starke Neigung zu finden sei, zur Politik von Rapallo zurückzukehren. Zwar bekannte er sich zu dem Glauben, daß die Politik der Verständigung mit England wahrscheinlich erst dann aufgegeben werde, wenn ganz klar sei, daß Großbritannien entweder nicht willens oder nicht fähig sei, zur Erfüllung der deutschen Aspirationen beizutragen, doch sah sich der Botschafter zu der Feststellung gezwungen, viele Deutsche hätten bereits erkannt, daß die praktischen Schwierigkeiten, denen die britische Regierung gegenüberstehe, zu groß seien, als daß das Ziel der englisch-deutschen Verständigung mit Aussicht auf Erfolg angestrebt werden könne. Die gleiche Frustration klang durch Phipps' Beobachtung, daß jene Deutschen, die auf eine britische Geste als Gegenstück zum Flottenabkommen warteten, „der Worte müde" seien und endlich wissen wollten, welche

---

ablösen sollten, sofern diese bösartige Propaganda weitergeht – und sie wird weitergehen". Vgl. Notizen Sargent und Vansittart, 31.10. 1936, auf Phipps an Eden, 31.10. 1936, in: PRO, FO 371/19929.C7765/97/18.

9 Memorandum Sir Robert Vansittarts, 3.2. 1936, überschrieben „Britain, France and Germany", in: DBFP, Sec. Ser., XV, Appendix IV (b), London 1976.

10 Ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konkreten Vorschläge die Regierung seiner Majestät zu machen habe. „Sie fühlen sich niedergehalten durch das Gewicht einer Weltallianz, die anscheinend entschlossen ist, den Status quo für immer zu erhalten", schrieb Sir Eric. „Ist England bereit, zur Behebung dieser Situation irgendetwas zu tun, oder muß der Kessel schließlich bersten?"[11]

Im Herbst 1936 gab es deutliche Anzeichen dafür, daß der Fehlschlag seiner Bemühungen um den Beginn einer englisch-deutschen Annäherung allmählich Hitler selbst ungeduldiger stimmte. Die zeitgenössischen Quellen belegen, daß sich zwischen der Unterzeichnung des Flottenabkommens im Juni 1935 und dem rund sechzehn Monate später stattfindenden Berliner Besuch des italienischen Außenministers Graf Ciano eine spürbare Wandlung seiner Haltung gegenüber den Briten und seiner Einschätzung des Wertes ihrer Freundschaft vollzogen hat. Zwar soll er den 18. Juni 1935 als den „glücklichsten Tag" seines Lebens bezeichnet haben[12], doch verurteilte er später bitter jene „Unfähigen", die England regierten und die nach seiner Meinung nicht zögern würden, die Diktaturen anzugreifen, falls sie glaubten, dies leicht und ungestraft tun zu können. Die faschistischen Mächte, so erklärte er dem italienischen Außenminister, repräsentierten junge Nationen, deren Ziel darin bestehe, eine bessere und gerechtere Verteilung der Güter dieser Erde durchzusetzen. Daher seien sie „die natürlichen Feinde Englands"[13]. Das war in der Tat weit entfernt von dem Enthusiasmus für die englisch-deutsche Freundschaft, den er bei Ribbentrops triumphaler Rückkehr aus London im Sommer 1935 gezeigt hatte. Damals hatte Hitler noch geglaubt, die Fundamente gelegt zu haben, auf denen die begehrte englisch-deutsche Allianz aufgebaut werden könne, die neben dem Streben nach „Lebensraum" den zweiten Eckpfeiler seines außenpolitischen „Programms" darstellte. Nach der in „Mein Kampf" dargelegten Strategie rechnete Hitler darauf, daß die Briten als Gegenleistung für deutsche Konzessionen in der Kolonialfrage und auf dem Felde der Flottenrüstung seine Pläne für massive Eroberungen im Osten auf Kosten der Sowjetunion mit Gleichmut hinnehmen, vielleicht sogar unterstützen würden. Mit der deutschen Herrschaft auf dem europäischen Kontinent und mit der unangefochtenen britischen Beherrschung der Meere werde eine Welt entstehen, die zum beiderseitigen Nutzen von den beiden „Herrenvölkern" regiert werde, deren Führerschaft bis in die ferne Zukunft durch ihre rassische Reinheit, durch ihre überlegene Befähigung für Organisation und Regierung, dazu auch – und nicht zuletzt – durch die vereinte Macht der Kanonen, Flugzeuge und Schlachtschiffe garantiert sei.

In Hitlers Augen war das englisch-deutsche Flottenabkommen ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung seines Plans, und eine im deutschen Admiralstab ausgearbeitete Analyse, die besonderes Gewicht auf die politischen Implikationen des Abkommens legte, spiegelte getreulich wider, was nach Meinung des „Führers" mit dem Abschluß der Vereinbarung erreicht worden war. Nach dieser Analyse lag die Bedeutung des Ab-

---

11 Phipps an Hoare, 10. 12. 1935, in: PRO, FO 371/18860.C8198/234/18.

12 Daher der Titel des Buches von Robert Ingrim: Hitlers glücklichster Tag. London, am 18. Juni 1935, Stuttgart 1962.

13 Galeazzo Ciano. Ciano's Diplomatic Papers, hrsg. von Malcolm Muggeridge, London 1948, S. 57 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommens „hauptsächlich (...) auf politischem Gebiet". Einmal sei die Front von Stresa erheblich geschwächt worden, was die Möglichkeit einer Isolierung Deutschlands verringere, und darüber hinaus habe das Flottenabkommen auch eine „politische Verständigung" mit Großbritannien auf den Weg gebracht[14]. Es ist daher kaum überraschend, daß Hitlers Haltung entscheidend beeinflußt wurde, als sich herausstellte, daß es die Vereinbarung vom Juni 1935 nicht vermochte, eine Periode enger englisch-deutscher Zusammenarbeit einzuleiten. Kirkpatrick schrieb darüber im Februar 1936 an Wigram: „Hitler bedauert es, das Flottenabkommen mit uns geschlossen zu haben. Er hat die Idee guter Beziehungen zu England noch nicht aufgegeben, glaubt aber jetzt, daß er mit dem Flottenabkommen, das die Resultate nicht brachte, die man sich von ihm versprach, voreilig gehandelt hat. Daher das Sinken des Sterns von Ribbentrop. Ich habe gehört, daß Hitler seine Enttäuschung über uns zum Ausdruck gebracht hat, als er in seiner Rede vom 30. Januar sagte: ‚Alle, die uns 1914 bekämpft haben, sind uns auch heute feindlich gesinnt.'"[15]

Hitler mußte in einer Unterhaltung mit Sir Eric Phipps, die am 13. Dezember 1935 stattfand, erkennen, daß seine Einschätzung der Bedeutung des Flottenabkommens nicht die der britischen Regierung war. Die Sprache, deren sich der britische Botschafter bei dieser Gelegenheit bediente, ließ wenig Zweifel daran, daß die amtlichen Stellen in London nach wie vor nicht geneigt waren, der deutschen Forderung nach freier Hand in Europa freiwillig nachzugeben, und daß sie nur an einer europäischen Regelung interessiert waren, die ihrer Natur nach Deutschlands Handlungsfreiheit einschränken mußte[16]. Solche Zielsetzung hatte zwischen Oktober 1935 und März 1936 tatsächlich im Mittelpunkt von Diskussionen im Foreign Office und im britischen Kabinett gestanden. Beherrscht von dem Wunsch, die deutschen Ambitionen in Mittel- und Osteuropa zu dämpfen, waren Mitglieder des Kabinetts und Beamte des Foreign Office zu Schlüssen gelangt, die jenen ähnelten, welche die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs im Februar 1935 bewogen hatten, gegen eine Reihe Berliner Konzessionen die Legalisierung einer begrenzten deutschen Aufrüstung zu offerieren, nur um, als Ergebnis der „Wochenend-Überraschungen" vom 9. und 16. März, das Fundament des Plans sogleich wieder dahinschwinden zu sehen.

Solchermaßen der Verhandlungsangebote beraubt, die sie mit den militärischen Klauseln des Vertrags von Versailles in Händen zu halten geglaubt hatten, suchten die Briten um die Jahreswende 1935/36 Verhandlungen über einen Luftpakt mit der Aufhebung der im Vertrag von Locarno festgelegten Entmilitarisierung des Rheinlands zu koppeln. Auf diese Weise hoffte man in London endlich einen Weg zu den so schwer

---

[14] Ungezeichnetes Memorandum, 28.8. 1935, in: ADAP, Serie C: 1933–1937, Bd. 4/1, Göttingen 1975, Nr. 275.

[15] Kirkpatrick an Wigram, 5.2. 1936, in: PRO, FO 371/19884.C812/4/18.

[16] Zu Phipps' Wiedergabe des Gesprächs Phipps an Hoare, 16.12. 1935, in: DBFP, Sec. Ser., XV, No. 383. Ein Kommentator hat das Gespräch Hitler-Phipps als einen „entscheidenden Wendepunkt" in den englisch-deutschen Beziehungen bezeichnet; vgl. Johann Ott, Botschafter Sir Eric Phipps und die deutsch-englischen Beziehungen. Studien zur britischen Außenpolitik gegenüber dem Dritten Reich, Diss. Erlangen 1968, S. 61 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

faßbaren generellen Verhandlungen zu finden. Abermals ruinierte jedoch Hitlers geschärfter Sinn für die Wahl des rechten Zeitpunkts jede Aussicht darauf, ihn in Diskussionen über die Befriedung Europas zu verwickeln. Am 7. März 1936 marschierten deutsche Truppen ins Rheinland ein. Nach Anthony Edens Ansicht lieferte die Aktion nicht nur einen erneuten Beweis für „den geringen Respekt, den deutsche Regierungen der Heiligkeit von Verträgen zollen"; sie „hat uns außerdem" – und das sei noch wichtiger – „der Möglichkeit beraubt, ihm ⟨Hitler⟩ eine Konzession zu machen, die sonst bei den umfassenden Gesprächen mit Deutschland, die wir zu initiieren gedachten, ein nützlicher Verhandlungsgegenstand hätte sein können"[17].

Zweimal im Laufe eines Jahres hatten also die Briten hinter Versuchen gestanden, Deutschland mit dem Versprechen von Vertragsrevisionen, im Austausch gegen bindende deutsche Garantien, an den Konferenztisch zu bekommen, und zweimal hatte Hitler die Initiative an sich gerissen und mit einseitigen Vertragsbrüchen geantwortet. Überdies waren beiden Hitlerschen Coups beflissene Bemühungen um englisch-deutsche Freundschaft gefolgt. Während des Besuchs, den Sir John Simon und Anthony Eden im März 1935 Berlin abstatteten, kaum zwei Wochen nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, warb der „Führer" ganz offen für eine exklusive britisch-deutsche Verbindung, und im Frühjahr und Frühsommer 1936 nahmen Ribbentrop wie auch andere deutsche Diplomaten die gleiche Haltung ein, wenn sie mit Vertretern des Foreign Office sprachen oder mit sonstigen Personen, die den britischen Regierungskreisen nahestanden[18]. Nach dem Einmarsch ins Rheinland kam Ribbentrop, wie Carl Vincent Krogmann aus Hitlers Munde hörte, nicht so sehr deshalb nach London, um die deutsche Aktion vor dem Völkerbundsrat zu rechtfertigen, vielmehr wollte er die Briten überreden, ihr enges Verhältnis zu Frankreich zu lösen. „Ribbentrop soll den britischen Staatsmännern Rückgrat geben", erklärte Hitler. „England hat keine Ahnung, wie stark es sein könnte, wenn es nur wollte."[19] Jedesmal waren aber die deutschen Annäherungsversuche höflich, doch bestimmt zurückgewiesen worden. Das Problem war ebenso einfach wie unlösbar: Deutschland hatte kein Interesse am Aushandeln einer umfassenden europäischen Regelung; Hitler wollte lediglich ein britisch-deutsches Arrangement, das ihm den Weg zur Expansion im Osten ebnete. Für die Briten hingegen war eine umfassende Regelung der europäischen Probleme, die unter anderem zur friedlichen Lösung der drängendsten politischen und territorialen Streitfragen führen mußte, das essentielle Ziel ihrer Europapolitik. Von Ulrich v. Hassell, damals Botschafter in Rom, befragt, warum sich Hitler gegenüber britischen Be-

---

17 Memorandum Edens, 8.3.1936, in: PRO, CP 73 (36). CAB 24/261.

18 Vgl. Aufzeichnungen von englisch-deutschen Gesprächen in der Berliner Reichskanzlei, 25. und 26.3.1935, in: DBFP, Sec. Ser., XII, No. 651, London 1972; Eden an Phipps, 24.3.1936, in: PRO, FO 371/19897; Eden an Phipps, 27.3.1936, in: PRO, FO 408/66, part LXIII, No. 237; Bismarck an das Auswärtige Amt, 15.7.1936, und Memorandum Behlau, 23.7.1936, in: ADAP, C, 5/2, Göttingen 1977, Nr. 451, 471; Hankey an Eden, 21.7.1936, in: PRO, FO 371/19910.C5456/4/18; Thomas Jones, A Diary with Letters 1931–1950, London 1954, S. 186, 188, 215 f.

19 John L. Heineman, Hitler's First Foreign Minister. Constantin Freiherr von Neurath. Diplomat and Statesman, Los Angeles/London 1979, S. 140.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mühungen um generelle Verhandlungen offenbar gleichgültig verhalte, antwortete Staatssekretär v. Bülow mit der schlichten Feststellung, Hitler reagiere auf das britische Werben negativ, weil „es ihm nicht in sein Konzept passe"[20].

Hitlers Enttäuschung war um so tiefer, als seine Anstrengungen, die englisch-französische Partnerschaft aufzubrechen, kaum Früchte trugen. Wenn auch das englisch-deutsche Flottenabkommen zu einer temporären Störung der Beziehungen zwischen London und Paris geführt hatte und trotz der großen Belastung, die sich während des italienisch-abessinischen Konflikts aus Meinungsverschiedenheiten über die richtige Politik gegenüber Italien ergab, notierte Sir Orme Sargent vom Foreign Office im Mai 1936 mit einigem Recht, daß Hitlers „provokante Politik" nur die Wiederherstellung der englisch-französischen Kooperation bewirkt habe und daß es, „je mehr Zeit verstreicht . . ., desto schwieriger für ihn wird, taugliches Material zu finden, um damit so etwas wie eine englisch-deutsche Vereinbarung zu zimmern, die Großbritannien als Kompensation für den Verlust der englisch-französischen Entente hingestellt werden könnte"[21]. Für Hitler muß die Weigerung Großbritanniens, sich auf direkte Verhandlungen mit Deutschland einzulassen, als gleichbedeutend mit einer britischen Erklärung erschienen sein, der Beteiligung an den von deutscher Macht erzielten Gewinnen die Assoziierung mit einem Land vorzuziehen, das nicht nur ein Verbündeter der Sowjetunion, sondern in seinen Augen praktisch schon an den Kommunismus verloren war. Bedenkt man, welche Bedeutung Hitler dem französisch-sowjetischen „Militärbündnis" beimaß, sollte die Wirkung der britischen Zustimmung zu englisch-französischen Stabsbesprechungen, gegeben nach der Remilitarisierung des Rheinlands, vielleicht nicht unterschätzt werden.

Auf Hitlers Urteil über den Wert der britischen Freundschaft hatte Londons Politik in der abessinischen Krise tiefen Einfluß[22]. Weit davon entfernt, Zeuge der Entfaltung jener formidablen Macht zu werden, die er dem Britischen Empire zuschrieb und an der er teilhaben wollte, mußte der „Führer" zu seiner Verblüffung mitansehen, wie Großbritannien verzweifelt versuchte, einen Bruch zwischen London und Rom mit Kompensationsangeboten und Kompromißlösungen zu vermeiden. So stark war der Eindruck, den Italiens militärische Gewinne offenbar auf den Kanzler machten, daß er sich im Mai 1936 vor Sir Eric Phipps des langen und breiten über „die Größe und das Genie Herrn Mussolinis" erging[23], dessen Androhung einer militärischen Intervention während der österreichischen Krise vom Juli 1934 anscheinend vergeben und vergessen war. Die britische Inaktivität im italienisch-abessinischen Konflikt und Londons Politik der Nichteinmischung im Spanischen Bürgerkrieg deuteten für Hitler darauf hin, daß das

---

[20] Esmonde M. Robertson, Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S. 204.

[21] Notiz Sargent, 28. 5. 1936, auf Phipps an Eden, 26. 5. 1936, in: PRO, FO 371/19906.C3879/4/18.

[22] Vgl. Henke, England in Hitlers politischem Kalkül, S. 40ff.; Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm, S. 178ff.; Erich Kordt, Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928–1945, Stuttgart 1950, S. 128.

[23] Phipps an Foreign Office, 14. 5. 1936, in: DBFP, Sec. Ser., XVI, No. 326.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Britische Empire bei weitem nicht so stark war, wie er bislang angenommen hatte. Diese Erkenntnis hatte erhebliche Rückwirkungen auf die künftige Haltung des „Führers" gegenüber Großbritannien. Während einer Konferenz deutscher Militärattachés, die im Dezember 1936 in Berlin stattfand, äußerte Hitler die Ansicht, wenngleich Deutschland ein Interesse an der Erhaltung des Britischen Empire als einer „Welteinheit" habe, so fürchte er doch, daß das Empire seinen Zenit überschritten habe und nicht mehr die militärische Stärke besitze, um ein Dominion, das sich vom Empire lösen wolle, mit Zwang zu halten[24]. In scharfem Kontrast hierzu hatten Italien und Japan ihre Dynamik und ihre Virilität bewiesen, indem sie die bestehende Ordnung herausforderten und nun als die siegreichen Eroberer von anderer Leute Land dastanden. Solche Lehren waren an Hitler nicht verschwendet. Als das Jahr 1936 seinem Ende zuging, hatte Deutschland den Antikominternpakt mit Japan unterzeichnet und kämpfte an der Seite des neugefundenen Achsenpartners Italien für den Triumph des Faschismus in Spanien.

Im übrigen brachten die Ereignisse der Jahre 1935 und 1936 Hitler dazu, am Wert einer potentiellen britischen Bundesgenossenschaft nicht nur unter dem Gesichtspunkt der materiellen Kräfte des Empire, sondern auch unter dem Gesichtspunkt des britischen Nationalcharakters zu zweifeln. Wie schon gesagt, hat ihn die britische Politik der Nichteinmischung im Spanischen Bürgerkrieg sowohl erzürnt wie vor ein Rätsel gestellt. Auch vermochte er nicht zu begreifen, warum die britische Regierung sich beharrlich weigerte, einen hochrangigen Emissär, etwa Baldwin oder Halifax, zu umfassenden Gesprächen „unter vier Augen" nach Berlin zu schicken, um die englisch-deutschen Beziehungen auf eine neue und ganz neuartige Grundlage zu stellen. So rief er während des Nürnberger Parteitags von 1936 in einem Moment der Frustration aus: „Könnte ich nur mit einem englischen Staatsmann, der weiß, was er will, und der Autorität hat, an einem Tisch sitzen, würden wir die Dinge regeln. Ich kann nichts mit alten Männern anfangen, die nicht wissen, was sie wollen."[25]

Überdies hegte der „Führer" den Verdacht, daß antideutsche und mithin jüdisch-bolschewistische Einflüsse am Werk gewesen waren, als König Edward VIII. zur Abdankung gezwungen wurde; man habe nämlich befürchtet, der junge Monarch werde der Regierung die Politik der englisch-deutschen Annäherung aufzwingen[26]. Als er erfuhr, daß in der britischen Amtssprache der Begriff „Empire" künftig durch die Bezeichnung „Britisch Commonwealth of Nations" ersetzt werde, reagierte er mit der charakteristischen Bemerkung: „Da sehen Sie, ein weiteres Zeichen des Verfalls. Die Monarchie ist dekadent, der Träger der Krone wird von einer Kamarilla abgesetzt. Das britische Weltreich wagt nicht mehr, sich Empire zu nennen, ‚Commonwealth britischer Völker', das klingt ja so schlapp wie Völkerbund."[27] Allmählich gewann Hitler

---

[24] Phipps an Eden, 21. 12. 1936, in: PRO, FO 371/19924.C9188/86/18. Archiv Institut für Zeitgeschichte München, ED 91/42, Nachlaß Leo Dietrich Franz Geyr von Schweppenburg, Aufsatz „Hitler". Leo Dietrich Franz Geyr von Schweppenburg, The Critical Years, London 1952, S. 79.

[25] Wing Commander James M. P. an Mark Patrick, 22. 9. 1936, in: PRO, FO 954/10.

[26] Henke, England in Hitlers politischem Kalkül, S. 67 ff.

[27] Kordt, Nicht aus den Akten, S. 160 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Eindruck, daß die national-völkischen Elemente in der britischen Gesellschaft, welche immer Gegenstand seiner Bewunderung gewesen waren, die Kontrolle über das Geschick des Empire verloren, das nun langsam an den Intrigen dekadenter internationalistischer Kräfte dahinsterbe.

Nichts bewies dem Kanzler die Richtigkeit seiner Analyse deutlicher als Großbritanniens offenbare Blindheit gegenüber der Größe der bolschewistischen Gefahr. Im Verein mit der beharrlichen Zurückweisung seiner Avancen muß ihn nicht zuletzt die britische Politik in den ersten entscheidenden Monaten des Spanischen Bürgerkriegs zu dem Schluß geführt haben, daß sich der kommunistische Einfluß in London bereits bemerkbar mache. Schon im Februar 1936, während der Konferenzen, die dem Einmarsch ins Rheinland vorausgingen, hatte Hitler abschätzig von den „bolschewistisch verseuchten Demokratien" gesprochen, von denen Deutschland und Italien umgeben seien[28]. Noch im gleichen Monat hatte er Arnold Toynbee ganz offen gefragt, warum die britische Regierung anscheinend so großen Wert auf gute Beziehungen zu Rußland lege. Wie gewöhnlich hatte er die Frage nur gestellt, um sie gleich selbst zu beantworten. Ohne seinem Übersetzer Zeit zum Erwidern zu lassen, erklärte der „Führer", daß die sowjetisch-britische Freundschaft auf der Furcht vor Japan beruhe. Wenn aber Großbritannien einen Freund gegen die Japaner brauche, warum könne dann dieser Freund, so fuhr er fort, nicht er selbst sein. Deutschland sei doch bereit, zur Verteidigung der britischen Interessen im Fernen Osten sechs Divisionen und einige Kriegsschiffe zur Verfügung zu stellen, falls das notwendig werden sollte. Was Deutschland als Gegenleistung verlange, sei lediglich, so schloß er und entwertete damit das „generöse" Angebot, die Rückgabe seiner ehemaligen Kolonien[29].

Wenn Hitler ursprünglich auch mehr das Ausmaß des sowjetischen Einflusses in Frankreich und die daraus folgende Notwendigkeit englisch-deutscher Kooperation unter dem Banner des Antikommunismus im Auge gehabt zu haben scheint – von beidem haben er und Ribbentrop die Briten fortwährend in privaten und offiziellen Gesprächen zu überzeugen gesucht –, so läßt sich doch aus den Quellen entnehmen, daß er gegen Ende 1936 bereits glaubte, England selbst beginne der roten Gefahr zum Opfer zu fallen. „Die Demokratien", sagte er im Oktober zu Ciano, „haben miteinander einen automatischen Block gebildet, der eine Art von Zement und Hefe im Bolschewismus findet."[30] Selbst wenn man die Ausschmückungen abzieht, die dazu bestimmt waren, seinen italienischen Gast zu beeindrucken, bleibt noch genug an Ernst in Hitlers Worten.

Zwei Monate vor Cianos Besuch hatte der Kanzler in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan geschrieben, in Europa gebe es nur zwei Staaten, Deutschland und Italien, bei denen man sich darauf verlassen könne, daß sie sich der bolschewistischen Flut energisch erwehren würden. Andere Länder seien auf Grund ihrer demokratischen Systeme ins Chaos geraten, vom Marxismus verseucht und daher in absehbarer Zeit zum Zusam-

---

[28] Robertson, Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes, S. 195.
[29] Arnold J. Toynbee, Acquaintances, London 1967, S. 279.
[30] Ciano's Diplomatic Papers, S. 56.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

menbruch verurteilt oder würden schon von autoritären Regimen regiert[31]. Ribbentrops Versicherung[32] vom Juni, die Briten würden sich der Gefahr allmählich bewußt werden, hatte auf Hitlers Gedankengang offenbar wenig oder gar keinen Einfluß. Unwiderstehlich drängten Hitlers Überlegungen auf den Schluß zu, daß Europa in zwei ideologisch gegensätzliche Lager getrennt sei, die in einem bitteren und unversöhnlichen Kampf gegeneinander stünden, dessen Ausgang über das Schicksal des ganzen Kontinents entscheide. Im September hatte der „Führer" eben das vor seinen Getreuen auf dem Nürnberger Parteitag konstatiert, wie der britische Generalkonsul in München berichtete: „Einiges Erstaunen wird darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Führer, den man eifrig um eine freundschaftliche Verständigung mit Großbritannien bemüht glaubte, die britische Regierungsform so offen kritisiert und verhöhnt hat. Offenbar wird aber in einflußreichen Kreisen geglaubt, daß in Wahrheit im Augenblick wenig oder nichts von Großbritannien zu gewinnen ist – so sehr die Kolonien erwünscht sein mögen – und daß infolge dessen schöne Worte auf Eis gelegt werden dürfen, bis die Umstände ihre neuerliche Verwendung wünschenswert erscheinen lassen. Tatsächlich wird die an die ‚Insel Robinson Crusoes' adressierte Erklärung des Führers, die Welt sei in zwei Lager geteilt, bolschewistisch und antibolschewistisch, faschistisch-nationalsozialistisch und demokratisch, von vielen für ein Anzeichen gehalten, daß er angefangen hat, sein Werben um Großbritannien als erfolglos und eine engere Verständigung zwischen Deutschland und Italien als eine möglicherweise wirksame Warnung an Großbritannien anzusehen. Kurzum: Schmeicheleien oder der große Knüppel."[33]

Im Oktober 1936 zeigte Hitler also nicht mehr jene Haltung, die zuvor seine Annäherungen an England bestimmt hatte. Die Zeit freiwilliger Konzessionen, die Deutschland das Flottenabkommen gekostet hatte, war vorüber. An ihre Stelle traten zunehmender Druck in der Kolonialfrage und die Option für Großbritannien, sich Deutschland, Japan und Italien in einer gemeinsamen Front gegen den Bolschewismus anzuschließen. Sollte Großbritannien die Zusammenarbeit verweigern, mußten die drei „dynamischen" Mächte ihre Kräfte vereinigen, um die britische Regierung durch Drohung und Überredung doch noch zum Anschluß an die gemeinsame Front zu bewegen. Wenn sich aber Großbritannien selbst dann noch als widerspenstig erwies, konnte der vorgeblich ideologisch motivierte antikommunistische Block mühelos in eine weltweite antibritische Allianz verwandelt werden, die das Empire auf drei verschiedenen Schauplätzen an vitalen Punkten bedrohte. Dies war die Essenz der Politik, die der „Führer" im Oktober 1936 dem Grafen Ciano erläuterte.

Nach Hitlers Meinung mußte dem „Einverständnis zwischen den Demokratien" mit einem italienisch-deutschen Block begegnet werden. Diese Vereinigung der faschistischen Mächte werde eine aktive Rolle übernehmen und „zum Angriff übergehen". „Das taktische Feld", so fuhr er fort, „auf dem wir das Manöver ausführen müssen, ist das des

---

31 Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: VfZ 3 (1955), S. 204.

32 Memorandum Meissner, 9.6.1936, in: ADAP, C, 5/2, Nr. 362.

33 St. Clair Gainer an Newton, 16.9.1936, beigefügt Newton an Eden, 23.9.1936, in: PRO, FO 371/19949.C6684/6028/18.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Antibolschewismus." Viele Länder betrachteten die deutsch-italienische Freundschaft mit Mißtrauen, da sie den Pangermanismus oder den italienischen Imperialismus fürchteten; sie könnten sich also dem gegnerischen Lager anschließen. Doch seien sie für die italienisch-deutsche Gruppierung zu gewinnen, wenn sie in der italienisch-deutschen Einheit eine Barriere gegen die bolschewistische Gefahr im eigenen Land wie auf internationalem Felde zu erkennen vermöchten[34]. Hitler schlug also praktisch vor, Rom und Berlin sollten, indem sie sich als Vorkämpfer der Sache des Antibolschewismus gerierten, versuchen, andere Mächte von einer Verbindung mit den Demokratien abzuhalten. Das werde auch die Briten zu einer klaren Entscheidung nötigen: „Wenn England die allmähliche Formierung einer Gruppe von Mächten sieht, die bereit sind, unter dem Banner des Antibolschewismus eine gemeinsame Front mit Deutschland und Italien zu bilden, wenn England das Gefühl bekommt, daß wir eine gemeinsame, organisierte Kraft im Osten, im Fernen Osten und auch in Südamerika haben, wird es nicht nur davon abstehen, uns anzugreifen, sondern Mittel und Wege zur Verständigung suchen und einen gemeinschaftlichen Boden mit diesem neuen System."[35]

Wenn aber Großbritannien weiterhin „Offensivpläne" gegen die Diktaturen schmiede und lediglich Zeit für die eigene Aufrüstung gewinnen wolle, werde es auf eben diesem Boden geschlagen werden, weil die deutsche und die italienische Aufrüstung viel schneller verliefen, als das in Großbritannien möglich sei, wo es ja nicht nur darum gehe, Schiffe, Kanonen und Flugzeuge zu bauen, sondern auch darum, eine psychologische Aufrüstung zu betreiben, was länger dauere und schwieriger sei. In drei Jahren werde Deutschland bereit sein, in vier Jahren mehr als bereit; seien fünf Jahre vergönnt, um so besser. Die militärische Macht, die Deutschland und Italien aufbauten, werde, auch im letzteren Falle, derart sein, daß England von jedem aggressiven Versuch abgehalten werde[36].

Dies waren also die neuen Grundlagen, auf denen Hitler seine künftige Politik gegenüber England zu verfolgen gedachte. Gewiß hatte er sein ursprüngliches Ziel einer englisch-deutschen Partnerschaft noch nicht aufgegeben, doch hinterließen die Ereignisse von 1935/36 tiefe und bleibende Eindrücke. Als geeignetes Mittel, Großbritannien in eine engere Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich zu ziehen, galt nicht mehr die Konzession, sondern die Pression, und zwar in dreierlei Gestalt: als Intensivierung der Propagandakampagne für die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien, was die Briten ironischerweise geneigter machen sollte, die territoriale Expansion Deutschlands in Europa zu tolerieren[37]; als verstärkte Verwendung des Arguments, gegen die kommunistische Gefahr sei englisch-deutsche Solidarität vonnöten[38] – welches Argument dann Ribbentrop während seiner Zeit als Botschafter in London zu Tode geritten

---

[34] Ciano's Diplomatic Papers, S. 57.

[35] Ebenda, S. 58. Hitler hat im folgenden Monat die gleichen Argumente benützt, als er mit Guido Schmidt sprach; vgl. Meissner an Neurath, 20. 11. 1936, in: DGFP, D, I, No. 181.

[36] Ciano's Diplomatic Papers, S. 58.

[37] Zur deutschen Kolonialpolitik Mitte der dreißiger Jahre: Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München 1969, S. 452 ff.

[38] Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm, S. 196 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hat; und als Ausbau der Beziehungen zu den beiden anderen potentiellen Feinden Großbritanniens, Italien und Japan[39].

Unter solchen Umständen wurde es den radikal antibritischen Elementen in der NSDAP möglich, Hitlers wachsende Unzufriedenheit mit Großbritannien noch zu schüren. Schon früh, im März 1935, hatte Sir Eric Phipps bemerkt, daß es im Braunen Haus eine Gruppe gab, die keineswegs so sehr darauf bedacht war, England nicht zu verletzen, wie die politische Führung[40], und im folgenden Januar ist die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den „unzufriedenen Mächten", Deutschland, Japan und Italien, im Münchener Hauptquartier der NSDAP offensichtlich bereits ernsthaft erörtert worden[41]. Sechs Monate danach berichtete Phipps, der Kanzler habe sich in eine ziemliche Verärgerung über Großbritannien hineinsteigern lassen, und zwar von gewissen Leuten in der Partei, die mit Duff Coopers Rede in Paris und mit Londons Haltung auf der Konferenz von Montreux als neuen Beweisen für britische Unfreundlichkeit operierten. „England", so behaupten sie, „arbeite Deutschland bei jeder Gelegenheit entgegen. Sie verurteilen Ribbentrops Politik mit Stumpf und Stiel und drängen auf eine Politik der reinen Isolierung."[42] Die gleichen Kreise, offensichtlich angeführt von Goebbels[43], wandten sich etwas später in jenem Sommer mit Heftigkeit gegen Ribbentrops Ernennung zum Botschafter in London: nicht nur deshalb, weil sie der Aufstieg eines Menschen verdroß, der in ihren Augen nichts anderes als ein ehrgeiziger Parvenü war, sondern auch auf Grund ihrer Überzeugung, daß „seine Politik der englisch-deutschen Freundschaft keine Früchte getragen und Deutschland das Flottenabkommen gekostet hat". „Ihn jetzt nach London zu schicken", schrieb Phipps, „heißt diese Politik fortzusetzen, deren schließliches Scheitern sie für unvermeidlich halten."[44]

Wenn es auch schwierig ist, die Wirkung derartiger Argumente auf Hitler genauer abzuschätzen, so ist doch allein schon die Tatsache von Bedeutung, daß in der NSDAP eine „Denkschule" existierte, die bereits sehr frühzeitig gegenüber der Wünschbarkeit englisch-deutscher Freundschaft Vorbehalte hatte und äußerte. Im übrigen gibt es immerhin Anzeichen dafür, daß zumindest eines der Argumente jener Schule – die Freundschaft mit Italien sei für Deutschland von größerem Wert als eine Verständigung mit England – Ende 1936 Gnade vor Hitlers Augen fand. Knapp zwei Monate

---

[39] Wenn auch der Plan einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Japan, Italien und Großbritannien 1937 aufgegeben wurde, so zeigen Hitlers nachfolgende Äußerungen, daß er diese Option im Herbst 1936 ernsthaft im Sinne gehabt hat. Vgl. Memorandum Hewel, 2.2. 1940, in: ADAP, D, Bd. 8, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1961, Nr. 591: „Tatsächlich hielte er ⟨Hitler⟩ einen Block Deutschland-England-Italien und Japan für absolut realisierbar, und dieser Block hätte einen Segen für die Welt bedeutet. Aber England sei seiner ganzen Mentalität nach heute nicht in der Lage, seine vermeintliche Weltmacht mit anderen zu teilen, und so müsse dieser Kampf bis zum Siege durchgefochten werden." Vgl. auch Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm, S. 191 ff.

[40] Phipps an Simon, 8. 3. 1935, in: PRO, FO 371/18829.C1905/55/18.

[41] Phipps an Eden, 14. 1. 1936, in: Ebenda 371/20187.J561/561/1.

[42] Phipps an Eden, 2. 7. 1936, in: Ebenda 371/19908.C4806/4/18.

[43] Zu Goebbels Haltung Phipps an Eden, 19. 5. 1936, in: DBFP, Sec. Ser., XVI, No. 331.

[44] Phipps an Eden, 5. 8. 1936, in: PRO, FO 371/19945.C5749/3727/18.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Graf Cianos Besuch in Berchtesgaden gab das Reichspropagandaministerium eine geheime Anweisung an die deutsche Presse, in der Hitlers Auffassung zu den aktuellen internationalen Fragen skizziert war. Der „Führer", so wurde den Vertretern der Presse mitgeteilt, sei nun der Meinung, daß in der gegenwärtigen Situation selbst eine aufrichtige deutsch-englische Annäherung Deutschland keine konkreten positiven Vorteile bieten könne. Bestenfalls würde eine englisch-deutsche Verständigung dem Reich kleinere koloniale Konzessionen einbringen, zugleich aber zur Entfremdung der Italiener führen, die dadurch „automatisch" in die Arme Frankreichs getrieben würden. Deutschland stünde dann vor einer vereinten französisch-italienischen Opposition selbst gegen einen „bescheidenen" Versuch zu einer Neuordnung in Südosteuropa. Die Politik der Verständigung mit England würde also, so hieß es zum Schluß, lediglich zu einem greifbaren kolonialen Erfolg führen, habe aber in der Praxis die Konsequenz, eine Expansion in Südosteuropa unmöglich zu machen. Auf Grund dieser Überlegungen komme der „Führer" zu dem Schluß, daß Deutschland an der Seite Italiens verbleiben müsse und kein Interesse daran habe, eine Verständigung mit England zu bewerkstelligen. Nur solange die Beziehungen zwischen London und Berlin auf Eis lägen, sei Italien in einer Position, mediterrane Politik zu treiben und sich deshalb Deutschland in Mitteleuropa unterzuordnen[45].

Das Jahr 1937 brachte eine weitere Bestätigung der Feindseligkeit, die bestimmte Teile der NSDAP gegen Großbritannien hegten. Der britische Generalkonsul in München, Donald St. Clair Gainer, berichtete im Juni 1937, daß die Stimmung im Braunen Haus nach wie vor ausgesprochen antibritisch sei und daß trotz des in „Mein Kampf" ausgedrückten Wunsches nach guten Beziehungen zu England „die NSDAP derzeit weit mehr an der Achse Rom-Berlin interessiert ist als an einer deutsch-englischen Übereinkunft"[46]. Im folgenden Monat führte er das in einem Brief an Sir Orme Sargent näher aus. Die Partei glaube, so schrieb er, daß die deutsche Regierung mit dem Versuch, ein Übereinkommen mit Großbritannien zu erreichen, nur Zeit verschwende und daß der einzig vernünftige Kurs dahin gehen müsse, die Achse Berlin-Rom zu festigen – „als ein Gegengewicht zur französisch-britischen Politik der engen Kooperation". Auf der anderen Seite gebe es in der Armee und durchaus auch in Nazi-Kreisen gemäßigtere Elemente, die eine englisch-deutsche Verständigung wünschten, doch seien selbst sie für die Ansicht empfänglich, daß sich die Verständigung am Ende als unerreichbar erweisen werde. Vom „Führer" der Deutschen heiße es, so schrieb St. Clair Gainer, daß er der gemäßigteren Auffassung zuneige, „aber vielleicht setzt sich die Meinung der Partei durch und Hitler wie auch andere werden zu einem Punkt getrieben, wohin sie viel lieber nicht gehen würden"[47].

Im folgenden November beschloß St. Clair Gainer seine Berichtsserie aus der „Haupt-

---

[45] Jeremy Noakes/Geoffrey Pridham (Hrsg.), Nazism 1919–1945, Vol. 3: Foreign Policy. War and Racial Extermination. A Documentary Reader, Exeter 1988, S. 674f. Ich bin Herrn Jonathan Utley und Herrn Obood Talib dankbar dafür, daß sie mich auf diese Stelle hingewiesen haben.

[46] St. Clair Gainer an Henderson, 21.6. 1937, beigefügt Henderson an Eden, 30.6. 1937, in: PRO, FO 371/20711.C4834/3/18.

[47] St. Clair Gainer an Sargent, 15.7. 1937, in: Ebenda 371/20711.C5150/3/18.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stadt der Bewegung" mit einem allgemeinen Überblick über die Entwicklung der nationalsozialistischen Einstellung zu Großbritannien. Die Lektüre mußte in London verstörend wirken, zumal angesichts des kurz zuvor erfolgten italienischen Beitritts zum Antikominternpakt. Am Ende schrieb der Generalkonsul: „Der Wunsch . . . Deutschlands nach einer englisch-deutschen Entente hat sich nicht erfüllt und gilt nun in Deutschland, trotz des Flottenabkommens, als ebensoweit, wenn nicht sogar weiter von der Erfüllung entfernt denn je. Dies hat in Deutschland zu stärkster Enttäuschung und Verstimmung geführt, zu einer Verstimmung, die mittlerweile ein Ausmaß angenommen hat, daß die Frage besprochen wird, ob die Idee einer Aussöhnung mit Großbritannien nicht ganz aufgegeben werden sollte. Deutschland, so wird gesagt, ist nun unter militärischen Gesichtspunkten so stark, daß es, in Zusammenarbeit mit gewissen anderen Mächten, deren Beziehungen zum Vereinigten Königreich nicht gut sind, in der Lage sein müßte, Großbritannien zu einer ‚Verständigung' zu zwingen. Ich habe das Wachsen dieser Vorstellung seit Monaten beobachtet. Es ist möglich, daß sie von der deutschen Regierung noch nicht zur Gänze geteilt wird, doch ist sie in Parteikreisen weit verbreitet, und wenn sie sogar auch dort ihre Gegner hat, so scheint nichts destoweniger aus den Worten von General Göring klar hervorzugehen, daß die Vorstellung, um das mindeste zu sagen, latent ist und die Gefahr besteht, daß sie binnen kurzem mit Eifer ergriffen werden wird.

In München sagen die Parteigänger der Zwangslösung ganz offen, daß Deutschland, da England keine Freundschaft will, seine ganze Energie darauf richten muß, England als Weltmacht auszuschalten oder zumindest so in Schrecken zu versetzen, daß es Deutschland aus der Hand frißt."[48]

Als dieser Bericht in London einging, gab es in britischen Regierungskreisen und insbesondere im Foreign Office freilich nur noch wenige unter den gut Informierten, die hinsichtlich einer haltbaren Übereinkunft mit den Deutschen optimistisch geblieben waren. In der Zentralabteilung des Foreign Office war es für diejenigen, die Zugang zu den geheimen Informationen aus Berlin hatten, seit geraumer Zeit evident, daß auch Hitler selbst von seinem zunächst vorhandenen Wunsch nach einer deutsch-englischen Verständigung allmählich abkam. Die beharrliche Zurückweisung seiner Avancen, der Eindruck, den das Verhalten Großbritanniens 1935/36 auf ihn machte, und vielleicht nicht zuletzt der vollständige Fehlschlag, den Ribbentrop bei seiner Londoner Mission erlitt, hatten den „Führer" bis zum frühen Winter 1937 dazu gebracht, den Glauben an ein Abkommen mit Großbritannien zu begraben. Bereits im September 1937 unterrichtete Ernst Jäckh das Foreign Office, Hitler sei „nun vom Scheitern der deutsch-britischen Verhandlungen so enttäuscht, daß er so weit geht, jede Hoffnung auf ein politisches Arrangement mit England aufzugeben. Er liebt es, auf seine Britenpolitik hinzuweisen, wie sie in seinem Buch ‚Mein Kampf' dargelegt ist, und zu versichern, daß dies die von ihm aufrichtig gewünschte Politik sei, daß sie aber jetzt von Großbritannien vollständig zurückgewiesen sei."[49]

---

[48] St. Clair Gainer an Henderson, 4. 11. 1937, beigefügt Henderson an Eden, 11. 11. 1937, in: Ebenda 371/20736.C7746/270/18.

[49] Dr. Ernst Jäckh (Mitteilung), 2. 9. 1937, in: Ebenda 371/20711.C6301/3/18.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nichts zeigt Hitlers Frustration besser als seine Einstellung zu dem im Sommer 1937 geplanten Besuch des deutschen Außenministers, Konstantin v. Neurath, in London. Weder Hitler noch Ribbentrop – nicht einmal Neurath selbst – legten bei der Aussicht auf Gespräche in der britischen Hauptstadt große Begeisterung an den Tag. Nachdem der deutsche Kreuzer „Leipzig" vor der spanischen Küste angeblich von einem nicht identifizierten U-Boot angegriffen worden war, hat daher die deutsche Führung diesen Zwischenfall sogleich zum Vorwand genommen, den Besuch abzusagen. Angesichts der internationalen Situation, so hieß es in Berlin, sei es für den Reichsaußenminister nicht angängig, Deutschland zu verlassen. Hitlers Grimm nahm noch zu, als die Briten es ablehnten, sich an einer Flottendemonstration vor Valencia zu beteiligen. Josef Henke hat mit einigem Recht darauf hingewiesen, daß Hitler, der sich ja schon von Englands allgemeiner Haltung gegenüber dem spanischen Konflikt enttäuscht gezeigt hatte, erst recht von dieser neuerlichen Weigerung Großbritanniens getroffen werden mußte, der offenen Provokation durch die „bolschewistischen Machthaber" eine gebührende gemeinsame Antwort zu erteilen[50]. Ein direktes Ergebnis bestand darin, daß der Reichskanzler, als er am 27. Juni in Würzburg sprach, kaum freundliche Worte an die Adresse Londons fand. Jedenfalls war eine weitere Gelegenheit für einen offenen englisch-deutschen Meinungsaustausch ungenutzt geblieben. Indes – und das war von größerer Bedeutung – unternahmen Hitler, Ribbentrop und Neurath gar keine größeren Anstrengungen mehr, einen solchen Meinungsaustausch herbeizuführen. Ribbentrop schien die Sache aus persönlichen Gründen vereiteln zu wollen. Neuraths Mangel an Enthusiasmus zeigte sich in seinem Zögern, sich bei seinen Arrangements für eine Balkanreise stören zu lassen, und Hitler, der den Zweck des vorgesehenen Besuchs ja lediglich darin sah, die britischen Führer erneut mit den deutschen Forderungen zu konfrontieren, benutzte die Gelegenheit nicht allein zur Absage des Besuchs, sondern auch zu bitterer Kritik an Großbritannien. Im Lichte dieser Vorgänge scheint Henkes Schlußfolgerung zutreffend zu sein, daß die Zeit, in der Hitler jede Möglichkeit zu deutsch-britischen Kontakten mit Eifer verfolgte, vorüber war[51].

Fünf Monate später, als sich die Gelegenheit zu Unterhaltungen zwischen Hitler und einem der führenden britischen Staatsmänner schließlich doch bot, kam nichts heraus bzw. bestand das Ergebnis, genauer gesagt, eher in einer Verschlechterung der Situation. Nachdem der „Führer" den Gedanken, Deutschlands Probleme durch den Erwerb von Kolonien zu lösen, auf der Hoßbach-Konferenz rundweg verworfen hatte, suchte er Lord Halifax, damals Lordsiegelbewahrer und bald danach britischer Außenminister, bewußt zu täuschen, indem er beharrlich behauptete, zwischen Großbritannien und Deutschland gebe es nur eine offene Frage, nämlich die Kolonialfrage[52]. Diese absichtlich gelegte falsche Spur führte im britischen Kabinett und im Komitee für auswärtige Politik zu erneuten und langwierigen Diskussionen über den deutschen Anspruch auf Kolonien. Am Ende wurden Vorschläge ausgearbeitet, die diesmal, um die NS-Regie-

[50] Henke, England in Hitlers politischem Kalkül, S. 93.
[51] Ebenda.
[52] Neurath an Henderson, 20. 11. 1937, in: ADAP, D, I, Nr. 31.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung in mehr allgemeine Verhandlungen zu ziehen, als hauptsächliches Lockmittel koloniale Konzessionen enthielten[53]. Als der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, die Vorschläge am 3. März 1938 Hitler unterbreitete, erklärte der „Führer" gleichgültig, die koloniale Frage sei noch nicht „reif für eine Lösung" und es sei „besser, ein paar Jahre zu warten"[54]. Henderson verließ die Unterredung mit „einem Gefühl tiefer Entmutigung"[55]. Am 4. März schrieb er Lord Halifax, Hitlers Haltung zeige „klar, wie aussichtslos die Politik derjenigen ist, die glauben, er könne von seinen Zielen in Mitteleuropa durch Äußerungen französischer und britischer Mißbilligung abgelenkt werden. Wenn das Angebot britischer Freundschaft und die Aussicht auf eine koloniale Regelung nicht ausreichen, ihn abzuhalten oder wenigstens einen vorübergehenden Halt zu sichern, wie wenig wirksam dürfte dann eine verschwommene Warnung sein, die nicht auf eine Demonstration von Stärke gestützt ist."[56]

Sir William Strang, Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im Foreign Office, schrieb voll Pessimismus, das Gespräch habe gezeigt, wie zwecklos es sei, an die Vernunft des Kanzlers zu appellieren[57]. Lord Halifax meinte, der Botschafter habe „auf einem holprigen Spielplatz" sein Möglichstes getan[58], doch war allen klar, daß der Versuch, Deutschlands territoriale Ambitionen von Mitteleuropa ab- und aufs tropische Afrika hinzulenken, vollständigen Schiffbruch erlitten hatte. Die Größe des Unheils mußte natürlich acht Tage später noch schärfer empfunden werden, als deutsche Truppen die Grenze nach Österreich überschritten.

Inzwischen hatte Hitler den deutschen Staatsapparat noch fester in den Griff genommen, indem er den Skandal um die Heirat des Reichskriegsministers Werner v. Blomberg dazu benutzte, jene Individuen loszuwerden, die gegen die verwegene Außenpolitik, welche von ihm auf der Hoßbach-Konferenz skizziert worden war, Vorbehalte angemeldet hatten. Von all den Veränderungen, die aus der „Blomberg-Fritsch-Krise" resultierten, war keine bedeutungsvoller als die Ersetzung Neuraths durch Ribbentrop. Joachim v. Ribbentrop hatte seine Londoner Mission im Oktober 1936 an dem Tag aufgenommen, an dem Hitler in Berlin den Grafen Ciano empfangen und mit den neuen Grundlinien der deutschen Politik gegenüber Großbritannien vertraut gemacht hatte[59]. Vom Reichskanzler angewiesen, ihm die Allianz mit England zu bringen[60], hatte Ribbentrop in den ersten Phasen seiner Zeit als Botschafter keine Mühe gescheut, die Briten davon zu überzeugen, daß die bolschewistische Gefahr eine unmittelbare Bedrohung darstelle und daß folglich englisch-deutsche Solidarität gebo-

---

53 Vgl. Andrew J. Crozier, Appeasement and Germany's Last Bid for Colonies, London 1988, S. 228 ff.

54 Henderson an Halifax, 4. 3. 1938, in: PRO, FO 800/313.

55 Henderson an Halifax, 5. 3. 1938, in: Ebenda 371/21656.C1657/42/18.

56 Henderson an Halifax, 4. 3. 1938, in: Ebenda 371/21656.C1457/42/18.

57 Notiz Strang, 5. 3. 1938, in: Ebenda.

58 Halifax an Henderson, 4. 3. 1938, in: Ebenda 800/313.

59 Zu Ribbentrops Mission Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980, S. 110 ff.

60 Joachim von Ribbentrop, The Ribbentrop Memoirs, London 1954, S. 62.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten sei. Ebenso eifrig arbeitete er daran, Zwietracht zwischen Großbritannien und Frankreich zu säen oder London Konzessionen in der Kolonialfrage abzuringen. Darüber hinaus strengte er sich redlich an, seinen britischen Gastgebern die Nützlichkeit der Mitgliedschaft im Antikominternpakt vor Augen zu führen. So lenkte er am 2. November 1936 die Aufmerksamkeit des britischen Außenministers, Anthony Eden, auf die sowjetische Bedrohung im Fernen Osten und ihre Bedeutung für die britische Position in Indien. Seine Bemerkungen schienen darauf hinauszulaufen, daß Großbritannien allen Grund habe, für die Existenz einer zuverlässig antikommunistischen Macht in jener Region, Japan, dankbar zu sein. In seiner Argumentation steckte die Vorstellung, daß das Zustandekommen einer Kooperation zwischen London, Berlin und Tokio nicht nur eine wünschenswerte, sondern eine notwendige Sache sei, da „das letzte, was Deutschland sehen möchte, eine Schwächung des Britischen Empire ist" – mit welcher Eventualität klarerweise gerechnet werden müsse, wenn die britischen Führer weiterhin den Ernst der Lage unterschätzten[61]. Die Strategie, für die Ribbentrop den Antikominternpakt und die bolschewistische Gefahr verwendete, entsprach exakt dem Rezept, das Hitler dem Grafen Ciano erläutert hatte. Daher scheint die Annahme gerechtfertigt zu sein, daß Ribbentrop über die Wandlung in Hitlers Denken genau im Bilde war und daß kurz vor Ribbentrops Abreise nach London eingehende Diskussionen über die Sprache stattgefunden hatten, die Ribbentrop in seinen Unterredungen mit Eden und anderen britischen Politikern führen sollte. Wäre es nicht so gewesen, hätte er sich ja bei seiner Mission von Anfang an auf brüchiger Basis bewegt.

Ribbentrops Bemühungen blieben jedoch fruchtlos. Die britische Regierung hielt unerschütterlich an ihrer Opposition gegen jedes Arrangement fest, das auch nur begrenzte territoriale Veränderungen vorsah – es sei denn die Veränderungen kämen durch friedlich Mittel und in beiderseitigem Einvernehmen zustande. Allmählich begann deshalb auch Ribbentrops eigener Enthusiasmus für die englisch-deutsche Annäherung zu schwinden. Im Laufe des Jahres 1937 traten an die Stelle des Optimismus, mit der er seine Mission in London angetreten hatte, erst Ungeduld und Enttäuschung, schließlich aber eine gefährliche Anglophobie. An der Jahreswende 1937/38 war Ribbentrops Verwandlung in einen geschworenen Feind des Britischen Empire abgeschlossen. Kurz bevor er im Februar 1938 zum Reichsaußenminister ernannt wurde, legte er dem „Führer" zwei Berichte vor, in denen er die Ansicht entwickelte, Großbritannien sei ein unerbittlicher Gegner eines jeden deutschen Versuchs, den europäischen Kontinent zu beherrschen, werde gegen solche Versuche auch zu Felde ziehen, wenn es sich stark genug dazu glaube, und lasse im Augenblick seine Politik lediglich von dem Bestreben leiten, Zeit für die Aufrüstung und für den Ausbau der Freundschaften mit Frankreich und den Vereinigten Staaten zu gewinnen; infolgedessen bleibe für Deutschland nur die Möglichkeit, eine gegen das Britische Empire gerichtete Bündnispolitik zu verfolgen[62].

---

[61] Eden an Phipps, 2. 11. 1936, in: PRO, FO 408/66, part LXXVI, No. 77.

[62] Text der Berichte bei Annelies von Ribbentrop, Die Kriegsschuld des Widerstandes. Aus britischen Geheimdokumenten 1938/39, Leoni 1974, S. 61–74; Memorandum Ribbentrops vom 2. 1. 1938 für den „Führer", in: ADAP, D, I, Nr. 93.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu dieser Zeit brauchte jedoch Hitler, wie schon dargelegt, nicht mehr überzeugt zu werden. Zwar teilte er nicht Ribbentrops Meinung, die Briten seien sogar zu kämpfen bereit, doch war auch er sicher, daß die britischen Führer gegen jeden weiteren deutschen Machtgewinn in Europa oder Übersee seien. Es war zu einem erheblichen Teil die Folge der Übereinstimmung im Urteil über die schlechten Aussichten der deutsch-englischen Verständigung und über die daraus abzuleitende Nützlichkeit der Freundschaft Deutschlands mit Italien und Japan, daß Hitler Joachim v. Ribbentrop zum Leiter des Auswärtigen Amtes ernannte.

Zum Zeitpunkt der Ernennung bestand im übrigen kein Zweifel mehr, daß die Politik, die Hitler im Oktober 1936 dem Grafen Ciano erläutert hatte, fehlgeschlagen war. Zwischen Großbritannien auf der einen und der Antikomintern-Gruppe auf der anderen Seite hatten sich die Beziehungen weiterhin ständig verschlechtert. Gegenseitiges Mißtrauen, Spannungen im Mittelmeer, die Aktivitäten italienischer „Freiwilliger" in Spanien und Englands Zögern, Mussolinis Eroberung von Abessinien völkerrechtlich anzuerkennen, all das wirkte zusammen, um eine Verbesserung des englisch-italienischen Verhältnisses zu verhindern. Im Fernen Osten erwarteten die Briten nichts Gutes von den Japanern, vor allem nach Tokios erneuter Eröffnung der Feindseligkeiten mit China im Juli 1937 und nach Japans Fernbleiben von der Brüsseler Konferenz. Was die englisch-deutschen Beziehungen anging, so stimmten der deutsche Kanzler, sein neuer Außenminister und der radikale Flügel der NSDAP grundsätzlich darin überein, daß weitere Bemühungen um ein annehmbares Übereinkommen mit Großbritannien zwecklos seien. Weder Konzessionen noch Pressionen hatten sich als taugliche Mittel erwiesen, die Briten für ein Arrangement zu Hitlers Bedingungen geneigter zu stimmen. Überdies glaubte der Reichskanzler nun, daß er zur Verwirklichung seiner kontinentalen Ambitionen eine deutsch-britische Verständigung gar nicht brauche. Großbritannien hatte sich militärisch schwach gezeigt, unfähig zur Verfolgung, Vertretung und Verteidigung seiner nationalen Interessen, unschlüssig beim Treffen „großer Entscheidungen" und zweifelhaft im Hinblick auf seine moralische und ideologische Substanz. Deutschland, so meinte der „Führer", dürfe seine Ziele ansteuern, ohne eventuelle britische Haltungen oder Reaktionen zu bedenken. So tief war das einst als allgewaltig geltende Britische Empire in Hitlers Augen nach fünf Jahren Regierung gesunken.

Die drei im folgenden abgedruckten Dokumente werfen neues Licht auf die hier skizzierten Entwicklungen. Alle galten bisher als verloren oder zerstört[63]. Zwar ist Schmidts Aufzeichnung des Gesprächs Göring-Mussolini (Dokument 3), das im Januar 1937 stattfand, in englischer und italienischer Übersetzung zugänglich gewesen[64], doch glaubte man, daß kein Exemplar des deutschen Originals im Archiv des Auswärtigen Amts überlebt habe[65]. Jetzt ist bekannt, daß die deutsche Version in zwei Archiven vorhanden ist, im Bundesarchiv Koblenz (BA) und im ehemaligen Deutschen Zentralarchiv

---

[63] Vgl. ADAP, C, Bd. 6/1 und 2, Göttingen 1981, S. 341, 882, 1022.

[64] Ciano's Diplomatic Papers, S. 80–91; Galeazzo Ciano, L'Europa verso la Catastrofe, hrsg. von Rodolfo Mosca, Mailand 1948, S. 126–142.

[65] ADAP, C, Bd. 6/1, S. 341.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Potsdam (DZA)[66]. Görings Italienbesuch ist natürlich von Bedeutung, weil er einen wichtigen Abschnitt in der Entwicklung der Achse Berlin-Rom markiert; zugleich verrät er aber, wie damals in den höheren Rängen der deutschen Führungsgruppen über das deutsch-britische Verhältnis gedacht wurde. Görings Hinweis zum Beispiel, welch starken Faktor die vereinten Flotten Deutschlands, Japans und Italiens darstellten, korrespondiert genau dem drei Monate zuvor von Hitler im Gespräch mit Ciano vorgebrachten Argument, Großbritannien werde, wenn es sich vor eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland, Italien und Japan gestellt sehe und die Macht dieser Interessengemeinschaft in Regionen erkenne, in denen es selbst vitale Interessen zu verteidigen habe, vermutlich eher bereit sein, sich irgendwie mit der Achse zu vergleichen.

In gleicher Weise sprach Göring von Hitlers nach wie vor bestehendem Interesse an einem Arrangement mit Großbritannien, setzte Mussolini jedoch auch davon in Kenntnis, daß sich das Reich von seinen Zielen in Europa nicht durch das Angebot wirtschaftlicher Konzessionen ablenken lassen werde. Was die Aussichten betraf, Großbritannien für den Antikominternpakt zu gewinnen, so äußerte sich Göring nicht optimistisch: Man habe entsprechende Anstrengungen unternommen, so sagte er, dabei aber die Erfahrung gemacht, daß die derzeitige britische Regierung im Herzen linksgerichtet und daher für die deutschen Annäherungsversuche unempfänglich sei; überdies übten Juden und Freimaurer erheblichen Einfluß auf die britische Politik aus. Bezeichnend sind auch Görings Bemerkungen über die Wünschbarkeit einer Stärkung der deutsch-italienischen Beziehungen. Im Hinblick darauf sagte er, Italien habe bewiesen, daß es möglich sei, italienische Außenpolitik „ohne England" zu machen. Das war genau die Politik, die Hitler selbst verfolgen sollte, nachdem die bitteren Erfahrungen des Jahres 1937 gezeigt hatten, daß zu den Bedingungen, die Deutschland stellte, eine Einigung mit Großbritannien nicht zu haben war.

Die beiden anderen Dokumente betreffen speziell die Londoner Mission Ribbentrops. Das erste, die Wiedergabe eines Gesprächs, das Reichsaußenminister v. Neurath im Juni 1937 während eines Besuch in Belgrad mit dem Prinzen Paul von Jugoslawien hatte, ist im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München zu finden[67]. Dem Prinzen Paul zufolge wurden Chamberlains Versuche, auf eine Verständigung mit Deutschland hinzuarbeiten, durch die Tätigkeit des deutschen Botschafters in London eher behindert denn gefördert. Der jugoslawische Regent erwähnte die zahlreichen Taktlosigkeiten, die sich Ribbentrop seit seinem Eintreffen in London geleistet hatte, Taktlosigkeiten, die alle Schichten der britischen Gesellschaft vor den Kopf gestoßen hätten, selbst jene Kreise, die zuvor dem Gedanken der englisch-deutschen Freundschaft sehr geneigt gewesen seien. Diese diplomatischen Schnitzer reichten von dem unpassenden Plädoyer für einen englisch-deutschen Kreuzzug gegen den Bolschewismus, das Ribbentrop ausgerechnet am Tag seiner Ankunft im Vereinigten Königreich noch am Vic-

---

[66] In Koblenz ist das Dokument in den Materialien zu finden, die Hans-Adolf Jacobsen unter der Signatur Zsg. 133/FB 4389N deponiert hat. Zu Potsdam Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany, Vol. II. Starting World War Two. 1937–1939, Chicago 1980, S. 271, Anm. 42.

[67] Aufzeichnung Neurath, 8. 6. 1937, in: Archiv IfZ, MA 190/5/632521–3.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

toria-Bahnhof hielt, bis zu dem Zwischenfall im Buckingham-Palast am 4. Februar 1937, als der deutsche Botschafter, gerade dabei, dem neuen König seine Beglaubigung zu überreichen, das höfische Protokoll gröblich verletzte und dem Monarchen nicht mit den üblichen drei Verbeugungen seinen Respekt erwies, sondern mit dem Hitler-Gruß überraschte. Ribbentrops Ostentation und Oberflächlichkeit, seine oft längeren Abwesenheiten von seinem Posten, seine offenbare Besessenheit mit der kommunistischen Gefahr und Reden wie jene, in der er, im März 1937 auf der Leipziger Messe, die bedingungslose Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien forderte, trugen ebenfalls nicht dazu bei, ihn seinen britischen Gastgebern sympathisch zu machen.

Jedoch muß gesagt werden, daß die britischen Führer zwar Ribbentrops viele Beschränktheiten beklagten, ihn aber im Frühjahr 1937 noch nicht zu den übelsten Ratgebern in Hitlers Umgebung zählten. Im April 1937 erreichte das Foreign Office über den angesehenen holländischen Journalisten M. van Maasdijk ein Bericht, der einmal mehr Hinweise auf die Verachtung lieferte, die bestimmte Kreise der NS-Bewegung Großbritannien entgegenbrachten. Nach van Maasdijks Informationen sahen sich die radikalen Elemente in der NSDAP, in der deutschen Bevölkerung unpopulär und die britische Aufrüstung als ernsthaft erkennend, dazu getrieben, für eine Aktion in Mitteleuropa einzutreten. Allerdings glaube die Wehrmacht, daß unter den gegebenen Umständen jeder derartige Zug gefahrvoll sei. Die Radikalen der Partei behaupteten aber, daß Großbritannien das wahre Hindernis für die deutschen Ambitionen darstelle, und sie waren naturgemäß eifrig bestrebt, Hitler auch noch den kleinsten Hinweis darauf zur Kenntnis zu bringen, daß Ribbentrop mit seiner Londoner Mission scheitere. Der Reichskanzler teile indes solche Auffassungen „nur so weit, daß er bereit ist, sich Kommentare über Ribbentrops vergebliches Bemühen, die Meinung in Großbritannien zugunsten Deutschlands zu beeinflussen, immerhin anzuhören."[68]

Anthony Eden, der Außenminister, war der Meinung, daß dieser Bericht genaueste Aufmerksamkeit verdiene. Am 15. April schrieb er: „Ich möchte, daß wir auf seiner Basis unsere Politik und mehr noch unsere Taktik gegenüber Deutschland sorgfältig prüfen. Wir brauchen, vor allem anderen, Zeit. Unsere Interessen und die der Reichswehr sind, für den Augenblick, gleich . . . Unterdessen liegt es ebenfalls in unserem Interesse, Ribbentrop etwas in die Hand zu geben, mit dem er spielen kann. Ich wäre auch gerne in der Lage, etwas zu sagen oder zu tun, was Hitlers von der Partei abweichende Stimmung uns gegenüber fördert. Wir müssen uns klarerweise bei der Krönung sehr um Blomberg kümmern, aber das ist nicht genug . . . Ein wichtiger Faktor ergibt sich: Wir müssen Ribbentrop so vollständig informiert und mit ihm Verbindung halten, wie wir irgend können. Das wird seinen Wert bei Hitler erhöhen, und können wir uns nicht alle bemühen, ihn öfter zu sehen und einzuladen?"[69] Keine noch so intensive „Betreuung" hätte jedoch Ribbentrops eigene Erkenntnis verhindern können, daß es ihm trotz aller Anstrengungen nicht recht gelingen wollte, auch nur ein bescheidenes Maß deutsch-englischer Zusammenarbeit zustande zu bringen.

---

[68] Notiz Leeper, 14. 4. 1937, in: PRO, FO 371/20710.C2947/3/18.

[69] Notiz Eden, 15. 4. 1937, in: Ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das dritte der hier abgedruckten Dokumente liefert einen Hinweis auf die erzieherische Wirkung, die seine längeren Kontakte mit den Briten auf die Entwicklung der Ansichten des Botschafters in den Jahren 1936 und 1937 gehabt zu haben scheinen[70]. Tatsächlich zeigen Ribbentrops Schlußberichte aus London sehr klar, daß er bis zur Jahreswende 1937/38 ein besseres Verständnis des Landes gewonnen hatte, in dem er akkreditiert war. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Ribbentrop vor seiner Ernennung nur begrenzte Erfahrungen mit der britischen Mentalität hatte machen können – als ein beeindruckbarer junger Mann vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs, als Geschäftsmann in den zwanziger Jahren und nach der nationalsozialistischen Machtübernahme als Diplomat während kurzer Besuche. Seine Beschränkungen hatten ihn dazu verleitet, Gruppen zu fördern und die Beziehungen zu Personen zu pflegen, die trotz ihrer eindrucksvollen Adelstitel und trotz ihres vorgeblichen Verständnisses für die deutschen Ambitionen im politischen Leben der Nation keine nennenswerte Rolle spielten. Es ist daher kaum überraschend, daß es Ribbentrop gewohnt war, oberflächliche Schlüsse zu ziehen und seine Regierung falsch zu informieren. Als Hitlers hauptsächlicher Berater in britischen Angelegenheiten hatte Ribbentrop mithin einige Zeit dazu beigetragen, die Illusionen zu nähren, die sich der „Führer" über die Briten und ihren Wunsch nach Zusammenarbeit mit ihm gemacht hatte.

Seine Zeit als Botschafter in London scheint indes Ribbentrop einige heilsame Lehren beigebracht zu haben. Trotz einer unerklärlichen Eingenommenheit für Edward VIII., die noch lange nach dessen Abdankung anhielt, belegen Ribbentrops Berichte nach Berlin, namentlich die vom 28. Dezember 1937 und 2. Januar 1938, eine deutliche Verbesserung seiner Einschätzung der Entscheidungsprozesse in London und seiner Erkenntnis der Grundlagen, auf denen die Außenpolitik der britischen Regierung ruhte. Infolgedessen war sein Urteil über die Aussichten auf eine deutsch-britische Verständigung, befreit von der Oberflächlichkeit und dem seichten Optimismus früherer Jahre, realistischer geworden: Die ausschlaggebende Macht liege nicht beim „anderen England" der Peers, Aristokraten, Gastgeberinnen der Gesellschaft und Wirtschaftmagnaten, sondern bei Kabinett, Parlament und Foreign Office, die nicht von prodeutschen Stimmungswellen zu beeinflussen seien und die öffentliche Meinung in jede gewünschte Richtung lenken könnten. Das französisch-britische Verhältnis, das die deutsche Politik beharrlich zu ruinieren versucht hatte, war nach Ribbentrops jetziger Meinung unzerstörbar und durch den Besuch, den Chautemps und Delbos im November 1937 London abgestattet hatten, sogar noch gekräftigt worden. Und schließlich war Ribbentrop – dies zählte am meisten – nun überzeugt davon, daß ein mächtiges Großbritannien sich gegen jede Stärkung der Stellung Deutschlands auf dem Kontinent zur Wehr setzen werde. Konträre Auffassungen, wie er sie nach der Wiederbesetzung des Rheinlands vertreten hatte, waren nicht länger gültig[71].

---

70 Ribbentrop an Hitler und Neurath, 28.7.1937, in: Politisches Archiv des AA Bonn, Büro Staatssekretär: Besuch des Herrn Reichsministers von Neurath in London 1937.

71 Flandin an Lacroix und Puaux, 9.4.1936, Notiz für den Minister, 9.4.1936, in: Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 2ème Série (1936–1939), Tome II, Nos. 42, 46, Paris 1964.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ungeachtet der bewußten Täuschung des Premierministers über seine Einstellung zum vorgesehenen Besuch Neuraths in London, den er in Wirklichkeit scharf ablehnte, hatte Ribbentrop bis zum Sommer 1937 begriffen, daß es trotz der Regierungsübernahme durch Chamberlain, auf den man in Deutschland offensichtlich große Hoffnungen setzte, noch große Hindernisse zu überwinden galt, bevor ein Ausgleich der deutsch-britischen Differenzen erreicht werden konnte. Er glaubte, daß es noch erheblicher Vorbereitungen bedürfe, ehe ein nützliches Gespräch möglich werde, denn noch sei Großbritanniens Haltung in wichtigen offenen Fragen weit von der Haltung Deutschlands entfernt. Als es aber tatsächlich zu einem solchen Gespräch kam, nämlich zwischen Hitler und Lord Halifax im folgenden November, hatte Ribbentrop jede Hoffnung auf einen Erfolg seiner Londoner Mission bereits aufgegeben. Schon im Oktober, als er Rom besuchte, sagte er zum Duce, daß die deutschen und die britischen Interessen „unversöhnlich" seien und daß keine Aussicht bestehe, Großbritannien für den Kreis der antikommunistischen Mächte zu rekrutieren[72]. Zu Ciano äußerte er sich noch ungehemmter. Am Abend des 23. Oktober sprach er von dem „unvermeidlichen Konflikt mit den Westmächten" und von der daraus folgenden Notwendigkeit eines Militärbündnisses zwischen Deutschland, Japan und Italien[73].

Dies wurde zum Ausgangspunkt einer alternativen antibritischen Strategie Ribbentrops, die er dann später, 1940, zur Idee eines „Kontinentalblocks" ausbaute, der von Gibraltar bis Yokohama reichen und alle dem Britischen Empire feindlich gesinnten Staaten einschließen sollte[74]. Indes lagen Ribbentrops Kalkulationen, die paradoxerweise im Grunde auf der Kooperation zwischen den Antikomintern-Mächten und der Sowjetunion basierten, weitab von den Realitäten der internationalen Situation, und am Ende erwies es sich für ihn überdies als unmöglich, Hitlers Entschlossenheit zu erschüttern, eine gewaltsame Lösung der „Ostfrage" zu suchen. Diese Entschlossenheit war einer der Hauptgründe dafür, daß Großbritannien und Deutschland in den dreißiger Jahren keine beiderseitig akzeptable Verständigung erreicht hatten. Tatsächlich hatte Großbritanniens Weigerung, der Forderung Hitlers nach „freier Hand im Osten" nachzugeben, den „Führer" veranlaßt, seine ursprüngliche Konzeption einer deutsch-britischen Allianz, wie sie zuerst in „Mein Kampf" formuliert war, zu revidieren. Doch hätte eine derartige Partnerschaft einen fundamentalen Wandel in der britischen Außenpolitik bedeutet, weg vom Multilateralismus und hin zu bilateralen Verträgen und Pakten, die auf lange Sicht Großbritanniens Beziehungen zu anderen europäischen Mächten schaden mußten, jedoch ohnehin in schroffstem Gegensatz zu den Grundprinzipien der britischen Behandlung europäischer Probleme standen. Sir Robert Vansittart, in seinem für das Kabinett bestimmten Memorandum vom Februar 1936 einer der ersten, dem die Anfänge der deutschen Umorientierung ins Auge fielen,

---

72 Ciano's Diplomatic Papers, S. 140f.

73 Galeazzo Ciano, Ciano's Diary 1937–1938, London 1952, S. 24.

74 Vgl. Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik, S. 247ff.; Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt/Main 1965, S. 238ff.; Klaus Hildebrand, The Foreign Policy of the Third Reich, London 1973, S. 102ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte anfänglich geglaubt, daß es vielleicht doch möglich sei, Deutschland in eine generelle europäische Übereinkunft zu ziehen. Daher hatte er, obwohl er das nationalsozialistische Deutschland mit äußerstem Mißtrauen betrachtete und seinen Führern gefährlichste Endziele zutraute, die Meinung vertreten, daß ein weiterer Versuch, Deutschland in allgemeine Verhandlungen zurückzuholen, lohnend sei und unternommen werden müsse, wie er nach seinem Besuch in Berlin schrieb, der im August 1936 stattgefunden hatte: „Diese Leute sind die formidabelste Sache, die es je gegeben hat; sie befinden sich jetzt in strengem Training, und zwar nicht für die Olympischen Spiele, sondern für das Brechen ganz anderer und entschieden unsportlicher Weltrekorde, vielleicht auch fürs Zerbrechen der Welt selbst. Und doch könnte mit ihnen etwas anzufangen sein. In dieser Hinsicht verlasse ich Berlin mit mehr Hoffnungen, als ich zu Beginn meiner Reise hatte. Zur Zeit sind sie auf Abwegen, lehrt man sie Falsches; das mag unvermeidlich sein, doch ziehe ich es vor, das Gegenteil anzunehmen. Denn wenn, wie das französische Sprichwort will, von Liebe reden lieben heißt, kann von Frieden reden Frieden machen heißen, wenn wir nur lange genug reden können."[75]

Im Frühjahr 1937 war Vansittart offensichtlich zu dem Schluß gekommen, daß die Zeit fürs Reden rasch auslaufe. Enttäuscht vom Mangel an Fortschritten zu der so schwer faßbaren Generalbereinigung und irritiert durch diejenigen, die, aus unterschiedlichen Gründen, bereit schienen, deutsche Herrschaft über Europa zu sanktionieren, schrieb er zu einem Bericht aus Berlin einen Kommentar, in dem der Kern des Problems beredter und bündiger in Worte gefaßt ist als in Bänden sonstiger Telegramme und Aufzeichnungen des Foreign Office. Zur Wiedergabe eines Gesprächs zwischen dem britischen Generalkonsul in München und General v. Reichenau, in dem einmal mehr die Kluft zwischen der deutschen und der britischen Position deutlich geworden war, bemerkte der Staatssekretär düster: „Hier haben wir wiederum – zum x-ten Male – einen eindeutigen Beweis für Deutschlands Absicht, sich auf Kosten seiner Nachbarn auszudehnen, falls notwendig mit Gewalt. Das ist eine gewalttätige und räuberische Politik. Hier liegt der Grund, warum es Deutschland so schwer wird, zu einer Übereinkunft mit uns zu kommen – und wir dies gleichermaßen schwer finden, da wir uns, obwohl wir uns gerne verständigen würden, niemals auf dieser deutschen Basis verständigen können, noch sie – zugegebenermaßen – auf der unseren. Was uns trennt, ist wirklich eine fundamentale Differenz in der Grundvorstellung, in der Moralität. Und das ist die wahre Antwort an jene schwachen Naturen, die uns gerne unmoralisch hätten, weil sie es vorziehen, blind zu sein."[76]

---

[75] Bericht Sir Robert Vansittarts über eine Reise nach Deutschland im August 1936, 10.9. 1936, in: DBFP, Sec. Ser., XVII, Appendix I, London 1979.

[76] Notiz Sir R. Vansittart, 20.5. 1937, auf St. Clair Gainer an Ogilvie-Forbes, 30.4. 1937, beigefügt Henderson an Eden, 6.5. 1937, in: Ebenda, XVIII, No. 466, London 1980.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1[77]

Heute mittag um 12 Uhr wurde ich vom Prinzregenten Paul in einstündiger Audienz empfangen. Der Prinzregent war vorher von Stojadinovinč über die zwischen mir und ihm gepflogenen Unterhaltungen unterrichtet worden. Er erklärte, er teile durchaus die Auffasung seines Ministerpräsidenten in Bezug auf das deutsch-jugoslavische Verhältnis. Er habe dies auch schon wiederholt dem Ministerpräsidenten Göring gesagt.

Sodann kam der Prinzregent auf seine Lieblingsidee, nämlich die deutsch-englische Annäherung, zu sprechen. Er erzählte mir, er komme jetzt eben aus England zurück und habe im Gegensatz zu der Stimmung, die er noch im Winter dort angetroffen habe, eine wesentliche Veränderung in der Haltung gegenüber Deutschland festgestellt. Nevile Chamberlain, mit dem er eine längere Unterredung gehabt habe, habe fast ausschließlich dieses Thema mit ihm besprochen und erklärt, daß er sich bestreben wolle, das deutsch-englische Verhältnis zu verbessern. Dieselbe Einstellung habe er bei dem früher gar nicht deutschfreundlichen König gefunden, ebenso auch bei vielen maßgebenden Persönlichkeiten, mit denen er sich bei seinem längeren Aufenthalt in England unterhalten habe.

Er frug dann, ob er ganz offen mit mir über seine Beobachtungen in England sprechen könnte, was ich selbstverständlich bejahte. Der Prinzregent sagte darauf folgendes: Er müsse sagen, daß er in den maßgebenden englischen Kreisen, vom König angefangen, eine außerordentliche Verstimmung gegen unseren Botschafter gefunden habe. Es herrsche gegen Herrn von Ribbentrop eine persönliche Abneigung, die darauf zurückzuführen sei, daß er vom ersten Moment seiner Landung in England an eine „gaffe" nach der anderen gemacht und so ziemlich alle maßgebenden Persönlichkeiten des politischen Lebens vor den Kopf gestoßen habe. Das wirke sich natürlich auch in der Stimmung gegenüber Deutschland aus und habe nach seiner Ueberzeugung mit dazu beigetragen, daß in den letzten Monaten die Einstellung der englischen politischen Kreise zu Deutschland so schlecht geworden sei. Man habe geglaubt, daß die Haltung des Botschafters auf ausdrückliche Weisung von Berlin erfolge, und daraus den Schluß gezogen, daß man in Deutschland mit England nicht zusammengehen wolle. Ich erklärte dem Prinzregenten, das sei nicht nur eine völlig falsche sondern auch ungerechtfertigte Behauptung. Herr von Ribbentrop sei vom Führer und Reichskanzler besonders ausgewählt und nach London geschickt worden, um die deutsch-englischen Beziehungen zu fördern und die dem Führer am Herzen liegende Annäherung zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Der Prinzregent erwiderte mir darauf, er bedauere mir sagen zu müssen, daß jedenfalls die Wirksamkeit des Herrn von Ribbentrop genau das Gegenteil erzeugt hätte, und auch jetzt bestände die Gefahr, daß die neuen Männer von ihren guten Absichten abgebracht würden. Der Prinz versicherte immer wieder, daß diese seine Bemerkungen lediglich aus dem Wunsche hervorgegangen seien, bei der Bessergestaltung der deutsch-englischen Beziehungen behilflich zu sein. Das könne er aber nur tun, wenn er seine auf Grund persönlicher Beziehungen in England gemachten Beobachtungen offen mitteile.

---

[77] Geheime Aufzeichnung Constantin Freiherr v. Neuraths, Reichsaußenminister, vom 8.6. 1937, in: Archiv IfZ, MA 190/5/632521 ff.; Fehler in der Schreibweise im Original wurden beibehalten.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Besorgnisse der Engländer gegenüber dem Verhalten Italiens im Mittelmeerbecken wurden vom Prinzregenten bestätigt.

Belgrad, den 8. Juni 1937.
gez. Frhr. v. Neurath.

Dokument 2[78]

Luftposttelegramm

London, den 28. Juli 1937
Ankunft: 29. " " 8 Uhr 45

Nr. 443 vom 28/7.
Ganz Geheim!
Für Führer und Reichaussenminister.
Betrifft: Gerpäch mit Premierminister gelegentlich des Gartenfestes im Buckingham Palace.
Ich sagte Cahmberlain, den ich nach dem Empfang beim König kurz sah, wie sehr ich bedauere, dass Leipzig-Zwischenfall seinerzeit Besuch Reichsaussenministers gestört habe. Wenn vier Mächte sich damals solidarisch erklärt hätten, wären wir mit manchem vielleicht heute schon weiter. Ich hätte es sehr begrüsst, wenn Reichsaussenminister zu einer Aussprache damals hierher gekommen wäre, und ich hätte mir manches Gute von einem engeren Kontakt, wozu ja noch besondere Veranstaltungen bei Premierminister, in Botschaft usw. vorgesehen waren, versprochen. Chamberlain antwortete, auch er habe seinerzeitige Wendung bedauert, und es sei schade, dass alles durch die Presse immer gleich so aufgebauscht und oft entstellt werde. Er wies in diesem Zusammenhang auf einige Artikel in deutscher Presse hin. Ich bemerkte demgegenüber, dass wir trotz unseres Wunsches nach deutsch-englischer Freundschaft in den letzten Jahren von der englischen Presse doch alles andere als bevorzugt behandelt worden seien.

Was die weitere Gestaltung deutsch-englischen Verhältnisses anbetreffe, sagte ich Chamberlain, Führer sei tief enttäuscht von seinerzeitigem Ausgang Viermächteverhandlungen. Im übrigen schiene mir Frage für ein umfassendes deutsch-englisches Gespräch noch nicht reif zu sein. Ich sei Auffassung, dass englische Einstellung zu den wichtigen zur Diskussion stehenden Themen mit den deutschen Ideen zurzeit noch zu wenig in Einklang stände, um in einer Aussprache zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Hier müsse noch viel aufklärende Arbeit getan werden. Die Botschaft werde bemüht sein, in diesem Sinne weiterzuarbeiten und ich stände ihm persönlich jederzeit zu einer freimütigen Aussprache zur Verfügung. Sicher sei eins, dass eine etwaige spätere Aussprache eingehend vorbereitet sein müsse, denn ein deutsch-englisches Gespräch könne nur dann erfolgreich sein, wenn es den gegebenen politischen Realitäten Rechnung trüge und wenn an es von beiden Seiten mit der grosszügigen Konzeption herangetreten werde, die es unbedingt erfordere. Chamberlain bemerkte, dass dies wohl zutreffen möge, und er würde sich gern mit mir bei Gelegenheit einmal grundsätzlich aussprechen. Seine Einstellung zum

[78] Telegramm des deutschen Botschafters in London, Joachim v. Ribbentrop, an Hitler und Neurath vom 28.7. 1937, in: PA/AA, Büro Staatssekretär: Besuch des Herrn Reichsministers von Neurath in London 1937, fol. 285769f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsch-englischen Problem habe er in seinen letzten Reden kürzlich zum Ausdruck gebracht.

Die Aussprache mit Chamberlain wird voraussichtlich erst nach den Sommerferien stattfinden.

Ribbentrop

Dokument 3[79]

Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Ministerpräsident Göring und dem Duce in Rom im Palazzo Venezia am 23. Januar 1937.

Anwesend: Ministerpräsident Göring
Der Duce
Graf Ciano
Legationsrat Schmidt.

Auf eine Frage des Duce nach den Eindrücken der italienischen Reise antwortete Ministerpräsident Göring, dass er von allem, was er gesehen und gehört habe, einen tiefen Eindruck mit nach Deutschland zurücknehme; besonders habe ihn der Besuch in der Fliegerstadt Guidonia interessiert. Er habe festgestellt, dass die italienische Luftwaffe – wie dies durchaus selbstverständlich und begrüssenswert sei – von einem starken Optimismus beseelt sei. Allerdings bestehe dabei eine gewisse Gefahr, die Kampfstärke der Luftwaffe gegenüber der Marine zu überschätzen. Auch in Deutschland habe man sich mit der Frage der verhältnismässigen Stärke der Luftwaffe beschäftigt und er (Ministerpräsident Göring) glaube nicht, dass eine Luftstreitkraft eine Flotte in wirklich entscheidender Weise vernichten könne. Es lägen Erfahrungen mit 250 kg-Bomben vor, die auf den spanischen Kreuzer Jaime abgeworfen worden seien: Trotzdem das Schiff gut getroffen wurde und sogar die Munitionskammern explodierten, habe es doch – wenn auch mit schwerer Schlagseite – den Hafen erreichen können, sei repariert worden und wäre jetzt wieder dienstfähig. Aus dieser Erfahrung ergäbe sich mit Klarheit, dass Flugzeuge nicht imstande wären, Panzerschiffe zu vernichten.

Der Duce gab zu, dass auch er bezüglich der Verwendbarkeit der Luftwaffe gegen die Marine Zweifel habe. Auch in Italien sei man noch im Stadium der Ueberlegung begriffen.

Ministerpräsident Göring wies dann auf den ausserordentlich starken Schutz im Verhältnis zu der zu schützenden Oberfläche hin, die Kriegsschiffe durch ihre zahlreichen Flugabwehrgeschütze genössen. Ausserdem ergebe sich die Schwierigkeit, dass Schiffe aus grosser Höhe schwer zu treffen wären, während Bomben, die zu niedrig abgeworfen würden, nicht die nötige Durchschlagskraft hätten. Ausserdem habe man die Erfahrung gemacht, dass Torpedos, die von Flugzeugen abgeschossen würden, oft unter dem Ziel hindurchgingen, da sie infolge der höheren Abschusslage als bei Schiffstorpedos vielfach untertauchen anstatt dicht unter der Wasseroberfläche zu schwimmen. Trotz allem dürfe man nicht übersehen, dass eine Luftflotte Marinestreitkräfte ermüden und zermürben könne, indem sie sie immer wieder aus den Häfen herausjage, aber vernichten könne sie eine

[79] Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Ministerpräsident Göring und dem Duce in Rom im Palazzo Venezia am 23. 1. 1937, gez. Schmidt, in: BA, ZSG. 133/FB 4389 N, fol. 75–97.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Flotte nicht. Der Führer habe ihm (Ministerpräsident Göring) verantwortlich die Frage vorgelegt, ob das Geld, das für ein 35 000 Tonnen Schlachtschiff aufgewendet werden müsste, nicht besser zu Flugzeugbauten verwendet würde. Trotzdem er Luftfahrtminister sei, habe er nach reiflicher Ueberlegung nicht von dem Bau des 35 000 Tonnen Schiffes abraten können und habe nur als beste Lösung vorgeschlagen, sowohl das Schiff zu bauen, als auch die gleiche Summe zur Weiterentwicklung der Flugwaffe zur Verfügung zu stellen. So müsse man unter allen Umständen sein Augenmerk auf die Seerüstungen richten und dabei berücksichtigen, dass England 5 Panzerschiffe neu zu seinem sonstigen Programm hinzubaue.

Der Duce antwortete, dass Italien demnächst neu 4 Panzerschiffe haben würde, und zwar 2 Umbauten und 2 neue Schiffe von 35 000 Tonnen, so dass Italien im ganzen 8 Panzerschiffe besitzen würde. Dazu kämen 24 Schiffe zu je 8 000 Tonnen der Condottieri-Klasse, sowie 100 Unterseeboote.

Ministerpräsident Göring wies darauf hin, dass Italien 8 Panzerschiffe, Deutschland 8 und Japan doch wohl mindestens 12 haben würden, und dass dies eine recht erhebliche Kampfkraft zur See gegenüber anderen Ländern darstelle.

Man sei in Deutschland im übrigen ausserordentlich froh darüber, dass Italien einen modus vivendi mit England gefunden habe.

Der Duce unterstrich die Bedeutung einer starken Marine, denn nur diese könne für Italien die Freiheit seiner kontinentalen Politik sicherstellen.

Ministerpräsident Göring fügte dem hinzu, dass seit dem Abessinien-Feldzug Italien den Nachweis erbracht habe, dass es auch ohne England seine Politik durchsetzen könne, was man früher stets für undenkbar gehalten habe.

Der Duce erklärte, Italien verhalte sich England gegenüber möglichst zurückhaltend ohne dabei zu verkennen, dass z. B. die letzte Rede Edens ausserordentlich schlecht sei. Sie richte sich gegen Italien und Deutschland, und er (der Duce) sei der Ansicht, dass – wenn der Führer demnächst spreche –, er eine sehr starke Rede halten müsse, denn Deutschland habe eine starke Armee und Luftwaffe und würde in kurzer Zeit auch zur See sehr stark sein. Immer wieder sähe man in den englischen Reden den alten Plan wiederkehren, Deutschland wirtschaftliche Vorteile gegen Konzessionen auf politischem Gebiet anzubieten. Es sei dies ein feiges Spiel, das England schon öfter – auch anderswo – versucht habe.

Ministerpräsident Göring gab seinerseits der Ueberzeugung Ausdruck, dass der Führer in seiner grossen Rede im Reichstag sehr stark die Achse Berlin–Rom unterstreichen und die Verlogenheit der Politik der demokratischen Staaten an zahlreichen Beispielen aus dem vergangenen Jahr dartun würde. Man müsse es auch zurückweisen, dass Eden im Namen Englands sich zur Gouvernante der Welt aufspielen wolle, und erklären, dass derartige Ratschläge Englands für Deutschland ohne Interesse seien. Es käme der Deutschen Regierung nicht darauf an, dass etwas in England einen guten oder schlechten Eindruck mache; die deutsche Politik sei rein auf deutsche Interessen abgestellt. Mit grossem Misstrauen stehe Deutschland dem Gedanken neuer Weltwirtschafts- oder Weltrohstoff-Konferenzen gegenüber und verfolge in dieser Hinsicht eine durchaus abwartende Haltung. Man habe Deutschland inoffiziell wissen lassen, dass man zum Entgegenkommen bereit sei unter der Bedingung, dass zunächst einmal der Vierjahresplan aufgegeben würde.

Hinsichtlich der Politik Frankreichs sähe man in Deutschland nicht ganz klar. In jüngster Zeit gäbe Frankreich in verstärktem Masse zu erkennen, dass es mit Deutschland zu einem modus vivendi gelangen möchte. Der Führer würde darauf antworten, dass er bereits mehrfach seine Bereitwilligkeit dazu erklärt habe. Es handle sich jedoch darum, konkrete Vorschläge von Frankreich zu bekommen. Allen Versuchen, wirtschaftliche Vorteile mit politi-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte. München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Repressalien zu verbinden, würde sich Deutschland absolut widersetzen. Man wünsche deutscherseits, wirtschaftliche Dinge auf rein geschäftlicher Grundlage zu behandeln und stelle sich die Regelung der politischen Fragen absolut getrennt von jedem wirtschaftlichen Beiwerk auf Grund vernünftiger Abmachungen vor.

Im übrigen seien die einzigen Garanten für den Frieden unter den heutigen Umständen diejenigen Länder, an deren Spitze Männer stünden, die das ganze Volk hinter sich hätten und auch im Namen und mit Billigung ihrer Völker bindende Vereinbarungen eingehen könnten. In den demokratischen Ländern wisse man nie, ob eine Regierung, mit der man sich heute geeinigt habe, morgen noch am Ruder sei.

Der Duce fügte ein, dass seiner Ansicht nach Deutschland und Italien die einzig wahren Demokratien seien und verwies auf die bevorstehende Sonntagsrede Léon Blums, in welcher dieser wahrscheinlich auch zur Freiwilligenfrage Stellung nehmen würde.

Ministerpräsident Göring wies darauf hin, dass er eine autentische Mitteilung darüber bekommen habe, dass die Regierung Burgos ihren diplomatischen Vertreter in Berlin angewiesen habe, keine Freiwilligen für Spanien mehr anzunehmen.

Der Duce nahm diese Mitteilung mit Genugtuung zur Kenntnis und erklärte, auch er glaube, dass die Spanische Nationalregierung jetzt genug Soldaten und Waffen zur Verfügung hätte. Die gemeinsame Note Deutschlands und Italiens an Franco sei inzwischen übergeben worden, während eine fast gleichlautende Antwort beider Länder auf die letzte englische Note am Montag den englischen diplomatischen Vertretern in den beiden Hauptstädten übergeben werden würde. Veröffentlicht würde diese Note bereits in der Montag-Nachmittagspresse.

Ministerpräsident Göring fragte den Duce darauf, aus welchem Grunde Italien nicht aus dem Völkerbund ausgetreten sei. Man habe in Deutschland wohl verstanden, dass während der Abessinischen Unternehmung ein Verbleiben Italiens im Völkerbund von Vorteil sei. Nachdem nunmehr jedoch dieses Unternehmen glücklich beendet wäre, glaube man in Deutschland, dass Italien den Völkerbund verlassen könne; Ungarn, Oesterreich und Südamerikanische Staaten würden dann voraussichtlich folgen, so dass der Völkerbund entweder vollkommen auffliegen oder doch äusserlich zu dem werden würde, was er von Anfang an gewesen sei, nämlich eine englisch-französische Interessenvertretung.

Der Duce antwortete, dass die Abessinische Angelegenheit noch nicht beendet sei. Es fehle noch die Anerkennung der Eroberung durch den Völkerbund, auf die Italien warten wolle. Es sei dies gewissermassen ein Glas Rhizinusöl, das der Völkerbund früher oder später austrinken müsse.

Ministerpräsident Göring wies auf die deutsche Bereitschaft hin, im Rahmen eines neuen Locarn Abkommens in den Völkerbund zurückzukehren; wenn inzwischen jedoch Italien erkläre, nicht mehr im Völkerbund mitarbeiten zu wollen, so würde dies ein neues Moment für Deutschland darstellen und Wiedereintritt in den Völkerbund käme dann nicht mehr in Frage. Die Angelegenheit wäre nicht aktuell, aber wenn Italien in Bezug auf den Völkerbund zu irgendwelchen festen Entschlüssen gelange, so bäte er, Deutschland davon zu unterrichten, damit es auch seinerseits seine Haltung danach einrichten könne.

Der Duce antwortete, dass Italien de facto den Völkerbund verlassen hätte und keinerlei Sympathie für die Genfer Institution bei ihm übrig geblieben sei. Daher könnte Italien an und für sich jetzt de jure austreten. Man müsse allerdings bedenken, dass ein Völkerbundsmitglied, das seinen Austritt erklärt habe, noch zwei Jahre lang danach Mitglied bleibe, seinen Beitrag zahlen müsse und die Pflichten der Mitgliedschaft zu erfüllen habe, Italien glaube, in Anbetracht jenes früher oder später kommenden fatalen Augenblicks, wo der

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Völkerbund die Abessinische Eroberung anerkennen müsse, dem Völkerbund mehr zu schaden, wenn es zunächst Mitglied bleibe, als wenn es austräte. Wenn der Völkerbund die Abessinische Eroberung anerkenne, würde dies fast soviel bedeuten wie seine eigene Liquidation. Sollte er andererseits die Eroberung Abessiniens nicht anerkennen, so würde Italien austreten.

Auf eine Frage des Ministerpräsidenten Göring nach dem Zeitpunkt, an dem diese Entscheidung durch den Völkerbund getroffen werden müsste, erwiderte der Duce, dass der Augenblick auf der nächsten Bundesversammlung gekommen wäre, wenn nicht etwa schon vorher auf einer ausserordentlichen Völkerbundsversammlung, die zur Beschlussfassung über die Aufnahme Aegyptens in Aussicht genommen wäre.

Andererseits sei Italien überzeugt, dass Oesterreich, Ungarn und Albanien ihm bei einem Austritt aus dem Völkerbund jetzt nicht folgen würden, und wolle auch keinen Druck auf diese Länder ausüben, da die Opfer für sie zu hoch wären. Die Türkei würde in Anbetracht der starken Einflüsse der Freimaurer wahrscheinlich immer im Völkerbund bleiben, ausgenommen im Falle, dass wegen des Sandschaks ein schwerer Konflikt mit Frankreich ausbrechen würde. England würde den Völkerbund selbstverständlich bis zum letzten unterstützen, da es in ihm eine Garantie für den Bestand des Britischen Weltreiches sähe.

Was die persönliche Einstellung des Duce betreffe, so sei der Welt seine Verachtung dem Völkerbund gegenüber, die er erst in seiner letzten Mailänder Rede wieder zum Ausdruck gebracht habe, ja zur Genüge bekannt.

Erneut nach seinen Reiseeindrücken in Neapel und Capri befragt, erklärte Ministerpräsident Göring, dass er von den Sympathiekundgebungen der Bevölkerung einen sehr tiefen Eindruck mit nach Hause nehme und hoffe, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich weiter vertiefen und in jener klaren Linie einer gemeinsamen Politik ihren Ausdruck finden würden, von der er in der vorhergehenden Unterhaltung mit dem Duce im einzelnen gesprochen habe.

Der Duce antwortete seinerseits, dass die gemeinsame Front beider Länder ja bereits in einer gemeinsamen militärischen Front in Spanien ihren Ausdruck gefunden habe. Es sei sein Wille, dass dies auch in Zukunft so sein soll.

Ministerpräsident Göring fragte sodann den Duce nach seiner Ansicht über die politische Entwicklung der kommenden Zeit.

Der Duce erwiderte, dass zunächst einmal die Lage in Spanien im Sinne der politischen und weltanschaulichen Interessen Deutschlands und Italiens geklärt werden müsse. Die Parallellität des Handelns, die seit einem Jahr zwischen beiden Ländern bestehe und bereits gute Ergebnisse mit sich gebracht hätte, müsse fortgesetzt werden. Beide Länder müssten weiterhin ihre Friedensliebe betonen, gleichzeitig aber ihre Rüstungen vervollständigen, um jedwede Ueberraschung auszuschliessen. Die antibolschewistische Politik müsse fortgesetzt und vor allem jeder Einfluss Russlands im Westen ausgeschaltet werden.

Wenn sich eine deutsch-französische Annäherung ermöglichen lasse, würde Italien dies begrüssen, da Deutschland dadurch im Osten freie Hand bekäme, was es unter den jetzigen Umständen nicht hätte. Sollte es der deutschen Politik gelingen, das Band zwischen Paris und Moskau zu durchschneiden, so wäre das sicher ein sehr grosser Erfolg. Er (der Duce) glaube allerdings, dass dies sehr schwer sein würde. Auf jeden Fall würde Italien dabei jede Unterstützung leisten.

Wenn eine Annäherung zwischen Deutschland und England erreichbar wäre, so würde Italien dies durchaus begrüssen. Es käme natürlich wohl nur eine Einigung auf der vom Führer angegebenen Grundlage völliger Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit in Frage.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor allem aber müsste die Uebereinstimmung der deutsch-italienischen Politik gewahrt bleiben, denn diese Uebereinstimmung sei die Vorbedingung zur Unabhängigkeit einer solchen Politik.

Ministerpräsident Göring fragte im weiteren Verlauf, welche Lage sich ergeben würde, wenn es zu keinem Verbot der Freiwilligen-Entsendung nach Spanien komme. Deutschland wolle in der Spanischen Angelegenheit nur so weit gehen, wie es möglich sei, ohne dass sich ein allgemeiner Krieg aus den spanischen Verwicklungen ergebe. Es sei nun zu befürchten, dass Moskau aus der Spanischen Angelegenheit eine Prestigefrage mache und in immer wachsendem Masse die spanischen roten Streitkräfte auch mit eigenen Soldaten unterstützen würde.

Der Duce erwiderte, dass mehrere Lösungsmöglichkeiten bestünden:

Erstens könne Franco einen vollständigen militärischen Erfolg erringen, so dass die Lösung der Spanischen Frage auf rein militärische Weise erfolgen würde. Dies wäre selbstverständlich der günstigste Fall.

Zweitens sei ein Kompromiss der beiden spanischen Parteien unter Ausschaltung der Extremisten möglich.

In der Frage des Freiwilligen-Verbotes sei die Stellung Deutschlands und Italiens in jedem Fall günstig. Entweder komme ein Verbot zustande, dann hätte man auf italienischer Seite durch die starken Verschiffungen der letzten Tage die Maximal-Anstrengung gemacht, die überhaupt denkbar sei, und die Zahl der italienischen Freiwilligen sei auf 44 000 gestiegen. Oder das Freiwilligen-Verbot würde nicht beschlossen, dann würde Italien eben auch seinerseits weiter Freiwillige nach Spanien entsenden. Es würde in der Spanischen Angelegenheit so weit gehen wie es nur irgend möglich wäre, ohne die Gefahr eines allgemeinen Krieges zu laufen. Im übrigen glaube er nicht, dass im Jahre 1937 ein derartiger allgemeiner Konflikt wahrscheinlich sei. Léon Blum und seine Umgebung wollten einen derartigen Krieg vermeiden und wenn sie nach „Flugzeugen und Waffen für Spanien" riefen, so geschehe dies aus rein innerpolitischen Gründen. Auch England fürchte sich vor einem allgemeinen Konflikt, und Russland würde die Dinge bestimmt auch nicht auf die Spitze treiben.

Russland habe im übrigen keine Freiwilligen geschickt, sondern nur Führer und Material und würde wohl auch eine Niederlage der Roten hinnehmen. Man müsse sich vor Augen halten, dass die Intensivierung der Unterstützung der Roten durch die Kommunisten in dem Augenblick erfolgt sei, als die Spanischen Roten Franco vor Madrid sowieso aufgehalten hätten, so dass im Linkslager die Stimmung an und für sich wieder etwas hoffnungsvoller geworden war. Sollte das Blatt sich jetzt wenden und die Lage für die Roten wieder sehr ungünstig werden, so würde auch die Begeisterung der Roten Freiwilligen aufhören, und es würde sich niemand mehr finden, der bereit sei, sich für eine verlorene Sache totschiessen zu lassen.

Graf Ciano wies darauf hin, dass ihm der zurzeit in Rom weilende italienische Botschafter in Moskau mitgeteilt habe, dass die Bolschewisten sich allmählich auf eine Niederlage der Roten in Spanien vorbereiteten und sich lediglich bemühten, ein internationales Abkommen zustande zu bringen, dass sie ihren eigenen Leuten gegenüber als Entschuldigung für die Erfolglosigkeit ihrer Spanischen Aktion benützen könnten. Litwinoff suche nach einer Art Alibi in Gestalt eines internationalen Abkommens.

Der Duce wies auf die Schwierigkeiten der inneren Lage Russlands hin und betonte noch einmal, dass Russland niemals eigene Truppen nach Spanien geschickt habe, sondern lediglich die Kommunisten Frankreichs, Belgiens und der Schweiz aufgefordert habe, sich den Roten in Spanien anzuschliessen.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ministerpräsident Göring kam sodann auf die Absichten Englands zu sprechen und fragte, wie der Duce die Möglichkeit ansehe, dass Grossbritannien eine zwar unsichtbare aber doch im gegebenen Augenblick vielleicht wirksame Front unter Einschluss Russlands gegen Italien und Deutschland zusammenbringen wolle.

Der Duce wies in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten zwischen England und Japan hin und stimmte der Ansicht des Ministerpräsidenten insoweit zu, als ja bereits der Völkerbund für England eine Art unsichtbare Allianz gegen Italien und Deutschland bedeute. Zur Beunruhigung läge allerdings kein Grund vor, denn es sei nicht einzusehen, weshalb die Völkerbundmaschine, die dreimal versagt hätte, nun beim vierten Male funktionieren sollte. Es sei jedoch ratsam, die englische Oeffentliche Meinung möglichst schonend zu behandeln. Die englischen Konservativen hätten eine sehr grosse Furcht vor dem Bolschewismus, und diese Furcht könne man sehr gut politisch auswerten. Diese Rolle falle vor allem Deutschland zu, da die englischen Konservativen wegen der Ereignisse im Mittelmeer auf Italien ziemlich schlecht zu sprechen seien.

Ministerpräsident Göring wies auf die Bemühungen Deutschlands hin, eine Annäherung mit den konservativen Elementen in England herbeizuführen, wobei zu berücksichtigen sei, dass die jetzige englische Regierung im Grunde nicht konservativ sondern durchaus links gerichtet sei. Jedenfalls sei Deutschland stets um die Verständigung mit England bemüht. Es pflege seine guten Beziehungen zu Italien. Im übrigen finde es vor allem seine Sicherung durch starken Ausbau seiner Rüstungen zu Land, zur See und in der Luft, ebenso wie in einer möglichst weitgehenden wirtschaftlichen Autarkie, die in Deutschland mit allergrösster Energie angestrebt werde.

Der Duce begrüsst diese Stärkung ausserordentlich und erklärte weiter, dass seiner Ansicht nach die kommende grosse Ueberraschung für England das Anwachsen des englischen Kommunismus sein würde. Auch für Mr. Eden selbst würde das eine sehr gute Lehre sein.

Ministerpräsident Göring äusserte, das gewöhnliche Volk in England sei durchaus deutsch-freundlich. Die konservativen Kreise fürchteten sich zwar etwas vor der Stärke Deutschlands, aber die grösste Angst hätten sie vor dem Bolschewismus, so dass auch sie im Grunde zur Zusammenarbeit mit Deutschland zu gebrauchen wären. Das Foreign Office stehe Deutschland aus weltanschaulichen und traditionellen Gründen absolut feindlich gegenüber. Ein weiteres Hindernis, das der deutsch-englischen Zusammenarbeit entgegenstehe, sei der starke Einfluss der Freimaurer und der Juden im Britischen Reich.

Der Duce wies in diesem Zusammenhang auf die enge Verbindung zwischen England und Frankreich hin. Es sei unmöglich, England und Frankreich voneinander zu trennen. Dazu haben trotz aller gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten beide Länder zu starke gemeinsame Interessen. Auch sei die finanzielle Verknüpfung ausserordentlich stark.

Ministerpräsident Göring wies auf die enge Zusammenarbeit zwischen dem Quai d'Orsay und dem Foreign Office hin. Beide Aemter täten nichts ohne sich vorher miteinander telefonisch in Verbindung zu setzen. Als er (der Ministerpräsident) kürzlich einigen englischen Besuchern nähere Auskünfte auf ihre Frage über die deutsche Luftfahrt und eventuelle deutsche Expansionsziele mit der Begründung verweigerte, dass das Foreign Office innerhalb 20 Minuten das ganze Material an den Quai d'Orsay telefonisch weitergeben würde, mussten ihm diese Engländer zugeben, dass er recht hätte. Die der Daily Mail nahestehenden englischen Kreise träten wohl für eine deutsch-englisch-italienische Einigung ein. Ihr Einfluss wäre aber nicht stark genug.

Der Duce fügte hinzu, dass man zwar keine Gelegenheit vorbeigehen lassen sollte, um die englisch-französische Freundschaft etwas abzubremsen, dass aber bei derartigen Bemü-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hungen äusserste Vorsicht am Platze sei, damit nicht gerade das Gegenteil erreicht würde. Ministerpräsident Göring stimmte dem voll zu.

Ministerpräsident Göring erwähnte sodann, dass der Führer sich ausserordentlich freuen würde, wenn der Duce einen Besuch in Deutschland machen würde. Es würde dies nicht nur eine starke Unterstreichung der gemeinsamen Politik beider Länder bedeuten, sondern auch dem Duce ermöglichen, mit klaren und kritischen Augen die Lage in Deutschland aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Der Duce erwiderte, dass sein Besuch in Deutschland durchaus im Rahmen der Möglichkeiten läge, dass auch er persönlich den Wunsch habe, den Führer wiederzusehen und im übrigen Deutschlands Fortschritt mit eigenen Augen festzustellen.

Ministerpräsident Göring wies zum Schluss darauf hin, dass es seiner persönlichen Ansicht nach in Anbetracht der gefestigten deutsch-italienischen Beziehungen von Vorteil sein würde, wenn die italienische Regierung auf die oesterreichische Regierung im Sinne einer genaueren Einhaltung des Abkommens vom 11. Juli einwirken würde. Die oesterreichische Regierung übe einen sehr starken und völlig unnötigen Druck auf die nationalgesinnten Kreise des Landes aus, und wenn der Bundeskanzler Schuschnig den Nationalsozialismus als den Staatsfeind Nr. 1 hingestellt habe, so bestehe die Gefahr von inneren Reaktionen in Oesterreich, die ohne irgendwelches deutsche Zutun erfolgen könnten, so dass es ratsam wäre, wenn die oesterreichische Regierung eine versöhnliche Haltung diesen national gesinnten Kreisen gegenüber einnehme.

Man müsse bedenken, dass die oesterreichische Regierung weder faschistisch noch nationalistisch sondern klerikal sei. Es sei daher durchaus möglich, dass sie auch gegen den Willen des Duce eines Tages den in Oesterreich noch ziemlich starken Linkstendenzen in starkem Masse nachgeben würde. Ausserdem verkenne sie bei ihrer übertriebenen Einstellung gegen den Nationalsozialismus die kommunistische Gefahr vollkommen: Er (Ministerpräsident Göring) erwähne dies nur in dem Wunsche, seinerseits alles getan zu haben, um einen inneren Konflikt in Oesterreich, der sich z. B. aus dem Rücktritt von Glaise-Horstenau oder anderer nationaler Minister ergeben könnte, zu vermeiden. Aus diesem Grunde habe er den Wunsch ausgedrückt, dass das Abkommen vom 11. Juli von der oesterreichischen Regierung genauer eingehalten werden möge.

Der Duce erwiderte, dass Italiens Beziehungen zu Oesterreich auf der Respektierung der Unabhängigkeit dieses Landes und der Schonung seiner Empfindlichkeit beruhe. Er (der Duce) wisse sehr genau, dass das oesterreichische Volk den Italienern vielfach nicht sympathisch gegenüberstehe. Er müsse daher bei einer Einflussnahme auf die oesterreichische Regierung sehr vorsichtig vorgehen, um sich nicht unangenehmen Antworten auszusetzen. Da Ministerpräsident Göring jedoch den Wunsch geäussert habe, würde er in dem vorerwähnten Sinne auf die oesterreichische Regierung einwirken und von sich aus hinzufügen, dass die glatte Durchführung des Abkommens vom 11. Juli auch im Interesse Italiens liege, da dieses Abkommen seinerzeit auf Wunsch Italiens abgeschlossen worden sei. Er (der Duce) habe Schuschnig persönlich nachdrücklichst darauf hingewiesen, dass bei dem deutschen Charakter Oesterreichs eine antideutsche Politik absurd wäre. Im übrigen sei die glatte Durchführung des Abkommens vom 11. Juli auch international von grosser Bedeutung. Jeder neue deutsch-oesterreichische Konflikt würde z. B. von Frankreich sofort wieder ausgenützt werden. Man würde erneut von der „Macht am Brenner" sprechen. Italien wolle sich aber in keiner Weise in diesem Punkte wieder festlegen lassen.

Ministerpräsident Göring wies darauf hin, dass die oesterreichische Regierung beim oesterreichischen Volk keinerlei Anklang finde und sich nur durch brutale Massnahmen an

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Macht erhalte. Aber selbst diese Massnahmen hätten ihr nichts genützt, wenn sich nicht Deutschland absolut aus inneroesterreichischen Angelegenheiten ferngehalten hätte. Man habe sich sogar deutscherseits bereitgefunden, der oesterreichischen Regierung zu helfen. Auf Grund einer Zusage an den Staatssekretär Schmidt habe er (Ministerpräsident Göring) in seiner Rede in Goslar darauf hingewiesen, dass die oesterreichische Regierung durchaus nicht als antideutsch angesehen werden müsse. Am gleichen Tage habe Schuschnig den Nationalsozialismus als Staatsfeind Nr. 1 bezeichnet. Man habe in Deutschland den Eindruck, dass Oesterreich von bisher noch unbekannten Kräften einer dritten Seite bewusst als eine Art Handgranate bereitgehalten werde, um im gegebenen Augenblick die deutsch-italienische Front zu sprengen. Man sage sich in Frankreich, England und Russland, dass die deutsch-italienische Einigung garnicht so gefährlich sei solange die Sprengungsmöglichkeit mit Hilfe Oesterreichs noch bestände.

Der Duce erwiderte, dass ein solcher Sprengungsversuch deshalb nicht gefährlich sei, weil man ja bereits jetzt die Ziele jener unbekannten Kräfte kenne, und durch eine enge deutsch-italienische Zusammenarbeit ihnen entgegenarbeiten könnte. Man müsse die oesterreichische Regierung wissen lassen, das sie sich für irgendwelche französisch-englisch-russische Sprengungsversuche auf keinen Fall hergeben dürfe.

Ministerpräsident Göring wies darauf hin, dass hier einer der Punkte wäre, in denen zwischen Deutschland und Italien eine gewisse Meinungsverschiedenheit über die Bewertung der in Oesterreich wirksamen Kräfte herrsche. Deutschland glaube, dass die in Oesterreich entscheidenden Strömungen weitaus internationaler eingestellt seien als Italien dies anscheinend annehme. Für Deutschland könne er auf jeden Fall versichern, – und er nehme dasselbe für Italien an –, dass es keine Ueberraschungen im Zusammenhang mit Oesterreich geben würde.

Auch der Duce gab diese Versicherung ab und verwies dabei auf die Sicherung, die in der ständigen Fühlung zwischen Deutschland und Italien liege.

Ministerpräsident Göring stimmte der Notwendigkeit ständiger Fühlungnahme zwischen beiden Ländern voll und ganz zu und wies darauf hin, dass der Führer in seiner Gegenwart dem Aussenminister die Weisung erteilt habe, in ständiger Verbindung mit dem Grafen Ciano zu bleiben und diese Verbindung auch nach aussen hin – gewissermassen als Gegenstück zu der ständigen englisch-französischen Zusammenarbeit – in Erscheinung treten zu lassen, damit jeder gleich von vornherein wisse, dass es zwecklos sei, von Deutschland und Italien verschiedene Haltungen in den gemeinsamen politischen Problemen zu erwarten.

Der Duce erklärte, die gemeinsame deutsch-italienische Politik erstrecke sich erstens auf die grossen politischen Weltprobleme und zweitens auf die untergeordneten Fragen, worunter auch Oesterreich mit einbegriffen sei. Auch hier könne die ständige Fühlungnahme die Einheitlichkeit der Politik gewährleisten. Denn beide Länder müssten sich ja immer aufs Neue an die wechselnden Verhältnisse anpassen. Er glaube an das „Werden" in der politischen Entwicklung und wolle die italienische Politik auf keinen Fall „mumifizieren" lassen. Wenn eine derartige ständige Fühlungnahme zwischen beiden Ländern aufrechterhalten werde, so würde es weder Ueberraschungen noch Konflikte, sondern nur Einigkeit und Zusammenarbeit geben.

Ministerpräsident Göring verwies auf die Habsburger Frage, die – falls sie wirklich aufgerollt würde – allerdings Elemente höchster Ueberraschung in sich schliessen würde. Deutschland würde die Restauration der Habsburger in Oesterreich auf keinen Fall dulden, in welcher Form (Königtum-Verweserschaft etc.) sie auch immer versucht werden möge. Es wäre das Ende Oesterreichs.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Duce erwiderte, dass aus leicht verständlichen historischen Gründen das Haus Habsburg in Italien keinerlei Sympathie genösse und die Restauration der Habsburger beim italienischen Volk einen sehr schlechten Eindruck machen würde. Er habe oesterreichischen Persönlichkeiten gegenüber stets davor gewarnt, mit der Restauration zu spielen und auf die tödlichen Gefahren hingewiesen, die Oesterreich dabei laufen würde. Auch dem Führer der Legitimisten Graf Wiesner gegenüber habe er sich sehr nachdrücklich in diesem Sinne ausgesprochen.

Ministerpräsident Göring wies darauf hin, dass die Habsburger immer anti-italienisch eingestellt gewesen seien, und dass sie bei einer Rückkehr nach Oesterreich logischerweise versuchen würden, die früher zum alten Oesterreich-Ungarn gehörenden Landesteile wieder in ihre Hand zu bringen.

Der Duce erwiderte, dass er sich vollkommen darüber klar sei, dass bei einer Habsburger Restauration zur Ablenkung von inneren Schwierigkeiten zunächst einmal ein äusserer Feind gesucht werden müsse, und dass voraussichtlich Italien von den Habsburgern als „Schwarzer Mann" hingestellt werden würde. Er habe im übrigen einen Artikel gegen Otto von Habsburg geschrieben und könne versichern, dass alle Gerüchte über Heiratspläne zwischen Otto und der Prinzessin Maria völlig aus der Luft gegriffen seien. Prinzessin Maria habe ihn (den Duce) selbst um ein energisches Dementi gebeten.

Nach einigen Abschiedsworten des Duce und nochmaligem Dank seitens des Ministerpräsidenten Göring für die freundliche Aufnahme in Italien fand die Unterredung ihr Ende.

Auf der Fahrt Rom – Berlin.
Januar 1937.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

CLEMENS VOLLNHALS

HITLER-REDEN, SCHRIFTEN, ANORDNUNGEN. FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Am 14. Februar 1992 präsentierte das Institut für Zeitgeschichte zusammen mit dem K. G. Saur-Verlag die ersten Bände einer neuen Hitler-Edition. Die wissenschaftlich kommentierte Edition, die mit der Wiederbegründung der NSDAP im Februar 1925 einsetzt und bis zum 30. Januar 1933 führen wird, enthält in erster Linie die Reden Adolf Hitlers, sodann schriftliche Zeugnisse: programmatische Schriften, Aufsätze, Artikel, Aufrufe sowie parteiinterne Schreiben und Anordnungen. Außerdem sind die Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht aufgenommen worden.

Die Hitler-Dokumente der Jahre 1925–1933 schließen zeitlich an die von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn besorgte Edition „Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924"[1] an. Das Vorhaben einer umfassenden Dokumentensammlung erschien dem Institut für Zeitgeschichte vor allem deshalb wichtig, weil für die hochbedeutsame Phase des Aufstiegs der NSDAP, der immer stärkeren Entfaltung der persönlichen Führerrolle Hitlers innerhalb der NS-Bewegung und der maßgeblich von ihm bestimmten Politik und Taktik des Kampfes um die Macht eine systematische Erfassung der überlieferten Zeugnisse der Aktivitäten Hitlers als Redner, Politiker und Parteiführer fehlte.

Die wissenschaftliche Erforschung des Nationalsozialismus brachte zwar neben einer Vielzahl von Veröffentlichungen einzelner Hitler-Dokumente auch eine beachtliche Anzahl von Dokumentationen und Editionen hervor. Sie konzentrieren sich jedoch auf zwei deutlich voneinander abgesetzte Abschnitte: auf die Frühzeit der NSDAP, von Hitlers Eintritt in die Politik 1919 bis zum gescheiterten Putschversuch 1923, und auf die Zeit des „Dritten Reiches". Dasselbe gilt für den zeitgenössischen Dokumentationsstand. Bemerkenswert ist, daß auch seitens der NSDAP nach dem Hitler-Prozeß 1924 bis zur Machtergreifung 1933 keine Redensammlung ihres Führers mehr publiziert wurde. Ja, daß selbst während der NS-Zeit weder eine bibliographische Nachweisung noch eine umfassende Dokumentation von Hitler-Reden aus der „Kampfzeit der Bewegung" erfolgte. Als Resümee des im Vorwort zur Edition ausführlicher skizzierten Dokumentationsstandes ist festzustellen: Mit Ausnahme der von Max Domarus bereits Anfang der sechziger Jahre publizierten Edition[2], die erst mit dem 1. Januar 1932 einsetzt und viele Dokumente nur in Auszügen wiedergibt, ist für den Zeitraum der vorliegenden Edition eine systematische Erfassung der überlieferten Zeugnisse Hitlers bisher nicht geleistet worden.

Die Absicht, das von Jäckel und Kuhn begonnene Vorhaben in modifizierter Form fortzuführen, geht auf das Jahr 1980 zurück. Damals hatte unter dem Direktorat von Martin

[1] Stuttgart 1980.

[2] Hitler – Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. I: Triumph (1932–1938), Bd. II: Untergang (1939–1945), Würzburg 1962/63.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Broszat der Leiter des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte, Anton Hoch, mit den ersten Arbeiten zur systematischen Erfassung, Nachweisung und Sammlung von Hitler-Dokumenten der Jahre 1925–1933 begonnen. Nach seinem unerwarteten Tod wurde die Erschließungs- und Sammlungstätigkeit, die über mehrere Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurde, von den Institutsmitarbeiterinnen Hildegard v. Kotze und Maria-Helene Müller in zeitweiliger enger Kooperation mit Albrecht Tyrell, damals Universität Bonn, fortgesetzt. Die ursprünglich geplante Kombination von Textedition sowie auch der Nachweisung aller sonstigen Hitler-Aktivitäten[3] erwies sich freilich als nicht realisierbar.

Die vorliegende Edition, deren ersten zwei Bände nun den Zeitraum von der Wiederbegründung der NSDAP bis zur Reichstagswahl im Mai 1928 umfassen, enthält daher nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn. Hierzu zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Nicht aufgenommen wurden hingegen Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben sind. Die Nachweisung von Unterredungen, Verhandlungen und anderen Aktivitäten Hitlers soll allerdings, verbunden mit der Erstellung eines detaillierten Itinerars, nach Abschluß der Edition in einem späteren Arbeitsschritt erfolgen. Nicht aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen, sowie Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP. Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht geboten sein. Damit ist auch gesagt, daß die Edition zwar dem Prinzip umfassender Dokumentation verpflichtet ist, nicht aber den Anspruch erhebt, *sämtliche* Aufzeichnungen Hitlers vorzulegen.

Im Mittelpunkt der Edition stehen die Reden. Das Übergewicht dieser Quellengattung entspricht der überragenden Bedeutung, die Hitler dem gesprochenen Wort im Gegensatz zum geschriebenen zumaß. Die suggestive Kraft seiner rhetorischen Potenz rückte den „unbekannten Gefreiten" des Ersten Weltkrieges ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, ließ ihn vom „Trommler" zum „Führer" der jungen NS-Bewegung werden. Das agitatorisch-demagogische Vermögen und der feste Glaube an seine Mission zeichneten Hitler bereits in den frühen zwanziger Jahren gegenüber anderen Parteiführern aus; sie begründeten nach der Entlassung aus der Landsberger Festungshaft am 20. Dezember 1924 erneut seine charismatische Führerrolle in der NSDAP. Da sich Hitler als der Verkünder eines neuen politischen Glaubens verstand, standen seine Reden nicht zum Diskurs, sondern waren missionarische Predigt. Dennoch oder gerade deshalb stellten sie bis 1933 das mit Abstand wirkungsvollste Propagandamittel der NS-Bewegung dar.

Neben den Reden aus der „Kampfzeit", von denen die meisten bislang weder beachtet

[3] Vgl. Notiz „Hitler-Dokumente 1925–1932", in: VfZ 35 (1987), S. 167 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch publiziert wurden, sind für die wissenschaftliche Analyse die programmatischen Schriften Hitlers unverzichtbar. Nach der Bekenntnisschrift „Mein Kampf" (in der Edition nicht enthalten) ist vor allem das zu Lebzeiten Hitlers unveröffentlichte „Zweite Buch" zu nennen, dessen Erstausgabe (1961)[4] vergriffen ist und deshalb im Rahmen der Edition erneut vorgelegt wird. Programmatische Äußerungen enthalten selbstverständlich auch zahlreiche Aufsätze und Artikel, die wie die Bücher ganz gesprochenes Wort sind. Die dritte Hauptgruppe der in dieser Edition präsentierten Dokumente stellen die parteiinternen Schreiben und Anordnungen Hitlers dar. Sie umfassen die ganze Spannbreite von grundlegenden politischen Richtlinien und organisatorischen Anweisungen bis zur lapidaren Bekanntgabe einzelner Parteiausschlüsse. Die Anordnungen dokumentieren, ungeachtet ihrer thematischen Breite und Vielfalt, vor allem eines: nämlich den absoluten Führungsanspruch Hitlers.

Das der Edition zugrundeliegende Prinzip, die Reden Hitlers möglichst umfassend zu dokumentieren, bedingt inhaltlich zahlreiche Überschneidungen und Wiederholungen, die ihrerseits den suggestiv-monotonen Rhythmus nationalsozialistischer Propaganda widerspiegeln. Gegenüber einer auf bestimmte Fragestellungen konzentrierten Auswahledition bietet dieses Prinzip jedoch mehrere, für die wissenschaftliche Erkenntnis bedeutsame Vorteile: Die umfassende Wiedergabe aller thematischen Variationen erlaubt eine wesentlich differenzierte Darstellung sämtlicher Aspekte von Hitlers Weltanschauung, ihrer stufenweisen Entwicklung und inneren Systematik. So unterschiedlich man die Frage nach dem Stellenwert der Ideologie für das spätere politische Handeln Hitlers beantworten mag, so war sie doch weit mehr als pure propagandistische Phraseologie. Authentische Zeugnisse über Weltanschauung und Zielsetzung des Nationalsozialismus sind deshalb letzten Endes immer wieder bei Hitler selbst zu suchen. Die mit dieser Edition nunmehr ungleich breitere Quellenbasis erlaubt weiterhin eine fundierte Analyse der nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße von Hitler bestimmten NS-Propaganda. Anhand der Reden läßt sich insbesondere die zeitliche Abfolge politischer und ideologischer Schwerpunktsetzungen wesentlich klarer herausarbeiten, als dies bisher der Fall war. Da erfolgreiche Propaganda stets einen Prozeß wechselseitiger Kommunikation darstellt, geben die Reden zugleich Auskunft über den Adressatenkreis, über die politischen, sozialen und ideologischen Erwartungen, ja psychischen Sehnsüchte, die von der NS-Bewegung aufgenommen und politisch kanalisiert wurden. Nicht zuletzt geben die Dokumente Aufschluß über das konkrete Handeln Hitlers als Parteiführer und Politiker. Die Edition erweitert damit nicht nur die Grundlage der biographischen Hitler-Forschung, sondern stellt darüber hinaus ein unentbehrliches Quellenwerk zur Geschichte der NSDAP während der Weimarer Republik dar.

Die wissenschaftlich kommentierte Edition erscheint im K. G. Saur-Verlag. Sie beruht auf mehrjährigen intensiven Recherchen des Instituts für Zeitgeschichte in Archiven der Bundesrepublik, der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Österreichs und Polens sowie auf einer umfassenden Auswertung der oft entlegenen Berichterstattung der Lokal- und Regionalpresse über die Rednerauftritte Hitlers. Die Edition ist auf insgesamt sechs Bände konzipiert, die je nach Umfang in Teilbänden ausgeliefert werden. Die Bände III und IV werden voraussichtlich 1994 erscheinen. Jeder Band enthält ein Personenregister mit

[4] Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

detaillierten biographischen Angaben. Mit Erscheinen des letzten Bandes wird das Werk zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte. Band I: Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926. Herausgegeben und kommentiert von Clemens Vollnhals, München/London/New York/Paris 1992, XXIX u. 496 Seiten. Band II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl. Juli 1926–Mai 1928. Herausgegeben und kommentiert von Bärbel Dusik, München/London/New York/Paris 1992, 2 Teilbände, XVI u. 881 Seiten.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BERND WEGNER

DEUTSCHE AKTENBESTÄNDE IM MOSKAUER ZENTRALEN STAATSARCHIV

Ein Erfahrungsbericht

I.

Daß im Zuge politischer Umwälzungen lange gesperrte Archivbestände der Forschung zugänglich werden, ist eine für den Historiker immer wieder aufregende, im Grunde aber geläufige Erfahrung. Die Freigabe der von der tschechischen Regierung über Jahrzehnte verleugneten deutschen Akten im Prager Kriegsarchiv (aus dem Bestand des ehemaligen Archivs der Waffen-SS auf Schloß Zásmuky) ist dafür nur ein typisches Beispiel; ähnliche Erfahrungen kann der Historiker derzeit in zahlreichen Archiven des ehemaligen Ostblocks machen. Was freilich die sowjetische Journalistin Ella Maximova im Frühjahr 1990 der interessierten Öffentlichkeit in einer Reihe von Beiträgen für die „Izvestija" sowie wenig später auch in der (deutschsprachigen) Zeitschrift „Sowjetunion heute" mitzuteilen wußte[1], übertraf alle Erwartungen sowjetischer wie ausländischer Historiker und wurde zu Recht als Sensation empfunden: Sie bestätigte nicht nur das Vorhandensein deutscher Akten in sowjetischem Gewahrsam, sondern enthüllte erstmals die Existenz eines speziell für die Verwaltung dieser und anderer „Trophäen" errichteten Geheimarchivs. Name, Inhalt und Funktion dieses „Zentralen Staatlichen Sonderarchivs der UdSSR" (inzwischen in „Zentrales Staatsarchiv" umbenannt), immerhin des sechstgrößten aller ehemals sowjetischen Archive, waren über 45 Jahre hinweg beharrlich verschwiegen worden. Kein Türschild, keine Adresse, keine Quellenangabe in der Literatur wiesen auf das bis in die jüngste Zeit für alle sowjetischen und ausländischen Wissenschaftler grundsätzlich gesperrte Archiv hin.

Dieser Geheimniskult entsprang, was immer seine ursprünglichen Gründe gewesen sein mögen, während einiger Jahrzehnte insofern einer gewissen Logik, als die sowjetische Regierung offiziell erklärte, alle von ihr erbeuteten deutschen Akten an die DDR übergeben zu haben. Zweifel daran hatten freilich, wie dem Verfasser aus Gesprächen mit ostdeutschen Kollegen bereits einige Jahre *vor* der „Wende" erinnerlich ist, schon seit langem bestanden. Definitiv bestätigt wurden sie, als 1988 erneut Akten aus sowjetischem Gewahrsam – es handelte sich vorwiegend um Materialien aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, darunter umfangreiches Marineschriftgut – gleich tonnenweise nach Potsdam überführt wurden[2].

---

1 Izvestija, Nr. 49–52 (1990); „Streng geheim!", in: Sowjetunion heute, Nr. 8 (August 1990), S. 32 ff.

2 Vgl. Archivmitteilungen, Heft 5/1989, S. 179. Danach wurden im Dezember 1988 ca. 40 Tonnen militärischen Archivgutes, darunter über 3000 Akteneinheiten preußischer und deutscher Heeresarchivalien, aus Moskau überführt. Speziell zu letzteren vgl. den in Kürze erscheinenden eingehen-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Etwa ein halbes Jahr später erhielt der Suchdienst des Internationalen Roten Kreuzes aus Moskau Totenlisten des Vernichtungslagers Auschwitz mit den Namen von rund 70000 Opfern. Um die gleiche Zeit, im Juli 1989, übermittelte die sowjetische Archivhauptverwaltung ihrer Ostberliner Schwesterbehörde eine erste, noch vage gehaltene (und wie wir heute wissen: unvollständige) Liste von Dokumenten deutscher Provenienz „in den staatlichen Archiven der UdSSR", in welcher von insgesamt knapp 30000 Archivalieneinheiten (AE) diverser Reichsbehörden die Rede war. Unklar blieb vorerst allerdings, wo genau sich diese Akten befinden; erst jetzt läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es sich hier um Bestände – genauer gesagt: um einen Teil der Bestände – des Moskauer Zentralen Staatsarchivs handelt. Freilich sind von dort einzelne Aktenstücke immer wieder auch an andere Archive, und zwar nicht nur nach Potsdam, sondern auch an die Archive des KGB, der KPdSU sowie des sowjetischen Außenministeriums, abgegeben worden. Da für die Auswahl dieser Akten nicht archivalische Gesichtspunkte, sondern die Verwertungsinteressen der sowjetischen Behörden maßgeblich waren, wurde der innere Zusammenhang vieler Bestände auf diese Weise über das durch die Kriegs- und Nachkriegswirren bedingte Maß hinaus zerrissen. Die seinerzeit in die DDR überführten Teilbestände machen jedenfalls (das lassen die Abgabevermerke klar erkennen) nur einen relativ kleinen Prozentsatz des im Moskauer Staatsarchivs lagernden Beutegutes aus; zudem scheint es sich bei ihnen überwiegend um Materialien von untergeordneter bzw. regionaler Bedeutung gehandelt zu haben.

II.

Welche Art Schätze sind es nun, die das sowjetische Staatsarchiv beherbergt? Vielerlei Gründe machen es schwierig, diese Frage präzise zu beantworten. Noch nämlich ist das, was sich hinter den massiven Mauern des mehrgeschossigen, von deutschen Kriegsgefangenen errichteten Gebäudes in der Vyborgskaja uliza verbirgt, weit davon entfernt, ein „normales" Archiv zu sein. So erfuhren die Teilnehmer einer im Juli 1991 vom Kulturwissenschaftlichen Institut (Essen) ausgerichteten Tagung vom ehemaligen Leiter des Sonderarchivs und jetzigen stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Komitees für Archivangelegenheiten, A. S. Prokopenko, und seinem Nachfolger, dem heutigen Archivdirektor V. N. Bondarev, zwar, daß das Archiv interessierten Historikern nunmehr grundsätzlich offenstehe, mußten sich im übrigen jedoch mit vagen Andeutungen über Art und Umfang der vorhandenen Bestände begnügen. Dieser ostentativen Zurückhaltung auf russischer Seite entspricht die Erfahrung, daß auch der ins Staatsarchiv eingeladene Historiker zur Zeit noch nicht davon ausgehen kann, mit seiner Benutzungsgenehmigung gleichsam automatisch ein Anrecht auf Einblick in die bislang rein internen Zwecken dienenden Findmittel erworben zu haben. So haben von den bislang wenigen Dutzend Gästen des Archivs – die Besuche aus westlichen Ländern standen überwiegend mit Ermittlungsverfahren wegen NS- und Kriegsverbrechen im Zusammenhang – die allermeisten nur einen schmalen Ausschnitt sie speziell interessierender Teilbestände zu Gesicht bekommen.

Vor dem Hintergrund solcher Informationsarmut können die nachstehenden, auf den Erfahrungen eines dreiwöchigen Besuchs des Staatsarchivs im Dezember 1991 basierenden

---

den Bericht von Uwe Löbel, Neue Forschungsmöglichkeiten zur preußisch-deutschen Heeresgeschichte, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 51 (1/92).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitteilungen nicht mehr als eine erste Annäherung an den Gegenstand sein. Um den Aussagewert des Berichts, seine Lücken und möglichen Fehler deutlich zu machen, sind einige Vorbemerkungen nötig. So erfolgte der Besuch im Staatsarchiv im Zuge von Forschungen des Verfassers für das vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt betreute Projekt „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" und galt vor allem Fragen der deutschen Strategie und Kriegführung gegenüber der Sowjetunion in den Jahren 1942 bis 1944. Die mitgeteilten Informationen werden also weitgehend von diesem Forschungsinteresse bestimmt. Erschwert wird ein umfassender Überblick im übrigen dadurch, daß es sich bei den über tausend deutschsprachigen Beständen („Fonds") um nicht nur quantitativ – die jeweiligen Umfänge variieren zwischen 1 und über 20000 Akteneinheiten –, sondern vor allem auch qualitativ höchst unterschiedliche Sammlungen handelt. So finden sich ohne erkennbare Systematik neben den Fonds der Ministerien und obersten Reichsbehörden solche regionaler und lokaler Dienststellen (bis hin zur „Betriebsmiliz der städtischen Straßenbahn Wien"), private Nachlässe sowie Firmen- und Verbandsarchive. Hinzu kommt, daß die verfügbaren Findmittel – neben einer zweisprachig russisch-deutschen Bestandsübersicht („kniga fondov") existieren rein russischsprachige Repertorien für jeden einzelnen Bestand – mit Findbüchern regulärer Archive nur begrenzt vergleichbar sind. Von Bearbeitern angelegt, die mit der Struktur deutscher Behörden nur wenig vertraut waren, enthalten die Repertorien neben Angaben über die Laufzeit der Akten oft nur summarische Themenhinweise; soweit auf einzelne Dokumente gesondert verwiesen wird, erscheint deren Auswahl bisweilen willkürlich und nicht primär am Grundsatz historiographischer Bedeutsamkeit orientiert. Alles in allem gewinnt man den Eindruck, daß die Findmittel weniger ein Ergebnis systematischer Erschließungsarbeit sind, sondern eher den ursprünglichen (Un-)Ordnungszustand des deutschen Beutegutes bei seiner Verbringung in die Sowjetunion spiegeln.

Entsprechend seinem Charakter als Aufbewahrungsstätte von Kriegstrophäen beherbergt das Moskauer Staatsarchiv nicht allein deutsche Dokumente, sondern auch Unterlagen anderer Länder, darunter polnische sowie (vermutlich) auch ungarische und rumänische Akten. Von quantitativ wie qualitativ herausragender Bedeutung sind darüber hinaus die erst jüngst bekanntgewordenen französischen Bestände, bei denen es sich im wesentlichen um die von der deutschen Wehrmacht im Zuge der Besetzung von Paris 1940 geraubten Akten, darunter ca. 300000 Akteneinheiten der Sûreté Générale sowie etwa 20000 Bände des Deuxième Bureau, also des Nachrichtendienstes der französischen Armee, handelt[3]. Zumindest von der letztgenannten Dienststelle sind aber auch Dokumente aus der Zeit nach 1940, d.h. aus den Jahren der Vichy-Regierung, überliefert (Fond 198).

Was nun das Archivgut deutscher Provenienz angeht, so dürfte die Masse dieser Unterlagen der Roten Armee im Frühjahr und Sommer 1945 im Zuge der Besetzung Deutschlands in die Hände gefallen sein. Den Grundstock der Sammlungen bilden jedenfalls mehrere mit Akten deutscher Zentralbehörden beladene Eisenbahnwaggons, die, gegen Kriegsende nach Schloß Althorn in Niederschlesien ausgelagert, dort von Einheiten der sowjetischen 59. Armee erbeutet wurden. Andere Unterlagen waren bereits kurz zuvor, Ende Mai, von sowjetischen Truppen im Potsdamer Reichsarchiv entdeckt und beschlagnahmt worden[4].

---

[3] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.1991.

[4] Zum Umfang der seinerzeit aus dem Reichsarchiv bzw. dem auf dem gleichen Areal angesiedelten Heeresarchiv abtransportierten Akten vgl. die Berechnungen bei Löbel, Neue Forschungsmöglichkeiten.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neben derartigen Beuteakten im engeren Sinne verwaltet das Staatsarchiv ferner mannigfache in der Sowjetunion selbst entstandene Dokumente deutscher Provenienz, so z. B. eine umfangreiche Sammlung von Feldpostbriefen[5], Berichte deutscher Kriegsgefangener (insbesondere aus dem Umkreis der Antifa-Komitees) sowie Unterlagen des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und des „Bundes Deutscher Offiziere". Einen weiteren sehr wichtigen Überlieferungskomplex bilden die Akten der für die deutschen Kriegsgefangenen zuständigen Hauptverwaltung des NKWD, die nach Auflösung derselben (1958) komplett ins Sonderarchiv überführt wurden. Allerdings ist dieser Bestand offenbar bis heute für die Benutzung gesperrt.

III.

Die folgenden Bestände des „Trophäenarchivs" verdienen allein schon aufgrund ihres Umfangs besondere Beachtung[6]:

- *Fond 500: Reichssicherheitshauptamt* (ca. 3000 Akteneinheiten/AE) Die Masse der Archivalien betrifft Angelegenheiten der Gestapo (etwa 1800 AE) sowie der Auslandsabteilung des SD (etwa 600 AE), während aus dem Bereich der Kripo nur wenige Unterlagen (38 AE) überliefert sind. Von den recht zahlreich an die DDR, den KGB und das Institut für Marxismus/Leninismus abgegebenen Originalunterlagen sind Mikrofilme vorhanden.

  Tatsächlich ist das die Polizei und den Sicherheitsdienst betreffende Material noch weit umfangreicher als im Fond 500 ausgewiesen, da eine Reihe regionaler Behörden – neben dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei „Ostland" (Fond 504) diverse SD-Abschnitte, Stapo-Stellen und Polizeipräsidien (u. a. Berlin und Stettin) – in eigenen Beständen vertreten sind. Zudem findet sich im Fond 1323 eine weitere umfangreiche Dokumentensammlung (ca. 700 AE) zur Rolle von Polizei und SD in Deutschland und den besetzten Gebieten. Auch der Bestand „Reichsinnenministerium" (Fond 720) enthält einige Gestapo-Akten.
- *Fond 502: Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei in Auschwitz* (einige hundert AE)
- *Fond 519: NSDAP* (408 AE)

Eine weitere Sammlung von SA- und NSDAP-Dokumenten findet sich im Fond 1212 (1311 AE)

- *Fond 545: Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt, Berlin*[7] (465 AE)

---

[5] Die insgesamt ca. 6000 Briefe aus den Fonds 1275 und 1452 bilden die Grundlage einer unlängst erschienenen Dokumentation, die – begrüßenswert in ihrem Anliegen – editorisch leider manche Wünsche offen läßt: ‚Ich will heraus aus diesem Wahnsinn'. Deutsche Briefe von der Ostfront 1941–1945. Aus sowjetischen Archiven. Mit einem Vorwort von Willy Brandt, hrsg. von Anatoly Golovchansky, Valentin Osipov, Anatoly Prokopenko, Ute Daniel und Jürgen Reulecke. Wuppertal 1991.

[6] Die nachstehenden, aus den Findbüchern übernommenen Angaben über die Zahl der in den jeweiligen Fonds enthaltenen Archivalieneinheiten (AE) – Aktenordner, -mappen oder -faszikel – berücksichtigen in einigen Fällen nicht die inzwischen an andere Archive abgegebenen Unterlagen. Sie sind darum vor allem bei den nicht näher kommentierten Fonds nur als Anhalt zu verstehen.

[7] Vgl. in diesem Zusammenhang demnächst Helmut Otto, Der Bestand ‚Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres' im Bundesarchiv-Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 52 (2/92).

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

- *Fond 700: Vierjahresplan* (337 AE) Der Schwerpunkt des Bestandes liegt in den Jahren 1941 bis 1944. Bemerkenswert sind u. a. die Unterlagen über die ökonomische und finanzielle Ausbeutung der besetzten Gebiete und die Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Machtträgern.
- *Fond 720: Reichsministerium des Innern* (14544 AE) Zum weit überwiegenden Teil (ca. 11600 AE) handelt es sich um Personalakten von Angehörigen des Ministeriums aus den Jahren 1873 bis 1945; ein weiterer großer Teil betrifft Standesamtsangelegenheiten (ca. 1100 AE). Eine erhebliche Zahl von Geschäftsverteilungsplänen, Organisationsschemata und Mitarbeiterverzeichnissen wurde an das sowjetische Außenministerium abgegeben. Von den restlichen Akten stammt ein kleiner Teil aus den Jahren vor 1914, der größere aus den zwanziger bis vierziger Jahren. Neben Drucksachen und Aufzeichnungen des inneren Geschäftsverkehrs dominieren Vorgänge zur Entwicklung des politischen Radikalismus (KPD-, Komintern-, NS-Aktivitäten) und seiner Bekämpfung, zu Heirats- und Staatsangehörigkeitsfragen sowie zur Umsiedlungspolitik während des Zweiten Weltkriegs. Ein Teilbestand enthält darüber hinaus eine umfangreiche Korrespondenz mit den Regierungspräsidenten sowie anderen Reichsministerien (Auswärtiges Amt, Finanz- und Justizministerium, Gestapo).
- *Fond 1146: Reichsjustizministerium* (1365 AE)
- *Fond 1275: Militärische Akten aus dem ehemaligen Reichsarchiv (bzw. Heeresarchiv), Potsdam* (ca. 2300 AE) Die Überlieferung verdient insofern besonderes Interesse, als große Teile der im Potsdamer Heeresarchiv befindlichen Unterlagen in den letzten Kriegsmonaten durch Luftangriffe verlorengegangen sind[8]. Die Moskauer Sammlung wurde seit 1950 im Sonderarchiv angelegt und ist durch weiteres Archivgut aus dem Besitz der sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie aus anderen sowjetischen Staatsarchiven immer weiter ergänzt worden. Sie umfaßt Materialien unterschiedlichster Art, deren Datierung zum Teil bis weit vor den Ersten Weltkrieg, in Einzelfällen bis ins Jahr 1808 zurückreicht. Jeweils etliche hundert Bände betreffen den Ersten Weltkrieg (u. a. die Lage in Afrika und in der Türkei) sowie die Zwischenkriegszeit. Der Schwerpunkt liegt bei den Jahren des Zweiten Weltkrieges, wobei es sich offenbar in der Masse um Kriegstagebücher (nebst Anlagen) von nachgeordneten Einheiten und Verbänden (Bataillone, Regimenter u. ä.) handelt, seltener um solche von Divisionen (u. a. 3. mot. Infanteriedivision; 217., 257., 296., 318., 377. und 387. Infanteriedivision; 444. Sicherungsdivision), Korps (XXIV. Panzerkorps, III. Armeekorps, VIII. Fliegerkorps) oder gar Armeen (z. B. Armeeoberkommando 2).
  Neben einer Reihe von Lagekarten, Schlachten- und Gefechtsberichten sind ferner die Sammlungen von Disziplinar- und Kriegsgerichtsakten (u. a. der 1. und 4. Panzerarmee), von deutschen und alliierten Flugblättern und -schriften sowie von deutschen Feldpostbriefen – zahlreiche von ihnen aus dem Stalingrader Kessel – bemerkenswert. Einige Hundert personenbezogene Akten wurden aus dem Bestand ausgegliedert und in den Fond 1380 integriert.
  Auch der Fond 1255 enthält einen kleineren Bestand aus dem Potsdamer Reichsarchiv (108 AE). Er betrifft überwiegend den Ersten Weltkrieg und die Jahre zwischen den

[8] Vgl. dazu Bernhard Poll, Vom Schicksal der deutschen Heeresakten und der amtlichen Kriegsgeschichtsschreibung, in: Der Archivar 6 (1953), Sp. 65–76 sowie zuletzt Löbel, Neue Forschungsmöglichkeiten.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegen, reicht in Einzelstücken aber offenbar bis ins 18. Jahrhundert zurück. Er enthält u.a. Übersichten über die deutscherseits im Ersten Weltkrieg erbeuteten belgischen sowie die 1939/1940 erbeuteten polnischen Akten. Teile dieses Bestandes wurden allerdings an die DDR bzw. an das Archiv der KPdSU abgegeben.
Akten der Dienststelle „Chef der Heeresarchive" sind darüber hinaus im Fond 1256 enthalten (163 AE), Unterlagen zur Zweigstelle des Heeresarchivs in Danzig-Oliva im Fond 1387.

- *Fond 1355: Privatkanzlei Hitlers* (828 AE)
- *Fond 1357: Auswärtiges Amt* (350 AE) Das sehr heterogene Material stammt überwiegend aus den dreißiger und vierziger Jahren, reicht z.T. aber auch in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück. Neben Verzeichnissen der Angehörigen des Auswärtigen Amtes und einer umfangreichen Korrespondenz mit deutschen Konsulaten und sonstigen Repräsentanten des Reiches im Ausland, liegt der Schwerpunkt bei Problemen der deutsch-sowjetischen Beziehungen, insbesondere dem Schicksal in der Sojwetunion inhaftierter oder von dort geflohener deutscher Staatsbürger. Bemerkenswert ist ferner eine ausgedehnte Korrespondenz des Büros zur Überwachung der Liquidation ausländischer Einrichtungen in Deutschland und den vom Reich besetzten Ländern aus den Jahren 1938 bis 1945.
- *Fond 1358: Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete* (1069 AE)
- *Fond 1361: Dokumente über Justizeinrichtungen in Deutschland* (ca. 11 600 AE)
  Die thematisch sehr vielschichtige Sammlung enthält Ermittlungs- und Gerichtsakten von Straf- und Zivilprozessen aus den Jahren 1910 bis 1945, darunter auch Spionage- und Hochverratsfälle. Integriert sind hier außerdem Unterlagen des Volksgerichtshofes, die ursprünglich einen eigenen Bestand (Fond 1357) bildeten.
- *Fond 1363: Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda* (639 AE)
  Überliefert sind offenbar Unterlagen der Abteilungen „Kunst", „Rundfunk", „Presse", „Film" und „Schrifttum".
- *Fond 1372: Dokumentensammlung zur Verwaltung der Waffen-SS und zur Rentenversorgung ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger* (22 873 AE)
- *Fond 1457: I. G. Farben* (6923 AE)
- *Fond 1458: Reichswirtschaftsministerium* (13 355 AE)
- *Fond 1465: Deutsche Länderbank Berlin* (1408 AE)
- *Fond 1477: Joseph Goebbels* (1140 AE) Im Zentrum der Goebbels-Sammlung stehen die Tagebücher (1928–1945, mit Lücken), die freilich nicht im Original, sondern nur – in teilweise mehrfacher Ausfertigung – als (verkleinerte) Lichtbildkopien der handschriftlichen Fassung vorliegen. Was die zweite Kriegshälfte angeht, so ist die Überlieferung hier sehr fragmentarisch; aus der Zeit von Juni 1943 bis Februar 1945 sind die Aufzeichnungen nur weniger Tage überliefert.
  Neben dem Tagebuch bietet der Bestand zahllose Manuskripte und handschriftliche Entwürfe kleinerer und größerer Schriften, Zeitungsartikel, Reden und Radioansprachen, ferner Goebbels' Korrespondenz (u.a. aus den Jahren 1930 bis 1933).
  Weitere Unterlagen befinden sich offenbar noch im Archiv des Sowjetischen Außenministeriums.
- *Fond 1510: Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz/ Der Beauftragte in Frankreich* (450 AE)

Kleinere Bestände bzw. Splitterakten wichtiger deutscher Behörden finden sich darüber hinaus auch in folgenden Fonds:

- *Fond 567: Reichsgericht und Reichsanwaltschaft, Leipzig* (Umfang nicht ermittelt)

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

- *Fond 1232: Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Kattowitz* (205 AE)
- *Fond 1233: Preußisches Innenministerium* (103 AE)
- *Fond 1235: Reichskanzlei* (117 AE) Eine größere Zahl vor allem älterer Akten (ab 1884) wurde an die DDR abgegeben, Unterlagen über die deutsch-russischen Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk auch an das sowjetische Außenministerium. Die noch vorhandenen, thematisch sehr heterogenen Materialien betreffen neben wenigen Bänden aus dem Ersten Weltkrieg vor allem die Jahre des „Dritten Reiches" (Beziehungen zur Sowjetunion u.a. Ländern; besetzte Gebiete; Privatbriefe an die Reichskanzlei).
- *Fond 1401: Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg* (76 AE)
- *Fond 1409: Der Generalbauinspektor der Reichshauptstadt* (36 AE)
- *Fond 1413: Präsidialkanzlei Berlin* (53 AE)
- *Fond 1415: Der deutsche Generalgouverneur in Belgien* (98 AE)
- *Fond 1424: Kriegsgeschichtliche Abteilung des Heeres* (22 AE)
- *Fond 1450: Befehlshaber der deutschen Luftwaffe in Rumänien* (19 AE)
- *Fond 1467: Reichswehr- bzw. Reichskriegsministerium* (26 AE) Diese Akten datieren ganz überwiegend aus der Zeit von 1914 bis zur Mitte der dreißiger Jahre.
- *Fond 1470: Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten* (47 AE)
- *Fond 1488: Büro des Reichsprotektors Böhmen und Mähren* (84 AE)

Neben den Überlieferungen reichsdeutscher Behörden und Dienststellen enthält die „Trophäensammlung" des Staatsarchivs auch die Akten einiger im deutschen Machtbereich gelegener ausländischer staatlicher Einrichtungen. Besonders bemerkenswerte Beispiele hierfür sind das umfangreiche Archiv des Fürstentums Liechtenstein (Fond 1388/1101 AE) sowie die Akten des Wiener Bundeskanzleramtes (Fond 515).

IV.

Die Überlieferungen staatlicher, quasi-staatlicher und NS-spezifischer Einrichtungen machen den vom Umfang her wohl bedeutendsten Teil der Sammlungen des Staatsarchivs, gleichwohl aber nur eine relativ kleine Zahl der vorhandenen Fonds aus. In ihrer Mehrheit beziehen sich diese nämlich auf nicht-staatliche Organisationen unterschiedlichster Art, von denen folgende Bestandsgruppen ins Auge fallen:

- *Freimaurerlogen:* Die Bestandsübersicht verzeichnet ca. 400 Fonds, von welchen offenbar aber ein sehr großer Teil bereits 1957 an die DDR abgegeben wurde.
- *Jüdische Organisationen:* Einige Dutzend Fonds von Interessenverbänden (z.B. Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs), zionistischen Vereinigungen und israelistischen Kultusgemeinden überwiegend aus Österreich, und hier wiederum vor allem aus Wien.
- *Christlich-konfessionelle Vereinigungen:* ca. 20 Fonds evangelischer sowie vor allem katholischer Verbände (wie etwa „Verband der Katholischen Arbeitervereine", „Katholische Studentenverbindungen" und „Friedensbund Deutscher Katholiken"), aber auch z.B. der Berliner Paulusbund („Vereinigung nicht-arischer Christen").
- *Sozialistische, pazifistische und „internationalistisch" orientierte Organisationen* vorwiegend österreichischer Provenienz wie z.B. die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit" (Wien), die „Weltjugendliga" (Wien), die „Österreichische Liga für Völkerbund und Völkerverständnis" oder die „Arbeitsgemeinschaft österreichischer Friedensvereine." In den gleichen Zusammenhang gehören einige ausländische bzw. Emigrantenorganisationen wie die „Sozialistische Jugendinternationale", die „Zentral-

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vereinigung österreichischer Emigranten", der „Schutzverband deutscher Schriftsteller" (alle Paris) oder das „Institut International d'Histoire Sociale" in Amsterdam.

- *Nachrichtenbüros, Verlage und Zeitungsredaktionen:* U.a. ein umfangreicher Fond des „Deutschen Nachrichtenbüros/DNB" (646 AE).
- *Firmenarchive:* Nur wenige Bestände, von denen neben der schon erwähnten I.G.-Farben-Sammlung vor allem die Akten der Firma Mannesmann/Stahlblechbau AG Berlin (257 AE) bemerkenswert scheinen.

Über die Akten staatlicher und nicht-staatlicher Einrichtungen hinaus verwaltet das Staatsarchiv schließlich auch einen bemerkenswerten Fundus personenbezogener Akten bzw. privater Nachlässe, von denen die Sammlung der Goebbels-Papiere der umfangreichste sein dürfte. Immerhin weist das Bestandsverzeichnis Fonds von wenigstens 80 Persönlichkeiten deutscher oder österreichischer Herkunft aus, darunter – um nur wenige Namen zu nennen – Politiker wie Joseph Wirth (Fond 600), Paul Löbe (Fond 1480), Hermann Rauschning (Fond 633), Otto Strasser (Fond 1214), Hjalmar Schacht (Fond 1462) und Franz von Papen (Fond 703) sowie Dichter, Schriftsteller und Publizisten wie Ludwig Quidde (Fond 541), Walther Benjamin (Fond 595), Alfred Mombert (Fond 624), Arthur Koestler (Fond 619), Othmar Spann (Fond 658) und Fritz von Unruh (Fond 649).

V.

Die Bestände des Zentralen Staatsarchivs stellen nur einen – wenn auch den vielleicht größten – Teil der noch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion befindlichen deutschen Akten dar. Weitere Unterlagen, insbesondere Dokumente deutscher Besatzungsbehörden und Kriegstagebücher von Wehrmachtverbänden, lagern in den Archiven der baltischen Republiken (Tallinn, Riga, Vilnius), aber auch in der Ukraine (Kiev), in Weißrußland (Minsk, Brest) und anderswo. Von vielleicht noch größerer Bedeutung sind die zentralen Behördenarchive ehemaliger sowjetischer Ministerien. Neben den bereits erwähnten Archiven des KGB, der KPdSU und des Außenministeriums sind in diesem Zusammenhang vor allem die in der Verantwortung der sowjetischen Militärarchivverwaltung stehenden Einrichtungen zu nennen: So das für Seekriegsunterlagen zuständige „Archiv Alter Akten" in St. Petersburg sowie das Moskauer „Archiv Alter Heeresakten", das u.a. deutsche und österreichische Beuteunterlagen aus dem Ersten Weltkrieg besitzt. Von größter Bedeutung für die Forschungen zum Zweiten Weltkrieg dürften ferner das „Archiv der Oktoberrevolution" mit seiner Sammlung Nürnberger Prozeßdokumente, vor allem aber das „Zentrale Archiv des Verteidigungsministeriums" in Podol'sk sein. Allein letzteres beherbergt weit über 10000 Bände militärischen Schriftgutes vom Oberkommando der Wehrmacht bis zu einzelnen Einheiten und Feldkommandanturen.

Offenkundig sind einzelne Moskauer Ministerien mittlerweile zu einer Politik der vorsichtigen Öffnung ihrer Archive übergegangen[9]. Da diese indes – anders als das Zentrale Staatsarchiv – zumeist nicht der Verantwortung des (an die Stelle der früheren sowjetischen Archivhauptverwaltung getretenen) russischen Komitees für Archivangelegenheiten unterliegen und es zudem an einem allgemeinverbindlichen Archivgesetz noch fehlt, hängt die

[9] Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Beitrag von Karl-Heinz Janßen/Th. Kleine-Brockhoff, „Der KGB lädt ein", in: Die Zeit, 19.7.1991.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frage der Zugangsgenehmigung und der Besuchsmodalitäten derzeit noch ganz vom Wohlwollen der zuständigen Dienststellen ab. Andererseits scheint sich mit der in Kürze zur Unterzeichnung anstehenden Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen dem Bundesarchiv und dem russischen Archivkomitee ein Kooperationsmodell herauszubilden, das zumindest für große Teile der in der ehemaligen Sowjetunion noch befindlichen deutschen Akten unabhängig von der heiklen Frage ihrer eventuellen Rückführung eine internationalen Standards entsprechende Zugangs- und Nutzungsregelung in Aussicht stellt.

NEUER LEITER DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

Die Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte bestellte mit Wirkung vom 1. April 1992 Herrn Professor Dr. Horst Möller, zuletzt Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, zum neuen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte. Herr Möller wurde außerdem als ordentlicher Professor für neuere und neueste Geschichte an die Universität Regensburg berufen.

Der seit 1. Mai 1983 als stellvertretender und seit 16. Oktober 1989, nach dem Tod des am 1. Juli 1972 zum Direktor des Instituts bestellten Professors Dr. Martin Broszat, als kommissarischer Leiter amtierende Professor Dr. Ludolf Herbst wurde mit Wirkung vom 1. Dezember 1991 als ordentlicher Professor für neuere und neueste Geschichte an die Berliner Humboldt-Universität berufen.

Ab 1. April 1992 wird Professor Dr. Horst Möller zusammen mit Professor Dr. Karl Dietrich Bracher und Professor Dr. Hans-Peter Schwarz auch als Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte tätig sein.

Hermann Graml

Korrekturhinweis zum Aufsatz von Eckhard Hübner im Januarheft 1992

Aufgrund eines technischen Versehens beim Druck ist es im Aufsatz von Eckhard Hübner über „Neues Licht auf die sowjetische Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg?" [40 (1992), S.79–94] auf den Seiten 84, 85, 88, 89 und 90 zu einigen Unkorrektheiten gekommen, die wir zu entschuldigen bitten. Es handelt sich dabei um die Anmerkungen im Text, die zwar an der richtigen Stelle plaziert sind, aber falsche Zahlen erhalten haben. Korrekt muß es heißen: 18 statt 15, 19 statt 16, 23 statt 20, 24 statt 21, 25 statt 22, 26 statt 23, 27 statt 24, 28 statt 25, 29 statt 26, 30 statt 27, 31 statt 28 und 32 statt 29.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Helga Haftendorn, Origins of the 1967 NATO Harmel Report.

Based on original documents and a large series of interviews, origins, procedures, and results of the so-called Harmel exercise in NATO are described. During the cumbersome one-year process, agreement on the state of East-West relations, on the German question, and on out-of-area conflicts were major stumbling blocks. The biggest problem, however, was to reach French agreement on the findings of the Special Committee and of its subgroups, or at least its acquiescence to the publication of a final report, commonly known as the Harmel Report of December 1969. The lasting impact of the Harmel Report has been less a result of the very original ideas contained in it, but rather the ingenious description of the two main functions of the Alliance: to maintain adequate military strength, and to lead a policy of détente. This formula has served the Alliance well in the 25 years since, and has become the raison d'être of German foreign policy.

Piotr Madajczyk, Rapprochement and Forgiveness. The Message of 18 November 1965 from the Polish Bishops to their German Counterparts.

This study deals with the question of the origin of the message of 18 November 1965 from the Polish bishops to their German counterparts. Bishop Kominek, as the author of the message, and Cardinal Stefan Wyszyński, as the Leader of the Polish Church, play especially important roles here. Religious and political elements were evident on both sides. This message had a dramatic effect on domestic policy in Poland. In a time of conflict between State and Church, anti-German sentiment was an integrating element in Polish society. Reaction in Poland to the bishops' message was thus determined more by domestic political factors than by foreign policy considerations.

Werner Bührer, The Federation of German Industry and the Foreign Policy of the Federal Republic of Germany in the 1950s.

The article concentrates on the BDI's perceptions of the Federal Republic's role and influence in the international relations of the 1950s. Since the West German economic potential was one of the main sources of political "power", the conceptions and aims of the most important economic association acquired considerable political significance. The BDI supported Adenauer's efforts to tie the Federal Republic closely to the West. Supranational integration, however, was opposed by the BDI because it was seen as an obstacle to future ambitions. Accordingly, even though the achievement of formal sovereignty in 1955 did not mean any turning point in BDI policy, the association now wanted to see the Federal Republic's enhanced international influence used to expand its room for political manoeuvre, or at least to prevent any further limitation of its new economic and political strength.

Ian Kershaw, Ideology and Propaganda in Hitler's Speeches and Writings 1925–1928.

The lecture, reprinted here, analyses the content of Hitler's speeches and writings between 1925 and 1928. The acquisition of 'living space' – which before 1925 had not figured anything like so prominently in Hitler's speeches and writings – is shown to find increasing emphasis in this period. The edition allows the development of this central element of Hitler's 'world-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

view', which meets its full expression in his 'Second Book' of 1928, to be systematically followed for the first time. The implications of the edition for wider historiographical questions are considered. The edition, it is claimed, shows Hitler offering less a 'blueprint for power' than a 'utopian vision', and provides no grounds to support the view that Hitler had a coherent 'social programme' or could be regarded as an 'intentional moderniser'.

Geoffrey T. Waddington, Hitler, Ribbentrop, the NSDAP and the Decline of the British Empire 1935–1938.

The international crises of 1936 and 1938 radically altered both the diplomatic and the military balance between the European powers. Yet it was during 1937 that crucial decisions were taken by the National Socialist leadership which were to have a decisive bearing upon the course of relations between Great Britain and Germany on the eve of the outbreak of the Second World War. Hitler, who hat been searching for a bilateral arrangement with the British since his accession to power, now abandoned that search, feeling that an Anglo-German partnership was no longer essential to a successful *Drang nach Osten.* Ribbentrop, Hitler's self styled 'England expert', also concluded during his term as Ambassador in London that agreement with Britain was impossible and advised at the turn of 1937–8 the creation of an anti-British alliance. It was also during 1937 that the radical elements of the NSDAP finally gave up on the idea of an Anglo-German partnership, viewing Germany's relationship with Italy and Japan as far more beneficial to German interests. This essay attempts to throw some light upon the general reasons for the widespread disillusionment with the policy of Anglo-German friendship which appeared to grip the Nazi leadership during 1937, and to indicate British responses to what was widely identified in the Foreign Office in London as an increasingly alarming situation.

Jahrgang 40 (1992), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte